Außen- und Europapolitischer Bericht 2025

Bericht der Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten

Weltweit für Sie da

Inhaltsverzeichnis

1. Jahresüberblick und Ausblick 5

2. Mitgestaltung der Europäischen Union 12

2.1 Erweiterung 12

2.2 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) 14

2.3 Asyl- und Migrationsdebatte, Schengenreform und Schengenerweiterung 17

2.4 Institutionelle Fragen: EMRK-Beitritt der EU und Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) 18

2.5 Schutz europäischer Grundwerte 19

2.6 Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 20

2.7 Fortschritte bei Handelsabkommen 21

2.8 Österreichischer Vorsitz der Alpenraumstrategie 22

2.9 Beziehungen EU-Schweiz 23

2.10 Beziehungen EU-Vereinigtes Königreich 23

2.11 EU-Außenfinanzierungsinstrumente 23

3. Österreich und die Welt 25

3.1 Österreichs Nachbarstaaten 25

3.2 Südosteuropa bzw. Westbalkanstaaten 41

3.3 Östliche Nachbarschaft der EU, Russland, Türkei, Zentralasien 47

3.4 Südliche Nachbarschaft der EU 57

3.5 Mittlerer Osten, Arabische Halbinsel 62

3.6 Subsahara Afrika 66

3.7 Amerika 73

3.8 Asien 78

3.9 Australien und Ozeanien 85

4. Multilaterales Engagement Österreichs 87

4.1 Vereinte Nationen (VN) 87

4.2 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 100

4.3 Europarat 103

4.4 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 107

4.5 Amtssitz Österreich 109
4.6 Menschenrechte 113
4.7 Sicherheit 117
4.8 Abrüstung und Rüstungskontrolle 122
4.9 Klimaschutz und Umwelt 128
4.10 Neue Technologien, Digitalisierung und Innovation 132
5. Österreichische Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten ...134
5.1 Strategische Weiterentwicklung der österreichischen Entwicklungspolitik 134
5.2 Förderung unternehmerischen Engagements 135
5.3 Thematische Schwerpunkte 136
5.4 Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit 140
5.5. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit 143
5.6 Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe 147
6. Außenwirtschaft 152
6.1 Umfeld, Interessen, Ziele und Perspektiven 152
6.2 Point of Contact Ukraine-Wiederaufbau (PoC) 153
6.3 Das Unternehmensservice des Außenministeriums und ReFocus Austria 155
7. Konsularisches 158
7.1 Bürgerservice und Krisenmanagement im Ausland 158
7.2 Visum und Aufenthalt 160
7.3 Asyl und externe Aspekte der Migration 161
7.4 Bekämpfung des Menschenhandels 162
7.5 Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher 164
7.6 Allgemeine Konsular- und Rechtsfragen 166
8. Internationale Kulturangelegenheiten 169
8.1 Schwerpunkte und Projekte 169
8.2 Wissenschaft, Bildung und Sprache 172
8.3 Interkultureller und Interreligiöser Dialog 175
8.4 Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft 176
8.5 Auslandskulturarbeit im Rahmen der Europäischen Union und der UNESCO sowie der EXPO 2025 in Osaka 177

8.6 Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit 179

8.7 Österreich-Bibliotheken 181

8.8 Der historische Dienst im Außenministerium 182

8.9 International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), Fragen der NS-Vergangenheit und Zukunftsfonds 183

9. Deregulierung und Entbürokratisierung 185

10. Österreichischer Auswärtiger Dienst 188

10.1 Arbeitgeber Außenministerium 188

10.2 Budget Außenministerium 190

10.3 Weltweite Infrastruktur und Digitalisierung 191

10.4 Vertretungsbehörden und Honorarkonsulate 193

10.5 Organigramm 194

10.6 Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren Leiterinnen und Leiter 194

10.7 Diplomatische Akademie 204

1. Jahresüberblick und Ausblick

Naher Osten

Im Konflikt zwischen Israel und der Hamas in Gaza wurde im Oktober ein Waffenstillstand als Teil des 20-Punkte-Plans von US-Präsident Donald J. Trump erzielt, der die Freilassung aller Geiseln, die Entwaffnung der Hamas und eine Aufstockung der humanitären Hilfe vorsieht. Österreich unterstützte die am 17. November angenommene Resolution 2803 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (VN-SR), die diesen Plan billigte.

Österreich stellte seit dem 7. Oktober 2023 fast 83 Millionen Euro an humanitärer Hilfe für Gaza und die Region zur Verfügung. Die EU leistete insgesamt 1,65 Milliarden Euro an humanitärer Unterstützung für das Palästinensische Gebiet. Die Versorgung der Zivilbevölkerung und der Wiederaufbau blieben höchste Priorität. Die Europäische Union bereitete auch die Wiederentsendung ihrer Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah (EUBAM Rafah) und die Mandatsanpassung der EU-Polizeimission (EUPOL COPPS) vor.

Mitte Juni gipfelte der Konflikt zwischen dem Iran und Israel im „12-Tage-Krieg“. Nach intensiven Angriffen von Israel und den USA auf das iranische Atomprogramm und militärische Einrichtungen sowie Gegenschlägen des Iran endete der Krieg mit einem Waffenstillstand ohne eine vollständige Zerstörung der nuklearen und ballistischen Arsenale des Iran.

Die Lage in Syrien stand mit der Übergangsregierung unter Präsident Ahmed Al-Sharaa im Zeichen der Neuausrichtung. Im Mai beschloss die EU, die Wirtschaftssanktionen aufzuheben, um die Reintegration in den Welthandel und den Wiederaufbau zu erleichtern. Gleichzeitig unterstützte sie den friedlichen Übergang zu einer demokratischen und inklusiven Ordnung. Im 1. Halbjahr kam es zu schweren Menschenrechtsverletzungen und sogar Massakern gegenüber alawitischen und drusischen Bevölkerungsgruppen. Mit Jahresende rückte die syrische Armee im kurdisch kontrollierten Nordosten vor, was zu Fluchtbewegungen von IS-Kämpfern aus Lagern und Gefängnissen führte.

Ende 2024 war ein Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah im Libanon vereinbart worden, der zur Entwaffnung der Hisbollah durch die Reformregierung unter Präsident Joseph

Aoun führen sollte. Der VN-SR beschloss im August, den Einsatz der VN-Interimstruppe im Südlibanon (UNIFIL), an dem sich auch Österreich beteiligt, mit Ablauf des Jahres 2026 zu beenden.

Ukraine

Auch 2025 war vom völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine geprägt. In den letzten Monaten des Jahres verstärkte Russland die Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur, was zu weitreichenden Energieversorgungsausfällen im kältesten Winter seit vielen Jahren führte. Das offensichtliche Ziel Russlands war es, die Zivilbevölkerung zu demoralisieren.

US-Präsident Donald J. Trump lancierte neue Gespräche, um den Krieg zu beenden. Er traf sowohl mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj als auch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zusammen. Trotz dieser diplomatischen Initiativen war ein Friede Ende des Jahres noch in weiter Ferne. Während die Ukraine ihre Bereitschaft zu Kompromissen erklärte, war eine solche auf russischer Seite nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Die täglichen Angriffe und Zerstörungen sowie die weiterhin vertretenen Maximalforderungen ließen am grundsätzlichen Interesse Russlands zweifeln, Frieden schließen zu wollen.

Die Europäische Union erhöhte den Druck auf Russland durch weitere Sanktionspakete. Im Zentrum standen dabei Bemühungen, Sanktionsumgehungen zu verhindern und der russischen Kriegswirtschaft ihre Finanzierung zu entziehen. Parallel dazu setzte die Union ihre Unterstützung für die Ukraine auf allen Ebenen fort. Der Europäische Rat einigte sich im Dezember auf ein Unterstützungsdarlehen in der Höhe von 90 Milliarden Euro, um den Finanzierungsbedarf der Ukraine für 2026 und 2027 sicherzustellen. Parallel dazu wurde weiter an den für die EU-Beitrittsambitionen der Ukraine entscheidenden Reformen gearbeitet, um Fortschritte im Kampf gegen Korruption zu erzielen.

Österreich trug die Beschlüsse der Union mit und brachte sich aktiv in die Unterstützungsbemühungen für die Ukraine ein. Neben bilateralen Hilfeleistungen unterstützte Österreich die relevanten VN-Resolutionen. In internationalen Foren wies Österreich zudem regelmäßig auf die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs hin, um das Bewusstsein für die Unrechtmäßigkeit des russischen Vorgehens zu schärfen. Gleichzeitig begrüßte Österreich die

Friedensgespräche und trat entschieden dafür ein, dass die Stimme der Europäischen Union in den Verhandlungen gehört wird.

Wiederaufbau der Ukraine

Der Wiederaufbau der Ukraine geht weit über die Reparatur kriegsbedingter Zerstörungen hinaus. Er steht für die wirtschaftliche Transformation des Landes vor dem Hintergrund des EU-Beitrittsprozesses. Die Weltbank schätzt den Wiederaufbaubedarf in den nächsten zehn Jahren auf rund 588 Milliarden US-Dollar. Diese enorme Herausforderung kann nicht allein durch staatliche Mittel bewältigt werden, sondern bedarf privater Investitionen. Im Mittelpunkt des Wiederaufbaus stehen die Menschen in der Ukraine: Energieversorgung, Wohnraum, Entminung und die Rückkehr von Vertriebenen. Österreichische Unternehmen verfügen aufgrund ihrer Expertise über eine besonders günstige Ausgangsposition und können aktiv dazu beitragen. Bereits vor Kriegsbeginn war Österreich der sechstgrößte ausländische Investor in der Ukraine. Rund 1.000 österreichische Unternehmen sind dort tätig, etwa 200 mit eigenen Niederlassungen.

Die Bundesregierung fördert das Engagement heimischer Unternehmen. Am 30. April wurde Wolfgang Anzengruber zum österreichischen Regierungskoordinator für den Ukraine-Wiederaufbau ernannt. Er wird durch den seit Jänner 2024 bestehenden Point of Contact für den Ukraine-Wiederaufbau im BMEIA unterstützt. Der Regierungskoordinator stand seit seiner Ernennung bereits mit etwa 300 Unternehmen im Kontakt und koordiniert zwischen ukrainischen, europäischen und internationalen Partnern.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein für die Positionierung als verlässlicher Partner im Wiederaufbau war die Aufnahme Österreichs als Beobachter in die Ukraine Donor Platform, einem zentralen internationalen Koordinationsformat. Der Regierungskoordinator vertrat Österreich bei internationalen Veranstaltungen, wie der Ukraine Recovery Conference 2025 in Rom oder der ReBuild Ukraine Konferenz in Warschau. Hochrangige Delegationsreisen unterstreichen Österreichs aktiven Beitrag.

Gerade in herausfordernden Zeiten ist es entscheidend, österreichischen Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen für neue Märkte zu bieten. Ein frühzeitiges Engagement beim Wiederaufbau der Ukraine leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur europäischen Solidarität, sondern schafft auch langfristige wirtschaftliche Perspektiven.

Sicherheitspolitik

Die geopolitischen Umwälzungen beschleunigten sich 2025 weiter. Neben dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und dem Nahost-Konflikt nahmen hybride Bedrohungen als Herausforderung für die Sicherheit Europas zu. Die Erosion der regelbasierten Weltordnung setzte sich fort. Die Neuausrichtung der USA verstärkte die Notwendigkeit des Ausbaus der europäischen Eigenständigkeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung.

Die EU reagierte auf die Verschlechterung des Sicherheitsumfelds mit vier Leitdokumenten. Das Weißbuch zur europäischen Verteidigungsbereitschaft 2030 und der Umsetzungsfahrplan bilden den Grundstein für den Aufbau der Verteidigungsunion als Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge ergänzt die militärische Dimension um die zivile Bereitschaft und Resilienz gegen Krisen aller Art. Die neue EU-Strategie zur inneren Sicherheit und der Europäische Schutzschild für die Demokratie bilden den unionsinternen Rahmen für ein gemeinsames europäisches Vorgehen.

Die Bundesregierung legte im April die Grundsätze der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Ausrichtung Österreichs fest: Sicherstellung der Verteidigungsfähigkeit; Schutz der Bevölkerung, Erhalt von Frieden, Stabilität und Sicherheit; verstärkte europäische Zusammenarbeit einschließlich militärischer Beitragsleistung sowie aktives multilaterales Engagement. Dazu trug die Bewerbung um einen nicht-ständigen Sitz im VN-SR im Zeitraum 2027-2028 und die Festigung der Rolle Wiens als Amtssitz sicherheitsrelevanter Organisationen wie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) bei.

Als Sicherheitsressort initiierte das BMEIA zur Stärkung der geistigen Resilienz im Herbst das Dialogforum „Gemeinsam Sicherheit schaffen“. 93 Bürgerinnen und Bürger setzten sich in drei Runden mit Bedrohungen für die Sicherheit, Handlungsfeldern der Sicherheitspolitik und der Rolle Österreichs in der internationalen Sicherheitsarchitektur auseinander. Es wurde anerkannt, dass Neutralität alleine in der gegenwärtigen Bedrohungslage nicht schützt und mehr Zusammenarbeit mit europäischen Partnern unerlässlich ist. Die Diskussionsbeiträge wurden den Ministerien zur Berücksichtigung in der Überarbeitung der Österreichischen Sicherheitsstrategie übermittelt.

Evakuierungen während des „12-Tage-Kriegs“ im Juni 2025

Die Zahl der Österreicherinnen und Österreicher, die sich als Reisende zu beruflichen oder zu Ausbildungszwecken temporär im Ausland aufhalten oder sich dauerhaft außerhalb Österreichs niedergelassen haben, wächst von Jahr zu Jahr. Alleine in den Sommermonaten unternahmen Österreicherinnen und Österreicher ca. 5,5 Mio. Auslandsreisen.

Im Rahmen der Möglichkeiten konsularischer Hilfeleistung, mit denen das BMEIA und sein Botschaftsnetzwerk Österreicherinnen und Österreicher im Ausland unterstützt, kommt im Extremfall bewaffneter Konflikte v.a. Evakuierungen große Bedeutung zu.

2025 standen dabei die beiden Evakuierungseinsätze im Iran und in Israel während des „12-Tage-Kriegs“ im Juni im Mittelpunkt. Unmittelbar nach Kriegsausbruch am 13. Juni richtete das BMEIA einen Krisenstab ein, an dem neben der Zentrale des BMEIA und den österreichischen Vertretungsbehörden in der Region Vertreterinnen und Vertreter weiterer Ressorts teilnahmen. Der Bereitschaftsdienst des BMEIA wurde personell aufgestockt. Krisenunterstützungsteams (KUTs), bestehend aus Personal des BMEIA und des Jagdkommandos des Bundesheeres, verstärkten die Botschaften vor Ort.

Die Evakuierung aus Israel wurde gemeinsam mit den österreichischen Botschaften in Tel Aviv, Amman und Kairo geplant. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Botschaft fuhren zur jeweiligen Grenze, um die problemlose Grenzüberfahrt der Evakuierungskonvois sicherzustellen. In Zusammenarbeit mit Austrian Airlines konnte rasch ein Flug von Sharm El Sheikh nach Wien durchgeführt werden.

Die Evakuierung aus dem Iran wurde mit den österreichischen Botschaften in Teheran, Tiflis und Ankara sowie dem ADA-Büro in Jerewan vorbereitet. Sie wurde auf dem Landweg mit Busfahrten über die iranisch-armenische Grenze nach Jerewan organisiert.

In solchen Situationen wird Österreich selbst an seiner Solidarität gegenüber anderen Staaten gemessen. Hier konnte Österreich im Fall der Evakuierungen aus dem Iran und aus Israel einen wichtigen Beitrag leisten, indem Staatsangehörige aus 16 Partnerländern evakuiert wurden. Insgesamt konnten im Rahmen der Evakuierungseinsätze innerhalb kürzester Zeit 350 Personen

erfolgreich in Sicherheit gebracht werden. Die Evakuierungstransporte auf dem Land- und Luftweg wurden durch den Europäischen Zivilschutzmechanismus (Union Civil Protection Mechanism – UCPM) zum Großteil mitfinanziert.

Die Auslandskultur als Friedensarbeit

Friedensarbeit ist ein fester Bestandteil der österreichischen Kulturdiplomatie. In einer Welt geopolitischer Herausforderungen trägt die österreichische Auslandskultur dazu bei, interkulturelles Verständnis zu fördern und friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Sie schafft Räume für Austausch und Begegnung, ermöglicht Dialog auf Augenhöhe und fördert das Verständnis für unterschiedliche kulturelle Perspektiven. Musik, Literatur, Film oder bildende Kunst sprechen Menschen unmittelbar an und können Verbindungen schaffen, wo politische Argumente allein nicht ausreichen. Kulturdiplomatie ist daher ein zentrales Instrument der Außen- und Europapolitik – insbesondere in Zeiten der Unsicherheit.

Die Kulturforen und Österreich-Bibliotheken, die Kulturarbeit an den Botschaften sowie vielfältige Dialog-, Förder- und Residency-Programme knüpfen nachhaltige Netzwerke und Kooperationen, die weit über einzelne Projekte hinausreichen.

Eine wichtige Dimension dieser Arbeit ist die Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern, die verfolgt, vertrieben oder in ihrer künstlerischen Freiheit eingeschränkt wurden. Kunst kann helfen, Erfahrungen von Gewalt und Trauma auszudrücken und dadurch zu verarbeiten. Wo künstlerische Freiheit unterdrückt wird, richtet sich der Angriff immer auch gegen Demokratie und offene Gesellschaften. Programme wie das Artist Solidarity Programme Europe, das bedrohten Künstlerinnen und Künstlern Schutz und Arbeitsmöglichkeiten bietet, oder das Ukraine Office Austria, das selbst angesichts des russischen Angriffskrieges die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Ukraine fortführt, stehen exemplarisch für diesen Einsatz.

Auf europäischer Ebene gilt es, gemeinsam mit Partnerinstitutionen und im Netzwerk der Europäischen Kulturinstitute (EUNIC), den Gedanken eines „Europa des Dialogs“ zu stärken. Kulturdiplomatie, welche die Zivilgesellschaft eng einbindet, steht für einen lebendigen Austausch. Es geht um ein gegenseitiges voneinander Lernen und ein gemeinsames Gestalten.

Angesichts wachsender globaler Spannungen ist die Kulturdiplomatie wichtiger denn je: Sie baut Brücken statt Mauern und hält Dialogkanäle offen, selbst in schwierigen Zeiten.

Internationale Partnerschaften in herausfordernden Zeiten

Geopolitische Krisenherde sowie der Klimawandel verschärfen humanitäre Notlagen in vielen Regionen der Welt und erhöhen die Dringlichkeit internationaler Hilfe. Zugleich stehen aufgrund des weltweiten finanziellen Drucks immer weniger Mittel zur Verfügung. So auch in Österreich, wo der Sparkurs die Bundesregierung zu finanziellen Einschnitten auch in der Entwicklungspolitik zwingt. Dies führte 2025 zu einer geringeren Dotierung des Auslandskatastrophenfonds (AKF).

Daher ist eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit, die sich am Bedarf und an den Rechten der Menschen in den Partnerländern orientiert und gleichzeitig auch die Interessen Österreichs berücksichtigt ist, wichtiger denn je. Mit dem Dreijahresprogramm 2025-2027 ist es gelungen, einen Wendepunkt in der österreichischen Entwicklungspolitik einzuläuten – mit klaren Prioritäten, gesamtstaatlichen Ansätzen und verstärktem Monitoring. Dieser Wandel drückt sich auch in der Umbenennung der Sektion VII des BMEIA in „Internationale Partnerschaften und Humanitäre Hilfe“ und dem Launch der Dachmarke „International Partnerships Austria“ aus.

In enger Zusammenarbeit mit seinen internationalen und europäischen Partnern verbindet Österreich humanitäre Soforthilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Maßnahmen zur Friedensförderung in einem nachhaltigen, gesamtstaatlichen Ansatz, der nicht nur dringende Bedürfnisse deckt, sondern auch einen längerfristigen Beitrag zur Förderung von Sicherheit und Stabilität vor Ort leistet. Die österreichische Unterstützung reicht von rascher Hilfe von der Ukraine über den Nahen Osten bis nach Afrika hin zu langfristigen Partnerschaften, die Themen wie Bildung, die Förderung von Frauen und Mädchen oder den Aufbau von Wasserinfrastruktur in den Fokus stellen. Sie schaffen Perspektiven vor Ort und tragen damit zur nachhaltigen Fluchtursachenbekämpfung bei.

Die EU-Initiative Global Gateway fördert weltweit nachhaltige Infrastrukturprojekte. Ganze Regionen profitieren durch nachbarschaftliche Vernetzung – für mehr Perspektiven, Sicherheit und Stabilität und weniger Migrationsdruck auf die Menschen vor Ort. Im Dezember wurde das „Team Austria“ bestehend aus BMEIA, Bundesministerium für Finanzen (BMF), BMWET, Österreichischer Kontrollbank (OeKB), Österreichischer Entwicklungsbank (OeEB), Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und Austrian Development Agency (ADA) gegründet. Es

bündelt nationale Ressourcen, um österreichische Positionen auf EU-Ebene einzubringen und eine aktive Beteiligung, insbesondere der österreichischen Wirtschaft, gezielt zu stärken.

2. Mitgestaltung der Europäischen Union

2.1 Erweiterung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit einhergehenden geopolitischen Veränderungen führten zu einer **neuen Dynamik im EU-Erweiterungsprozess**, die sich auch 2025 fortsetzte. Österreich anerkennt und unterstützt den Wunsch der Ukraine, Moldaus und der georgischen Bevölkerung, sich weiter an die EU anzunähern. Gleichzeitig setzt sich Österreich dafür ein, dass alle geltenden Kriterien und Regeln eingehalten werden und der **Westbalkan weiterhin im Fokus der EU-Erweiterung** bleibt. Ein „Beitritt auf der Überholspur" oder eine Kategorisierung in „Kandidaten erster und zweiter Klasse" soll vermieden werden. Die Geschwindigkeit des Heranführungsprozesses soll von der Umsetzung der geforderten Reformen abhängen.

Österreich setzt sich aktiv für den EU-Integrationsprozess der sechs Westbalkanstaaten ein. Die Heranführung dieser Staaten an die EU ist eine zentrale Priorität der österreichischen Außenpolitik. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ist es für Österreich besonders wichtig, die Entwicklungen in der Region im Blick zu behalten und die Westbalkanländer nachhaltig an die EU zu binden, um destabilisierenden Einflüssen von außen entgegenzuwirken. Die von Österreich ins Leben gerufene **Gruppe der „Freunde des Westbalkans" (Österreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Slowakei, Slowenien, Tschechien)** setzt sich für eine Beschleunigung des Erweiterungsprozesses ein. Unter anderem sollen die **graduelle Integration** der Region in den Binnenmarkt und andere EU-Politikbereiche vorangetrieben und die **Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)** ausgebaut werden. Im Juli beschloss der Rat der Europäischen Union als wesentlichen Schritt gradueller Integration die **Aufhebung der Roamingkosten** für die Ukraine und Moldau mit Wirkung vom 1. Jänner 2026. Österreich setzt sich für eine analoge Lösung für die Länder des Westbalkans ein. Am 4. Dezember fand auf Einladung von Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger ein Treffen der Außenministerinnen und Außenminister der Gruppe der „Freunde des Westbalkans" mit ihren Amtskolleginnen und Amtskollegen aus Albanien, Bosnien und

Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien sowie der EU-Außenbeauftragten (HV/VP) Kaja Kallas in Wien statt.

Die EU bietet zahlreiche Programme zur Unterstützung der (potenziellen) Kandidatenländer. Darüber hinaus wurde der **Wachstumsplan für den Westbalkan** weiter vorangetrieben, um Wirtschaftswachstum und Fortschritte im Beitrittsprozess zu fördern. Der Plan umfasst die Umsetzung grundlegender Reformen, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Institutionen, die Vertiefung der wirtschaftlichen regionalen Integration durch den Gemeinsamen Regionalen Markt sowie die schrittweise Einbindung der Westbalkanstaaten in sieben spezifische Bereiche des EU-Binnenmarktes: freier Warenverkehr, Dienstleistungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit, Zugang zum einheitlichen **Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA)**, Förderung des Straßentransports, Integration und Dekarbonisierung der Energiemärkte, digitaler Binnenmarkt, Integration in industrielle Lieferketten. Nach erfolgreicher Umsetzung der notwendigen Reformen erfolgt die Ausschüttung zusätzlicher Mittel aus der finanziellen Säule des Wachstumsplans, der Reform- und Wachstumsfazilität, die sich aus zwei Milliarden Euro an Haushaltshilfen und vier Milliarden Euro an Krediten zusammensetzt. Im Oktober wurde neben Moldau auch für Albanien, Montenegro und Nordmazedonien der Beitritt in den einheitlichen Euro-Zahlungsraum (SEPA) voll umgesetzt, was Euroüberweisungen auch in diese Länder noch einfacher, schneller und günstiger für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen macht. Österreich tritt gemeinsam mit der Gruppe der „Freunde des Westbalkans“ für die Ausweitung von SEPA auf den gesamten Westbalkan ein.

Österreich unterstützt die Westbalkanstaaten aktiv in ihrem Beitritts- und Heranführungsprozess auf bilateraler und EU-Ebene. Dies geschieht durch den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken oder durch die Bereitstellung von Know-how und Expertise im Wege von EU-finanzierten Verwaltungspartnerschaften (**Twinnings**) zum Aufbau von Behörden und Verwaltungsstrukturen in den Partnerländern. Über das Technical Assistance and Information Exchange Instrument (**TAIEX**) stärkt Österreich die öffentliche Verwaltung der Partnerländer punktuell durch kurzfristige Entsendungen von Expertinnen und Experten sowie die Organisation von Studienbesuchen und Online-Veranstaltungen.

Die Beitrittsverhandlungen mit der **Türkei** wurden 2005 eröffnet, seit 2018 sind sie jedoch faktisch zum Stillstand gekommen. Vor dem Hintergrund fehlender Reformfortschritte der Türkei tritt Österreich für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen ein. Angesichts der zentralen Rolle der

Türkei in den Bereichen Wirtschaft, regionale Entwicklung, Sicherheit und Migration schlägt Österreich stattdessen die Entwicklung eines europäisch-türkischen Nachbarschaftskonzepts vor.

Aufgrund innenpolitischer Entwicklungen, EU-widriger Gesetze und der anhaltenden antiwestlichen Rhetorik der Regierungspartei „Georgischer Traum" hielt die Europäische Kommission im Dezember im Fortschrittsbericht fest, dass **Georgien** aktuell „nur dem Namen nach" ein Beitrittskandidat sei.

2.2 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

Die **solidarische Mitwirkung an der GASP und der GSVP** ist ein Eckpfeiler der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik. Österreich setzt sich für eine starke und resiliente EU ein und trägt aktiv zur Weiterentwicklung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit bei. Dies steht im Einklang mit der Verfassung und einer aktiven Neutralitätspolitik, die auf multilaterale Zusammenarbeit, diplomatisches Engagement und die Stärkung internationaler Institutionen ausgerichtet ist. Ziel ist es, Österreich als konstruktiven und verlässlichen Partner innerhalb der EU zu positionieren.

Österreich bekennt sich zur aktiven Mitarbeit an der **Weiterentwicklung und der Stärkung der GSVP** und der kommenden Entwicklung der Europäischen Verteidigungsunion. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem umfassenden Sicherheitsansatz, der den gesamten Zyklus von Prävention und Mediation über Friedenserhaltung bis zum Friedensaufbau in Postkonfliktphasen umfasst. Wichtige österreichische Anliegen sind zudem Verbesserungen im Bereich des zivilen und militärischen Krisenmanagements sowie die Stärkung der Resilienz, insbesondere auch gegen Cyber- und hybride Bedrohungen. Im Rahmen der 2017 eingerichteten **Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ)** beteiligte sich Österreich Ende 2025 an 19 Projekten. Das Projekt im Bereich ABC-Schutz und ABC-Abwehr steht unter österreichischer Leitung.

Seit dem Versailles-Gipfel im März 2022 wurden mehrere Initiativen zur **Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie** eingeleitet, die Österreich unterstützt. Das Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung (EDIRPA), und die EU-Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP) wurden 2023 als erste

Ergebnisse dieser Arbeit beschlossen. Zudem wurde in Umsetzung der im März 2024 von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) vorgestellten **Europäischen Verteidigungsindustriestrategie (EDIS)** die **Verordnung zum Europäischen Verteidigungsindustrieprogramm (EDIP)** im Dezember angenommen. Das Programm sieht eine Finanzlinie aus dem EU-Haushalt in Höhe von 1,5 Milliarden Euro für die Erhöhung der Produktionskapazitäten und der technologischen Fähigkeiten der europäischen Verteidigungsindustrie sowie eine weitere Finanzlinie für Wiederaufbau und Förderung der ukrainischen Verteidigungsindustrie vor.

Das EU-Maßnahmenpaket zur Finanzierung höherer Verteidigungsausgaben sieht mehrere Stränge vor. Kernstück ist das seit dem 29. Mai in Kraft befindliche **Darlehensinstrument Security Action for Europe (SAFE)** mit einem Volumen von 150 Milliarden Euro zur Ankurbelung der EU-Verteidigungsindustrie. Das Instrument ermöglicht die Finanzierung von gemeinsamen Beschaffungsprojekten durch mindestens zwei Mitgliedstaaten in prioritären Fähigkeitsbereichen und sieht dabei eine Präferenz für europäische Produktion vor. Österreich hat von der Darlehensoption keinen Gebrauch gemacht, ist jedoch an der Beteiligung an gemeinsamen Beschaffungsprojekten interessiert. Ergänzend wurde die koordinierte Aktivierung der nationalen Ausweichklausel im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts ermöglicht, die für vier Jahre zusätzliche Verteidigungsausgaben von bis zu 1,5 % des BIP erlaubt. Mit Stand Dezember 2025 haben 16 Mitgliedstaaten diese Klausel aktiviert.

Im Juni 2024 legte Österreich den Nationalen Umsetzungsplan zum neuen EU-Pakt für die **zivile GSVP** vor. Darin werden eine verstärkte Beteiligung an zivilen GSVP-Missionen, zusätzliche Unterstützung durch bilaterale Projekte sowie die konsequente Nutzung von Forschungs- und Innovationsprogrammen – insbesondere für den Einsatz neuer Technologien – als zentrale Schwerpunkte festgelegt. Österreich setzt sich insbesondere dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen GSVP-Akteuren und dem Bereich **„Forschung, Technologie und Innovation“ (FTI)** zu stärken und technologische Innovationen systematischer in zivile Missionen zu integrieren. Vor diesem Hintergrund organisierte das BMEIA gemeinsam mit dem Austrian Institute of Technology (AIT) im September in Brüssel eine Fachveranstaltung zum Thema Co-Designing Peacetech and Dataspaces for Europe and Beyond.

Darüber hinaus wurde im Juni 2024 ein strukturierter Dialog mit allen relevanten Akteuren im EAD zur möglichen Schaffung eines **Datenraumes für die zivile GSVP** aufgenommen. Einschlägige

Horizon Europe-Projekte mit österreichischer Beteiligung bzw. Federführung (Austrian Centre for Peace bzw. AIT) sind der Anwendung digitaler Tools im Grenzmanagement, der Entwicklung digitaler Trainingsplattformen bzw. dem besseren Monitoring von Migrationsbewegungen gewidmet. Mit der zivilen **EU-Beratungsmission in der Ukraine (EUAM Ukraine)** führte das BMEIA außerdem bis Jahresende Projekte zu digitaler Forensik und Korruptionsbekämpfung durch, welche die Bereitstellung von Ausrüstung und Schulungen in Österreich durch das Bundeskriminalamt umfassten. Im Dezember wurde mit EUAM Ukraine zudem vereinbart, die psychosoziale Gesundheitsversorgung ukrainischer Polizeikräfte und Strafverfolgungsbehörden auszubauen und damit die Resilienz ziviler Einsatzkräfte gezielt zu stärken.

2025 führte die EU weltweit 21 Missionen durch, darunter 8 militärische und 12 zivile Einsätze sowie eine gemischte zivil-militärische Mission. **Österreich war an 11 dieser Missionen beteiligt** und gehörte relativ gesehen zu den **größten Truppenstellern militärischer EU-Einsätze.**

Zivile GSVP-Missionen:

- **EU-Beratungsmission in der Ukraine (EUAM Ukraine; mit österreichischer Beteiligung),**
- **EU-Grenzverwaltungsmission in Libyen (EUBAM Libya; mit österreichischer Beteiligung),**
- **EU-Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo (EULEX Kosovo; mit österreichischer Beteiligung),**
- **EU-Partnerschaftsmission in Moldau (EUPM Moldova; mit österreichischer Beteiligung),**
- **EU-Beobachtermission in Georgien (EUMM Georgia; mit österreichischer Beteiligung),**
- **EU-Beobachtermission in Armenien (EUM Armenia; mit österreichischer Beteiligung),**
- EU-Beratungsmission im Irak (EUAM Iraq),
- EU-Beratungsmission in der Zentralafrikanischen Republik (EUAM RCA),
- EU-Kapazitätsaufbaumission im Sahel (EUCAP Sahel Mali),
- EU-Kapazitätsaufbaumission in Somalia (EUCAP Somalia),
- EU-Polizeimission im palästinensischen Gebiet (EUPOL COPPS),
- EU-Grenzverwaltungsmission für den Grenzübergang in Rafah (EUBAM Rafah).

Militärische GSVP-Operationen und Missionen:

- **EU-Operation in Bosnien und Herzegowina (EUFOR Althea; mit österreichischer Beteiligung),**
- **EU-Marineoperation im Mittelmeer (EUNAVFOR MED Irini; mit österreichischer**

Beteiligung),

- **EU-Militärische Unterstützungsmission in Mosambik (EUMAM Mozambique; mit österreichischer Beteiligung),**
- **EU-Marineoperation im Roten Meer (EUNAVFOR Aspides; mit österreichischer Beteiligung),**
- EU-Marineoperation am Horn von Afrika (EUNAVFOR Somalia Operation Atalanta),
- EU-Ausbildungsmission in der Zentralafrikanischen Republik (EUTM RCA),
- EU-Ausbildungsmission in Somalia (EUTM Somalia),
- EU-Militärische Unterstützungsmission in der Ukraine (EUMAM Ukraine);
- auch an der militärischen Dimension der **Sicherheits- und Verteidigungsinitiative in den Küstenstaaten des Golfes von Guinea (EUSDI)** nimmt **Österreich** teil.

2.3 Asyl- und Migrationsdebatte, Schengenreform und Schengenerweiterung

Das **EU-Asyl- und Migrationspaket** wurde im Jahr 2024 verabschiedet. In Österreich schreiten die Arbeiten zur Implementierung planmäßig voran. Ein wesentliches Element der Reform ist u.a. der europäische Solidaritätsmechanismus. Dieser schafft ein flexibles, verpflichtendes System, durch welches EU-Mitgliedstaaten zwischen mehreren gleichberechtigten Solidaritätsleistungen zur Unterstützung anderer EU-Mitgliedstaaten wählen können. Gemäß Durchführungsbeschluss des Rates vom 19. Dezember befindet sich Österreich in einer „ausgeprägten Migrationslage“ und wurde damit für das Jahr 2026 von der Erbringung von Solidaritätsleistungen vollständig entbunden.

Ergänzend zum Paket legte die Europäische Kommission im Jahr 2025 folgende Vorschläge vor: (1) **Änderung des Konzepts „sicherer Drittstaat“;** (2) eine **EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten** sowie die **beschleunigte Anwendung** – bereits vor dem 12. Juni 2026 – **zentraler Elemente der EU-Asylverfahrensverordnung.** Am 18. Dezember erzielten das Europäische Parlament und der Rat zu diesen Vorschlägen eine vorläufige Einigung. Zudem legte die Europäische Kommission am 11. März einen Vorschlag für eine **EU-Rückkehrverordnung** vor, die ein effektives EU-Rückkehrsystem schaffen soll und die Möglichkeit zur Einrichtung von Rückkehrzentren in Drittstaaten vorsieht. Das Verhandlungsmandat des Rates zur EU-Rückkehrverordnung wurde am 8. Dezember vom Rat für Justiz und Inneres angenommen. Neben diesen Vorschlägen kündigte die Europäische

Kommission 2025 an, mit **Sanktionen gegen Schlepper und Menschenhändler** vorgehen zu wollen.

Neben dem EU-Asyl- und Migrationspaket wurde im Jahr 2024 auch der **Schengener Grenzkodex** (Verordnung (EU) 2016/399) gestärkt. Dabei wurden u.a. die Regeln zur Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen angepasst und neue Regeln bezüglich der Instrumentalisierung von Migration sowie zu gezielten Reisebeschränkungen in Notlagen, insbesondere im Gesundheitsbereich, geschaffen. Die vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen ist möglich und wird derzeit von mehreren Schengen-Staaten, darunter Österreich, angewandt.

Mit 1. Jänner erfolgte die vollständige Integration von Bulgarien und Rumänien in den Schengenraum. Damit wurden die Kontrollen an den Landgrenzen der beiden Länder zu angrenzenden Schengen-Staaten ebenfalls aufgehoben. Österreich hatte sich im Vorfeld für zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung des Außengrenzschutzes und zur Bekämpfung des Schlepperwesens ausgesprochen. Dadurch konnte und wird ein Rückgang der illegalen Grenzübertritte erreicht werden.

2.4 Institutionelle Fragen: EMRK-Beitritt der EU und Europäische Politische Gemeinschaft (EPG)

Gemäß Art. 6 Abs. 2 EUV ist der **Beitritt der EU zur EMRK**, wenn auch ohne Zeitvorgabe, verpflichtend. Ein erster Abkommensentwurf von 2013 wurde vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) im Gutachten 2/13 als unionsrechtswidrig befunden. In erneuten Verhandlungen konnte 2023 eine vorläufige Einigung über ein überarbeitetes Beitrittsabkommen erzielt werden. Aus den Verhandlungen ausgeklammert war die Frage der Rechtskontrolle in der GASP. Durch die Weiterentwicklung der Rechtsprechung des EuGHs dazu wurden schließlich die Voraussetzungen für einen neuen EuGH-Gutachtensantrag geschaffen, den die Europäische Kommission am 21. November einbrachte. Die Kommission verwies in ihrem Antrag darauf, dass nunmehr eine unionsrechtskonforme Lösung vorliegt. Österreich bringt sich unterstützend in dem EuGH-Verfahren ein, das voraussichtlich zwei Jahre dauern wird.

Die **Europäische Politische Gemeinschaft (EPG)** hat sich auch 2025 als Plattform für informelle Treffen von europäischen Staats- und Regierungschefs über die EU hinaus bewährt, um politischen Dialog über zentrale Herausforderungen zu fördern. Ziel der EPG ist es, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in Europa zu stärken, ohne dabei bestehende Organisationen, Strukturen und Prozesse wie den EU-Erweiterungsprozess zu ersetzen. 2025 fanden zwei Treffen der EPG unter Teilnahme von rund 45 europäischen Staats- und Regierungschefs und Spitzenvertreterinnen und -vertretern der europäischen Institutionen statt (Tirana, 16. Mai; Kopenhagen, 2. Oktober), bei welchen Themen wie Sicherheit, Migration und Wirtschaft im Mittelpunkt standen. An beiden Treffen der EPG nahm Bundeskanzler Christian Stocker teil.

2.5 Schutz europäischer Grundwerte

Rechtsstaatlichkeit

Die Rechtsstaatlichkeit als fundamentales EU-Prinzip steht im Zentrum europäischer Werte. Die EU setzt sich kontinuierlich für deren Stärkung, präventiven Schutz und wirksame Durchsetzung in allen Mitgliedstaaten ein. Österreich unterstützt den Ausbau effektiver Rechtsstaatlichkeitsmaßnahmen, insbesondere eine Verschärfung des Konditionalitätsmechanismus.

Der **jährliche Rechtsstaatlichkeitsmechanismus** wurde 2025 zum sechsten Mal durchgeführt. Grundlage war der Rechtsstaatlichkeitsbericht, in dem die Europäische Kommission eine Gesamtbewertung in der EU und in den Mitgliedstaaten in den Bereichen Justizsystem, Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und institutionelle Gewaltenteilung vorlegte. Der Bericht enthält konkrete Handlungsempfehlungen, deren Umsetzung in Folgeberichten überprüft wird. 57 % der Empfehlungen aus 2024 wurden vollständig oder teilweise umgesetzt. Neben dem allgemeinen Teil und den 27 Länderkapiteln wurden abermals auch die Beitrittskandidaten Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien evaluiert.

Das 2018 eingeleitete **Artikel 7-Verfahren gegen Ungarn** wurde mit Anhörungen im Mai und Oktober fortgeführt.

Europäischer Schutzschild für die Demokratie

Zur Stärkung der demokratischen Resilienz in Europa angesichts zunehmender interner und externer Bedrohungen stellten die Europäische Kommission und der EAD im November den **„Europäischen Schutzschild für die Demokratie“** vor. Das Maßnahmenpaket umfasst drei Schwerpunkte: (1) Wahrung der Integrität des Informationsraums; (2) Stärkung demokratischer Institutionen, freier und fairer Wahlen sowie unabhängiger Medien; und (3) Förderung gesellschaftlicher Resilienz und Bürgerbeteiligung.

Ein zentrales Vorhaben ist dabei die Einrichtung eines **Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz** zur Verbesserung des gemeinsamen Lagebilds und der Reaktionsfähigkeit auf Bedrohungen im Informationsraum sowie zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit europäischer Demokratien. Österreich befürwortet die Stoßrichtung des Europäischen Schutzschildes für Demokratie als Teil einer umfassenden europäischen Sicherheits- und Verteidigungsagenda. Angesichts der sich verschärfenden geopolitischen Bedrohungslage wird sich Österreich daher weiterhin auf nationaler und EU-Ebene für eine effektive Umsetzung des Maßnahmenpakets bis 2027 einsetzen, insbesondere mit Fokus auf die Abwehr von **ausländischer Informationsmanipulation und Einflussnahme (FIMI)**, faire Wahlen, die Stärkung der Resilienz von Beitrittskandidaten, die Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowie die Förderung von unabhängigem Journalismus.

2.6 Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2028-2034

Die Europäische Kommission legte ihre Vorschläge für den nächsten **Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2028-2034** am 18. Juli und am 3. September vor. Das Gesamtvolumen des nächsten MFR soll bis zu 2 Billionen Euro betragen; darin enthalten sein soll die Rückzahlung von Next Generation EU in Höhe von 168 Milliarden Euro. Die neue Struktur soll vier Rubriken umfassen:

- Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt, Landwirtschaft, ländlicher Raum und Meere, Wohlstand und Sicherheit mit dem zentralen Element der nationalen und regionalen Partnerschaftspläne;
- Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Sicherheit mit dem neuen Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit;
- Europa in der Welt und Finanzierung auswärtigen Handelns der EU mit dem neuen Instrument Global Europe; und

- eine moderne und effiziente Verwaltung für Europa.

Eine **politische Einigung bis Ende 2026 wird angestrebt**, um die **Annahme der Rechtsakte 2027** sowie die rechtzeitige Umsetzung der nationalen und regionalen Partnerschaftspläne zu ermöglichen.

Aus österreichischer Sicht muss Europa durch den nächsten MFR gestärkt werden, sowohl was die **Wettbewerbsfähigkeit** als auch die **Sicherheit Europas und Österreichs** angeht. Auch wenn der EU-Haushalt aufgrund neuer Aufgaben und Prioritäten wachsen wird, sollte er der Budgetkonsolidierung in vielen EU-Mitgliedstaaten durch eine **besonders effiziente, treffsichere und an klaren Prioritäten ausgerichtete Verwendung der Mittel** Rechnung tragen. Österreich setzt sich für eine **Verlängerung des Beitragsrabatts** im Sinne einer gerechten Lastenverteilung ein und bekennt sich zu der **Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)**.

2.7 Fortschritte bei Handelsabkommen

Die EU verfügt über das weltweit umfassendste Netzwerk an Handelsabkommen: **44 präferenzielle Handelsabkommen mit 76 Ländern** sind in Kraft bzw. in vorläufiger Anwendung des Handelsteils.

Im Laufe des Jahres konnten mehrere Abkommen bis zur politischen Einigung bzw. Unterzeichnung vorangebracht werden. Am 1. Februar trat das Interimshandelsabkommen mit **Chile** in Kraft. Im September wurden die Ratsbeschlüsse zur Unterzeichnung und zum Abschluss des Modernisierten Globalabkommens (MGA) und des Interims-Handelsabkommens (iTA) zwischen der EU und **Mexiko** vorgelegt. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit **Indonesien**, einschließlich eines Investitionsschutzabkommens, wurden am 23. September abgeschlossen. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit **Indien** wurden nach der Wiederaufnahme im Jahr 2022 fortgeführt.

Die seit 2012 pausierten Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen mit **Malaysia** wurden wiederaufgenommen. Mit **Thailand** und den **Philippinen** wurden die Verhandlungen über Freihandelsabkommen fortgeführt und weitere Fortschritte bei den Texten erzielt. Neue Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den **Vereinigten Arabischen Emiraten** begannen im Mai.

Die Überarbeitung der vertieften und umfassenden Freihandelszone (DCFTA) mit **Moldau** trat im Oktober in Kraft. Mit der **Ukraine** wurden die ursprünglichen Handelszugeständnisse im Abkommen nach dem russischen Angriffskrieg durch befristete Handelserleichterungen ergänzt und durch am 14. Oktober offiziell zwischen der EU und der Ukraine angenommene Regelungen ersetzt. Diese traten am 29. Oktober in Kraft und erweitern den Marktzugang insbesondere für Agrarwaren, enthalten jedoch Schutzmechanismen für sensible EU-Sektoren.

Im Bereich des digitalen Handels schloss die EU am 10. März die Verhandlungen über ein digitales Handelsabkommen mit **Südkorea** ab. Am 7. Mai unterzeichneten die EU und **Singapur** ein Abkommen über digitalen Handel zur Ergänzung des bestehenden Freihandelsabkommens.

Am 3. September legte die Europäische Kommission Vorschläge für Beschlüsse des Rates über die Unterzeichnung und den **Abschluss des EU-MERCOSUR-Partnerschaftsabkommens (EMPA)** sowie **des Interims-Handelsabkommens (iTA)** vor.

2.8 Österreichischer Vorsitz der Alpenraumstrategie

Österreich hatte von 1. Jänner bis 31. Dezember **gemeinsam mit dem Fürstentum Liechtenstein** den **Vorsitz der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)** inne. Die Strategie umfasst sieben Teilnehmerstaaten (Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein und Slowenien) und 48 Regionen mit insgesamt ca. 80 Millionen Menschen.

Der Vorsitz stand unter dem Motto „Zusammenarbeit stärkt den Wandel“. Die inhaltlichen Prioritäten waren Mobilitäts- und Energiewende, Kreislaufwirtschaft sowie die Revision des Aktionsplans. In Österreich nehmen neben dem Bund die Bundesländer Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg unter der Koordination des Landes Tirol eine aktive Rolle ein und setzen thematische Schwerpunkte.

Wichtige Konferenzen fanden u.a. in Salzburg zur alpinen Raumplanung und in Bregenz zur Energiewende statt. Der EUSALP-Jugendrat tagte in Galtür, des Weiteren fanden die Digital Alps-Konferenz zum Thema „Shaping the Future of Mountain Communities: Digital Transformation, AI Innovation and Sustainable Connectivity in the Alpine Region” in Lienz und eine Konferenz zu nachhaltiger Wasserkraft an der Universität für Bodenkultur in Wien statt.

Im Rahmen des Jahresforums und der Generalversammlung unter österreichisch-liechtensteinischem Ko-Vorsitz am 25. und 26. November, an der Staatssekretär Sepp Schellhorn teilnahm, wurden die Gemeinsame Erklärung von Innsbruck (Innsbruck Joint Declaration) zur EUSALP und der überarbeitete Aktionsplan verabschiedet. Damit wurde das politische Engagement für die Zukunft der Alpen, insbesondere im Kontext des 10-jährigen Jubiläums der EUSALP bekräftigt.

2.9 Beziehungen EU-Schweiz

Für Österreich ist eine stabile, breit aufgestellte Partnerschaft der EU mit der Schweiz von hohem Interesse. Es gab weiterhin Fortschritte bei den Verhandlungen zu einem Vertragspaket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Österreich begrüßt dabei insbesondere das am 10. November unterzeichnete **Abkommen zur rückwirkenden Teilnahme der Schweiz an Horizon Europe, Euratom und Digital Europe** seit 1. Jänner, sowie **an Erasmus+ ab 2027**. Die Forschungskooperation zwischen Österreich und der Schweiz wird durch die Teilnahme der Schweiz an Ausschreibungen des Europäischen Forschungsrats nachhaltig gestärkt.

2.10 Beziehungen EU-Vereinigtes Königreich

Das Vereinigte Königreich bleibt ein wichtiger Partner für Österreich und die EU. Österreich begrüßt daher die Ergebnisse des ersten formellen Gipfels zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vom 19. Mai. Dazu zählen der **Abschluss einer Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft** und die geplante Angleichung bei Agrarstandards und der gegenseitigen Verlinkung der Emissionshandelssysteme. Österreich unterstützt zudem Verhandlungen über ein Jugendmobilitätsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, um jungen Menschen vermehrt Austauschmöglichkeiten zu bieten.

2.11 EU-Außenfinanzierungsinstrumente

Die Verordnung zur Schaffung des **Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI-GE) für den Zeitraum 2021-2027** wurde im Juni 2021 angenommen. Österreich bringt sich dabei laufend in den Ratsgremien

sowie in den geographischen und thematischen Komitologieausschüssen ein, u.a. bei der Halbzeitüberprüfung der NDICI-Programme. Dabei wurde darauf geachtet, dass abgestimmte österreichische Interessen und Positionen strukturiert in die EU-Gremien in Brüssel sowie in die lokale Programmierung vor Ort einflossen.

Parallel dazu starteten die **Verhandlungen zum neuen EU-Außenfinanzierungsinstrument „Europa in der Welt" (Global Europe)** als Teil des MFR 2028-2034. Mit dem Instrument wird eine Bündelung zuvor getrennter Außenfinanzierungsinstrumente angestrebt, darunter die bisherigen Instrumente für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit, für Heranführungsbeihilfe sowie für humanitäre Hilfe und neu geschaffene Fazilitäten für ausgewählte Partnerländer und -regionen. Österreich setzte sich, wie auch bei NDICI-GE, insbesondere für eine thematische Schwerpunktsetzung mit Fokus auf Menschenrechte und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Armutsbekämpfung, Geschlechtergleichberechtigung, Migration, Umwelt- und Klimaschutz ein. Der von der Europäischen Kommission verfolgte Team-Europe-Ansatz mit echter Mitsprache aller beteiligten Akteure wird dabei von Österreich aktiv unterstützt. Österreich spricht sich für die Stärkung der Rolle der EU als internationaler Akteur, eine Balance zwischen Flexibilität und Planbarkeit sowie die konsequente Umsetzung der Global Gateway-Strategie aus.

3. Österreich und die Welt

3.1 Österreichs Nachbarstaaten

Deutschland

Deutschland zählt zu den **wichtigsten Partnerländern Österreichs**. Dies spiegelt sich in der hohen Zahl gegenseitiger offizieller Besuche wider. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind eng und erstrecken sich über alle Ebenen und Bereiche – von Bund, Ländern und Gemeinden bis hin zu Wirtschaft, Tourismus, Wissenschaft, Kunst und Kultur.

Auch 2025 fanden zahlreiche **hochrangige Besuche** österreichischer Politikerinnen und Politiker in Deutschland statt: Bundeskanzler Christian Stocker absolvierte am 27. Juni seinen Antrittsbesuch bei Bundeskanzler Friedrich Merz in Berlin. Staatssekretär Alexander Pröll reiste am 1./2. Juli nach Baden-Württemberg und Berlin. Bundesministerin Claudia Bauer (vormals Plakolm) traf am 9. September in Berlin mit Staatsminister Gunther Krichbaum, Kanzleramtsminister Thorsten Frei und Familienministerin Karin Prien zusammen. Es folgten weitere Antrittsbesuche von Bundesminister Wolfgang Hattmannsdorfer (24. September), Vizekanzler Andreas Babler (24. November) und Bundesminister Markus Marterbauer (23.-25. November) in Berlin. Vom 21. bis 23. Oktober absolvierte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier einen offiziellen Staatsbesuch in Österreich. Bei diesem Anlass eröffneten die Staatsoberhäupter das neue deutsche Botschaftsgebäude in Wien und besichtigten u.a. den Brennerbasistunnel in Tirol. Es handelte sich um den ersten Staatsbesuch eines deutschen Bundespräsidenten in Österreich seit 28 Jahren.

Gemeinsame Themen und Positionen ergaben sich insbesondere im **sozialpolitischen Bereich**. Deutschland zeigte Interesse am österreichischen Pensionssystem und der Sozialhilfe. Der Fachkräftemangel stellte weiterhin eine Herausforderung für beide Länder dar. In **Migrationsfragen** tauschten sich Österreich und Deutschland regelmäßig aus – etwa zur Reduzierung irregulärer Migration, zur Beschleunigung von Asylverfahren und Rückführungen sowie zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten aus der Ukraine. Auch Fragen der inneren Sicherheit standen im Fokus. Österreichs Erfahrungen in der digitalen Verwaltung und im Bereich der erneuerbaren Energien waren ebenfalls Thema.

Außenpolitisch setzten sich Österreich und Deutschland weiterhin für eine **Stärkung der EU** ein, u.a. durch eine **EU-Integration der Westbalkanstaaten**. Ein wichtiger Bestandteil der bilateralen Zusammenarbeit blieb zudem die gemeinsame **Erinnerungskultur**. Besonders im Bereich der politischen Bildung junger Generationen gab es enge Kontakte zu Einrichtungen wie der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, dem Anne-Frank-Zentrum Berlin und dem Jüdischen Museum Berlin, wo österreichische Gedenkdienstleistende tätig waren.

In Bezug auf den stark zunehmenden **Güterverkehr** auf der Transitroute über den Brenner bestehen weiterhin Divergenzen zwischen Deutschland und Österreich. Sowohl die Lösung der Transitproblematik als auch ein zeitnaher Beschluss für den Ausbau der Zulaufstrecken zum Brenner Basistunnel durch den deutschen Bundestag blieben für Österreich zentrale Anliegen.

Deutschland blieb erneut **Österreichs wichtigster Handelspartner** und **größter ausländischer Direktinvestor**. Etwa 30 % der österreichischen Exporte gingen weiterhin nach Deutschland. Besonders im **Dienstleistungssektor** sind die Verbindungen eng: rund 40 % der weltweiten Auslandsdienstleistungen Österreichs wurden in Deutschland erbracht. Gleichzeitig nimmt Deutschland seit jeher als wichtigstes Herkunftsland im heimischen **Tourismus** eine zentrale Position ein: knapp die Hälfte der ausländischen Gäste (15,3 Millionen; rund 45,7 % der ausländischen Ankünfte) und Nächtigungen ausländischer Gäste in Österreich (58,5 Millionen; rund 50,1 % der ausländischen Übernachtungen) stammten aus Deutschland. Sowohl bei den Ankünften (+2,1 %) als auch bei den Nächtigungen (+0,2 %) wurde ein Zuwachs im Vergleich zu 2024 erreicht.

Im Rahmen der ReFocus-Austria-Initiative unterstützt die Österreichische Botschaft Berlin laufend Veranstaltungen zur Förderung des österreichischen Wirtschaftsstandorts und zur Unterstützung österreichischer Unternehmen in Deutschland. Ein Beispiel dafür war die Organisation der dritten „FeelAustria Week“ in enger Kooperation mit Austria Tourism. Die Veranstaltungsreihe bot einen ganzheitlichen Auftritt Österreichs in Berlin mit dem Ziel, Österreich in all seinen Facetten – von Kultur über Kulinarik bis hin zu Wirtschaft – einer breiten Öffentlichkeit erlebbar zu machen.

Der Ausbau der deutschen **Energieinfrastruktur** ist für die Versorgungssicherheit Österreichs von großer Bedeutung. Besonders wichtig sind dabei Pipeline-Verbindungen zu deutschen Flüssiggas-Anlandungspunkten. Die enge Abstimmung zu laufenden und geplanten Projekten im

Energiebereich auf politischer Ebene ebenso wie zwischen Expertinnen und Experten wurde fortgesetzt.

Die Dekarbonisierung des Energiesektors ist ein zentrales Anliegen beider Länder. Dabei ist der Ausbau eines Wasserstoff-Kernnetzes von wesentlicher Bedeutung. Österreich, Deutschland und Italien setzten das gemeinsame Projekt eines südlichen Wasserstoffkorridors fort, um Importe von erneuerbarem Wasserstoff aus Nordafrika zu ermöglichen.

Besonders eng sind die Beziehungen im Bereich **Kultur und Wissenschaft**. Österreichische Akteurinnen und Akteure in Deutschland arbeiten in den Bereichen Musik, Theater, Film, Tanz, Bildende Kunst sowie an Hochschulen bzw. Universitäten. Auch wird eine Reihe renommierter deutscher Kulturinstitutionen, Museen und Festivals von österreichischen Kulturmanagerinnen und Kulturmanagern geleitet. Die Kulturarbeit der österreichischen Botschaft in Deutschland fördert insbesondere junge, zeitgenössische Kunst. Darüber hinaus bleibt die Zusammenarbeit im Rahmen des EUNIC-Netzwerks ein wichtiger Bestandteil der Kulturarbeit, insbesondere bei der Teilnahme an europäischen Projekten wie der „Berlin Design Week“ und dem „Europa Literarisch“-Format.

Italien

Zu den zentralen politischen Ereignissen des Jahres zählten der Besuch von Staatspräsident Sergio Mattarella in der Wiener UNO-City anlässlich des 25. Jahrestags der Palermo-Konvention am 11. November und das Treffen von Bundeskanzler Christian Stocker mit Premierministerin Giorgia Meloni am 15. Juli in Rom. Ein besonderer Akt mit Symbolwirkung war der **festliche Durchbruch des Brennerbasistunnel-Erkundungsstollens** an der österreichisch-italienischen Grenze, an dem Bundeskanzler Christian Stocker, Premierministerin Giorgia Meloni, die Verkehrsminister Peter Hanke und Matteo Salvini, EU-Verkehrskommissar Apostolos Tzitzikostas und Landeshauptmann Anton Mattle am 18. September teilnahmen. Von 7.-8. Juli stattete Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger einen Antrittsbesuch in Rom ab und traf mit ihrem Amtskollegen Antonio Tajani, Vizepräsident des Ministerrats und Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Internationale Zusammenarbeit, zusammen.

Italien und Österreich kooperieren sowohl bilateral als auch innerhalb der Europäischen Union. Ein gemeinsames Anliegen ist zum Beispiel die Heranführung der sechs Westbalkanstaaten an die

EU. Italien setzte aktiv Akzente in der von Österreich ins Leben gerufenen Initiative der „**Freunde des Westbalkans**“ und richtete am 10. Februar ein Treffen der Gruppe in Rom aus, an dem auch Bundeskanzler und Außenminister Alexander Schallenberg teilnahm. Der Staatssekretär im italienischen Außenministerium, Giorgio Silli, nahm seinerseits am Treffen der Gruppe der „Freunde des Westbalkans“ am 4. Dezember und dem OSZE-Ministerrat am 4. und 5. Dezember in Wien teil.

Im Bereich **Migration** spielt Italien als Mittelmeeranrainerstaat und Initiator des „Rom-Prozesses“ zur Bekämpfung irregulärer Migration eine Schlüsselrolle. Ziel des „Rom-Prozesses“ ist es, die Zahl der irregulären Migrantinnen und Migranten zu reduzieren und Menschenschmuggel und Menschenhandel einzudämmen. Österreich nimmt an den regelmäßig stattfindenden Treffen der drei Arbeitsgruppen und des Steering Committee („Migration und Sicherheit“, „Wirtschaft und Entwicklung“ und „Klima und Umwelt“) teil.

Auch in **Sicherheits- und Verteidigungsfragen** verbindet Österreich und Italien eine enge Zusammenarbeit. Österreich hat 12 Jet-Trainer bzw. leichte Mehrzweckkampfflugzeuge vom italienischen Hersteller Leonardo bestellt; die Auslieferung von insgesamt 36 Militärhubschraubern ist im Dezember 2022 angelaufen und wurde fortgesetzt. Beide Länder engagierten sich weiterhin in internationalen Friedensmissionen wie der militärischen EU-Operation in Bosnien und Herzegowina (EUFOR Althea), dem Multinationalen Friedenseinsatz im Kosovo (KFOR) und der VN-Interimstruppe im Libanon (UNIFIL).

Italien ist auch im **Energiebereich** ein wichtiger Partner Österreichs sowohl beim Zugang zu alternativen Erdgasquellen als auch bei der Diversifizierung erneuerbarer Energien. Das gemeinsame Projekt eines **südlichen Wasserstoffkorridors mit Algerien und Tunesien** ist von strategischer Bedeutung für die europäische Energiewende. Während Italien hingegen weiter Schritte in Richtung Rückkehr zur Atomkraft setzt, bleibt Österreich seiner ablehnenden Haltung gegenüber Atomenergie treu.

Unterschiedliche Positionen bestehen zudem beim **Alpentransit**. Die österreichischen Maßnahmen, welche die schwere Verkehrsbelastung für Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Umwelt entlang des Brennerkorridors durch Beschränkungen für den LKW-Transitverkehr in Grenzen halten, stehen den Interessen der italienischen Transportunternehmen entgegen. Die Klage Italiens gegen Österreich vor dem Europäischen Gerichtshof ist noch nicht entschieden.

Österreich bleibt offen für konstruktive Verhandlungen, wobei der Ausbau des Bahnverkehrs und die Fertigstellung des Brenner-Basistunnels bis 2032 zentrale Elemente einer nachhaltigen Lösung darstellen.

Italien bleibt Österreichs **zweitwichtigster Handelspartner**, das Gesamthandelsvolumen belief sich auf etwa 26 Milliarden Euro. In Österreich gibt es rund 1.400 Firmen mit italienischer Beteiligung. Die rd. 1.100 italienischen Unternehmen mit österreichischer Beteiligung konzentrieren sich v.a. in Norditalien, insbesondere in Südtirol, der Lombardei und Venetien (insgesamt 73 %).

Italien war die beliebteste **Urlaubsdestination** der Österreicherinnen und Österreicher im Ausland. Umgekehrt zogen der Ski- und Städtetourismus zahlreiche Urlaubende aus Italien an.

Südtirol

In den Beziehungen zwischen Österreich und Italien hat Südtirol einen besonderen Stellenwert und ist bei hochrangigen Kontakten zwischen den beiden Ländern stets ein wichtiges Gesprächsthema. Die **Schutzfunktion Österreichs für Südtirol** bzw. seine **Autonomie** basiert auf dem Gruber-De Gasperi-Abkommen von 1946 (Pariser Vertrag). Die Bundesregierung nimmt sie mit Sorgfalt auf Grundlage des Regierungsprogramms wahr, das die gemeinsame Verantwortung Österreichs und Italiens für die Fortsetzung des Südtiroler Erfolgswegs festhält.

Die Autonomie ist inzwischen gemeinsames Gut aller drei in Südtirol lebenden Sprachgruppen (deutsch, italienisch, ladinisch). Der Erfolg und die Weiterentwicklung der Autonomie tragen entscheidend dazu bei, dass Südtirol mittlerweile von einem Streitgegenstand zu einem wichtigen und positiven Bindeglied zwischen Österreich und Italien geworden ist sowie international Modellfunktion für die Lösung von Minderheitenkonflikten ausübt.

Von besonderer Bedeutung für die Wahrung und Stärkung der Autonomie waren nicht zuletzt die Bemühungen, jene Autonomiekompetenzen wiederherzustellen, die in den letzten Jahren v.a. durch Urteile des italienischen Verfassungsgerichts verloren gegangen bzw. ausgehöhlt worden waren. Nach Verabschiedung der **Autonomiereform** in erster Lesung in der Kammer und im Senat und einem Notenwechsel mit Österreich ist die Inkraftsetzung der Autonomiereform in greifbare Nähe gerückt.

Die **Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino (Euregio)** ist ein Beispiel für erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Tirols Landeshauptmann Anton Mattle hat von Oktober 2025 bis 2027 die Präsidentschaft inne. Unter dem zweijährigen, im September zu Ende gegangenen Südtiroler Vorsitz wurden neue grenzüberschreitende Projekte u.a. in den Bereichen Mobilität, Arbeitsmarkt, Kultur und Identität, institutionelle Zusammenarbeit und EU-Projekte sowie Zivilschutz entwickelt. Die Tiroler Präsidentschaft wird diese Initiativen fortführen.

Wichtiges Element in der Kooperation zwischen Bozen und Wien bzw. bei der Wahrnehmung der Schutzfunktion Österreichs ist ein steter Besuchsaustausch. Landeshauptmann Arno Kompatscher traf am 28. März Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Christian Stocker und Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger. Es fand ein gegenseitiger Besuchsaustausch zwischen dem Südtiroler Landtag und den Landtagen in Graz, Niederösterreich, Oberösterreich und Wien statt. Am 18. September nahmen Bundeskanzler Christian Stocker, Bundesminister Peter Hanke und Landeshauptmann Anton Mattle an den Feierlichkeiten anlässlich des Durchschlags des Brenner Basistunnel (BBT) Erkundungsstollens am Brenner teil.

Südtirol nimmt in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Italien eine Schlüsselposition ein: Es ist der wichtigste Eintrittsmarkt für österreichische Firmen, die ihre Aktivitäten nach Italien ausdehnen. Rund 10 % aller österreichischen Exporte nach Italien gehen nach Südtirol (2025: 1,243 Milliarden Euro), wo 40 % aller italienischen Unternehmen mit österreichischer Beteiligung ihren Sitz haben.

Liechtenstein

Das Fürstentum Liechtenstein pflegt mit Österreich historisch gewachsene äußerst vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Bereich. Die österreichischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger spielen eine bedeutende Rolle für die Wirtschaft Liechtensteins. Beide Länder arbeiten eng in regionalen Formaten und im Rahmen internationaler Organisationen wie den VN, der OSZE oder des EuR zusammen, wo sie sich gemeinsam für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und die Bekämpfung der Straflosigkeit einsetzen.

Österreich ist für das Fürstentum Liechtenstein, das Mitglied des **Europäischen Wirtschaftsraumes** (**EWR**) ist, auch ein wichtiger Partner für Angelegenheiten betreffend die Europäische Union. Gemeinsam hatten Österreich und Liechtenstein den **Ko-Vorsitz der EU-Strategie für den Alpenraum** (**EUSALP**) inne.

Regierungschefin Brigitte Haas führte mit Bundeskanzler Christian Stocker sowie mit Bundesminister Markus Marterbauer am 9. Juli Arbeitsgespräche in Wien und traf Staatssekretär Sepp Schellhorn am 16. Juli zu einem Arbeitsgespräch in Bregenz. Die stellvertretende Regierungschefin und Außenministerin Sabine Monauni absolvierte am 23. Mai einen Arbeitsbesuch bei Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger und Bundesministerin Claudia Bauer in Wien und führte mit Staatssekretär Sepp Schellhorn im Rahmen des EUSALP- Jahresforums am 11. November Arbeitsgespräche in Innsbruck. Innenminister Hubert Büchel nahm auf Einladung von Bundesminister Gerhard Karner am 28. April am Treffen der deutschsprachigen Innenministerinnen und Innenminister in Krems teil.

Die liechtensteinische **Wirtschaft** ist eng mit der Schweiz verbunden, da beide Länder ein gemeinsames Zollgebiet haben. Auch Deutschland und Österreich gehören zu den wichtigsten Handelspartnern. Zahlreiche österreichische Unternehmen sind erfolgreich in Liechtenstein tätig. Das Fürstentum weist die höchste Produktivität im deutschsprachigen Raum auf und verfügt über einen spezialisierten, international stark vernetzten und stabilen Finanzplatz.

Österreich und Liechtenstein tauschen sich regelmäßig über **Klimaziele und Energieeffizienz** aus. Zudem kooperieren beide Länder in der strategischen Bevorratung von Gasreserven.

Der **kulturpolitische Dialog** zwischen Liechtenstein und Österreich wurde 2020 durch ein Memorandum of Understanding gefestigt. Auf dieser Grundlage entstehen regelmäßig gemeinsame Projekte, darunter die Liechtenstein-Regale in den Österreich-Bibliotheken sowie im Rahmen der Artist-in-Residency-Programme.

Schweiz

Zwischen Österreich und der Schweiz bestehen sehr **enge, vertrauensvolle Beziehungen**. Beide Länder setzen sich gemeinsam für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Abrüstung und multilaterale Zusammenarbeit ein. Diese Werte und Ziele haben die bilateralen Beziehungen auf

vielen Ebenen gestärkt. Durch die Umsetzung der 2021 unterzeichneten „Absichtserklärung zur Strategischen Kooperation“ konnte die Zusammenarbeit weiter intensiviert werden. Die **Strategische Partnerschaft** sieht eine verstärkte Kooperation in Bereichen wie Krisenprävention, Friedensförderung, Digitalisierungs- und Cybersicherheit, Sicherheitspolitik sowie in regionalen Projekten, etwa am Westbalkan vor.

Der rege **Besuchsaustausch** auf politischer Ebene ist ebenfalls Ausdruck des gegenseitigen Interesses zur Stärkung der Zusammenarbeit. Gemäß einer bewährten Tradition führte der erste Auslandsbesuch der neugewählten Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter am 17. Jänner nach Österreich zu Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos, das unter dem Motto „Zusammenarbeit im intelligenten Zeitalter“ stand, nahm vom 20.-24. Jänner Bundeskanzler Alexander Schallenberg teil. Am 1. April stattete Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger ihrem Amtskollegen, Bundesrat Ignazio Cassis, einen Antrittsbesuch in Bern ab. Bundeskanzler Christian Stocker absolvierte am 28. August seinen Antrittsbesuch bei Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter in der Schweiz. Am 24. März erfolgte der Antrittsbesuch von Nationalratspräsident Walter Rosenkranz bei Nationalratspräsidentin Maja Riniker. Vom 4.-5. September nahm Bundespräsident Alexander Van der Bellen am Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Bad Ragaz und St. Gallen teil. Zudem werden regelmäßig bilaterale Arbeitsgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Schweizer Regierung, Departements, Interessensverbänden, Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft geführt.

Die Schweiz ist der **viertwichtigste Handelspartner** Österreichs. Die österreichischen Warenexporte in die Schweiz beliefen sich auf rund 9,9 Milliarden Euro, während die Warenimporte aus der Schweiz bei rund 11 Milliarden Euro lagen. Die Schweiz ist der drittwichtigste Investor in Österreich mit ca. 18,4 Milliarden Euro Direktinvestitionen. Darüber hinaus sind in Schweizer Unternehmen in Österreich rund 25.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt. Demgegenüber beschäftigen österreichischen Unternehmen in der Schweiz etwa 21.000 Menschen. Nach Deutschland und den Niederlanden ist die Schweiz der **drittwichtigste Tourismusmarkt** für Österreich.

In **Klima- und Energiefragen** besteht eine enge Zusammenarbeit, v.a. im Rahmen regionaler Formate wie der Alpenkonvention, EUSALP, der Konvention zum Schutz des Rheins oder der internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee. Des Weiteren unterzeichneten

Österreich und die Schweiz im Mai 2024 einen Staatsvertrag zur Verbesserung des Hochwasserschutzes entlang des Alpenrheins (RHESI).

Unterschiedliche Ansichten zwischen Österreich und der Schweiz bestehen in der Kernenergiepolitik. Kernkraft bleibt ein Thema in der energiepolitischen Debatte der Schweiz.

Das Österreichische Kulturforum Bern setzte sich mit aktuellen **gesellschaftlichen und kulturpolitischen Themen** auseinander, wie zum Beispiel Klimakultur, Künstlicher Intelligenz sowie Nachwuchs- und Frauenförderung. Kulturpolitische Gespräche zwischen den staatlichen Akteuren der Kulturpolitik der Schweiz und Österreichs werden jedes zweite Jahr abwechselnd in Österreich und der Schweiz abgehalten. Ebenso alle zwei Jahre findet ein Austausch zwischen der Schweiz und Österreich über die Zusammenarbeit in Hochschulbildung, Forschung und Innovation auf Ministerialebene statt. Wichtige Bereiche sind Friedens- und Konfliktforschung, Künstliche Intelligenz und Digitalisierung sowie Quantenforschung und Pharmaindustrie.

Die Schweiz zählt auch zu den wichtigsten Partnern im Bereich **Bildung und Wissenschaft.** Zahlreiche Forschende aus Österreich arbeiten in Schweizer Forschungsinstituten und umgekehrt. Zusätzlich studieren rund 1.700 Österreicher an Schweizer Universitäten.

Slowakei

Die Beziehungen zwischen Österreich und der Slowakei sind von intensivem Austausch geprägt. Rund 50.000 slowakische Staatsangehörige leben in Österreich, insbesondere in Wien und in den grenznahen Regionen. Etwa 40.000 Menschen pendeln täglich aus der Slowakei nach Österreich, wo sie mehrheitlich in den östlichen Bundesländern in verschiedenen Schlüsselbranchen tätig sind. Im September trat das **Rahmenabkommen zwischen Österreich und der Slowakei über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst** in Kraft, welches die Grundlage für eine wesentliche Verbesserung der medizinischen Versorgung bei Notfällen in den Grenzregionen bildet.

Am 23. April erfolgte der Antrittsbesuch von Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger bei Außenminister Juraj Blanár. Bundesministerin Claudia Bauer nahm am 1. Juli am Slavkov 3 Treffen (Österreich, Tschechien, Slowakei) der Europaministerinnen und Europaminister in Pressburg teil. Das Treffen der Außenministerinnen und Außenminister der Central 5 Länder (Österreich,

Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien) fand am 11. September in Tomášov unter Teilnahme von Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger statt. Bundespräsident Alexander Van der Bellen eröffnete am 1. Oktober die Ausstellung „Jože Plečnik - Mitteleuropäischer Architekt“ in Pressburg. Am 24. November traf Bundesminister Gerhard Karner mit Innenminister Matúš Šutaj Eštok in Jarovce zusammen. Nationalratspräsident Walter Rosenkranz nahm am 2. und 3. Dezember am Treffen der Parlamentspräsidenten im Slavkov 3 Format in Pressburg teil. In Wien traf Bundeskanzler Christian Stocker am 24. Juni mit Premierminister Robert Fico zusammen. Außenminister Juraj Blanár nahm am 4. Dezember am Treffen der „Freunde des Westbalkans“ in Wien teil und führte auch ein bilaterales Gespräch mit Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger.

Mit einem Volumen von acht Milliarden Euro war Österreich der **drittgrößte ausländische Investor in der Slowakei**. Über 2.000 österreichische Unternehmen betreiben Niederlassungen in der Slowakei und schaffen rund 47.000 Arbeitsplätze. Mit einem Exportvolumen von 3,8 Milliarden Euro gehörte die Slowakei zu den **wichtigsten Handelspartnern Österreichs**. Die Österreichische Botschaft Pressburg steht in engem Austausch mit wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, um stabile Rahmenbedingungen für österreichische Unternehmen zu fördern.

Ein zentrales Thema bleibt der **Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur**. Die Zugverbindung von Wien über Marchegg nach Pressburg ist nunmehr durchgehend elektrifiziert. Am Grenzfluss March fehlen jedoch über eine Strecke von 60 Kilometern weiterhin hochwasserfeste Straßenbrücken und effiziente Anschlussstrecken.

Auch die Zusammenarbeit im Rahmen des **Interreg-Programms Österreich-Slowakei 2021-2027** schreitet voran. In der aktuellen Förderperiode stehen rund 56 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zur Verfügung.

Neben den vielen Bereichen enger Zusammenarbeit gibt es Themen, bei denen Österreich und die Slowakei unterschiedliche Positionen vertreten. So setzt die Slowakei bei Stromerzeugung in großem Maß auf Kernenergie, während Österreich eine ablehnende Haltung gegenüber der **Atomkraft** einnimmt und regelmäßig seine Sicherheitsinteressen und die Bedeutung eines transparenten Informationsaustausches betont. Konstruktive bilaterale Nukleartreffen auf Expertenebene finden jährlich statt.

Die **kulturellen Beziehungen** zwischen Österreich und der Slowakei sind intensiv und vielfältig. Zahlreiche Kooperationen mit renommierten Institutionen aus Kunst, Kultur und Wissenschaft in Pressburg sowie in den Regionen stärken den Austausch. Das Österreichische Kulturforum Pressburg organisiert regelmäßig Veranstaltungen mit besonderem Fokus auf Vielfalt, Dialog, Frauen- und Menschenrechten. Das Österreichische Kulturforum Pressburg feierte sein 35-jähriges Bestehen. Auf große Resonanz stießen die Konzerte anlässlich des 200. Geburtstages von Johann Strauss Sohn sowie eine Fotoausstellung über den Flughafen Wien.

Slowenien

Slowenien ist als Nachbarland mit historischer, kultureller und wirtschaftlicher Verflechtung ein **enger Partner für Österreich**. Österreich und Slowenien stehen in außen- und europapolitischen Fragen in engem Austausch, insbesondere in Bezug auf die EU-Erweiterung am **Westbalkan**, die beide Länder aktiv unterstützen. In multilateralen Foren setzen sie sich häufig gemeinsam für Menschenrechte, Völkerrecht, Rechtsstaatlichkeit und **Multilateralismus** ein. Im Bereich **Migration** ist Slowenien ein verlässlicher Partner für Österreich. Auch die Kooperation im Bereich der Polizeizusammenarbeit wurde fortgesetzt.

Ein zentrales Thema in den bilateralen Beziehungen ist die **slowenische Volksgruppe in Österreich**, insbesondere in Kärnten und der Steiermark, sowie die **deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien**, darunter die Untersteirer und Gottscheer. Diese Gruppen bilden eine kulturelle Brücke zwischen beiden Ländern. Österreich unterstützt die deutschsprachige Minderheit in Slowenien sowohl mit Projekt- als auch mit Basisförderungen und setzt sich für die verfassungsmäßige Anerkennung als autochthone Minderheit sowie für den Erhalt ihrer sprachlichen und kulturellen Identität ein. Österreich führt dazu regelmäßig einen konstruktiven Dialog mit der slowenischen Regierung.

Einen Meilenstein in den bilateralen Beziehungen stellte das **österreichisch-slowenische Geschichtsbuch** dar, welches die Akademien der Wissenschaften in Wien und Laibach im Juni in zwei Sprachen herausgaben. Das Werk dokumentiert über 1.000 Jahren geteilte Geschichte und schafft damit ein gemeinsames historisches Verständnis.

Die engen bilateralen Beziehungen sind durch zahlreiche hochrangige Besuche gekennzeichnet: Die slowenische Präsidentin Nataša Pirc Musar besuchte Bundespräsident Alexander Van der

Bellen am 29. Jänner und am 12. September in Wien. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger empfing die slowenischen Außenministerin Tanja Fajon am 25. April und am 23. Oktober in Wien. Außenministerin Tanja Fajon nahm auch am Treffen der Gruppe der „Freunde des Westbalkans“ am 4. Dezember in Wien teil. Bundesministerin Claudia Bauer nahm zusammen mit der Staatssekretärin im slowenischen Außenministerium Neva Grašič beim Europäischen Forum Alpbach vom 26.-27. August teil.

Am 28. März fand ein Treffen von Bundesministerin Claudia Bauer mit dem Staatssekretär im slowenischen Außenministerium Marko Štucin und der slowenischen EU-Kommissarin für Erweiterung Marta Kos in Laibach statt. Landeshauptmann Peter Kaiser besuchte die Europäische Kulturhauptstadt Nova Gorica / Gorizia anlässlich der Eröffnung des Bachmann-Pavillons am 24. April. Staatssekretär Sepp Schellhorn traf am 1. Oktober den slowenischen Staatssekretär für öffentliche Verwaltung Jure Trbič in Laibach. Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser und Landtagspräsident Reinhart Rohr waren anlässlich des Nationalfeiertagsempfangs der Österreichischen Botschaft am 22. Oktober in Laibach zu Gast. Die slowenische Außenministerin Tanja Fajon nahm am Treffen der Gruppe der „Freunde des Westbalkans“ am 4. Dezember und dem OSZE-Ministerrat am 4. und 5. Dezember in Wien teil.

Österreich blieb der **viertgrößte Exportmarkt für slowenische Produkte** und der **größte ausländische Investor** im Land mit einem Anteil von rund 22 %. Slowenische Konsumentinnen und Konsumenten sind weiterhin die wichtigsten Pro-Kopf-Abnehmer österreichischer Waren. Etwa 1.150 österreichische Tochterunternehmen sind in Slowenien tätig. Zudem arbeiten über 25.000 slowenische Pendlerinnen und Pendler in Österreich, v.a. in der Industrie und im Tourismus.

Eine zentrale Rolle für Österreichs Exportwirtschaft spielt der slowenische Hafen Koper. Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zeigte sich anhand mehrerer Veranstaltungen und Vorträge, welche die Österreichische Botschaft in Laibach gemeinsam mit dem AußenwirtschaftsCenter der WKÖ im Rahmen von ReFocus-Austria-Projekten organisierte.

In Slowenien wird **Kernkraft** von großen Teilen der Gesellschaft und Politik als umweltfreundlich und nachhaltig betrachtet. Österreich teilt diese Einschätzung nicht. Das Kernkraftwerk Krško, das sich in einer Erdbebenregion befindet, steht dabei besonders im Fokus. Österreich beobachtet die Entwicklungen rund um Krško genau, thematisiert seine ablehnende Haltung gegenüber der

Atomkraft auf allen politischen Ebenen und führt einen regelmäßigen Austausch mit slowenischen Fachleuten, um Transparenz und höchste Sicherheitsstandards sicherzustellen.
Das Österreichische Kulturforum in Laibach fördert Projekte aus allen Bereichen der **zeitgenössischen Kunst und Wissenschaft**. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen auf Klima und Nachhaltigkeit, digitalem Humanismus, Gedenkkultur, Menschenrechten und der Förderung von Frauen. Das Kulturforum arbeitet eng mit slowenischen und österreichischen Kulturinstitutionen sowie mit den Bundesländern zusammen. In Graz wurde die Abschlussausstellung eines Kuratorinnen-Austauschprojektes als Kooperation des BMEIA mit dem Land Steiermark und Slowenien präsentiert. Die Teilnahme am Festival „House of Tolerance" des jüdischen Kulturzentrums in Laibach ist ein Fixpunkt im Kulturprogramm, ebenso wie die Organisation deutschsprachiger Filmtage gemeinsam mit Deutschland und der Schweiz. Große Bedeutung bei Kulturveranstaltungen kommt auch der slowenischsprachigen Minderheit in Kärnten und der Steiermark zu.

Tschechien

Die ausgezeichneten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Tschechien zeigten sich nicht nur im intensiven grenzüberschreitenden Austausch, sondern u.a. auch in der fortgesetzten gemeinsamen Unterstützung für die **EU-Erweiterung**.

Am 5. März nahm Bundespräsident Alexander Van der Bellen am ersten Treffen der Staatsoberhäupter der Slavkov 3 Länder (Österreich, Tschechien, Slowakei) in Slavkov/Austerlitz teil. Bundesministerin Claudia Bauer besuchte Europaminister Martin Dvořák am 20. März in Prag. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger stattete Außenminister Jan Lipavksý am 26. Mai einen Antrittsbesuch in Prag ab. Am 11.-12- September nahm Bundesminister Gerhard Karner am Treffen der Innenministerinnen und -minister des Salzburg Forums in Valtice teil. Generalsekretär Nikolaus Marschik hielt am 20. November die Eröffnungsrede beim jährlich stattfindenden österreichisch-tschechischen Dialogforum an der Österreichischen Botschaft in Prag. Im Rahmen des „1+3"-Formats traf Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner am 4. April mit den Kreishauptmännern von Südböhmen, Südmähren und Vysočina in Gmünd zusammen. Außenminister Jan Lipavksý war auf Einladung von Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger zu Gast beim Europäischen Forum Alpbach am 23. August und nahm am Treffen der Gruppe der „Freunde des Westbalkans" am 4. Dezember und dem OSZE-Ministerrat am 4. und 5. Dezember in Wien teil.

Tschechien ist Österreichs **wichtigster Handelspartner in Zentral- und Osteuropa**. Die österreichischen Direktinvestitionen in Tschechien betragen 18 Milliarden Euro. Damit ist Tschechien das **drittwichtigste Investitionsland** für Österreich. Tschechien ist zudem das **viertwichtigste Herkunftsland für Touristinnen und Touristen** in Österreich.

Österreich und Tschechien vertreten unterschiedliche Positionen in Bezug auf die Nutzung von **Kernenergie**. Während Tschechien weiterhin auf Atomkraft setzt, lehnt Österreich diese Form der Energieerzeugung ab. Die Haltung Österreichs wurde der tschechischen Seite wiederholt zum Ausdruck gebracht. Konstruktive bilaterale Treffen auf Expertenebene zu Nuklearfragen finden jährlich statt.

Ein wichtiger Arbeitsbereich der Österreichischen Botschaft ist das **Gedenken an die Opfer des NS-Regimes**, insbesondere an die ins Ghetto Theresienstadt deportierten jüdischen Österreicherinnen und Österreicher. Das gemeinsame Geschichtsbuch „Nachbarn“ aus 2019 trägt zu einem sachlicheren Umgang mit der gemeinsamen Geschichte bei und gilt als bedeutender Meilenstein in deren Aufarbeitung.

Das Österreichische Kulturforum Prag unterstützt zahlreiche Projekte, insbesondere in den Bereichen **Literatur, Musik, Wissenschaft und Erinnerungskultur**. Insgesamt wurden 188 Veranstaltungen mit über 160 Partnerinnen und Partnern an 110 Orten durchgeführt

Ungarn

Ungarn ist aufgrund seiner geografischen Nähe sowie seiner wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zu Österreich ein wichtiger Partner. Beide Länder setzen sich für die **EU-Erweiterung um den Westbalkan** ein und arbeiten in **Migrationsfragen** eng zusammen. Seit Februar überwachen 10 österreichische Einsatzbeamtinnen und Einsatzbeamte im Rahmen eines quadrilateralen Polizeikontingents mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien die bulgarisch-türkische Schengenaußengrenze.

Am 1. April traf Bundesministerin Claudia Bauer mit Europaminister János Bóka in Budapest zusammen. Nationalratspräsident Walter Rosenkranz besuchte Ministerpräsident Viktor Orbán, Außenminister Péter Szijjártó sowie Parlamentspräsident Laszlo Kövér am 22. April in Budapest.

Am 15. Mai traf Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner Kultur- und Innovationsminister Balázs Hankó in Ungarn. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger absolvierte ihren Antrittsbesuch bei Außenminister Péter Szijjártó am 11. September. Bundesministerin Claudia Bauer traf Europaminister János Bóka im Rahmen des 5. Vienna Forum gegen Extremismus am 2. Dezember in Wien.

Österreich gehört mit Deutschland, Polen und der Slowakei zu den wichtigsten Handelspartnern Ungarns, während Ungarn für Österreich der **sechstgrößte Exportmarkt** weltweit war. Mit einem Anteil von 12 % der Direktinvestitionen ist Österreich nach Deutschland der zweitgrößte Investor in Ungarn. Rund 1.400 österreichische Unternehmen beschäftigen dort etwa 70.000 Menschen. Herausforderungen bestehen durch regulatorische Maßnahmen der ungarischen Regierung, darunter **Sondersteuern, verpflichtende Rabatte im Einzelhandel sowie Einschränkungen im Baustoffsektor**. Diese Themen wurden in bilateralen Gesprächen mehrfach angesprochen.

Im **Tourismus** wurden neue Höchstwerte erreicht: Mit knapp 2,23 Millionen Nächtigungen und 705.000 Ankünften ungarischer Gäste verzeichnete man ein Plus von 2,9 % bei den Übernachtungen und ein Plus von 5,1 % bei den Ankünften im Vergleich zum Vorjahr. Damit nimmt Ungarn weiterhin den zehnten Platz im internationalen Ranking der Herkunftsmärkte ein.

Im September trat das **Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst** in Kraft, wodurch Verwaltungsverfahren vereinfacht und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Rettungsdiensten effizienter und rascher wird. Zudem wurde am 19. September im Beisein von Bundesminister Peter Hanke und dem steirischen Landeshauptmann Mario Kunasek die Fürstenfelder Schnellstraße (S7) eröffnet, deren Anschluss an die ungarische M80 durch einen Staatsvertrag zwischen den beiden Ländern geregelt wurde.

Österreich und Ungarn vertreten unterschiedliche Positionen zur **Kernkraft**. Österreich fordert höchste Sicherheitsstandards sowie Transparenz bei der Laufzeitverlängerung der vier Blöcke des Kernkraftwerks Paks und dem Ausbau von Paks II mit russischer Beteiligung. Diese Forderungen bringt die österreichische Seite in Gesprächen mit Ungarn klar zum Ausdruck. Die Zusammenarbeit auf Ebene der Nuklearexpertinnen und Nuklearexperten erfolgt in jährlichen konstruktiven Treffen.

Das Österreichische Kulturforum Budapest setzte einen Schwerpunkt auf **Zukunftsthemen einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft, darunter insbesondere Ökologie, Frauen- und Minderheitenrechte**. Ziel ist die Vermittlung eines **modernen, innovativen Österreichbildes sowie die Förderung europäischer Werte.** Angesichts der finanziellen Herausforderungen für die unabhängige ungarische Kulturszene unterstützt das Kulturforum in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern Kultur- und Wissenschaftsprojekte der ungarischen Zivilgesellschaft.

Als Mitglied des EUNIC-Clusters beteiligte sich das Kulturforum an Projekten wie der „Langen Nacht der Literatur", der „Kinoinsel" und Diskussionsveranstaltungen im Rahmen von „Focus on Ukraine". Gemeinsam mit dem Goethe-Institut und der Schweizerischen Botschaft organisierte es erneut das größte deutschsprachige Filmfestival in Ungarn, „Sehenswert", und präsentierte beim Budapester Internationalen Buchfestival Neuerscheinungen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz. Zudem fanden eine Performance im Rahmen der „Orange the World"-Kampagne zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen sowie das Fotoprojekt „Fresh Eye" mit Stationen in Budapest, Belgrad und Wien statt.

Regionale Zusammenarbeit

Die enge Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten hat für Österreich hohe Priorität. Die großen Herausforderungen der vergangenen Jahre – vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bis hin zur Energiekrise – haben die Bedeutung gemeinsamer zentraleuropäischer Strategien für die Bewältigung globaler Krisen unterstrichen. Viele der grenzüberschreitenden Herausforderungen können nur gemeinsam mit den Nachbarn gelöst werden. Neben den direkten, bilateralen Kontakten zu seinen Nachbarstaaten gestaltet Österreich in regionalen Kooperationsformaten die Intensivierung der regionalen Beziehungen zur Stärkung der Kooperation in Mitteleuropa aktiv mit.

Österreich arbeitet seit 2015 im **Slavkov 3 (S3) Kooperationsformat mit der Slowakei und Tschechien** zusammen. Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf grenzüberschreitende Kooperation, EU-Politik und aktuelle geopolitische Entwicklungen. Anlässlich des 10-Jahr-Jubiläums des S3-Formats traf Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 5. März mit dem tschechischen Präsidenten Petr Pavel und dem slowakischen Präsidenten Peter Pellegrini in Slavkov/Austerlitz zusammen. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger traf mit ihren tschechischen und slowakischen Amtskollegen am 23. Juni zur Übergabe des einjährigen S3-

Vorsitzes von Tschechien an die Slowakei zusammen. Bundesministerin Claudia Bauer nahm am 1. Juli am Slavkov 3 Treffen der Europaministerinnen und Europaminister in Pressburg teil. Nationalratspräsident Walter Rosenkranz nahm am 2. und 3. Dezember am Treffen der Slavkov 3 Parlamentspräsidenten in Pressburg teil. Darüber hinaus fanden eine Vielzahl von Treffen von Expertinnen und Experten statt.

Das von Österreich initiierte Format der **regionalen Zusammenarbeit „Central 5" (C5)** gemeinsam mit der **Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn** wurde auch zur Abstimmung für außenpolitische Aktivitäten genutzt. So fand ein C5-Treffen auf Ebene der Außenministerinnen und Außenminister am 11. September in Tomášov bei Pressburg unter Teilnahme von Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger statt.

Die deutschsprachigen Länder verstärkten ihre Kooperation. Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf mit den Staatsoberhäuptern von Belgien, Luxemburg, Deutschland, Liechtenstein und der Schweiz am 4. und 5. September in der Ostschweiz zusammen. Nationalratspräsident Walter Rosenkranz traf seine Amtskolleginnen und -kollegen am 16. und 17. Juli in Aarau in der Schweiz.

Österreich arbeitete zudem eng mit der **Schweiz, Liechtenstein und Slowenien im Rahmen der quadrilateralen Kooperation („Q4")** auf Ebene der Staatssekretäre bzw. Generalsekretäre der Außenministerien zusammen, die am 12. November in Liechtenstein zusammentrafen.

3.2 Südosteuropa bzw. Westbalkanstaaten

Die sechs südosteuropäischen Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien werden unter dem Begriff „Westbalkan" zusammengefasst. Diese Region bildet traditionell einen **Schwerpunkt der österreichischen Außen- und Europapolitik.**

Die bilateralen Beziehungen Österreichs mit den Westbalkanstaaten sind ausgesprochen freundschaftlich. Österreichs langjähriges und intensives Engagement für die Erweiterung der EU um diese Staaten wird in der Region sehr geschätzt. Besondere Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang die großen Diaspora-Gemeinden der rund 500.000 in Österreich lebenden Menschen, die in der Region ihre Wurzeln haben und ein starkes Bindeglied zwischen Österreich und ihren Herkunftsländern darstellen.

Darüber hinaus ist Österreich ein bedeutender Wirtschaftspartner und Investor in den Westbalkanstaaten: In Nordmazedonien nahm Österreich 2025 bei den Direktinvestitionen (FDI) den ersten Rang ein, in Bosnien und Herzegowina war Österreich der zweitwichtigste Investor (2024), in Serbien der drittwichtigste (2024). Auch in Albanien, dem Kosovo und Montenegro zählt Österreich zu den führenden ausländischen Investoren. Dies unterstreicht die enge wirtschaftliche Verflechtung Österreichs mit der Region und die anhaltende Bedeutung österreichischer Unternehmen am Westbalkan, auch als lokaler Arbeitgeber.

Österreich setzt sich intensiv für die europäische Integration, regionale Zusammenarbeit und Stabilität am Westbalkan ein und lancierte zu diesem Zweck die **Gruppe der „Freunde des Westbalkans“,** bestehend aus **Österreich, Griechenland, Italien, Kroatien, der Slowakei, Slowenien und Tschechien.** Zudem engagiert sich Österreich im **Berlin-Prozess**, an dem die Westbalkanstaaten, Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Griechenland, Bulgarien, Slowenien, Kroatien, das Vereinigte Königreich, die Europäische Kommission, europäische und internationale Finanzinstitutionen sowie der **Regional Cooperation Council (RCC)** teilnehmen. Hauptziel ist die Förderung und Dynamisierung der regionalen Integration, um die Westbalkanstaaten in wichtigen Zukunftsbereichen wie Konnektivität, Verkehr, Energie, Wirtschaft, Jugendaustausch, bilaterale Konflikte, Wissenschaft und Zivilgesellschaft der EU näherzubringen. Dabei kommt der Umsetzung des **Gemeinsamen Regionalen Marktes (CRM)** als Sprungbrett für die graduelle Integration in den EU-Binnenmarkt eine besondere Rolle zu. Der CBM zielt darauf ab, bereits vor dem EU-Beitritt den freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr in der Region aufzubauen.

Beim elften Treffen der Außenministerinnen und Außenminister des Berlin-Prozesses am 8. Oktober in Belfast bekräftigte Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger Österreichs Engagement und betonte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den Westbalkanstaaten im Sicherheitsbereich sowie die sicherheitspolitische Bedeutung der Erweiterung. Auch die Zusammenarbeit mit dem **Regionalen Jugendkooperationsbüro (RYCO)** wurde fortgesetzt, wobei 12 Studierende aus der Region mit österreichischen Mentorinnen und Mentoren vom 14.-16. Mai in Graz zusammentrafen und danach gemeinsame Forschungsprojekte durchführten.

Um eine kohärente österreichische Strategie für die Region sicherzustellen, setzte das BMEIA die Arbeit der **Westbalkan-Task Force** fort, die einen kontinuierlichen Austausch zwischen den Fachministerien und relevanten Akteuren gewährleistet.

Der Fokus der Regionalstrategie der **Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)** für den Westbalkan liegt auf guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, nachhaltiger und inklusiver wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sowie Klima- und Umweltschutz. Mit einem jährlichen Budget von 12 Millionen Euro werden v.a. regionale Projekte unterstützt, die mindestens zwei Länder umfassen.

Die **Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo** bleibt ein Schlüsselfaktor für die dauerhafte Stabilisierung der Region. Der **EU-Sonderbeauftragte für den Belgrad-Pristina Dialog**, Peter Sørensen, dem als Vermittler eine Schlüsselrolle zukommt, hat Österreichs volle Unterstützung. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger stand mit ihm in regelmäßigem Austausch. Österreich unterstützt das Team des Sonderbeauftragten seit März durch die Sekundierung eines Beraters. Entscheidender Punkt bleibt weiterhin die Umsetzung des Ohrid-Abkommens von 2023, welches beide Seiten zu Zugeständnissen verpflichtet.

Albanien

Die bilateralen Beziehungen mit Albanien sind ausgezeichnet. Vom 25.-26. März stattete der albanische Staatspräsident Bajram Begaj Österreich einen Staatsbesuch ab. Bundeskanzler Christian Stocker besuchte am 16. Mai im Rahmen des Gipfels der Europäischen Politischen Gemeinschaft Tirana und traf mit Premierminister Edi Rama zusammen. Darüber hinaus besuchten Bundesministerin Claudia Bauer vom 7.-8. Oktober und Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger vom 25.-26. November Albanien. Außerdem nahm Außenministerin Elisa Spiropali am 4. Dezember am Treffen der Gruppe der „Freunde des Westbalkans“ in Wien teil.

Die OEZA ist mit einem **ADA-Büro in Tirana** vertreten. Neben bilateralen Projekten profitiert Albanien von zahlreichen regionalen Initiativen in den Bereichen gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie Umwelt. Die ADA setzt zudem EU-finanzierte Projekte um, etwa die International Monitoring Operation (IMO) zur Justizreform oder das Flussmanagement- und Überwachungsprojekt EU4Rivers. Darüber hinaus setzte die Österreichische Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD) ihr langjähriges

Engagement im Bereich Berufsbildung fort. Das umfangreichste Projekt der gemeinsamen Bildungszusammenarbeit stellt die 2006 gegründete Schule für Informationstechnologie „Peter Mahringer“ in Shkodra dar.

Bosnien und Herzegowina

Österreich gehört zu den größten Unterstützern des EU-Beitrittsprozesses von Bosnien und Herzegowina und stellt seit 2004 eines der größten Truppenkontingente für die **militärische EU-Operation (EUFOR Althea)** zur sicherheitspolitischen Stabilisierung des Landes. Hochrangige Besuche unterstreichen die engen Beziehungen: Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger besuchte vom 3.-4. April Sarajewo. Außenminister Elmedin Konaković war am 24. Oktober im Rahmen der Eröffnung eines Denkmals zum Völkermord von Srebrenica und am 18. November auf Einladung der Bundesministerin anlässlich des Fußballländerspiels Österreich – Bosnien und Herzegowina zu Besuch in Wien. Außerdem nahm Außenminister Konaković am 4. Dezember am Treffen der Gruppe der „Freunde des Westbalkans“ in Wien teil. Für die Gedenkveranstaltung zum 30. Jahrestag des Völkermords von Srebrenica am 11. Juli wandte sich Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit einer Videobotschaft an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Im Rahmen der Westbalkanreise von Bundesministerin Claudia Bauer stand auch ein Besuch in Sarajewo am 9. und 10. Oktober auf dem Programm.

Österreich setzt sich aktiv für die Förderung der Zivilgesellschaft in Bosnien und Herzegowina ein. Die gemeinsam mit dem US-Außenministerium initiierte Seminarreihe „Speak up!“ zur Förderung von jungen politisch oder gesellschaftlich engagierten Menschen in Bosnien und Herzegowina wurde mit Treffen in Sarajewo (3. und 4. April) und Wien (6.-8. Oktober) fortgeführt.

Kosovo

Die bilateralen Beziehungen mit Kosovo bleiben ausgezeichnet. Aufgrund der innenpolitischen Situation im Kosovo gab es jedoch nur eine eingeschränkte Besuchsaktivität. Präsidentin Vjosa Osmani-Sadriu nahm an der Befreiungsfeier in Mauthausen am 11. Mai teil und traf in diesem Rahmen Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Außenministerin Donika Gërvalla-Schwarz nahm auf Einladung von Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger am Treffen der Gruppe der „Freunde des Westbalkans“ am 4. Dezember teil. Im Rahmen der Westbalkanreise von

Bundesministerin Claudia Bauer stand auch ein Besuch in Pristina am 6. Oktober auf dem Programm.

Österreich beteiligt sich als einer der größten Truppensteller am **multinationalen Friedenseinsatz im Kosovo (KFOR)** und stellt Exekutivbeamte für die **EU-Rechtsstaatlichkeitsmission (EULEX Kosovo)** sowie eine Beamtin für die **VN-Übergangsverwaltung im Kosovo (UNMIK).**

Die OEZA ist seit über 25 Jahren im Kosovo engagiert und ist mit einem **ADA-Büro in Pristina** vertreten. Die Schwerpunkte liegen auf höherer Bildung und Beschäftigung, insbesondere im ländlichen Raum. Österreich ist größter bilateraler Geber im Bereich höhere Bildung, sowie für das Jugendprogramm des VN-Kinderhilfswerks (UNICEF). Auch die WKÖ und der ÖAD sind mit laufenden Projekten im Bildungsbereich aktiv. Die Österreichische Entwicklungsbank unterstützt die Erweiterung einer Molkerei sowie ein Fernwärmeprojekt durch Langzeitkredite. Das Umweltbundesamt setzt zudem ein Projekt im Bereich integriertes Wasserressourcenmanagement um.

Montenegro

Montenegros Regierung hat sich als Ziel gesetzt, die EU-Beitrittsverhandlungen noch 2026 abzuschließen, um der EU bis 2028 beizutreten. Österreich unterstützt Montenegro bei den EU-Beitrittsbemühungen und bei der Annäherung an europäische Standards, unter anderem durch die österreichische Beteiligung bei Twinning- und TAIEX-Projekten.

Viel geschätzt wurde auch die österreichische Unterstützung bei der Bekämpfung von **Waldbränden in Montenegro** vom 13 - 25. August) durch österreichische Feuerwehrleute.

Die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Montenegro spiegelten sich auch in einer Vielzahl offizieller Besuche wider. Am 17. Juli stattete Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger und am 11. August Bundeskanzler Stocker Montenegro einen Arbeitsbesuch ab. Am 7. Oktober besuchte Bundesministerin Claudia Bauer im Rahmen ihrer Westbalkanreise Montenegro. Darüber hinaus nahm der montenegrinische Justizminister Bojan Božović am Europaforum Wachau vom 11.-13. Juni teil. Am 8. September reiste die montenegrinische Europaministerin Maida Gorčević nach Wien, wo sie mit Bundesministerin Claudia Bauer und Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger zusammentraf. Der Minister für wirtschaftliche

Entwicklung, Nik Gjeloshaj, besuchte das Vienna Economic Forum am 17. November. Außenminister Ervin Ibrahimović nahm am 4. Dezember am Treffen der Gruppe der „Freunde des Westbalkans“ in Wien teil.

Nordmazedonien

Die bilateralen Beziehungen zwischen Nordmazedonien und Österreich gestalten sich weiterhin sehr freundschaftlich. Das nachdrückliche Eintreten Österreichs für eine Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien wird außerordentlich geschätzt.

Nordmazedoniens Außenminister Mucunski besuchte am 19. März die Opfer der **Brandkatastrophe von Kočani** in Wien und traf im Zuge dieses Besuchs auch Frau Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger, um ihr für die Unterstützung und Aufnahme der Opfer in österreichischen Krankenhäusern zu danken. Am 16. Mai war Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger Nordmazedonien zu Gast in Skopje. Bundesministerin Claudia Bauer besuchte Skopje im Rahmen ihrer Westbalkanreise am 5. und 6. Oktober. Am 4. Dezember nahm Außenminister Mucunski am Treffen der Gruppe der „Freunde des Westbalkans“ in Wien teil.

Österreich war mit Direktinvestitionen in Höhe von 1,36 Milliarden Euro der **größte ausländische Direktinvestor in Nordmazedonien.** Am 29. Dezember wurde das **Honorarkonsulat in Bitola wiedereröffnet.**

Serbien

Serbien und Österreich unterhalten sowohl politisch als auch wirtschaftlich enge Beziehungen. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger besuchte Belgrad vom 28.-29. April, Bundeskanzler Christian Stocker am 12. August, und Bundesministerin Claudia Bauer im Rahmen ihrer Westbalkanreise am 8. und 9. Oktober. Der serbische Außenminister Marco Đurić nahm am 4. Dezember außerdem am Treffen der Gruppe der „Freunde des Westbalkans“ in Wien teil. Innenminister Gerhard Karner empfing vom 23.-24. Juli seinen Amtskollegen Ivica Dačić, um die intensive Zusammenarbeit im Bereich der **Migration** zu besprechen. Österreich entsendet Polizeibeamtinnen und -beamte an die serbisch-nordmazedonische Grenze und stellt technische Ausrüstung bereit.

Österreich war der **drittgrößte Investor in Serbien**. Mehr als 800 österreichische Unternehmen sind in Serbien tätig und beschäftigen rund 24.000 Personen. Die österreichische Bundesregierung beschloss im Juli die **Teilnahme Österreichs an der EXPO 2027 in Belgrad**, der ersten Weltausstellung in Südosteuropa.

Die **kulturelle Zusammenarbeit** ist ein weiterer zentraler Aspekt der bilateralen Zusammenarbeit. Am Kulturforum Belgrad konnten rund 60 Projekte mit über 80 Veranstaltungen durchgeführt werden. Mit dem laufenden Projekt „Dual VET Project Serbia" unterstützt die ADA zusammen mit der schweizerischen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit die serbische Wirtschaftskammer, um kleine und mittelständische Unternehmen verstärkt für das Modell der **dualen Ausbildung** zu gewinnen.

3.3 Östliche Nachbarschaft der EU, Russland, Türkei, Zentralasien

Russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine und regionale Entwicklungen

Österreich setzte seine **Unterstützung für die Ukraine** fort. 2025 stand im Zeichen verstärkter internationaler Bemühungen um einen **umfassenden, gerechten und nachhaltigen Frieden für die Ukraine**.

Österreich unterstützte die diesbezüglichen Prozesse auf bilateraler und multilateraler Ebene und setzte sich für einen Friedensprozess ein, der auf der Satzung der Vereinten Nationen, dem Völkerrecht und den Grundsätzen der regelbasierten internationalen Ordnung beruht. Wiederholt wurde die Bereitschaft betont, als Gastgeber für weiterführende Gespräche zu fungieren. Zudem initiierte Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger gemeinsam mit 15 EU-Amtskolleginnen und -Amtskollegen eine **diplomatische Offensive der EU** mit dem Ziel die internationale Unterstützung für die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine zu mobilisieren und die Position der EU im globalen Dialog zu stärken.

Die Republik **Moldau** stand als direkter Nachbar der Ukraine und aufgrund des ungelösten Konflikts mit der von Russland unterstützten, abtrünnigen Region Transnistrien verstärkt im Fokus russischer hybrider Destabilisierungskampagnen. Auch die Südkaukasusstaaten **Georgien, Armenien** und **Aserbaidschan** waren weiterhin von den negativen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine betroffen und versuchten angesichts der geopolitischen

Umwälzungen, ihre politischen Interessen mit den sicherheitspolitischen Gegebenheiten in Einklang zu bringen. Belarus geriet durch seine Unterstützung des russischen Angriffskriegs noch mehr unter den Einfluss Russlands.

Die **Türkei** konnte ihre Gesprächskanäle mit Moskau durch Abhaltung diverser Verhandlungsrunden in Istanbul sowie regelmäßiger Gespräche sowohl mit Präsident Wladimir Putin als auch Präsident Wolodymyr Selenskyj konstruktiv einsetzen. Gleichzeitig verstärkte sich die Tendenz, die Handelsbeziehungen der Türkei mit Russland zunehmend zur Umgehung von EU-Sanktionen gegen Russland zu nützen, wie dies auch bei den **zentralasiatischen Staaten** zu beobachten war.

In der Nachbarschaftspolitik der EU blieb die **Östliche Partnerschaft (ÖP)** weiterhin ein zentraler, wenn auch zunehmend differenzierter Baustein. Ihr Hauptziel besteht darin, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU, ihren Mitgliedstaaten und den östlichen Partnern zu stärken sowie nachhaltige Reformprozesse in den Staaten der Östlichen Partnerschaft zu unterstützen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, unterschiedliche Integrationsperspektiven und innenpolitische Interessen der Partnerstaaten führten dazu, dass die Östliche Partnerschaft als einheitlicher politischer Rahmen an Kohärenz eingebüßt hat. Seit dem Rückzug von Belarus aus der Östlichen Partnerschaft nahmen nur noch fünf Partnerstaaten aktiv an dieser teil: Armenien, Aserbaidschan, die Republik Moldau, die Ukraine und Georgien. Zugleich konnten in einzelnen Bereichen substanzielle Fortschritte erzielt werden. Dazu zählen etwa die 2025 beschlossene **Integration der Republik Moldau und der Ukraine in das „Roaming zu Inlandspreisen"-Gebiet der EU** (wirksam ab 2026) sowie verstärkte Initiativen zur Förderung von Sicherheit und Konnektivität im Schwarzmeerraum. Angesichts der divergierenden Interessen einzelner Partnerstaaten – insbesondere Belarus und Georgien – wurde 2025 eine Diskussion über die strategische Weiterentwicklung der ÖP –begonnen.

Östliche Nachbarschaft

Armenien

Österreich erneuerte seine grundlegende Bereitschaft, als Gastgeber für armenisch-türkische Normalisierungsgespräche sowie auch für Treffen im Rahmen der armenisch-aserbaidschanischen Friedensbemühungen zur Verfügung zu stehen. Anna Hakobyan, die Ehefrau des armenischen

Premierministers Nikol Pashinyan, nahm am 17. und 18. Juni in Wien an einer von Doris Schmidauer und Olena Wolodymyriwna Selenska ausgerichteten Tagung der „First Ladies and Gentlemen“ teil. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger und der armenische Außenminister Ararat Mirzoyan trafen am 24. September anlässlich der VN-GV in New York sowie am 15. Dezember am Rande des EU-Außenministerrates in Brüssel zusammen. Österreich beteiligt sich zudem an der 2023 eingerichteten **EU-Beobachtermission in Armenien (EUM Armenia)**, die auch im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF) Unterstützung erhält.

Die **Entwicklung der österreichischen Exporte nach Armenien ist positiv**. Besonders gefragt sind Medikamente, Maschinen, Anlagen sowie Pappe- und Papierprodukte. Das AußenwirtschaftsCenter Moskau organisierte am 20. und 21. Oktober eine Wirtschaftsmission nach Armenien, an der führende Vertreterinnen und Vertreter österreichischer Unternehmen teilnahmen. Am 15. Mai fand in Wien die neunte Tagung der bilateralen Gemischten Wirtschaftskommission statt. Armeniens Regierung setzt verstärkt auf eine Diversifizierung der Energiequellen und fördert den Ausbau erneuerbarer Energien wie Wasserkraft, Wind, Geothermie und Photovoltaik. In den kommenden Jahren sollen mehrere große Investitionsprojekte, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur und Energiewirtschaft, umgesetzt werden. In diesem Bereich ergeben sich Chancen für österreichische Unternehmen. Zudem stellt die österreichische Entwicklungsbank langfristige Kreditlinien für erneuerbare Energien und Energieeffizienzprojekte in Armenien bereit.

Armenien ist ein **Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)**. Das in Jerewan angesiedelte Koordinationsbüro für technische Zusammenarbeit der Botschaft setzt weiterhin Programme in den Bereichen nachhaltige ländliche Entwicklung, verbesserte Lebensunterhaltsmöglichkeiten sowie lokale Entwicklung und effektive öffentliche Institutionen um.

Aserbaidschan

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Aserbaidschan konzentrierten sich auf Wirtschaftskooperationen, insbesondere im Energie- und Rohstoffsektor. Aserbaidschan ist der **wichtigste Handelspartner Österreichs im Südkaukasus.** Österreich importiert v.a. Rohöl Es sind rund zehn österreichische Firmen in Aserbaidschan vertreten. Österreichische Unternehmen

sind seit Jahren an der Restaurierung von UNESCO-Kulturgütern beteiligt, darunter der Khan-Palast in Sheki, die Altstadt und die Oper von Baku.

In multilateralen Foren arbeiteten Österreich und Aserbaidschan konstruktiv zusammen. Beide Länder arbeiten in **internationalen Organisationen** zusammen. Gleichzeitig thematisierten die EU und Österreich regelmäßig die **Menschenrechtslage** in Aserbaidschan. Österreich erneuerte seine grundlegende Bereitschaft, als Gastgeber für Treffen im Rahmen der armenisch-aserbaidschanischen Friedensbemühungen zur Verfügung zu stehen. Am 11. Juni fand die Gemischte Wirtschaftskommission in Wien statt, politische Konsultationen wurden am 20. Juni ebenfalls in Wien abgehalten.

Belarus

Die bilateralen Beziehungen zwischen Belarus und Österreich sind seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Unterstützung Russlands durch Belarus belastet. Belarus gewährte etwa die Stationierung russischer Nuklearwaffen und Raketensysteme auf seinem Territorium. Außerdem kam es 2025 zu einer Serie von Vorfällen, in denen angebliche Schmuggelballons aus Belarus in den Luftraum Litauens, Lettlands und Polen eindrangen und v.a. den Flughafen Vilnius zeitweise lahmlegten. Unter diesen Voraussetzungen gab es **keine bilateralen politischen Kontakte**. Österreich kritisierte weiterhin die **Menschenrechtslage sowie den Mangel an** Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Belarus und forderte ein Ende der Todesstrafe. Gemeinsam mit der EU setzte Österreich die **Unterstützung für die Aktivitäten der belarussischen Diaspora** fort und beteiligte sich weiterhin finanziell an der Internationalen Plattform für Rechenschaftspflicht zur Dokumentation der Gewalt der belarussischen Behörden gegen die Zivilbevölkerung rund um die Präsidentschaftswahlen 2020.

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen litten stark unter gegenseitigen restriktiven Maßnahmen. Österreichische Importe aus Belarus gingen weiter zurück, und das Investitionsklima verschlechterte sich erheblich. Raiffeisen Bank International zog sich als Investor aus Belarus zurück. Das Außenwirtschaftsbüro und die österreichische Botschaft in Minsk hielten den Kontakt zu den Unternehmen mit österreichischem Kapitalanteil aufrecht.

Ein wichtiger Aspekt der Aktivitäten der österreichischen Botschaft blieb die Erinnerungsarbeit an die Verbrechen des Nationalsozialismus sowie die Teilnahme an entsprechenden Gedenkveranstaltungen.

Georgien

Die ursprünglich sehr guten Beziehungen zwischen Österreich und Georgien wurden auch 2025 von **Rückschritten in Bezug auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und EU-Annäherung** überschattet. Nachdem Georgien im Dezember 2023 den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten hatte, wurde der Beitrittsprozess infolge innenpolitischer Entwicklungen seitens der EU 2024 vorläufig ausgesetzt. Dazu trugen insbesondere die anhaltende antiwestliche Rhetorik der Regierungspartei „Georgischer Traum“ sowie die der Verabschiedung von Gesetzen bei, die mit EU-Werten nicht vereinbar waren.

In Folge der umstrittenen Lokalwahlen am 4. Oktober und dem harten Vorgehen der Regierung gegen protestierende Zivilgesellschaft, Opposition und unabhängige Medien forderte die große Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten weitere Maßnahmen gegen die georgische Regierung. Im Zuge der Proteste wurde auch ein österreichisch-georgischer Doppelstaatsbürger festgenommen. Österreich trägt sämtliche EU-Maßnahmen und Empfehlungen mit und bleibt gleichzeitig ein wichtiger Unterstützer der georgischen Zivilgesellschaft.

Österreich beteiligt sich an der **EU-Beobachtermission in Georgien (EUMM Georgia).** Trotz bestehender Herausforderungen bleibt Georgien ein Schwerpunktpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, jedoch mit entsprechenden Anpassungen an aktuelle Gegebenheiten. Zudem kam es in Wien am 26. März zu einem **Treffen** von Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger mit der georgischen Außenministerin Maka Botshorischvili und der Abhaltung einer Wirtschaftsmission in Georgien vom 11.-12. November.

Der **bilaterale Handel** entwickelte sich positiv. Interessante Sektoren für österreichische Unternehmen bleiben die Energiewirtschaft, Tourismus, Umwelttechnik, Smart City-Technologien, Bildung, Land- und Forstwirtschaft, Logistik und zum Teil Textil-Sourcing.

Die **kulturellen Beziehungen** gestalteten sich weiterhin dynamisch: Im Jahr 2025 fanden insgesamt 19 bilaterale Kulturveranstaltungen an 14 Standorten in Georgien statt. Hervorzuheben

ist insbesondere die Wanderausstellung „30 Jahre Österreich in der EU“, die an drei Orten in Georgien präsentiert wurde.

Republik Moldau

In der Republik Moldau, einem **Schwerpunktland der OEZA**, genießt Österreich durch seine Unterstützung im EU-Integrationsprozess und durch sein entwicklungspolitisches Engagement hohes Ansehen. Weiters ist die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Bildung (Berufsausbildung), Sicherheitsfragen (Polizeikooperation) sowie bei Projekten mit der OSZE und dem moldauischen Verteidigungsministerium sehr eng.

Die EU und Österreich unterstützten weiterhin die Souveränität und territoriale Integrität sowie, angesichts der russischen Destabilisierungsaktivitäten, auch die Stärkung der Resilienz der Republik Moldau. Diesem Zweck dient unter anderem die zivile **EU-Partnerschaftsmission in Moldau (EUPM Moldova; mit österreichischer Beteiligung),** die der Abwehr und Bewältigung von hybriden Bedrohungen dient und 2025 maßgeblich zur Stabilisierung des Landes beitrug. Die proeuropäische Regierungspartei konnte bei den Parlamentswahlen im September trotz andauernder russischer Destabilisierungsversuche einen klaren Sieg erringen. Im wirtschaftlichen Bereich trat die **Überarbeitung der vertieften und umfassenden Freihandelszone (DCFTA) der EU mit Moldau** im Oktober in Kraft.

Der **bilaterale Austausch** war sehr **intensiv**. Ein Höhepunkt war der Besuch von Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation am 19. August in Chisinau. Im Juni besuchte die moldauische Präsidentin Maia Sandu Kärnten im Rahmen der Präsentation der neuen Gemeindepartnerschaft zwischen Neuhaus und der Gemeinde Trușeni im Bezirk Chişinău.

In wirtschaftlicher Hinsicht befindet sich Österreich weiterhin **unter den zehn größten Auslandsinvestoren.** Insgesamt sind ca. 30 österreichische Unternehmen mit Niederlassungen vertreten.

Im September wurde die **österreichische Auslandsschule in Chişinău** eröffnet und der Betrieb auf Basis eines angepassten österreichischen Lehrplans mit einem in Österreich anerkannten Abschlussdiplom aufgenommen. Weiters bemühte sich die österreichische **Auslandskultur** um

eine stärkere kulturelle Vernetzung beider Länder und um die Unterstützung zeitgenössischer Kunstschaffender.

Ukraine

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Österreich stehen seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 im Zeichen der Solidarität und Unterstützung. Dies betrifft auch die mehr als 80.000 Vertriebenen aus der Ukraine, die seitdem in Österreich Schutz gesucht haben.

Österreich unterstützt die Ukraine humanitär und finanziell. 2025 stellte Österreich **sieben Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF)** für humanitäre Maßnahmen in der Ukraine zur Verfügung. Dazu kommt die Unterstützung anderer Ressorts, zahlreicher Bundesländer sowie österreichischer Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz, Caritas, Hilfswerk International und weitere Nichtregierungsorganisationen in den Bereichen Soziales, humanitäre Hilfe, Bildung und Gesundheit. Außerdem beteiligt sich Österreich an der im Dezember 2023 gegründeten Koalition zur **Rückführung verschleppter ukrainischer Kinder.**

Österreich trägt alle Sanktionsmaßnahmen von der Europäischen Union seit Februar 2022 gegen Russland und Belarus verhängten Maßnahmen vollumfänglich mit. 2025 beschloss die EU **vier weitere Sanktionspakete**, mit denen u. a. Maßnahmen gegen Russlands Militär-, Energie- und Finanzsektoren getroffen und die Sanktionsumgehung, etwa durch die sogenannten „Schattenflotte“ zum Export russischen Öls, erschwert wurden. Zudem einigte sich der Europäische Rat im Dezember auf ein Unterstützungsdarlehen in der Höhe von 90 Milliarden Euro, um den Finanzierungsbedarf der Ukraine für 2026 und 2027 sicherzustellen.

Österreich unterstützt die Ukraine auch auf ihrem Weg in die Europäische Union, insbesondere bei Reformen im Bereich Rechtsstaatlichkeit und im Kampf gegen die Korruption. Die von Österreich unterstützte **EU-Beratungsmission für eine Reform des zivilen Sicherheitssektors (EUAM Ukraine)** leistet einen wichtigen Beitrag zu Reformen in der Justiz und im Sicherheitssektor. Österreich beteiligt sich seit der Einrichtung der Mission im Jahr 2014 und bekräftigte dieses Engagement mit der Unterzeichnung einer bilateralen Vereinbarung im Juni. Darüber hinaus setzt Österreich mit der EUAM Ukraine bilaterale Projekte um, etwa in den

Bereichen digitale Forensik, Korruptionsbekämpfung und Stärkung der psychischen Gesundheitsversorgung für zivile Sicherheitskräfte.

Als sichtbares Zeichen der politischen Solidarität und zur Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit unternahm Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger drei **Besuche** in der Ukraine. Am 14. März traf sie in Kyjiw u.a. mit Präsident Wolodymyr Selenskyj zusammen. Am 9. Mai reiste sie im Rahmen des informellen Treffens der EU-Außenministerinnen und Außenminister nach Lemberg und am 8. August gemeinsam mit einer österreichischen Wirtschaftsdelegation mit Schwerpunkt Wiederaufbau nach Odesa. Darüber hinaus absolvierte Präsident Wolodymyr Selenskyj am 16. Juni gemeinsam mit einer hochrangigen Delegation einen Arbeitsbesuch in Wien.

Rund 1.000 österreichische Unternehmen sind in der Ukraine aktiv, davon **200 mit eigenen Niederlassungen.** Die österreichische Botschaft Kyjiw und das AußenwirtschaftsCenter unterstützen die Unternehmen in offiziellen Kontakten, durch Netzwerkveranstaltungen und Besuche in Betriebsstätten in den Regionen.

Seit der vorübergehenden Stilllegung des österreichischen Kulturforums Kyjiw im Frühjahr 2022 werden **Kulturprojekte** überwiegend vom **OeAD-Kooperationsbüro Lemberg** in Zusammenarbeit mit dem **Ukraine Office Austria des BMEIA** durchgeführt. Letzteres fungiert als zentrale Anlaufstelle für ukrainische und österreichische Kunst- und Kulturschaffende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Universitätslehrende, die an einer Zusammenarbeit interessiert sind. Dominierende Themen sind Journalismus und Menschenrechte, Digitalisierung sowie Gesundheit (Schmerztherapie, Prothetik, Trauma- und Psychotherapie). Zusätzlich wickelte das **OeAD-Kooperationsbüro Odesa/Uschhorod** bi- und trilaterale Projekte zur Unterstützung von Reformen im ukrainischen Bildungssystem ab. Regelmäßige Aktivitäten fanden im Bereich der Digitalisierung der Lehre sowie der psychosozialen Unterstützung von Lehrpersonal und Schulpsychologinnen und -psychologen statt. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Einführung von Wirtschaftskoordinatorinnen und -koordinatoren zur qualitätsgesicherten Kooperation zwischen Schulen und Wirtschaftsbetrieben im Sinne einer arbeitsmarktrelevanten Berufsbildung mit betrieblicher Praxis.

Russische Föderation (Russland)

Die Beziehungen zwischen Österreich und Russland waren weiterhin stark durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine belastet. Österreich unterstützte die EU-Sanktionspolitik gegen Russland und wurde – wie alle EU-Mitgliedstaaten – von Russland als „unfreundlicher Staat" eingestuft. Gleichzeitig bekräftigte Österreich aber auch seine Bereitschaft, glaubhafte diplomatische Initiativen zur Konfliktlösung zu unterstützen

Es fanden **keine bilateralen Besuche auf politischer Ebene** statt. In Umsetzung der Amtssitzabkommen mit den in Österreich befindlichen internationalen Organisationen und im Einklang mit den einschlägigen europäischen und nationalen Regelungen ermöglichte Österreich jedoch weiterhin die Zusammenarbeit mit Delegationen aus Russland im Rahmen dieser Organisationen.

Abgesehen vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bestehen mit Russland zudem starke Differenzen in der Abrüstungspolitik, der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie im Bereich der Menschenrechte.

Die **Wirtschaftsbeziehungen** waren von einem **weiteren Rückgang** gekennzeichnet. Auch die früher sehr aktive bilaterale **Kultur- und Wissenschaftszusammenarbeit** wurde infolge des Krieges stark **reduziert**. Dennoch wurden mit unabhängigen und nichtstaatlichen russischen Partnern **einzelne Kulturprojekte** durchgeführt, besonders in den Bereichen Literatur und Musik. Diese zielten auf die Vermittlung zeitgenössischer österreichischer Kultur ab und machten deutlich, dass es Österreich keinesfalls um die – von Russland vielfach behauptete – „Abschaffung" der russischen Kultur bzw. des kulturellen Austausches geht. Bei den Bemühungen, die Verbindungen zur russischen Zivilgesellschaft nicht abreißen zu lassen, lag besonderes Augenmerk auf gemeinsamen Aktivitäten mit anderen EU-Mitgliedstaaten.

Türkei

Für Österreich ist die Türkei ein **wichtiger Partner in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und Migration.** Die bilateralen Beziehungen zu Österreich basieren insbesondere auf engen wirtschaftlichen Verflechtungen. Die Schwerpunkte der österreichischen Direktinvestitionen in der Türkei liegen in den Bereichen Logistik, Papier und Verpackung, Catering und Personalvermittlung.

Seit Herbst 2021 haben die bilateralen Beziehungen eine positive Dynamik entwickelt. Der Dialog zwischen beide Ländern ist von Sachlichkeit und Offenheit, auch bei schwierigen Themen, geprägt. Österreich und die Türkei arbeiten bei der **Bekämpfung irregulärer Migration**, organisierter Kriminalität und Terrorismus zusammen. Um Bemühungen zur Eindämmung von Schlepperei und Menschenhandel zu verstärken, wurde im Dezember 2022 ein halbjährlicher Konsultationsmechanismus zwischen den Innenministerien eingerichtet.

Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger traf den türkischen Außenminister Hakan Fidan anlässlich des informellen Treffens der Außenministerinnen und Außenminister am 8. Mai in Warschau sowie im Rahmen des OSZE-Ministerrates vom 4.-5. Dezember in Wien.

Mit dem Kulturforum Istanbul war Österreich im **Kulturbereich** in der Kunst- und Kulturhauptstadt der Türkei weiter besonders präsent Konzerte und Musikfestivals sowie Ausstellungen mit kritischen Beiträgen zu den wichtigsten Themen der Gegenwart, wie Umwelt und Nachhaltigkeit, wurden organisiert. Für die seit 1895 von Österreich geleiteten Ausgrabungen in Ephesos erteilt das türkische Kulturministerium seit 2022 wieder jährliche Grabungslizenzen für das österreichische Archäologische Institut in Ephesos und Limyra.

Zentralasien

Aufgrund der herausfordernden geopolitischen Lage und einer Vielzahl an globalen Konfliktherden entwickeln sich die Länder Zentralasiens (Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) immer mehr zu **wichtigen geostrategischen Partnern**. Ihre geografische Nähe zu Russland, China, Afghanistan und dem Iran unterstreicht ihre wachsende Bedeutung. Es ist daher im österreichischen Interesse, die Beziehungen in den Bereichen **Sicherheit, Migration, Kampf gegen Extremismus und Terrorismus sowie organisierte Kriminalität** auszubauen.

Weiters profilieren sich die fünf Länder Zentralasiens vermehrt im wirtschaftlichen Bereich als wichtige Partner Europas. Dies betrifft die Diversifizierung der **Energie- und Rohstoffversorgung**, einschließlich seltener Erden, sowie Fragen der Konnektivität. Der **Transkaspische Transportkorridor oder Mittelkorridor** verbindet China und Asien auf dem Landweg mit Europa und stellt eine geopolitisch relevante Alternative zur nördlichen Route über Russland dar. Die Europäische Kommission hat für dessen Ausbau Finanzmittel aus Global Gateway bereitgestellt, an denen v.a. Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan sehr interessiert sind. Auch

österreichische Firmen könnten im Bereich Schienenverkehr von Projekten in diesem Rahmen profitieren.

Österreich arbeitet aktiv am Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, unter anderem in den Bereichen erneuerbare Energien, grüne Technologien, Industrie und Konnektivität, aber auch im kulturellen Austausch und zu multilateralen Fragen. **Kasachstan ist Österreichs größter Öllieferant.** Im multilateralen Bereich steht die internationale Abrüstung im Mittelpunkt. Die 2024 erfolgte Eröffnung eines österreichischen AußenwirtschaftsCenters in Taschkent unterstreicht die Bedeutung Usbekistans für österreichische Unternehmen. Mit Kirgisistan und Tadschikistan verbindet Österreich eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Nachhaltigkeit, mit besonderem Fokus auf Wassermanagement, Gletscherschutz und alpine Themen. Mit Turkmenistan besteht eine vertiefte Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen zum Thema Neutralität. Darüber hinaus unterstützt Österreich die Länder Zentralasiens im Bereich Grenzsicherheit und Grenzmanagement, z.B. im Rahmen der **Central Asia Border Security Initiative (CABSI)**, des **Border Management Staff College der OSZE** in Duschanbe sowie im Rahmen der **OSZE-Akademie** in Bischkek. Herausforderungen bestehen jedoch in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und **Menschenrechte**.

3.4 Südliche Nachbarschaft der EU

Regionale Entwicklungen in der Südlichen Nachbarschaft

Die Länder der südlichen Nachbarschaft waren von den **geopolitischen Auswirkungen des Kriegs zwischen Israel und der Hamas in Gaza** stark betroffen. **Ägypten** nahm dabei traditionell eine besondere Rolle als Vermittler ein. Auch **Jordanien** blieb ein wichtiger Stabilitätsfaktor in der Region. Ein beträchtlicher Teil der humanitären Hilfe wurde beispielsweise über Jordanien in den Gazastreifen gebracht. Im **Libanon** konnte mit der Bildung einer neuen Regierung ein wichtiger Meilenstein für die Stabilisierung und Reform des Landes erreicht werden. Die EU ist ein enger Partner auf dem Reformweg und unterstützt die Entwaffnung der Hisbollah als notwendigen Schritt für die Souveränität des Landes.

Österreich beteiligte sich weiterhin an der **VN-Interimstruppe im Libanon (UNIFIL)** sowie an der **zivilen EU-Grenzverwaltungsmission in Libyen (EUBAM Libya)** und **militärischen EU-Marineoperation im Mittelmeerraum (EUNAVFOR Med Irini)** und der **NATO-Initiative in**

Jordanien (DCB-I). Nach dem Sturz des Assad-Regimes Ende 2024 erlebte **Syrien** eine tiefgreifende politische Veränderung. Die Rechte und Sicherheit der Minderheiten in Syrien blieb ein Hauptaugenmerk österreichischen Bemühungen. Gleichzeitig wurde mit der Aufhebung der EU-Wirtschaftssanktionen der Weg für den Wiederaufbau des Landes geebnet. 2025 stellte Österreich neben den länderspezifischen Beiträgen zudem eine Million Euro aus dem AKF für den Middle East and North Africa (MENA) regional Appeal der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRK) zur Verfügung.

Ägypten

Als aktiver Vermittler in regionalen Konflikten und durch seine **zentrale Rolle für die regionale Stabilität** ist Ägypten ein wichtiger Partner Österreichs. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger besuchte Ägypten vom 27.-29. Juni. Dabei wurde zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen eine Absichtserklärung für regelmäßige politische Konsultationen vereinbart. Neben der politischen Zusammenarbeit und dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen spielt auch der kulturelle Austausch eine bedeutende Rolle. So unterstützt das Österreichische Kulturforum Kairo die Vernetzung und Zusammenarbeit mit lokalen Kunst- und Kulturschaffenden, um langfristige, nachhaltige Partnerschaften zu fördern und österreichische Perspektiven in lokale Diskurse einzubringen.

Algerien

Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Algerien wurden 2025 weiter vertieft, insbesondere durch bilaterale Treffen von Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger mit Außenminister Ahmed Attaf in Brüssel am 21. Mai sowie am Rande der VN-GV in New York am 26. September. Aufgrund der bereits bestehenden Gaspipelines zwischen Nordafrika und Italien ist Algerien potenzieller Lieferant für grünen Wasserstoff nach Österreich. Am 21. Januar unterzeichneten Vertreter aus Italien, Deutschland, Österreich, Algerien und Tunesien in Rom eine Absichtserklärung zur Entwicklung des **Südlichen Wasserstoffkorridors.**

Israel

Israel bleibt einer der **engsten Partner Österreichs im Nahen Osten**. 2025 war die Zusammenarbeit geprägt von den Bemühungen um einen Waffenstillstand im Gaza. Dieser wurde

im Oktober als Teil des **20-Punkte-Plans von US-Präsident Donald J. Trump** erzielt, der die Freilassung aller Geiseln, die Entwaffnung der Hamas und eine Aufstockung der humanitären Hilfe vorsieht. Die **Freilassung des österreichisch-israelischen Doppelstaatsbürgers Tal Shoham** konnte im Februar erreicht werden. Die österreichische Bundesregierung setzte sich für eine **Verbesserung der humanitären Lage in Gaza** sowie dafür ein, die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau zu schaffen. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger besuchte vom 30. Juni bis 1. Juli Tel Aviv und Jerusalem und traf Angehörige der Hamas-Geiseln sowie Außenminister Gideon Sa'ar und Präsident Isaac Herzog. Am 10. Juli reiste der israelische Außenminister zu einem trilateralen Treffen mit Bundesministerin Meinl-Reisinger und dem deutschen Außenminister Johann Wadephul nach Wien.

Israels Wertschätzung gilt insbesondere Österreichs Engagement im **Kampf gegen Antisemitismus** und der Umsetzung der nationalen Antisemitismus-Strategie. Die enge Verbindung beider Länder wurde zuletzt auch durch die Teilnahme von Staatssekretär Alexander Pröll an der Antisemitismus-Konferenz im Rahmen der israelischen Präsidentschaft der International Holocaust Remembrance Alliance vom 27.-28. Mai deutlich.

Jordanien

Jordanien ist ein wichtiger Stabilitätsanker in der Region. Dies wurde insbesondere während des Konflikts zwischen Israel und der Hamas in Gaza deutlich. Angesichts der bedeutenden Rolle Jordaniens, u.a. als Hüter der Heiligen Stätten in Jerusalem und als Aufnahmeland einer großen Anzahl syrischer Flüchtlinge, ist die **Stabilität des Landes** für Österreich und Europa von zentraler Bedeutung. Vom 29.-30. Juni besuchte Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger Amman. Darüber hinaus erfolgte über die Europäische Friedensfazilität (EFF) Unterstützung für die jordanischen Streitkräfte. Im Zuge der **NATO-Initiative in Jordanien (DCB-I)** für den Kapazitätenaufbau leistete Österreich als Mitglied der Partnerschaft für den Frieden 2025 ebenfalls einen Beitrag. Aus dem AKF stellte Österreich 2025 **zwei Millionen Euro für humanitäre Maßnahmen in Jordanien** bereit.

Libanon

Anfang 2025 konnte nach zwei Jahren politischer Blockade sowohl eine neue Regierung als auch ein neuer Präsident gewählt werden und sich somit den wirtschaftlichen und politischen Reformen widmen, welche Österreich und die EU gefordert haben.

Das Mandat der **VN-Interimstruppe im Libanon (UNIFIL),** in der Österreich sein größtes Blauhelm-Kontingent stellt, läuft mit Ende 2026 aus. Vor diesem Hintergrund wurde der Kapazitätenaufbau der libanesischen Armee über die EFF unterstützt. Ende 2025 begannen Überlegungen zu einem verstärkten GSVP-Engagement im Libanon. Es gilt, die Unterstützung der EU für den Libanon vor, während und nach einem möglichen UNIFIL-Abzug aufrechtzuerhalten und auszubauen, um zur Stabilität im Libanon und in der Region beizutragen.

Aus dem AKF stellte Österreich 2025 **vier Millionen Euro für humanitäre Maßnahmen im Libanon** bereit.

Libyen

Österreich unterstützt die internationalen Bemühungen zur Stabilisierung Libyens und setzt sich für die Einhaltung des VN-Waffenembargos sowie den Abzug aller ausländischen Truppen und Söldner ein. Vor diesem Hintergrund beteiligt sich Österreich an der **militärischen EU-Marineoperation EUNAVFOR MED Irini.** Im Rahmen der **zivilen EU-Grenzverwaltungsmission EUBAM Libya** unterstützt Österreich die Beratung und Ausbildung libyscher Behörden im Grenzmanagement sowie bei der Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus. Aus dem AKF stellte Österreich 2025 **eine Million Euro für humanitäre Maßnahmen in Libyen** bereit.

Marokko

Österreich und die EU unterstützen weiterhin den VN-Prozess zur Beilegung des Westsahara-Konflikts. Österreich beteiligt sich zudem mit Militärbeobachtern an der **VN-Mission für das Referendum in der Westsahara (MINURSO)**. Vom 3.-5. November besuchte Nationalratspräsident Walter Rosenkranz den marokkanischen Parlamentspräsidenten Talbi El Alami. Dabei wurden insbesondere weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten beider Länder besprochen. OGH-Präsident Georg Kodek und Vizepräsidentin Eva Marek tauschten sich vom 27.-30. April mit dem marokkanischen Justizminister Abdellatif Ouahbi und dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, Mohamed Abdennabaoui, zu Fragen des Justizwesens aus. Seit 2022 pflegen Österreich und Marokko einen **regelmäßigen interreligiösen und interkulturellen Dialog**:

Vom 6.-10. April fand das dritte Folgetreffen in Rabat statt, bei dem Kooperationen im multilateralen, wissenschaftlichen und universitären Bereich vereinbart wurden.

Palästinensisches Gebiet

Neben der äußerst schwierigen Lage in Gaza stand auch die Palästinensische Autonomiebehörde im Westjordanland vor großen Herausforderungen. Die Ausweitung der illegalen israelischen Siedlungen setzte sich fort. Die palästinensische Zivilbevölkerung war Angriffen durch israelische Siedler ausgesetzt. Österreich verurteilte diese Entwicklungen scharf und setzte sich im Rahmen der EU für weitere Sanktionen gegen israelische Siedler ein. In enger Abstimmung mit seinen EU-Partnern verfolgte Österreich konsequent das Ziel **einer Zweistaatenlösung als langfristige politische Perspektive.** Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger reiste am 1. Juli nach Ramallah und traf dort ihre Amtskollegin Varsen Aghabekian-Shahin.

Österreich engagiert sich seit vielen Jahren durch die bilaterale **Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)** und im Rahmen von EU-Projekten im Palästinensischen Gebiet, insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung. Aus dem AKF stellte Österreich 2025 **acht Millionen Euro für humanitäre Maßnahmen im palästinensischen Gebiet** bereit.

Syrien

Nach dem Ende des Assad-Regimes stand Syrien 2025 vor der schwierigen Aufgabe einer tiefgreifenden politischen und demokratischen Transformation. Österreich forderte gemeinsam mit Italien eine Lockerung der gegen Syrien verhängten Sanktionen, um den politischen Wandel sowie wirtschaftlichen Aufschwung und Wiederaufbau zu unterstützen und damit einen Beitrag zur Stabilisierung Syriens und seiner Nachbarschaft zu leisten. Die EU unterstützte dieses Ziel und **hob im Mai die wirtschaftlichen Sanktionen gegen das Land auf.** Die Zusammenarbeit wurde jedoch an die Bedingung des Schutzes der Minderheiten geknüpft. Mehrfach kam es zu gewalttätigen Übergriffen gegen Alawiten, Drusen und Kurden. Die EU erließ daraufhin Sanktionen gegen Personen, die an diesen Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren. Im März konnte die syrische Regierung eine Vereinbarung mit den Kurdinnen und Kurden im Nordosten des Landes erzielen, die die Integration der kurdischen Streitkräfte in die syrische Armee vorsieht.

Der erste offizielle Besuch eines österreichischen Regierungsmitgliedes in Syrien seit 15 Jahren führte Bundesminister Gerhard Karner am 27. April zu Innenminister Anas Chattab in Damaskus. Ein Treffen von Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger und Außenminister Asaad Hassan al-Shaibani fand am 15. Juli in Brüssel statt. Österreich stellte für Syrien 2025 **fünf Millionen Euro aus dem AKF für humanitäre Maßnahmen** zur Verfügung.

Tunesien

2025 war das Jubiläumsjahr der **300-jährigen bilateralen Beziehungen zwischen Tunesien und Österreich.** Am Rande des Gipfels der Afrikanischen Union mit der EU in Brüssel vom 20.-21. Mai sowie im Rahmen des Ministertreffens der Blockfreien Staaten in Kampala vom 15.-16. Oktober führte Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger bilaterale Gespräche mit Außenminister Mohamed Ali Nafti. Auch die kulturelle Kooperation stand im Zeichen des Jubiläumsjahres: das Repertoire der Veranstaltungen reichte von Musik über neue Medien bis hin zur Fotografie und Literatur. Zudem wurde ein zweisprachiger Jubiläumsband in Französisch und Deutsch mit den verschiedenen Aspekten der Geschichte der bilateralen Beziehungen veröffentlicht.

3.5 Mittlerer Osten, Arabische Halbinsel

Bahrain

Durch die Normalisierung der Beziehungen mit Israel als Partner der am 15. September 2020 unterzeichneten Abraham Accords ist Bahrain ein besonders interessanter Gesprächspartner für Österreich und die EU. Bahrain hat Interesse an einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit Österreich im **Kampf gegen Terrorismus, Drogenschmuggel, Cyberkriminalität, Geldwäsche, Schlepperei, Menschenhandel** und die **Auswirkungen irregulärer Migration**. Darüber hinaus ist Bahrain an einem Erfahrungsaustausch mit Österreich im Bereich der Strafvollzugsreform, insbesondere im offenen Strafvollzug und an „alternativen Sanktionen“ interessiert.

Irak

Österreichs Schwerpunkte im Irak liegen in den Bereichen **Migration, Sicherheit und Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen.** Mit der Entsendung eines polizeilichen Verbindungsbeamten zur Österreichischen Botschaft Bagdad von Jänner 2024 bis Mai 2025 wurde die Umsetzung der 2023

geschlossenen Absichtserklärungen über die Zusammenarbeit in den Bereichen innerer Sicherheit und Migration weiter vorangetrieben. Das österreichische Kontingent setzte seinen im November 2024 begonnen Einsatz als Teil der **NATO-Mission im Irak (NMI)** in Bagdad fort.

Am 24. Oktober fanden auf Basis der im Jänner 2024 zwischen den Außenministerien beider Länder unterzeichneten Absichtserklärung Politische Konsultationen in Wien statt. Österreich war durch Generalsekretär Nikolaus Marschik vertreten, Irak durch den Ersten Stellvertretenden Außenminister Mohammed Bahr Al-Alum. Am 24. September hielt seine Seligkeit Luis Kardinal Sako, Patriarch der Chaldäischen Kirche, auf Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und der Vereinten Nationen (ÖGAVN) in Wien einen Vortrag. Vom 23.-24. Oktober fand in Wien der erste Bilaterale Migrationsdialog auf hoher Beamtenebene statt.

Iran

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und dem Iran haben sich seit der Niederschlagung der Protestwelle nach dem Tod der iranischen Kurdin Mahsa Amini im September 2022 laufend **verschlechtert**. In wichtigen Bereichen wie Menschenrechte, Frauenrechte und Schutz von Minderheiten, Rechtsstaatlichkeit und dem iranischen Atomprogramm gibt es gravierende Differenzen in den Positionen Österreichs und des Iran. Österreich hatte sich trotz des Stillstands in den Verhandlungen für den Erhalt des „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA) eingesetzt, der als Garant gegen ein nukleares Wettrüsten in der Region diente.

Das Österreichische Kulturforum Teheran ist die einzige vertraglich anerkannte Kultureinrichtung eines westlichen Staates im Iran. Seit über 40 Jahren werden Sprachkurse für Deutsch als Fremdsprache angeboten. Ziel ist der Kulturaustausch sowie eine Fortsetzung der Kulturdiplomatie im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten. Im Jahr 2025 besuchten 1.900 Sprachstudierende am Österreichischen Kulturforum Deutschkurse. Im Zuge des sogenannten „12 Tage-Kriegs“ im Juni wurde die **Österreichische Botschaft Teheran inklusive das Kulturforum zur Sicherheit des Personals vorübergehend nach Baku** verlegt.

Jemen

Im Jemen herrscht laut Angaben der UN eine der schwersten humanitären Krisen weltweit. Rund die Hälfte der Bevölkerung ist Stand Dezember 2025 auf humanitäre Hilfe angewiesen. Österreich stellte dem Welternährungsprogramm (WFP) 2025 0,5 Millionen Euro für Nahrungsmittelhilfe und Schulernährungsprogramme sowie zur Stärkung der Resilienz der Bevölkerung bereit. Die Angriffe der Houthis auf Handelsschiffe im Roten Meer flammten als Reaktion auf die Situation in Gaza kurzfristig erneut auf. Diese stellen eine Bedrohung für die globalen Handelsbeziehungen und somit auch für Österreich dar. Österreich beteiligte sich weiterhin an der im Jahr 2024 eingerichteten **militärischen EU-Marineoperation EUNAVFOR Aspides**, welche die **Sicherheit der Schifffahrt im Roten Meer** gewährleisten soll.

Katar

2025 feierten Österreich und Katar das **50-jährige Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen**. Zudem fanden zahlreiche Besuche statt. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger traf am 3. September in Wien mit Staatsminister Mohammed bin Abdulaziz Al-Khulaifi zusammen. Am 27. November besuchte Staatssekretärin Michaela Schmidt das Finale der FIFA U-17 Weltmeisterschaft in Doha. Der Sonderbeauftragte für Globale Angelegenheiten des Bundeskanzlers, Peter Launsky, traf vom 6.-7. Dezember zu einem Besuch in Doha ein. Für Österreich sind die langjährigen **Mediationsaktivitäten von Katar** in verschiedenen Konflikten international und regional von besonderem Interesse. Katar zählt zudem zu den größten Produzenten und Exporteuren von Flüssiggas (LNG) weltweit und beabsichtigt, durch den Ausbau des Northfield Gasfelds seine Kapazitäten bis 2027 um 60 % zu steigern.

Kuwait

2025 begingen Österreich und Kuwait das **60-jährige Jubiläum** ihrer bilateralen Beziehungen**.** Infolge der wirtschaftlichen Diversifizierungsanstrengungen im Rahmen der „Vision Kuwait 2035“ steigt das Interesse Kuwaits an internationalen Investitionen und eröffnet österreichischen Unternehmen Chancen in Gesundheit, erneuerbarer Energie, Umwelt und Abwasserentsorgung. Vom 2.-6. Mai besuchte eine 15-köpfige Delegation aus Vertretern und Vertreterinnen österreichischer Unternehmen unter Leitung des Präsidenten der Industriellenvereinigung, Georg Knill, und des Bundesministers a.D. Werner Fasslabend Kuwait. Im Rahmen dieses Besuchs fanden Treffen mit der ehemaligen Finanzministerin Noora Al-Fassem, Vertretern der kuwaitischen Wirtschaftskammer und kuwaitischen Unternehmerinnen und Unternehmern statt.

Oman

Das Sultanat Oman ist aufgrund seiner einzigartigen geostrategischen Lage und **Vermittlungsrolle** ein wichtiger Partner Österreichs auf der arabischen Halbinsel. Ein zentrales Element in den bilateralen Beziehungen sind die regelmäßigen politischen Konsultationen auf der Ebene der Generalsekretäre. 2025 stand auch für Oman im Zeichen anhaltender regionaler Spannungen infolge des seit Oktober 2023 eskalierten Nahostkonflikts. Oman war bemüht, durch ausgewogene Diplomatie zur Stabilität beizutragen und zugleich die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen der angespannten Lage zu bewältigen. Österreich wird vom Sultanat Oman als wichtiger Außenhandelspartner für den Import von Spitzentechnologie angesehen.

Saudi-Arabien

Saudi-Arabien baut seine Rolle als **Führungsmacht im arabischen Raum** weiter aus. Diese Position macht das Königreich zu einem wichtigen Partner Österreichs in der Region. Vom 29.-30. September besuchte der Krisensicherheitsberater der Bundesregierung, Peter Vorhofer, Riyadh. Vom 9.-10. November nahm Staatssekretärin Elisabeth Zehetner an der 26. Generalversammlung der Weltorganisation für Tourismus der Vereinten Nationen (UN Tourism) in Riyadh teil. Vom 22.-25. November erfolgte die Teilnahme von Generalsekretär Nikolaus Marschik an der 21. UNIDO-Generalkonferenz in Riyadh. Vom 14.-15. Dezember war Sonderemissär Herbert Scheibner am Global Forum der United Nations Alliance of Civilisations in Riyadh vertreten.

Das umfassende Regierungsprogramm Vision 2030 zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Saudi-Arabiens bietet für österreichische Firmen **großes Potenzial zur weiteren Vertiefung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen**. Mehr als 450 österreichische Unternehmen sind in Saudi-Arabien tätig, rund 30 haben Niederlassungen vor Ort. 2025 beliefen sich die österreichischen Exporte nach Saudi-Arabien auf 678,5 Millionen Euro. Die Importe aus Saudi-Arabien lagen bei 514,1 Millionen Euro. 2025 stellten saudische Gäste mit 200.895 Ankünften (+13,2 %) und 577.594 Nächtigungen (+15 %) neuerlich die größte Urlaubergruppe aus der Golfregion.

Vereinigte Arabische Emirate (VAE)

Die Beziehungen zwischen Österreich und den VAE wurden 2021 zu einer **Strategischen Partnerschaft** aufgewertet. Vom 23.-26. April und vom 2.-6. November besuchte Bundesminister Wolfgang Hattmannsdorfer, begleitet von einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation, die VAE. Im Zuge des Besuchs wurde am 3. November gemeinsam mit Handelsminister Thani Al Zeyoudi ein **hochrangiges Wirtschaftsforum** in Dubai organisiert. Auch Staatssekretär Alexander Pröll reiste vom 8.-11. Oktober in die VAE und besuchte dort unter anderem die Universität für Künstliche Intelligenz, MBZUAI. Am 3. März informierten OMV und ADNOC über die Schaffung des viertgrößten Polyolefin Konzerns weltweit mit über 60 Milliarden US-Dollar durch eine Fusion zwischen Borealis und Borouge. Der Firmensitz der unter dem Namen Borouge Group International (BGI) firmierenden Gruppe soll in Österreich sein. Neue Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU mit den VAE begannen im Mai.

3.6 Subsahara Afrika

Im Lichte der globalen Umwälzungen bemühte sich Österreich um **eine Intensivierung seiner Beziehungen zu Afrika**. So besuchte Bundespräsident Van der Bellen als erstes österreichisches Staatsoberhaupt im Juli Südafrika. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger nahm am EU-AU-Außenministertreffen im Mai in Brüssel und am Treffen der Blockfreien Staaten im Oktober in Uganda teil. Beim EU-AU-Gipfel am 25. und 26. November in Luanda war Österreich durch Staatssekretär Alexander Pröll vertreten. Dazu kamen zahlreiche bilaterale Treffen mit afrikanischen Partnern auf politischer Ebene und die Durchführung hochrangiger diplomatischer Konsultationen, etwa mit Senegal. Im Oktober beschloss die Bundesregierung, eine **umfassende österreichische Afrikastrategie** zu erarbeiten.

Südliches Afrika

Die ADA finanziert gemeinsam mit Partnern mehrere regionale Projekte, darunter das erfolgreiche **SOLTRAIN+ Programm** (Southern African Solar Thermal Training & Demonstration Initiative). Es unterstützt nachhaltige Energieprojekte in Botsuana, Lesotho, Mosambik, Namibia, Südafrika und Simbabwe. Zudem fördert die ADA gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit das Parlamentarische Forum der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC).

Angola

Der geplante Ausbau des **Lobito-Korridors**, einer Bahnverbindung zwischen Angola, der Demokratischen Republik Kongo und Sambia, birgt großes Potenzial für österreichische Unternehmen. Zudem befinden sich in Angola 34 der 54 von der EU als kritisch eingestuften Rohstoffe, die für die Energiewende, Elektromobilität und Hightech-Industrien unverzichtbar sind.

Mosambik

Mosambik ist seit 1992 **Schwerpunktland der OEZA** mit Fokus auf die Bereiche Wasser und Siedlungshygiene sowie ländliche Entwicklung und Landwirtschaft. In der Provinz Cabo Delgado im Norden Mosambiks kommt es immer wieder zu Angriffen islamistischer Gruppen. Die **militärische EU-Unterstützungsmission EUMAM Mozambique**, an der sich Österreich beteiligt, unterstützt die Ausbildung des mosambikanischen Militärs. 2025 stellte Österreich **zwei Millionen Euro aus dem AKF für humanitäre Maßnahmen in Mosambik** bereit.

Südafrika

Südafrika ist mit großem Abstand **Österreichs wichtigster Wirtschafts- und Handelspartner in Afrika.** Rund ein Drittel aller österreichischen Importe und Exporte nach Afrika entfallen auf das Land. Vom 3.-6. Juli besuchte Bundespräsident Van der Bellen gemeinsam mit einer Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturdelegation Südafrika. Es war der **erste Besuch eines österreichischen Bundespräsidenten in der Region.**

Zwischen Österreich und Südafrika besteht ein enger Austausch im Bereich der **Auslandskultur**. Das Österreichische Kulturforum Pretoria setzt auf Zukunftsthemen wie Digitalisierung, Klimaschutz und innovative Technologien. Es dient zudem als regionales Zentrum für kulturelle und wissenschaftliche Kooperationen im südlichen Afrika.

Ostafrika und Horn von Afrika

Äthiopien

Am Rande des EU-AU-Außenministertreffens am 21. Mai traf Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger Außenminister Gedion Timothewos. Zudem jährte sich der erste Abschluss eines

völkerrechtlichen Abkommens zwischen Äthiopien und Österreich zum 120. Mal. Äthiopien ist seit 1993 ein **Schwerpunktland der OEZA**. Der Fokus liegt auf der Stärkung der Resilienz der Bevölkerung, insbesondere in ländlichen Gebieten und inklusiver Regierungsführung. 2025 wurden **2,5 Millionen Euro aus dem AKF für humanitäre Maßnahmen in Äthiopien** bereitgestellt.

Sudan

Am Rande ihrer Teilnahme an der VN-GV vom 21.-26. September traf Bundesministerin Meinl-Reisinger mit Außenminister Muhi al-Din Salem zusammen. 2025 stellte Österreich **vier Millionen Euro aus dem AKF für humanitäre Maßnahmen im Sudan** zur Verfügung.

Uganda

Uganda ist seit 1993 **Schwerpunktland der OEZA**. Die Schwerpunktbereiche bilden Zugang zu Justiz sowie Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen. Am 14. und 15. Oktober trafen Präsident Yoweri Museveni und Außenminister Jeje Odongo mit Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger am Rande des Ministertreffens der Blockfreien Staaten in Kampala zusammen. Die ugandische NGO „Youth and Women Empowerment (YAWE) Foundation“ wurde vom BMEIA mit dem **Intercultural Achievement Award 2025** für das Projekt „Integrating Gender Equality and Empowerment of Girls Living with HIV through Male-Dominated Sports“ ausgezeichnet. 2025 stellte Österreich **500.000 Euro aus dem AKF für humanitäre Maßnahmen in Uganda** zur Verfügung.

Westafrika und Sahel

Westafrika und der Sahel sind für Österreich und Europa von strategischer sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Einerseits befinden sich mit Nigeria und den Staaten des Golfs von Guinea viele der wirtschaftlich bedeutsamen Länder in der Region. Andererseits besteht die Gefahr, dass sich die Instabilität der Sahelstaaten, insbesondere von Burkina Faso, Mali und Niger, auf die Küstenstaaten ausweitet. Neben den länderspezifischen Beiträgen aus dem AKF stellte Österreich 2025 **zwei Millionen Euro aus dem AKF für länderübergreifende humanitäre Projekte in der Sahel-Region bereit.**

Burkina Faso

Aufgrund der prekären Sicherheitslage wurde das **ADA-Koordinationsbüro in Ouagadougou mit 30. Juni geschlossen.** Das Land bleibt jedoch weiterhin **Schwerpunktland der OEZA.** 5,9 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. 2025 stellte Österreich **zwei Millionen Euro aus dem AKF für humanitäre Maßnahmen in Burkina Faso** bereit.

Côte d'Ivoire

Côte d'Ivoire ist die zweitstärkste Volkswirtschaft Westafrikas, gehört zu den wichtigsten Handelspartnern der Region und ist einer der bedeutendsten Kakaolieferanten Österreichs. Am 21. Mai traf Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger mit dem Minister für Handel, Industrie und Förderung der KMU Souleymane Diarrassouba zusammen. Staatssekretär Sepp Schellhorn traf am Rande der UNESCO-Generalversammlung in Samarkand am 31. Oktober die Ministerin für nationale Bildung Mariatou Koné. Die ADA unterstützt **zwei Wirtschaftspartnerschaften im Bereich Ausbildung von Industriewartungstechnikern** und einer nachhaltigen Zukunft des **Kakaos**. Die CARITAS Österreich unterstützt ein Projekt zur Stärkung der **wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Frauen**.

Gambia

Am 28. Oktober wurde das seit 2022 vorübergehend geschlossene **Honorarkonsulat in Banjul wiedereröffnet.** Der stellvertretende Präsident der gambischen Nationalversammlung Seedy S. K. Njie wurde am 27. Mai von Nationalratspräsident Walter Rosenkranz sowie dem Generalsekretär im Bundesministerium für Landesverteidigung, Arnold Kammel, empfangen. Staatssekretär Alexander Pröll führte beim EU-AU-Gipfel vom 24.-25. November in Luanda ein bilaterales Gespräch mit dem gambischen Außenminister Sering Modou Njie. Das Österreichische Bundesheer führt ein **mehrjähriges Ausbildungsprojekt zur Munitionslagerung in Gambia** durch.

Ghana

Nach der Eröffnung der österreichischen Botschaft in Accra 2024 war 2025 von weiteren Meilensteinen für die bilateralen Beziehungen geprägt. So zog die Botschaft Anfang Juli 2025 in ihre neuen Räumlichkeiten um und am 29. Oktober konnte der erste österreichische Nationalfeiertagsempfang unter Anwesenheit der Ministerin für Tourismus, Kunst und Kultur Abla

Dzifa Gomashie gefeiert werden. Auch im Bereich Kunst und Kultur nahmen die Aktivitäten in **Vorbereitung auf die Eröffnung des Kulturforums** an Fahrt auf. Innenpolitisch zeugte der friedliche Machtwechsel am 7. Jänner von der hohen demokratischen Reife des Landes. Auch wirtschaftlich konnte Ghana seinen bereits 2024 begonnen Aufwärtstrend beibehalten: Nach dem Abschluss der Schuldenumstrukturierung könnten sich neue Chancen für österreichische Unternehmen ergeben.

Guinea

Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger traf am Rande ihres Aufenthalts bei der VN-GV vom 21.-26. September mit ihrem guineischen Amtskollegen Morissanda Kouyaté zusammen. Der guineische Minister für Planung und internationale Kooperation, Ismail Nabe, unternahm am 17. und 18. Juni einen Arbeitsbesuch in Wien. Das österreichische Unternehmen Andritz Hydro ist an der Errichtung eines **Wasserkraftwerks** beteiligt.

Guinea-Bissau

Am 27. November nahm das **Österreichische Honorarkonsulat in Bissau** den Betrieb auf. Bundeskanzler Christian Stocker traf am Rande der VN-GV mit dem Präsidenten von Guinea-Bissau, Umaro Sissoco Embaló, zusammen. Die Botschaft unterstützte eine Nähwerkstätte in Bissau, welche 30 Frauen in traditionellen Techniken wie Färben und Nähen sowie Handarbeit ausbildete.

Liberia

Am 1. Oktober wurde das Österreichische **Honorarkonsulat in Monrovia eröffnet**. Staatssekretär Sepp Schellhorn führte am Rande der UNESCO-Generalversammlung vom 31. Oktober bis 2. November in Samarkand ein bilaterales Gespräch mit Bildungsministerin Jarso Maley Jallah.

Mali

Die ADA unterstützt ein **Projekt zur Ernährungssicherheit** mit Schwerpunkt auf Frauen, Mädchen und Menschen mit Behinderungen. Mehr als 6,4 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Mauretanien

Am 27. Juni empfing Bundespräsident Alexander Van der Bellen den mauretanischen Präsidenten Mohamed Ould Ghazouani in Wien. Dabei wurden neben der Sicherheitslage in der Sahel-Region auch die Chancen für die Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere im Bereich von erneuerbaren Energien besprochen. Mauretanien bietet über 300.000 Flüchtlingen aus Mali Zuflucht, es ist einer der wenigen stabilen Staaten in der Sahel-Region.

Nigeria

2025 war von einem intensiven bilateralen Austausch zwischen Österreich und Nigeria geprägt. Am 21. Mai nutzte Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger das EU-AU-Außenministertreffen in Brüssel für ein Gespräch mit dem nigerianischen Außenminister Yusuf Maitama Tuggar. Ein weiterer Austausch fand am Rande der VN-GV statt: am 22. September traf Bundeskanzler Christian Stocker mit Vizepräsident Kashim Shettima zusammen. Am 10. Oktober reiste der nigerianische Minister für Budget und Wirtschaftsplanung, Abubakar Atiku Bagudu, nach Wien.

Als bevölkerungsreichstes Land Afrikas ist Nigeria einer der **wichtigsten Handelspartner Österreichs in Subsahara-Afrika.** Die wirtschaftliche Zusammenarbeit konzentriert sich auf den Süden des Landes. Österreich engagierte sich gemeinsam mit lokalen NGOs auch in der Entwicklungszusammenarbeit: So wurden Opfer von Menschenhandel unterstützt und Bildungsinitiativen gefördert.

Senegal

Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger traf am Rande der VN-GV in New York mit Außenminister Cheikh Niang zusammen. Am 7. November wurden in Wien politische Konsultationen auf Ebene der Generalsekretäre der Außenministerien, Nikolaus Marschik und Khare Diouf, durchgeführt.

Die wachsende Bedeutung der **Militärzusammenarbeit** wurde durch die Besuche des senegalesischen Verteidigungsministers General Birame Diop am 15. Juli sowie des senegalesischen Generalstabchefs General Abdoulaye Cissé vom 24.-25. November in Wien unterstrichen. Zur Stärkung des interreligiösen Dialogs und des Austauschs über Frauenrechte absolvierte der Generalkhalif von Bambilor, Thierno Ba, in Begleitung von Vertreterinnen des

Frauennetzwerks Réseau des Femmes Leaders (REFLET) vom 3.-7. November einen einwöchigen Besuch in Österreich. Am 15. und 16. Jänner bereiste eine österreichische Wirtschaftsmission Dakar.

Seit 2002 besteht eine Partnerschaft zwischen der Alpen-Adria Universität Klagenfurt und der Université Gaston Berger in Saint-Louis (Senegal), im Rahmen derer senegalesische Studierende regelmäßig Auslandssemester in Klagenfurt absolvieren. Im November wurde an der Université Gaston Berger in Saint-Louis die „Gerhard Roth Leseecke", die mit 850 Büchern aus dessen Nachlass bestückt ist, eingeweiht. Eine vom Österreichischen Bundesverlag zur Verfügung gestellte Schulbuchspende wurde im Dezember dem Senegalesischen Deutschlehrerverband übergeben. Im Rahmen eines Süd-Nord-Botschaftsprojektes unterstützte die Botschaft einen Konditorkurs für Frauen im benachteiligten Migrationsumfeld.

Sierra Leone

Das BMEIA leistete einen freiwilligen Betrag von 25.000 Euro zum Budget des **Residual Special Court für Sierra Leone**. Sierra Leone beteiligt sich regelmäßig an Programmen internationaler Finanzinstitutionen, an denen Österreich über Kapital- und Wiederauffüllungsbeiträge beteiligt ist.

Somalia

2025 stellte Österreich **eine Million Euro aus dem AKF für humanitäre Maßnahmen in Somalia** zur Verfügung.

Afrikanische Union (AU)

Österreich übte von April 2024 bis April 2025 gemeinsam mit Kanada den Vorsitz der AU Partners Group aus und fungierte in dieser Funktion als Bindeglied zwischen der AU-Kommission und den nichtafrikanischen Partnern der AU. Österreich leistete einen freiwilligen Beitrag von 350.000 Euro für die **AU-Militärmission zur Beobachtung und Überwachung des Waffenstillstands in Tigray (Äthiopien).**

Afrikanische Finanzinstitutionen

Österreich ist seit 1983 Mitglied der **Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB)** und hält einen Kapitalanteil von 0,4 %.

3.7 Amerika

Vereinigte Staaten von Amerika (USA)

Der **Strategische Dialog** zwischen Österreich und den USA, ein jährliches Treffen auf hoher Beamtenebene, fand am 16. Dezember in Wien statt. Der Dialog bildet den Rahmen für die enge bilaterale Zusammenarbeit. Weitere wichtige Eckpfeiler sind die Interaktion mit dem im Mai neu eingerichteten überparteilichen **Congressional Austria Caucus**, einer parlamentarischen Freundschaftsgruppe im US-Repräsentantenhaus mit zuletzt sieben US-Abgeordneten als Mitglieder sowie das **State-Partnership-Programm** mit Vermont zur Zusammenarbeit der Nationalgarde des Bundesstaats mit dem österreichischen Bundesheer. Hinzu kommt die Kooperation in der **Lehrlingsausbildung** und das gemeinsame Interesse an Stabilität und Sicherheit in den Ländern des **Westbalkan**.

Vom 2.-5. April besuchte WKÖ-Präsident Harald Mahrer im Rahmen des „Trilateral Commission Plenary Meeting“ Washington, D.C. Bundesminister Peter Hanke besuchte am 8. Mai New York. Anlässlich der Auftaktveranstaltung für den Congressional Austria Caucus im Kongress besuchten die Nationalratsabgeordneten Andreas Minnich, Veit Valentin Dengler, Meri Disoski sowie der Abgeordnete zum Europäischen Parlament Roman Haider am 14. Mai Washington, D.C. Am 23. und 24. Juli traf Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger mit US-Außenminister Marco Rubio in Washington, D.C. zusammen. Vom 7.-10. September besuchte Vizekanzler Andreas Babler New York und Washington, D.C. Vom 15.-19. Oktober nahm Bundesminister Markus Marterbauer an der Weltbanktagung in Washington, D.C. teil. Vom 9.-13. November besuchte Staatssekretär Jörg Leichtfried Washington, D.C. Am 12. Dezember führte der Senior Advisor im Bureau for Democracy, Human Rights, and Labor im US Department of State, Samuel Samson, in Wien Gespräche im BMEIA.

Im Rahmen der **österreichisch-amerikanischen Initiative "Speak Up!"** fand vom 6.-8. Oktober ein Seminar für die junge bosnische Zivilgesellschaft statt, an dem auch Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger teilnahm. Als Teil des **"US-Austrian Citizen Dialogue on Global Challenges“** fanden am 4. Juni und am 17. Dezember Veranstaltungen zu den Themen „Zukunft

der Arbeit in Zeiten von KI“ sowie Meinungsfreiheit statt. Der **vierte Durchgang des "Austrian American Media Fellowship Program"** vom 28. September bis 9. Oktober bot jungen US-Journalistinnen und -Journalisten die Gelegenheit, Österreich als Zentrum internationaler Diplomatie sowie als innovativen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort kennenzulernen. Die US-Regierung unterstützt die zahlreichen österreichischen Maßnahmen zur Wiedergutmachung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, Zwangsarbeit und Vermögensentzug.

Die USA sind Österreichs **zweitwichtigste Exportdestination.** Rund 950 österreichische Unternehmen sind in den USA tätig, etwa 300 betreiben eigene Niederlassungen. Es wurde beginnend mit 2024 ein Rechtsrahmen für ein **"Working Holiday Program"** geschaffen, das auch Lehrlingen offensteht. Gemeinsam mit der Austrian Business Agency und der WKÖ wurde am 13. Jänner ein „AI & Fem Tech Event“ im Rahmen der JP Morgan Health Week abgehalten.

Mit der **Eröffnung von Open Austria East Coast** am 24. Februar in Boston und Washington, D.C. weitete Österreich seine Aktivitäten im Bereich der Innovation in den USA über den bisherigen Standort San Francisco hinaus auf die führenden Wissenschafts- und Politikcluster der Ostküste aus. Am 1. Mai wurde die „Cyber Leaders Academy“ offiziell ins Leben gerufen. Dies geschah im Rahmen einer ReFocus-Austria-Veranstaltung auf der Cybersecurity-Konferenz RSA. Am 21. September nahm Open Austria zum zweiten Mal am „Europe in the Park“ Festival teil, das über 2.000 Besucher zählte. Am 8. Oktober fand erstmal die „Austrian Demo Night 2025 #goUSA“ als offizielles Event der San Francisco Tech Week statt. Zwölf österreichische Startup-Unternehmen präsentierten ihre Innovationen vor über 140 Gästen. Auch in Boston wurden österreichische Unternehmen aus dem Bereich Gesundheit & Life Science für ein Programm samt Workshops empfangen. Open Austria beteiligte sich auch an einer Reihe von Workshops zu Wissenschaftsdiplomatie.

Zu den Höhepunkten der Arbeit des **Österreichischen Kulturforums New York** zählten die Ausstellung "Vally Wieselthier: Sculpting Modernism", die Organisation eines Stummfilmfestivals mit Filmen von Louise Kolm-Fleck, die Konzerte des Johann-Strauss-Quartetts, das „Festival Neue Literatur“ mit dem österreichischen Teilnehmer Alois Hotschnig, die Performance „Connection“ von Maryna Yakubovich sowie die Podiumsdiskussion „AI & I – Exploring the Psychological and Scientific Dimensions of AI“. Das Österreichische Kulturforum Washington organisierte unter anderem Konzerte mit Künstlerinnen wie dem „accio piano trio“, „Kimyan Law“ oder „HAEZZ“. Ein Höhepunkt im Veranstaltungskalender war der Auftritt des Johann-

Strauss-Quartetts im Kennedy Center anlässlich des 200-Jahr-Jubiläums von Johann Strauss Sohn. Beim „Science Diplomacy Summit“ der Johns-Hopkins-Universität präsentierte Österreich die Performance Lecture „The Sound of Entanglement“. Die strategische Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Botschaft in Washington konzentrierte sich u.a. auf die kulturpolitische Geschichte Wiens in der Nachkriegszeit. Zu den Projekten zählte die Ausstellung „Controlled Freedom: The Allied Forces in Vienna“.

Kanada

Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger traf ihre kanadische Amtskollegin Anita Anand am Rande des EU-Kanada-Gipfels am 23. Juni in Brüssel und am 25. September am Rande der VN-GV in New York. Der parlamentarische Staatssekretär Robert Oliphant reiste nach Wien und traf am Rande des OSZE-Ministerrats vom 4.-5. Dezember mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Nikolaus Marschik, zusammen.

Die **wirtschaftlichen Beziehungen** zwischen Österreich und Kanada entwickelten sich dynamisch, gestützt durch das Freihandelsabkommen CETA und verstärkte Marktbearbeitung durch österreichische Unternehmen. Das Kunst- Wissenschaft- und Technologiesymposium „SCI ART-Symposium“, welches vom 2.-8. Oktober in Montréal, Ottawa und Kelowna stattfand, wurde von Österreich maßgeblich mitkonzipiert. Die Ars Electronica Filmschau sowie österreichische Künstlerinnen und Künstler präsentierten dort bereits zum dritten Mal Projekte zu Nachhaltigkeit und Klima.

Lateinamerika und Karibik

Österreich vertiefte sowohl bilateral als auch im EU-Kontext seine Beziehungen zu den Staaten Lateinamerikas und der Karibik. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger führte am 14. März in Wien Arbeitsgespräche mit der ecuadorianischen Außenministerin Gabriela Sommerfeld sowie der kolumbianischen Außenministerin Laura Sarabia. Am 16. Juli empfing sie den panamaischen Außenminister Javier Eduardo Martínez Acha Vásquez. Am Rande ihrer Teilnahme an der VN-GV vom 21.-26. September in New York fanden eine Reihe von bilateralen Treffen von Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger mit lateinamerikanischen Staaten statt.

Darüber hinaus nahm Bundesministerin Meinl-Reisinger am **Gipfel zwischen der EU und der Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten (CELAC) vom 9.- 10. November** in Santa Marta teil. In diesem Rahmen fand auch ein bilaterales Treffen von Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger mit der kolumbianischen Außenministerin Rosa Villavicencio Mapy statt, gefolgt von einem bilateralen Arbeitsbesuch in Bogotá vom 10.-11. November. Der Leiter der Amerika-Abteilung im BMEIA führte vom 6.-16. Mai Konsultationen in El Salvador, Honduras, Guatemala, Mexiko, und St. Kitts und Nevis durch. Eine zweite Reise führte ihn vom 22.-25. September nach Peru, Uruguay, Argentinien und Paraguay. Nach dem schweren Hurrikan Melissa im Oktober stellte Österreich den am meisten betroffenen Karibikstaaten Hilfsgüter zur Verfügung. Darüber hinaus leistete Österreich 2025 **eine Million Euro aus dem AKF für humanitäre Maßnahme in Haiti.** Das BMEIA organisierte außerdem in Kooperation mit der Diplomatischen Akademie Wien zwei Spezialkurse zur **Ausbildung von Jungdiplomatinnen und -diplomaten aus Lateinamerika** (10.-21. November) und der Karibik (24. November bis 5. Dezember). Am 3. September legte die Europäische Kommission Vorschläge für Beschlüsse des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des **EU-MERCOSUR-Partnerschaftsabkommens** (EMPA) sowie des **Interims-Handelsabkommens** (iTA) vor.

Argentinien

Am 3. Juli wurde das **Honorarkonsulat in Ushuaia wiedereröffnet**. Der Generalsekretär des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Arnold Kammel, traf am 8. April den argentinischen Verteidigungsminister Luis Petri sowie mehrere Staatssekretäre und Vertreterinnen und Vertreter der Streitkräfte zu hochrangigen Gesprächen. Trotz wirtschaftlicher Herausforderungen bietet Argentinien **Potenzial für österreichische Unternehmen**, insbesondere in wachstumsstarken Bereichen wie erneuerbare Energien, Bergbau, Technologie, Verteidigung sowie Dienstleistungen.

Brasilien

Anlässlich des **200-jährigen Jubiläums** der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Brasilien fanden eine Reihe von Veranstaltungen statt. Vom 10.-22. November fand in der brasilianischen Amazonasstadt Belém die **Weltklimakonferenz COP30** statt, an der für Österreich Bundesminister Norbert Totschnig teilnahm. Am 27. November fand erstmals seit knapp 30 Jahren wieder eine reguläre Sitzung der österreichisch-brasilianischen Gemischten Wirtschaftskommission in Wien statt, wobei ein Memorandum of Understanding zu Fachkräften

unterzeichnet wurde. Ebenso erfolgte die Aufnahme eines bilateralen verteidigungspolitischen Dialogs im Rahmen eines Brasilien-Besuchs des Generalsekretärs im Bundesministerium für Landesverteidigung, Arnold Kammel, in Brasília und Rio de Janeiro vom 10.-11. April. Bei einem Gegenbesuch des brasilianischen Generalstabschefs Renato Rodrigues de Aguiar in Wien vom 26.-29. November wurde ein Memorandum of Understanding über militärische Zusammenarbeit unterzeichnet. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger und Außenminister Mauro Vieira unterzeichneten bei einem bilateralen Treffen am Rande des EU-CELAC-Gipfels in Santa Marta vom 10.-11. November ein modernisiertes Luftverkehrsabkommen. Österreich unterstützte zudem erneut ein UN WOMEN-Projekt zur Stärkung indigener Frauen.

Chile

Am 13.-14. Jänner nahmen die Nationalratsabgeordneten Carina Reiter und Gerhard Deimek am III. Welttreffen der parlamentarischen Zukunftsausschüsse in Santiago teil. Der österreichische Abgeordnete zum Europäischen Parlament Reinhold Lopatka nahm vom 17.-19. März an der 28. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Chile teil. Vom 6.-8. April stattete der Generalsekretär im Bundesministerium für Landesverteidigung, Arnold Kammel, Chile einen Arbeitsbesuch ab. Im Dezember trat das Luftverkehrsabkommen zwischen Österreich und Chile in Kraft. Am 1. Februar trat das Interimistische Handelsabkommen zwischen der EU und Chile in Kraft. Nach Mexiko und Brasilien ist Chile der **drittwichtigste Handelspartner Österreichs in Lateinamerika**.

Costa Rica

Am Rande des EU-CELAC-Gipfels in Santa Marta wurde am 10. November ein **bilaterales Luftverkehrsabkommen** unterzeichnet. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger empfing am 15. Mai den costa-ricanischen Außenminister Arnoldo André Tinoco in Wien. Eine österreichische Wirtschaftsmission besuchte vom 10.-11. November San José.

Guatemala

Das BMEIA unterstützte in Guatemala ein Projekt zur **Stärkung traditioneller Mechanismen zur gemeinschaftlichen Konfliktlösung mit Fokus auf Frauen.** Anlässlich des **155. Jahrestags der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Guatemala** organisierte die für Guatemala

zuständige Österreichische Botschaft Mexiko gemeinsam mit dem guatemaltekischen Außenministerium vom 7.-9. Oktober in Guatemala-Stadt eine Veranstaltung zur Würdigung der freundschaftlichen Beziehungen beider Länder.

Mexiko

Am 6. Oktober fanden in Wien politische Konsultationen mit Mexiko statt. Der Nationalratsabgeordnete Ernst Gödl besuchte Mexiko-Stadt vom 21.-23 Oktober und führte unter anderem Gespräche im Parlament sowie im mexikanischen Außenministerium.

Mexiko ist **Österreichs wichtigster Handelspartner in Lateinamerika**. Im September wurden die Ratsbeschlüsse zur Unterzeichnung und zum Abschluss des Modernisierten Globalabkommens (MAG) zwischen der EU und Mexiko und des Interims-Handelsabkommens (iTA) vorgelegt. Das österreichische Unternehmen ALPLA eröffnete in Kooperation mit dem mexikanischen Unternehmen FEMSA Anfang des Jahres eine Kunststoff-Recyclinganlage im Bundesstaat Tabasco – die dritte dieser Art in Mexiko. Die österreichische Firma Engel eröffnete im Bundesstaat Querétaro einen Produktionsstandort.

Österreich förderte im Rahmen der Süd-Nord-Botschaftsprojekte die **Unterstützung von Frauen**, die nach gewaltsam verschleppten Angehörigen suchen. Das Österreichische Kulturforum Mexiko führte rund 44 Kulturprojekte mit 135 Veranstaltungen und 70 Künstlerinnen und Künstlern in Mexiko durch.

Peru

In Lima baute die österreichische Firma **Doppelmayr die erste Seilbahn der Stadt**. Die Österreichische Botschaft Lima unterstützte die Gründung einer Akademie für Kultur, Musik und Sprache für Nachkommen der Tiroler Auswanderergemeinde in Pozuzo.

3.8 Asien

Vor dem Hintergrund der **zunehmenden geopolitischen und wirtschaftlichen Bedeutung** des asiatisch-pazifischen Raums setzte die Europäische Union ihre Bemühungen zur weiteren Vertiefung der Beziehungen mit der Region fort. Auch Österreich intensivierte seine

Zusammenarbeit mit den Staaten der Region durch den Ausbau neuer Kooperationen und Partnerschaften sowie durch die Weiterentwicklung bestehender Beziehungen mit dem Ziel einer breiteren Diversifizierung und verstärkten überregionalen Vernetzung. Mit dem Ziel einer weiteren Vertiefung der Beziehungen zur Wachstumsregion des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) übermittelte Österreich am 21. Oktober sein Beitrittsansuchen für den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien (TAC).

Eine Entspannung der politischen Krisen sowie der zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Konflikte in der Region konnte nicht erzielt werden. Dies betraf insbesondere die Entwicklungen im Südchinesischen Meer, auf der koreanischen Halbinsel, im Zusammenhang mit Taiwan sowie die Lage in Myanmar und Afghanistan. 2025 stellte Österreich **vier Millionen Euro aus dem AKF für humanitäre Maßnahmen in Afghanistan** bereit.

Bangladesch

Österreich hielt diverse bilaterale Treffen mit der Übergangsregierung von Bangladesch ab. Sonderemissär Herbert Scheibner traf am 30. Juli in New York mit Außenminister Touhid Hossain zusammen. Zudem führte Staatssekretär Schellhorn am Rande der UNESCO-Generalkonferenz vom 31. Oktober bis 2. November Gespräche mit dem Bildungsminister der Übergangsregierung, Rafiqul Abrar Chowdhury. Im Laufe des Jahres fanden weitere Verhandlungsrunden über ein neues, umfassendes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union statt.

China

Mit der Volksrepublik China wurde der Austausch zu zahlreichen Themen von gemeinsamem Interesse weiter vertieft. Der hochrangige Besuchsaustausch wurde unter anderem im Rahmen des offiziellen Besuches von Außenminister Wang Yi am 12. September in Wien weitergeführt. Dabei fanden bilaterale Gespräche mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen sowie Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger statt. Vom 11.-14. Mai führte der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Li Hongzhong, Arbeitsgespräche im österreichischen Parlament und begrüßte das Pandabären-Paar im Tiergarten Schönbrunn. Auch am Rande internationaler Foren fanden bilaterale Gespräche statt.

Bei der VN-GV traf Bundeskanzler Christian Stocker am 23. September mit Premierminister Li Qiang zusammen und bei der 61. Münchner Sicherheitskonferenz fand am 15. Februar ein Gespräch zwischen Bundeskanzler und Außenminister Alexander Schallenberg und Außenminister Wang Yi statt.

Anlässlich ihres Besuchs vom 24.-26. Juni in Peking führte Staatssekretärin Barbara Eibinger-Miedl bilaterale Gespräche mit dem Vizepräsidenten der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) Ludger Schuknecht sowie mit Vize-Finanzminister Liao Min. Weitere bilaterale Termine umfassten eine WKO-Exekutivmission zu Handelspolitik vom 22.-24. Oktober und politische Konsultationen auf Sektionsleitungsebene vom 23.-24. Oktober sowie die Sitzung der Gemischten Kommission zur Wissenschaftlichen und Technischen Zusammenarbeit am 5. Dezember.

In den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen setzte sich Österreich im Einklang mit der EU-Position verstärkt für **gleiche Bedingungen beim Marktzugang** und ausgewogenere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ein. Bis vorläufig Ende 2026 können österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger für Geschäftsreisen und touristische Besuche visafrei in die Volksrepublik China einreisen.

Indien

Die Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zu Indien, das als **wachsende Wirtschafts- und Ordnungsmacht** sowohl regional als auch global an Bedeutung gewinnt, ist ein wichtiges Anliegen der österreichischen Außenpolitik. Am 26. September fand das erste bilaterale Treffen zwischen Indiens Außenminister Subrahmanyam Jaishankar und Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger am Rande der VN-GV in New York statt. Im Rahmen des Besuchs von Finanzministerin Nirmala Sitharaman in Wien vom 10.-11. April kam es zu bilateralen Treffen mit Bundeskanzler Christian Stocker, Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger, Bundesminister Markus Marterbauer und Bundesminister Wolfgang Hattmannsdorfer. Die langjährigen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU wurden fortgesetzt.

Indonesien

Die Beziehungen zwischen Österreich und Indonesien wurden durch die Abhaltung von bilateralen politischen Konsultationen am 3. März weiter vertieft. Im August fand die **erste österreichische**

Dialog-Residenz auf den Molukken statt, vom 12.-19. November besuchte eine hochrangige interreligiöse Delegation aus Österreich Indonesien. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger traf am 21. November in Brüssel mit dem neuen indonesischen Außenminister Sugiono zusammen. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indonesien, einschließlich eines Investitionsschutzabkommens, wurden am 23. September abgeschlossen.

Japan

Die bereits ausgezeichneten Beziehungen Österreichs zu Japan erfuhren aufgrund der **Weltausstellung in Osaka** und einer Vielzahl an Delegationsbesuchen 2025 eine neuerliche Intensivierung. So besuchte auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen vom 21.-25. Mai Osaka, Himeji und Tokio. Im Zuge der Reise traf er den japanischen Kaiser sowie Premierminister Shigeru Ishiba und besuchte den österreichischen Pavillon auf der Weltausstellung EXPO. Am 1. Dezember trat ein **bilaterales Sozialversicherungsabkommen** in Kraft. Die 27. Tagung des österreichisch-japanischen Komitees für Zukunftsfragen fand vom 5.-7. Oktober in Himeji statt und war den thematischen Schwerpunkten ländliche Revitalisierung, Künstliche Intelligenz und neue Energieformen gewidmet. Japan blieb **eine der wichtigsten Exportdestinationen Österreichs**. Auch der **Tourismus** nach Österreich entwickelte sich mit einem Anstieg sowohl bei den Ankünften als auch Nächtigungen erneut positiv. Seinem Ruf als Kulturnation wurde Österreich in Japan durch eine Dichte an Veranstaltungen gerecht. Neben den traditionellen Tourneen der Wiener Philharmoniker, der Wiener Sängerknaben und weiterer renommierter Orchester fanden im Kontext der EXPO 2025 Veranstaltungen zu zeitgenössischer Kunst und Kultur sowie Architektur statt.

Kambodscha

Staatssekretär Sepp Schellhorn traf am 9. Juni am Rande der VN-Ozeankonferenz (UNOC3) in Nizza mit dem Premierminister von Kambodscha, Hun Manet, zusammen.

Republik Korea (Südkorea)

Die bilateralen Beziehungen mit der Republik Korea (Südkorea), die 2021 auf das Niveau einer **„Strategischen Partnerschaft“** gehoben wurden, sind ausgezeichnet. 2025 durchlebte Südkorea eine Phase innenpolitischer Spannungen, die mit der Ausrufung des Kriegsrechts durch Präsident

Yoon Suk Yeol im Dezember 2024 begann und mit dessen Amtsenthebung beziehungsweise der Wahl von Präsident Lee Jae Myung im Juni endete. Österreichs Handel mit Korea war zuletzt auf hohem Niveau leicht rückläufig. Die Kulturpräsenz in Südkorea konnte sich hingegen mit Ausstellungen auf dem Gebiet der bildenden und zeitgenössischen Kunst sowie der klassischen Musik maßgeblich weiter entfalten. Im Bereich des digitalen Handels schloss die EU am 10. März die Verhandlungen über ein **digitales Handelsabkommen** mit Südkorea ab.

Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)

Die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) stand weiterhin unter internationaler Beobachtung, umso mehr als sie sich am russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit Kampftruppen und Waffenlieferungen an Russland beteiligte. Österreich verurteilte die zunehmenden und **vom VN-Sicherheitsrat verbotenen Raketentests** Nordkoreas scharf und forderte die Einhaltung bestehender Sanktionen. Langfristiges Ziel der internationalen Gemeinschaft bleibt die vollständige, überprüfbare und unumkehrbare **Denuklearisierung** der koreanischen Halbinsel.

Laos

Mit Laos wurde im März ein **bilaterales Luftverkehrsabkommen** unterzeichnet.

Malaysia

In Malaysia fand vom 20.-22. Februar ein bilateraler Arbeitsbesuch des Generalsekretärs des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Arnold Kammel, in Kuala Lumpur statt. Der bilaterale Handel entwickelte sich positiv und Malaysia gehört nach wie vor zu den wichtigsten Handelspartnern Österreichs im ASEAN-Raum. Die seit 2012 pausierten Verhandlungen über ein **umfassendes Freihandelsabkommen** zwischen der EU und Malaysia wurden wiederaufgenommen.

Mongolei

Der **erste Staatsbesuch eines österreichischen Bundespräsidenten** in der Mongolei markierte einen Höhepunkt in den bilateralen Beziehungen. Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf

im Rahmen seines Besuchs vom 25.-28. Mai u.a. mit Präsident Khurelsukh Ukhnaa sowie Parlamentssprecher Amarbayasgalan Dashzegve zusammen. Insgesamt neun Abkommen und Erklärungen in den Bereichen politische Zusammenarbeit, Finanzen, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie konsularische Kooperation wurden unterzeichnet. Zur Fortführung der Gespräche traf Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger am Rande des OSZE-Ministerrats in Wien am 5. Dezember auf die Außenministerin der Mongolei Battsetseg Battmunkh.

Pakistan

Pakistan führte seine Zusammenarbeit mit Österreich und der EU bei der **Bekämpfung der irregulären Migration** fort. Am 23. September fand am Rande der VN-GV ein Treffen von Premierminister Shehbaz Sharif mit Bundeskanzler Christian Stocker statt. Auch der bilaterale Handel entwickelte sich positiv, mit weiteren Zuwächsen bei den Exporten und Importen. Österreichische Unternehmen sind v.a. in Schlüsselsektoren wie Wasserkraft, Infrastruktur, Umwelttechnik und erneuerbaren Energien aktiv. Investitionsmöglichkeiten bestehen zunehmend in den Bereichen Eisenbahntechnologie und Tourismus.

Philippinen

Österreich und die Philippinen verstärkten mit der Abhaltung der dritten Runde der bilateralen politischen Konsultationen ihre Zusammenarbeit in diversen Bereichen. Der philippinische Minister für Arbeitsmigranten, Hans Leo Cacdac, nahm als Gastredner an der vom International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) organisierten **Migrationskonferenz** vom 21.-22. Oktober in Wien teil. Auf multilateraler Ebene wurde die gute Zusammenarbeit in den Bereichen Abrüstung, Autonomen Waffensystemen (AWS) und Frauen, Frieden und Sicherheit fortgesetzt.

Mit der Unterzeichnung des bilateralen **Memorandum of Understanding im Finanzbereich** am 18. November wurde der Grundstein für eine zusätzliche Dynamik österreichischer Exporte gelegt. Gute Fortschritte konnten auch bei den Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Philippinen erzielt werden. Die Zusammenarbeit bei der Rekrutierung von Fachkräften aus Mangelberufen entwickelte sich weiter positiv und wurde durch eine Job-Messe in Manila unterstützt.

Singapur

Singapur bleibt als regionale Drehscheibe ein wichtiger Standort zur Bearbeitung des südostasiatischen Marktes für österreichische Unternehmen. Vom 16.-17. Juni führte Nationalbankgouverneur Robert Holzmann Fachgespräche in Singapur. Die Stadt Wien war vom 2.-4. Juli gemeinsam mit Singapur Gastgeber des **„World Mayors Forum“**, einem von Singapur ins Leben gerufenen Städtenetzwerk. An dieser Konferenz nahmen der Minister für nationale Entwicklung, Chee Hong Tat, teil, der auch ein bilaterales Treffen mit Bundesminister Peter Hanke führte. Low Yen Ling, die Staatssekretärin für Kultur, Gemeindefragen und Jugend war ebenfalls Teilnehmerin des Forums.

Vom 17.-21. November nahm Tan See Leng, Minister für Arbeitskräfte, Energie, Wissenschaft und Technologie als Vortragender an einer Konferenz der Trilateralen Kommission in Wien teil und führte u.a. Gespräche mit dem Präsidenten der WKÖ, Harald Mahrer. Am 21. November traf Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger am Rande des EU-Indopazifischen Ministerforums mit ihrem singapurischen Amtskollegen Vivian Balakrishnan zusammen. Darüber hinaus unterzeichneten die EU und Singapur am 7. Mai ein Abkommen über digitalen Handel zur Ergänzung des bestehenden Freihandelsabkommens. Am 2. Juni nahm die singapurische Fluglinie „Scoot“ erstmals Direktflugverbindungen zwischen Wien und Singapur auf.

Thailand

Mit Thailand fanden im Februar erstmals institutionalisierte politische Konsultationen auf hoher Beamtenebene der Außenministerien in Bangkok statt, was zu einer weiteren Vertiefung der bilateralen Beziehungen beitrug. Der sehr intensive Austausch in den Bereichen Kultur und Bildung wurde im Rahmen zahlreicher Projekte fortgesetzt. In multilateralen Foren setzten Thailand und Österreich als **Pioniere des Nuklearwaffenverbotsvertrags** ihre enge Zusammenarbeit im Bereich Abrüstung fort. Zudem wurden die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Thailand fortgeführt.

Timor-Leste

In Timor-Leste wurde im Februar das **neue österreichische Honorarkonsulat in Dili** feierlich eröffnet.

Vietnam

Zwischen Österreich und Vietnam trat am 1. August ein neues **Soft-Loan-Übereinkommen** mit einem Gesamtfinanzierungsvolumen von 150 Millionen Euro in Kraft. Des Weiteren wurde ein **Kooperationsabkommen im Bereich Cybersicherheit und Digitalisierung** unterzeichnet. Kultur, Bildung und Wissenschaft bleiben wichtige Säulen der bilateralen Beziehungen, besondere Bedeutung hat weiterhin die bilaterale Kooperation zur Ausbildung und Rekrutierung von vietnamesischen Pflegekräften. Am 22. September fand am Rande der VN-GV auch ein Treffen von Präsident Luong Cuong mit Bundeskanzler Christian Stocker statt.

3.9 Australien und Ozeanien

Australien

Österreich und Australien setzten die Umsetzung der im September 2021 unterzeichneten Vereinbarung zur **Strategischen Zusammenarbeit** fort. Vom 24.-26. Jänner besuchte die australische Außenministerin Penny Wong Wien und traf unter anderem mit Bundesminister Alexander Schallenberg zusammen. Die Verhandlungen zu einem EU-Australien-Freihandelsabkommen wurden nach längerer Pause wiederaufgenommen.

Neuseeland

Der Austausch mit Neuseeland wurde im Rahmen der 2023 unterzeichneten bilateralen **Strategischen Partnerschaft** mit besonderem Fokus auf innovative Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie Bürgerbegegnungen weiter vertieft. Das seit 2024 in Kraft stehende EU-Neuseeland-Freihandelsabkommen sorgte für positive Impulse. Vom 23.-24. Oktober wurde durch die EU-Delegation in Wellington erstmals ein EU-Neuseeland Business Summit in Auckland organisiert.

Pazifische Inselstaaten

Die pazifischen Inselstaaten setzten ihr gemeinsames Engagement mit Österreich im Bereich Abrüstung, Multilateralismus und Klimaschutz fort. Der österreichische Sonderemissär Johannes Hahn besuchte die Region und nahm unter anderem an der ersten Ausführung des EU-Pazifik Business Forums vom 4.-5. September in Fidschi teil. Am 23. September fand am Rande der VN-

GV auch ein Treffen von Außenminister Peter Shannel Agovaka mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen statt. Zu den wichtigsten Projekten gehört das maßgeblich von der ADA kofinanzierte Pacific Centre for Renewable Energy and Energy Efficiency (PCREEE). Österreich sagte auch Unterstützung für den regionalen Klimafonds Pacific Resilience Facility (PRF) zu.

4. Multilaterales Engagement Österreichs

4.1 Vereinte Nationen (VN)

4.1.1 Aktivitäten in New York

Generalversammlung

Die **80. Generaldebatte der VN-GV** fand vom 23.-30. September in New York statt. Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Christian Stocker und Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger vertraten Österreich. Zum Auftakt der Hochrangigen Woche begingen die VN unter Vorsitz der Präsidentin der VN-GV, Annalena Baerbock (Deutschland), und unter Teilnahme von VN-Generalsekretär (VN-GS) António Guterres (Portugal) den 80. Jahrestag der Organisation.

Am Rande der VN-GV führten Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Christian Stocker und Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger zahlreiche bilaterale Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von VN-Mitgliedstaaten. Im Fokus der bilateralen Treffen stand die **österreichische Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat (VN-SR) für die Periode 2027-2028**, die auch bei einer Abendveranstaltung mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Christian Stocker und Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger an der Ständigen Vertretung Österreichs bei den VN in New York (ÖV New York) beworben wurde. Neben bilateralen Gesprächen hielt Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger außerdem ein Treffen mit den Außenministerinnen und -ministern der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) ab und eröffnete eine Veranstaltung für die Regierungschefs der Pazifikinselstaaten an der ÖV New York.

Darüber hinaus richtete Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger erstmals das jährliche Treffen des informellen Ministerinnen- und Ministernetzwerks zum Internationalen Strafgerichtshof gemeinsam mit ihrer liechtensteinischen Amtskollegin aus. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger nahm auch am Transatlantischen Dinner des Außenministers der USA, Marco Rubio, an einem informellen Treffen der EU-Außenministerinnen und-minister und an einem Arbeitsabendessen zur Situation in Nahost mit ihren Amtskolleginnen und -kollegen aus der Region teil. Insgesamt konnte Österreich 150 Staaten auf hochrangiger Ebene erreichen und somit

das internationale Profil Österreichs weiter ausbauen sowie die Vertretung österreichischer Interessen auf globaler Ebene sicherstellen.

Am 25. September hielt Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger die österreichische Rede in der Generaldebatte. Sie hob die globalen Herausforderungen hervor und betonte die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit, um diese zu überwinden. Einen Schwerpunkt legte sie auf die Situation im Nahen Osten, insbesondere die humanitäre Katastrophe in Gaza und den Terrorangriff der Hamas auf Israel. Sie unterstrich die österreichische Unterstützung für eine Zweistaatenlösung. Außerdem verurteilte sie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als klare Verletzung der VN-Charta und forderte einen sofortigen Waffenstillstand. Des Weiteren warb Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger für die österreichische Kandidatur für einen nicht-ständigen Sitz im VN-SR für die Periode 2027–2028. Am 24. September hielt sie die österreichische Rede bei der hochrangigen offenen Debatte des VN-SR zu künstlicher Intelligenz unter dem Vorsitz der Republik Korea.

Russische Aggression gegen die Ukraine

Die Ukraine brachte am 24. Februar gemeinsam mit der EU in der VN-GV eine Resolution zur „Unterstützung eines umfassenden, gerechten und nachhaltigen Friedens in der Ukraine“ ein. Die USA brachten kurzfristig vor Beginn der Sitzung eine andere Resolution ein („The Path to Peace“). Der wortgleiche Text wurde von den USA nicht nur in der VN-GV, sondern auch im VN-SR eingebracht. Da der amerikanische Text jegliche Verweise auf die VN-Charta, die territoriale Integrität und die Souveränität der Ukraine aussparte, brachte Frankreich – unterstützt von der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten, einschließlich Österreich – schriftliche Abänderungsanträge zur US-Resolution ein, die in der VN-GV angenommen wurden. Der ukrainische sowie der amerikanische Text ähnelten sich schlussendlich und wurden jeweils mit 93 Ja-Stimmen (einschließlich Österreich) angenommen. Im VN-SR gingen die schriftlichen Abänderungsanträge Frankreichs aufgrund zweier US-Vetos bzw. einer zu geringen Unterstützung nicht durch, der Text wurde mit 10 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen der europäischen Mitglieder (Frankreich, Vereinigtes Königreich, Dänemark, Griechenland und Slowenien) angenommen.

Am 5. Dezember wurde in der VN-GV eine weitere Resolution angenommen, die Russland zur **Rückführung verschleppter ukrainischer Kinder** aufruft. Österreich unterstützte diese Resolution, brachte sie mit ein und beteiligte sich am gemeinsamen EU-Outreach.

Nahostkonflikt

Die Lage im Nahen Osten blieb eines der zentralen Themen der VN-GV. Neben Diskussionen im VN-SR standen für Österreich die Verhandlungen zu Resolutionen in der VN-GV sowie die Abhaltung der Hochrangigen Internationalen Konferenz zur Zweistaatenlösung im Vordergrund.

Am 12. Juni wurde die zehnte dringliche Sondersitzung der VN-GV zu Nahost wiederaufgenommen. Die VN-GV nahm mit 149 Stimmen eine von Spanien mit einer Kerngruppe eingebrachte Resolution an, die einen vollständigen Waffenstillstand in Gaza, die Freilassung aller Geiseln und die vollumfängliche Wiederaufnahme der humanitären Hilfe in Gaza forderte. Österreich stimmte mit 23 weiteren EU-Mitgliedstaaten für die Resolution.

Am 12. Dezember verabschiedete die VN-GV eine Resolution zum Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes zu den Verpflichtungen Israels gegenüber den VN und Drittstaaten hinsichtlich der Bereitstellung humanitärer Hilfe im palästinensischen Gebiet. Die Resolution wurde mit 139 Ja-Stimmen angenommen. Österreich stimmte gemeinsam mit 21 weiteren EU-Mitgliedstaaten für die Resolution.

Wie in den Vorjahren brachte Palästina im Rahmen des Palästina-Pakets mehrere Resolutionen zu politischen, wirtschaftlichen und humanitären Aspekten im palästinensischen Gebiet ein. Diese Resolutionen wurden von der EU-Delegation in Zusammenarbeit mit der Vertretung Palästinas verhandelt. Österreich setzte sich innerhalb der EU für eine ausgewogene Formulierung der Texte ein.

Diplomatischer Höhepunkt war eine **Hochrangige Internationale Konferenz zur Zweistaatenlösung** vom 28.-30. Juli, bei der Österreich durch Sonderemissär Herbert Scheibner vertreten wurde. Im Rahmen der Konferenz wurde eine Erklärung („New York Declaration“) ausgearbeitet, die am 12. September in einer Resolution der VN-GV mit 142 Ja-Stimmen angenommen wurde. Österreich stimmte gemeinsam mit 24 weiteren EU-Mitgliedstaaten für die Resolution und bekannte sich damit abermals zur Zweistaatenlösung. Am 22. September wurde diese Konferenz nochmals auf Ebene der Staats- und Regierungschefs aufgenommen. Bundespräsident Alexander Van der Bellen vertrat Österreich.

Abrüstung und internationale Sicherheit

Als Vorreiter für multilaterale Initiativen zur nuklearen Abrüstung setzte sich Österreich weiterhin aktiv für Abrüstung, Nichtweiterverbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Massenvernichtungswaffen sowie für Rüstungskontrolle ein.

In einem Umfeld wachsender sicherheitspolitischer Unsicherheit war das 1. Komitee der VN-GV gefordert, klare Signale zur Stärkung des multilateralen Rüstungskontrollsystems zu setzen. Dabei positionierte sich Österreich erneut als Brückenbauer und Vorreiter im Abrüstungsbereich. Gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten brachte Österreich **Resolutionen zu den humanitären Konsequenzen von Nuklearwaffen** und zum **Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW)** ein. Trotz anhaltender Kritik nuklear bewaffneter Staaten wurden beide Resolutionen von einer breiten Mehrheit der Mitgliedstaaten angenommen. Österreich setzte sein Engagement im Bereich **tödlicher autonomer Waffensysteme (AWS)** fort und brachte federführend das dritte Jahr in Folge eine **Resolution** zur Regulierung solcher Systeme ein, die ebenfalls von der Mehrheit der Mitgliedstaaten angenommen wurde.

Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen

Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Nikolaus Marschik, leitete die österreichische Delegation bei der **Vierten Internationalen Konferenz für Entwicklungsfinanzierung** vom 30. Juni bis 3. Juli in Sevilla. Bei den Verhandlungen des Ergebnisdokumentes engagierte sich Österreich aktiv als Verhandler für die EU.

Vom 21.-23. Juli leitete der Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers, Peter Launsky, eine ressortübergreifende Delegation beim **„High-Level Political Forum“** und schloss mit der österreichischen Nebenveranstaltung zur nachhaltigen Industrialisierung an das langjährige Engagement Österreichs für den globalen Süden an.

Staatssekretär Sepp Schellhorn leitete die Delegation für die **Dritte Internationale Konferenz für Binnenentwicklungsländer (LLDC)** vom 5.-8. August in Awaza, bei der Österreich auch die Funktion des Vize-Präsidenten ausübte.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen vertrat Österreich beim **Klimagipfel** von VN-GS António Guterres und Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva im Rahmen der Hochrangigen Woche der VN-GV am 24. September in New York.

Das 2. Komitee der VN-GV verabschiedete 41 Resolutionen zu Themen wie nachhaltige Entwicklung, Klima, Umwelt, Energie und Digitalisierung. Österreich übernahm für die EU die Verhandlungen zu den **Resolutionen zur Reform der internationalen Finanzarchitektur sowie zur nachhaltigen Entwicklung von Bergregionen.** Zudem übernahm Österreich erneut eine koordinierende Rolle bei der jährlichen **LLDC-Resolution** und engagierte sich intensiv in den Bereichen Klimaschutz, Energie, Digitalisierung und internationale Steuerfragen.

Frauenstatuskommission

Die 69. Tagung der **Frauenstatuskommission (CSW)** fand vom 10.-21. März statt und stand ganz im Zeichen des 30. Jahrestages der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking. Mit Abschluss der 69. CSW endete auch Österreichs vierjährige Kommissionsmitgliedschaft. Weiterführende Informationen zum Thema Frauenrechte finden sich in Kapitel 4.6.

Sozialpolitik

Die 63. Tagung der **Kommission für soziale Entwicklung (CSocD)** fand vom 10.-14. Februar statt. Österreich wurde auf Expertenebene als Vertreter seiner Regionalgruppe zum Vizevorsitz des Präsidiums gewählt und koordinierte im Vorfeld der Kommission erfolgreich die Verhandlungen über eine **Resolution zu den Arbeitsmethoden der CSocD**, die im Konsens angenommen wurde. Österreich bleibt bis 2027 Mitglied der Kommission.

Verwaltungs- und Haushaltsfragen

Österreich setzte seinen aktiven Einsatz im 5. Komitees der VN-GV fort, wobei insbesondere die von VN-GS António Guterres lancierte **VN-Reform** („UN80 Initiative“) und die potenziellen Auswirkungen auf den VN-Sitz in Wien im Mittelpunkt der österreichischen Bemühungen standen. Vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen unterstützte Österreich diese ambitionierte und systemweite Reformagenda und beteiligte sich aktiv an den Budgetverhandlungen, der umfassenden Überprüfung der Mandate sowie an den Diskussionen über strukturelle

Verbesserungen. Die Interessen des VN-Sitzes Wien konnten dadurch bestmöglich gewahrt werden. Im Rahmen der Reform wurde eine deutliche Kürzung des VN-Haushaltes für 2026 auf 3,4 Milliarden US-Dollar beschlossen. Der Gesamtetat für die elf **friedenserhaltenden Operationen (FEO)** wurde mit 5,386 Milliarden US-Dollar festgelegt. Österreich trägt gemäß dem VN-Beitragsschlüssel für den Zeitraum 2025-2027 0,626 % des VN-Haushalts.

Völkerrechtliche Fragen

Im 6. Komitee der VN-GV legte Österreich einen Schwerpunkt auf die Debatte über **Rechtsstaatlichkeit** und legte im Namen von rund 50 Mitgliedern eine gemeinsame Stellungnahme vor. Seit 20 Jahren koordiniert Österreich erfolgreich eine Freundesgruppe der Mitgliedstaaten zu Rechtsstaatlichkeit. Zudem moderierte Österreich erneut die Verhandlungen der **Resolution zur VN-Kommission für internationales Handelsrecht (UNCITRAL)** mit Sitz in Wien, die im Konsens angenommen wurde. Während der Völkerrechtswoche organisierte Österreich gemeinsam mit Schweden einen interaktiven Dialog mit Mitgliedern der **VN-Völkerrechtskommission (ILC)**.

Sicherheitsrat

2025 war für die VN aufgrund geopolitischer Spannungen erneut ein besonders herausforderndes Jahr. Der VN-SR verabschiedete 44 Resolutionen, die niedrigste Zahl seit 1991. Der Anteil einstimmig angenommener Resolutionen ging von 65 % im Vorjahr auf 61 % zurück. Die Zahl gescheiterter Resolutionsentwürfe sowie die Zahl der Vetos nahmen im Vergleich zu den Vorjahren ab.

Die Dynamik im VN-SR war insbesondere von der neuen Positionierung der US-Administration unter Präsident Donald J. Trump geprägt. Dadurch ergaben sich neue Akzente, nicht zuletzt die **VN-SR-Resolution 2774 (2025) zur Beilegung des Ukraine-Konflikts.** Der VN-SR beschloss mit VN-SR-Resolution 2803 (2025) die Billigung des **„Trump-Plans" für Gaza** und die **Mandatierung des „Board of Peace"** zu dessen Umsetzung. Aufgrund der geänderten Positionierung der USA beschloss der VN-SR im August weiters die Beendigung der **VN-Interimstruppe im Libanon (UNIFIL)** mit Ablauf des Jahres 2026, gefolgt von einer einjährigen Abzugsphase. Österreich setzte sich als langjähriger Truppensteller gemeinsam mit gleichgesinnten europäischen Ländern erfolgreich für die Verhinderung eines ursprünglich von den USA geforderten früheren Mandatsendes ein, zumal

ein Sicherheitsvakuum im Südlibanon befürchtet wurde. Eine weitere Änderung ergab sich zur Westsahara. Der VN-SR verlängerte das **Mandat der VN-Mission für das Referendum in der Westsahara (MINURSO)** am 31. Oktober, anerkannte allerdings erstmals im Resolutionstext den marokkanischen Autonomieplan als Basis für Verhandlungen zwischen den Parteien. Zudem mandatierte der VN-SR auf Initiative der USA eine **„Gang Suppression Force" für Haiti**, die von Österreich finanziell unterstützt wird.

Österreich beteiligte sich an den Debatten des VN-SR zum Teil mit nationalen Stellungnahmen sowie im Rahmen von EU-Stellungnahmen. Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger nahm am 24. März an der hochrangigen offenen Debatte zur Zukunft von Friedensmissionen und am 25. September an der hochrangigen offenen Debatte zu Künstlicher Intelligenz teil. Insgesamt brachte sich Österreich in 17 offenen Debatten und drei Arria-Treffen (informelle Treffen des VN-SR) mit nationalen Stellungnahmen ein.

Österreich setzte sich im Rahmen der aus 27 Staaten bestehenden „Accountability, Coherence and Transparency"-Gruppe (ACT) für mehr **Rechenschaftspflicht, Kohärenz und Transparenz im VN-SR** ein. Österreich übernahm eine führende Rolle bei der stärkeren Einbindung von Nicht-Mitgliedern und beteiligte sich aktiv an Debatten zur „Veto-Initiative". 2025 übergab Österreich den Ko-Vorsitz in den **intergouvernementalen Verhandlungen (IGN)** zur VN-SR-Reform an die Niederlande, beteiligte sich aber weiterhin aktiv an den Verhandlungen.

Österreich übernahm gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten den Vorsitz des **Joint Steering Committee (JSC)** des **Klimasicherheitsmechanismus** (CSM) und leitete die strategische Koordinierung zwischen den beteiligten Organisationen zur Stärkung der internationalen Klima- und Sicherheitsagenda. In dieser Funktion förderte Österreich die stärkere Verknüpfung von Klima-, Entwicklungs- und Friedenspolitik. Ein besonderer Schwerpunkt lag darauf, den Austausch mit von Klimarisiken besonders betroffenen Staaten zu stärken und deren Perspektiven systematisch in die Arbeit des Mechanismus einzubinden.

Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten

Österreich beteiligte sich in der thematischen Woche zum Schutz von Zivilpersonen mit einer nationalen Stellungnahme am Arria-Treffen zum Schutz der Wasserversorgung in bewaffneten Konflikten. Österreich betonte die völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz der

Zivilbevölkerung, die Bedeutung von Wasserressourcen und ziviler Infrastruktur, die gravierenden **Folgen von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten (EWIPA)** sowie die Notwendigkeit, Wasser nicht als Waffe zu missbrauchen. Zudem organisierte Österreich die hochrangige Rahmenveranstaltung „Protection in Future Peace Operations: Looking to the Secretary-General's Review", um Möglichkeiten zur Verringerung ziviler Opfer in künftigen Friedenseinsätzen zu diskutieren.

Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS)

Es fanden zahlreiche offene Debatten und Arria-Treffen zur WPS-Agenda sowie zu konfliktbezogener sexueller Gewalt statt. Österreich beteiligte sich sowohl mit nationalen Stellungnahmen als auch an gemeinsamen Erklärungen der EU und der WPS-Freundesgruppe. Schwerpunktmäßig thematisierte Österreich die steigende Zahl bewaffneter Konflikte, die insbesondere Frauen und Mädchen unverhältnismäßig stark betreffen, sowie die weltweit zunehmenden Angriffe auf Frauenrechte. Österreich setzte sich für eine ambitioniertere Umsetzung der WPS-Agenda ein.

Kinder und bewaffnete Konflikte (CAAC)

Österreich legte erneut einen Schwerpunkt auf den Themenkomplex CAAC und nahm unter anderem an der offenen Debatte am 25. Juni teil. Weiterführende Informationen zum Kinderrechte finden sich in Kapitel 4.6.

Islamischer Staat- und Al-Qaida-Sanktionskomitee

Österreich setzte sich für mehr Rechtsstaatlichkeit im VN-SR und dafür ein, dass vom SR beschlossene Sanktionen rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen. Dazu zählen etwa ein faires Verfahren und effektiver Rechtsschutz. Außerdem unterstützte Österreich gemeinsam mit mehreren Staaten einen Brief an die VN-SR-Mitglieder mit der Aufforderung, eine neue Anlaufstelle zu ernennen, an die sich sanktionierte Personen wenden können.

Friedensmissionen

Rund 62.000 Uniformierte aus 120 Staaten standen in elf Friedensmissionen im Einsatz. Österreich unterstützte Reformbemühungen beim Peacekeeping im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Networked Multilateralism – Upgrading Partnerships“ mit einem Fokus auf die Einbindung regionaler Organisationen. Zudem wurden erste Initiativen zur Zukunft von Peacekeeping und Friedenskonsolidierung gesetzt sowie eine Veranstaltung zum Schutz von Zivilisten durch friedenserhaltende Operationen ausgerichtet. Im **Sonderausschuss für friedenserhaltende Operationen (C34)** verhandelte Österreich für die EU die Kapitel „Partnerships“ und „Performance and Accountability“.

Österreich blieb ein verlässlicher Partner und setzte die mehr als 20 im Rahmen des „Peacekeeping Ministerials 2023“ angekündigten Beiträge zur Unterstützung der VN um. Der Fokus lag auf Einsatzvorbereitung, Ausbildung, Klima und Sicherheit, digitaler Transformation, Frauen, Frieden und Sicherheit sowie dem Schutz der Zivilbevölkerung. Österreich entsandte Personal an das „Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre“ in Ghana und das „Peace Support Operations Training Centre“ in Bosnien und Herzegowina. Außerdem war Österreich beim Peacekeeping Ministerial 2025 vom 13.-14. Mai in Berlin durch Arnold Kammel, Generalsekretär im Bundesministerium für Landesverteidigung, vertreten und brachte weitere Beiträge ein.

Österreich stellte rund **200 Soldatinnen und Soldaten für Friedensmissionen der VN**. Dazu zählten ein Kontingent von etwa 170 Personen bei **der VN-Interimstruppe im Libanon (UNIFIL)**, fünf Militärbeobachter bei **Organisation der VN zur Überwachung des Waffenstillstands im Nahen Osten (UNTSO)**, fünf bei der **VN-Mission für das Referendum in der Westsahara (MINURSO)**, drei Stabsoffiziere bei **der VN-Friedenstruppe in Zypern (UNFICYP)** sowie ein Stabsoffizier und eine Polizistin bei der **VN-Übergangsverwaltung im Kosovo (UNMIK)**. Aufgrund der verschärften Sicherheitslage im Südlibanon nach dem 7. Oktober 2023 verstärkte Österreich seine Präsenz bei UNIFIL mit zusätzlichem Personal und Gerät.

4.1.2 Aktivitäten in Wien

Als Sitzstaat unterstützt Österreich die in Wien ansässigen VN-Organisationen bei der Erfüllung ihrer Mandate, wobei sich Österreich für Lösungen im Konsens („Vienna Spirit“) einsetzt. Diese aktive und konsensorientierte Haltung Österreichs dient nicht zuletzt der Stärkung des Amtssitzes.

Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)

Die UNODC ist die leitende VN-Entität für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und macht Wien zu einem der führenden Hubs für internationale Sicherheit. Österreich engagiert sich intensiv für die Bekämpfung von Cyberkriminalität, illegalem Drogenhandel, organisiertem Verbrechen sowie von Terrorismus und Korruption.

Im Rahmen der 68. Tagung der **Suchtstoffkommission (CND)** vom 10.-14. März in Wien trat Österreich für eine menschenrechtskonforme Umsetzung der internationalen Drogenkonventionen ein, welche durch einen evidenzbasierten, opferzentrierten und balancierten Ansatz in der Drogenkontrolle komplementiert wird. Österreich sprach sich für inklusive Präventionsstrategien ab dem Kindesalter aus.

Bei der 34. Tagung der **Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ)** vom 19.-23. Mai in Wien engagierte sich Österreich auch außerhalb des unmittelbaren Konferenzgeschehens aktiv: Österreich präsentierte nationale Bemühungen zur Verbrechensverhütung und unterstützte dazu Veranstaltungen am Rande der Tagung, darunter eine Ausstellung von Soroptimist International Austria namens „SIOLENCE“ zu Gewalt an Frauen sowie eine Rahmenveranstaltung zu öffentlich-privater Zusammenarbeit gegen „Phishing“ in Kooperation mit dem Bundesministerium für Inneres.

Mit über 2.500 Teilnehmenden bot die 11. Vertragsstaatenkonferenz des **VN-Übereinkommens gegen Korruption (UNCAC CoSP)** vom 15.-19. Dezember in Doha eine Plattform für den Austausch über Antikorruptionsmaßnahmen. Österreich brachte gemeinsam mit Chile und Slowenien eine Resolution zur Stärkung der Integrität von Kindern und Jugendlichen durch Bildung ein, welche im Konsens von allen Staaten angenommen wurde.

Nach Annahme des **VN-Übereinkommens zur Bekämpfung von Cyberkriminalität** durch die VN-GV im Dezember 2024 wurde dieses im Oktober zur Unterzeichnung aufgelegt. Österreich unterzeichnete das Übereinkommen als einer der ersten Staaten im Rahmen der Unterzeichnungskonferenz am 25. Oktober in Hanoi. Insgesamt haben bisher 74 Staaten den Vertragstext unterzeichnet. Als Sekretariat für die Umsetzung des VN-Übereinkommens übernimmt UNODC eine zentrale Rolle, wodurch die VN-Kompetenz im Bereich der Cyberkriminalitätsbekämpfung am Amtssitz Wien weiter gestärkt wird.

Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA)

Das Büro der **Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA)** ist unter anderem für die Registrierung von Weltraumobjekten zuständig und dient als Sekretariat für den **Ausschuss der Vereinten Nationen zur friedlichen Nutzung des Weltraums (COPUOS)**.

Gemäß der Aufforderung im Zukunftspakt der Vereinten Nationen wurden im Jahr 2025 im Rahmen der Tagungen des COPUOS und seiner Unterausschüsse die Konsultationen zum Vorschlag zur Abhaltung einer vierten Konferenz der Vereinten Nationen über die friedliche Erforschung des Weltraums (UNISPACE IV) fortgesetzt. Es gibt noch keinen Beschluss zur Abhaltung der Konferenz.

4.1.3 Aktivitäten in Genf

Die Ständige Vertretung Österreichs bei den VN und den Spezialorganisationen in Genf (ÖV Genf) setzt sich für **Menschenrechte, Abrüstung, humanitäre Angelegenheiten, Digitalisierung, Wirtschaft, Gesundheit, Umwelt, Klima, Telekommunikation, Innovation, Handel und Wissenschaft** ein. Hochrangige Besuche, darunter von Bundesministerin Korinna Schumann, am 19. Mai (78. Weltgesundheitsversammlung) sowie 6. Juni (113. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz), sowie Delegationen österreichischer Parlamentarierinnen und Parlamentarier, begleiteten die tägliche Arbeit der ÖV Genf, die unter anderem die Politikgestaltung in internationalen Organisationen in Genf sowie die Unterstützung österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger bei VN-Karrieren vor Ort umfasst.

Abrüstung

Österreich engagiert sich aktiv in der internationalen Abrüstungspolitik mit dem Ziel des Verbots beziehungsweise der Regulierung von Waffen, die übermäßiges ziviles Leid verursachen. Die in Genf ansässige Abrüstungskonferenz sowie die jährlich tagenden Gremien der Konventionen zur humanitären Abrüstung spielen eine zentrale Rolle, ebenso wie Expertinnen- und Expertensitzungen und die Vorbereitung des 1. Komitees der VN-GV in New York.

Österreich setzt sich besonders für die Stärkung des Abrüstungs- und Nonproliferationsregimes ein und hebt die Bedeutung bestehender Abrüstungsinstrumente in Krisenzeiten hervor.

Schwerpunkte waren 2025 die **nukleare Abrüstung, der Umgang mit neuen Technologien** – insbesondere autonomen Waffensystemen – sowie konventionelle Waffensysteme, die übermäßiges ziviles Leid verursachen, wie etwa Antipersonenminen oder Streumunition. Österreich verfolgt in Genf zudem das Thema **Weltraumsicherheit** aktiv, insbesondere im Zusammenhang mit UNOOSA in Wien.

Digital- und Tech-Diplomatie im Rahmen der VN in Genf

Österreich setzt sich für einen menschenzentrierten und menschenrechtsbasierten Ansatz bei digitalen Technologien ein. Im „digitalen Hub" Genf engagiert es sich für ein offenes, freies, universelles, interoperables, stabiles, sicheres und leicht zugängliches Internet sowie für eine partizipative Verwaltung des Internets.

Österreich beteiligte sich an der 28. Tagung der **VN-Kommission für Wissenschaft und Technologie im Dienst der Entwicklung (CSTD)**. Als Mitglied der CSTD-Arbeitsgruppe zur Governance von Daten auf allen Ebenen unterstützte Österreich den Austausch über Prinzipien zum grenzüberschreitenden Datenverkehr und die Interoperabilität von Systemen. Über das Jahr hinweg nahm Österreich aktiv an Konsultationen zur Überprüfungskonferenz des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft teil.

Gemeinsam mit Brasilien, Dänemark, Marokko, der Republik Korea und Singapur präsentierte Österreich die vom **VN-Menschenrechtsrat (VN-MRR)** im Konsens angenommene Resolution zu neuen digitalen Technologien. Mit dieser wurde das Büro des VN-Hochkommissars für Menschenrechte beauftragt, einen menschenrechtsbasierten Zugang in der Arbeit der VN zu digitalen Technologien zu koordinieren.

Der Hochkommissar wurde beauftragt, ein Konsultationsforum zur Diskussion der besseren Umsetzung menschenrechtlicher Verpflichtungen in Bezug auf die Entwicklung und Anwendung digitaler Technologien zu organisieren. Außerdem setzte sich Österreich im Rahmen der **Internationalen Telekommunikationsunion (ITU)** für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten bei der Erarbeitung technischer Standards ein.

Als Mitglied der diplomatischen Konsultationsgruppe für das **Genfer Open Quantum Institute** fördert Österreich zudem die Vernetzung österreichischer Forschender und Initiativen.

Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Österreich engagiert sich für globale Gesundheitsthemen. Bundesministerin Korinna Schumann leitete die österreichische Delegation zur 78. Weltgesundheitsversammlung (WHA) vom 19.-27. Mai. Österreich stimmte bei der WHA der Annahme des WHO-Pandemieabkommens und der Ausarbeitung eines diesbezüglichen Anhangs zum Zugang zu Pathogenen und dem Teilen von Vorteilen zu.

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

An der 113. Internationalen Arbeitskonferenz vom 2.-13. Juni nahm Österreich mittels dreigliedriger Delegation (Regierung, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber) teil, die von Bundesministerin Korinna Schumann geleitet wurde. Im Verwaltungsrat der ILO fungiert Österreich derzeit als stellvertretendes Mitglied und füllt diese Funktion bis 2027 aus. Die inhaltliche Arbeit erfolgt in enger Koordination im Rahmen der EU und der diversen Regionalgruppen.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Seit 1952 ist die IOM in Wien mit einem Länderbüro vertreten. Seit 2011 ist eines der sechs Regionalbüros für Europa und Zentralasien in Wien angesiedelt. Die Hauptaufgabe des IOM-Länderbüros für Österreich liegt in der Analyse nationaler Migrationsphänomene sowie in der Entwicklung und Umsetzung spezifischer Projekte. 2025 lagen die Schwerpunkte von IOM auf der Weiterentwicklung internationaler Migrationspolitik, Unterstützung von Staaten bei migrations- und grenzpolitischen Herausforderungen, Koordinierung von Maßnahmen in humanitären Krisen sowie auf Themen wie Klimamigration, Vertreibung und reguläre Migrationswege.

Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO)

Österreich nahm an der 66. WIPO-Generalversammlung vom 8.-17. Juli 2025 in Genf teil. Besondere Anliegen Österreichs sind eine Verbesserung der von WIPO erbrachten Servicedienstleistungen für Anmelder und Rechteinhaber sowie ein ausgewogenes Aktivitäten- und Haushaltsprogramm.

4.1.4 Internationaler Gerichtshof (IGH) und Internationaler Strafgerichtshof (IStGH)

Bei der 24. Vertragsstaatenversammlung des IStGH vom 1.-6. Dezember in Den Haag war Österreich durch den Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Nikolaus Marschik, vertreten und engagierte sich insbesondere in Kooperationsfragen sowie beim Umgang mit Zwangsmaßnahmen durch Nicht-Vertragsparteien. Österreich unterstützte den IStGH darüber hinaus mit freiwilligen Beiträgen zur Unterstützung von Opfern sowie von Zeuginnen und Zeugen.

Zudem setzte sich Österreich bei der Sondersitzung der IStGH-Vertragsstaatenversammlung vom 7.-9. Juli in New York für die Schließung der Jurisdiktionslücke beim Verbrechen der Aggression ein. Zwei österreichische Staatsanwältinnen unterstützten die Ukraine-Ermittlungen des IStGH. Österreich unterstützt die Ukraine in ihrem Verfahren gegen Russland vor dem IGH und tritt als Streithelfer auf.

4.2 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Als Sitzstaat der OSZE setzte sich Österreich mit Nachdruck für den Erhalt und die Stärkung der Organisation als Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur ein. Österreich unterstützte den finnischen OSZE-Vorsitz sowohl inhaltlich als auch personell und logistisch. Der finnische Vorsitz stand ganz im Zeichen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie der Notwendigkeit, überfällige Entscheidungen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Organisation zu treffen.

Auf Wunsch des finnischen Vorsitzes wurde der jährlich stattfindende Ministerrat diesmal am 4. und 5. Dezember in Wien abgehalten. Als Gaststaat ist sich Österreich dem Wert der Organisation als regionales Sicherheits- und Dialogforum „nicht gleichgesinnter Staaten“ besonders bewusst.

Die Mandate der Feldmissionen wurden zu Jahresende wie üblich um ein Jahr verlängert, mit Ausnahme der OSZE-Mission in Moldau, deren Mandat aufgrund russischen Einspruchs nur um sechs Monate verlängert werden konnte. Mit Jahresende waren **10 Österreicherinnen und**

Österreicher als sekundierte Personen in OSZE-Feldmissionen tätig, davon fünf in Südosteuropa, vier in Osteuropa und eine in Zentralasien.

4.2.1 Regionalfragen und Feldaktivitäten

Russischer Angriffskrieg – Rolle der OSZE

Die OSZE bleibt mit dem **„Support Programme for Ukraine" (SPU)** weiterhin in der Ukraine aktiv. Dieses außerbudgetäre Projekt führt insbesondere die erfolgreichen Aktivitäten des **„Project Coordinator in Ukraine (PCU)"** fort, das aufgrund eines russischen Vetos eingestellt wurde. Die SPU umfasst derzeit (Phase II) ein Projektportfolio von rund 39 Millionen Euro. Österreich leistete bisher einen Beitrag von 712.400 Euro zu SPU-Projekten und unterstützte das Programm darüber hinaus personell. Zudem war Österreich einer jener 40 teilnehmenden Staaten, die wegen der Völkerrechtsverletzungen Russlands gegen die Ukraine den sogenannten Moskau-Mechanismus auslösten. Die OSZE verfügt über langjährige Erfahrung im Monitoring, in der Arbeit mit staatlichen Verwaltungen, der grenz- und interregionalen Kooperation sowie der Verbindung von Zivilgesellschaft und öffentlichen Institutionen. Österreich sieht sie daher als wichtige Akteurin bei der Überwachung eines künftigen Waffenstillstands sowie beim Wiederaufbau der Ukraine.

Anhaltende Konflikte

Moldau/Transnistrien

Der Konfliktbeilegungsprozess zu **Transnistrien** hat seit 2019 deutlich an Elan verloren. Österreich begrüßt die gute Zusammenarbeit der Republik Moldau mit der OSZE-Mission. V.a. der Erhalt und Ausbau von Kontakten zwischen den Menschen beider Seiten bleibt ein wichtiger vertrauensbildender Faktor.

Südkaukasus

Nachdem **Armenien** und **Aserbaidschan** unter Vermittlung von US-Präsident Donald J. Trump eine grundsätzliche Einigung auf die Aufnahme von Friedensverhandlungen erzielt hatten, beschloss die OSZE im September **die Schließung der sogenannten „Südkaukasusstrukturen"** – der

Hochrangige Planungsgruppe, des Minsk-Prozesses und der persönlichen Vertreter der amtierenden Vorsitzenden. Die Schließung erfolgte mit Ende November.

Südosteuropa

Die **OSZE-Feldmissionen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien** unterstützten weiterhin lokale Reformagenden. Ihr Beitrag zur Stabilität der Region, zur Förderung von Menschen- und Minderheitenrechten sowie zur Korruptionsbekämpfung bleibt aus österreichischer Sicht zentral.

Zentralasien

Angesichts der Auswirkungen der Afghanistan-Krise auf den OSZE-Raum wuchs die Relevanz der **OSZE-Feldmissionen in Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan**. Die Schwerpunkte lagen auf Korruptionsbekämpfung, Grenzmanagement und Extremismusbekämpfung. Die **OSZE-Akademie in Bischkek** sowie das **Border Management Staff College (BMSC) in Duschanbe** bilden weiterhin, auch mit österreichischer Unterstützung, Expertinnen und Experten aus.

Wahlbeobachtung

Österreich entsandte insgesamt **30 Wahlbeobachterinnen (14) und Wahlbeobachter (16) zu OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen** nach Albanien, die Republik Moldau, Nordmazedonien und Kirgisistan.

4.2.2 Sicherheitspolitische Dimension

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine belastete das kooperative Sicherheitskonzept der OSZE massiv. Trotz des seitens westlicher Staaten verfolgten Ansatzes nicht zur gewohnten Zusammenarbeit überzugehen, wurden vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Bereich **Rüstungskontrolle** – allen voran das Wiener Dokument – weiterhin von westlichen Staaten implementiert, unter Aussparung von Russland und Belarus. Österreich unterstützte Projekte zur Sicherheit von Waffenlagern, Verifikationsmaßnahmen und Maßnahmen gegen geschlechterbasierte Gewalt.

4.2.3 Wirtschafts- und Umweltdimension

Ein wesentlicher Teil der Aktivitäten im Rahmen der zweiten Dimension der OSZE umfasste die Teilnahme an den drei Treffen des **Wirtschafts- und Umweltforums (EEF)** und sieben Sitzungen des **Komitees für Umwelt und Wirtschaft (EEC)** sowie an Fachexkursionen mit OSZE-Delegierten. Die Positionierung Österreichs in den EU-Koordinierungssitzungen erfolgte durch eine enge Abstimmung mit den relevanten Ministerien, um eine fundierte Vertretung bei internationalen Foren zu gewährleisten.

Ein Höhepunkt war die für Ende Februar geplante Abschlussveranstaltung der OSZE-Workshop-Serie zum Thema „Wasser-Energie-Nahrung-Nexus“. Die Veranstaltung wurde von Österreich und der Schweiz organisiert und fand im Wasserbaulabor der BOKU in Wien statt. In den Diskussionen ging es um nachhaltige Ressourcennutzung mit Fokus auf Wasser und Bergregionen in Zentralasien und den Alpen.

Österreich nahm außerdem aktiv an den Diskussionen zu „Helsinki 50+” teil und unterstützte das OSZE-Sekretariat sowie den slowenischen Vorsitz im Komitee für Umwelt und Wirtschaft.

4.2.4 Menschliche Dimension – Menschenrechte

Die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine prägten weiterhin die Menschenrechtsaktivitäten der OSZE, einschließlich der Warsaw Human Dimension Conference, die vom 6.-17. Oktober mangels Konsenses als Vorsitzveranstaltung durchgeführt werden musste. Österreich löste gemeinsam mit 40 Staaten den Moskauer Mechanismus zu Russlands Umgang mit ukrainischen Kriegsgefangenen aus. Trotz budgetärer Beschränkungen verfolgten die drei autonomen Institutionen, das **Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau (ODIHR)**, der **Hochkommissar für nationale Minderheiten in Den Haag (HCNM)** und der **Beauftragte für Medienfreiheit in Wien (RFoM)** ihr umfangreiches Programm.

4.3 Europarat

2025 jährte sich die Unterzeichnung der **Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)** zum 75. Mal. Bereits im Mai war eine öffentliche politische Debatte über die Rechtsprechung des EGMR

in Migrationsfragen angestoßen worden. Eine informelle Ministerkonferenz am 10. Dezember empfahl Elemente und einen Fahrplan für eine Vertiefung der Thematik.

Das **134. Ministerkomitee (MK)** tagte am 13. und 14. Mai in Luxemburg. Österreich war durch den Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Nikolaus Marschik, vertreten. Diese Tagung ebnete den Weg zur Unterzeichnung des Vertragskonvoluts zur Errichtung eines **Sondertribunals für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine**. Das Statut wurde am 25. Juni vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und dem Generalsekretär des Europarates, Alain Berset, unterschrieben. Das für diesen Zweck eingerichtete Subkomitee des Ministerdelegiertenkomitees (MDK) GT-TRIBUNAL beschäftigte sich ab diesem Zeitpunkt mit den Bedingungen der Operationalisierung eines Erweiterten Teilabkommens des EuR zur finanziellen und logistischen Unterstützung des Sondertribunals.

Das MK in Luxemburg schuf erstmals einen mit österreichischer Verhandlungsunterstützung formulierten Transparenzrahmen für den Europarat, um die Organisation und ihre umfangreichen Informationsbestände für die breite Öffentlichkeit zugänglicher zu machen. Ebenso mandatierte das MK, in Umsetzung der Erklärung von Reykjavík von 2023, eine langfristige Beschäftigung des Europarates mit Umweltfragen aus rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Perspektive.

Die **Ukraine** blieb angesichts der anhaltend schwierigen Situation prioritär für die Arbeit des EuR. EuR-Generalsekretär Alain Berset ernannte am 5. Februar die ehemalige isländische Außenministerin, Thórdís Kolbrún Reykfjörd Gylfadóttir, zu seiner **Sondergesandten für die Lage der Kinder der Ukraine.**

Zur Sicherstellung relevanter Daten in Vorbereitung der Umsetzung der Rechenschaftspflicht Russlands wurde das **Register zur Erfassung von Kriegsschäden** beim Europarat eingerichtet. Das Register verzeichnete bis Jahresende 100.000 Einträge. Österreich war 2023 Gründungsmitglied. Am 16. Dezember wurde in Den Haag das beim Europarat angesiedelte **Übereinkommen zur Schaffung einer internationalen Schadenskommission für die Ukraine** zur Unterzeichnung aufgelegt. Österreich unterzeichnete das Übereinkommen, in dem das Register aufgehen wird, bei der Eröffnung.

Thematische Schwerpunkte

Der Europarat sieht sich heute mit zunehmenden Herausforderungen für Demokratien konfrontiert. Ein **„Neuer Demokratischer Pakt für Europa“** soll diesen Entwicklungen entgegenwirken. EuR-Generalsekretär Alain Berset widmet sich seit Beginn seiner Amtszeit der Ausarbeitung eines solchen Paktes, der neben inhaltlichen Zielen auch die Rolle des EuR durch eine Stärkung seiner externen Dimension festigen soll.

Ein **effektiver Menschenrechtsschutz** ist Grundvoraussetzung für das Funktionieren des EMRK-Systems, das durch die Nicht- oder nur mangelhafte Umsetzung von Urteilen EGMR gefährdet wird. Österreich nimmt sowohl seine Umsetzungsverpflichtung gegenüber EGMR-Entscheidungen als auch seine Verantwortung im Rahmen der Aufsichtskompetenz des **Ministerdelegiertenkomitees** für die Umsetzung von EGMR-Urteilen ernst. **Österreichs Umsetzungsquote** in Bezug auf EGMR-Entscheidungen liegt bei **99 %.**

Überprüfung der Einhaltung von Verpflichtungen der Mitgliedstaaten

Einer der wichtigsten Arbeitsbereiche des EuR ist die Überprüfung der Einhaltung von Verpflichtungen der Mitgliedstaaten, die aus dem Beitritt zum EuR in den Bereichen Menschenrechte, pluralistische Demokratie sowie Rechtsstaatlichkeit (Justiz) erwachsen. Die beiden statutarischen Gremien – **Parlamentarische Versammlung (EuR-PV)** und Ministerdelegiertenkomitee - sowie dem **Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)** verfügen jeweils über eigene Werkzeuge zur Überprüfung der Einhaltung von Verpflichtungen.

Österreich akzeptiert zahlreiche beim EUR eingerichtete **Monitoring-Verfahren**, die mit konsultativer peer-review-Methodik die Einhaltung gemeinsamer Standards befördern. Wiederkehrende Besuche im Land und Evaluationsberichte sind Elemente dieses Monitorings. Am 21. Jänner übermittelte Österreich den Annex zum sechsten Überprüfungszyklus des **Rahmenübereinkommens über die Rechte von Minderheiten (FCNM)**. Am 18. Juni nahm das MDK die Empfehlungen aus dem fünften Evaluationsbericht zur **Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen (ECRML)** an. Am 6. November veröffentlichte das **Anti-Folterkomitee (CPT)** seinen Bericht über den *ad hoc*-Besuch in österreichischen Pflegeeinrichtungen im März. Am 8. Oktober übermittelte Österreich Informationen zur Umsetzung dringender diesbezüglicher Maßnahmen.

Österreich und der Europarat

Nationalratspräsident Walter Rosenkranz und Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler nahmen im März an der Konferenz der Parlamentspräsidenten und Parlamentspräsidentinnen in Straßburg teil. Die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures nahm in ihrer Eigenschaft als Mitglied der EuR-PV, die Landtagspräsidenten Harald Sonderegger (Vorarlberg), und Reinhart Rohr (Kärnten) sowie Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann (Tirol) in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des KGRE an den Sitzungen dieser Organe teil.

Österreich führte den Vorsitz in der **Europäischen Audiovisuellen Beobachtungsstelle**, die ihre Jahrestagung im Juni in Wien abhielt. Bedienstete zahlreicher Bundesministerien nahmen regelmäßig an Expertengremien teil. Dabei wurden auch Vorsitzrollen von Österreichern wahrgenommen. Sektionsleiter Fritz Zeder leitete den Lenkungsausschuss für Strafrechtsfragen (CDCP). Franz Pietsch wurde von der Ministerkonferenz der Pompidou Gruppe im November für zwei Jahre zu deren Vorsitzenden gewählt.

Das seit 1994 in Graz angesiedelt **Europäische Fremdsprachenzentrum (EFSZ)** präsentierte auf Einladung der PV im Herbstplenum die Ausstellung „Spracherziehung als Herzstück von Demokratie“, die von PV-Vizepräsident Andries Gryffroy eröffnet wurde.

Am 30. und 31. Oktober hielt sich EuR-Generalsekretär Alain Berset zu einem Arbeitsbesuch in Wien auf. Er führte bilaterale Gespräche mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der Zweiten Nationalratspräsidentin Doris Bures, Justizministerin Anna Sporrer, Staatssekretär Sepp Schellhorn und Staatssekretär Alexander Pröll. EuR-Generalsekretär Alain Berset hielt zudem einen öffentlichen Vortrag in der Diplomatischen Akademie. Ebenso besuchte er das Europaratsverbindungsbüro in Wien, das seit Oktober von Botschafter a.D. Gerhard Doujak geleitet wird.

Österreicherinnen und Österreicher im Europarat

Österreich zeigt traditionell großes Engagement im EuR und stellte bisher drei Generalsekretäre, zwei Präsidenten der EuR-PV sowie drei Präsidentinnen und Präsidenten des KGRE. **Abgeordnete zum Nationalrat Petra Bayr** wurde für die Funktion der **PV-Präsidentin** nominiert; die Wahl findet im Jänner 2026 statt. Etwa **15 Österreicherinnen und Österreicher** sind als **Bedienstete des Europarates** tätig. Mitglied der **Venedig-Kommission** ist seit 2006 **Christoph Grabenwarter**.

Gerhard Ermischer wirkt als **Präsident der Konferenz Internationaler Nichtregierungsorganisationen** beim Europarat.

4.4 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Entwicklungen und generelle Tendenzen

Die globalen Wirtschaftsentwicklungen, die geopolitischen Krisenherde sowie deren wirtschaftliche Folgen standen weiterhin im Fokus der OECD.

Die **Beitrittsprozesse** von Bulgarien, Kroatien, Peru, Rumänien und Argentinien wurden weiter vorangetrieben, jener von Brasilien pausiert derzeit auf brasilianischen Wunsch. Österreich unterstützt alle Beitrittsprozesse, besonders jene der drei EU-Mitgliedstaaten. Die Umsetzung des Ukraine-Länderprogramms ging weiter voran. Am Treffen des „OECD Global Parliamentary Network“ vom 5.-6. Februar nahmen österreichische Abgeordnete aus dem Nationalrat, dem Europäisches Parlament und mehreren Landtagen teil. Im Dezember leistete Österreich einen Beitrag von knapp 134.000 Euro für das OECD-Länderprogramm für die Ukraine für 2023-2027.

Der **OECD-Ministerrat (MCM)** vom 3.-4. Juni fand unter dem Vorsitz Costa Ricas unter dem Motto „Leading the way towards resilient, inclusive, and sustainable prosperity through rules-based trade, investment and innovation” statt. Darüber hinaus beschloss der OECD-Rat erstmals ein Vierjahresbudget für den Zeitraum 2027 bis 2030 anzunehmen.

Am 6. Juni führte Staatssekretär Sepp Schellhorn Konsultationen mit OECD-Generalsekretär Mathias Cormann unter anderem zu den Themen Entbürokratisierung und Governance. Um die Anzahl der Österreicherinnen und Österreicher in der OECD weiter zu erhöhen, fand im März in Kooperation mit dem OECD-Sekretariat eine viertätige Outreach-Mission nach Österreich statt.
In Abständen von zwei Jahren überprüft die OECD umfassend die wirtschaftliche Verfasstheit ihrer Mitgliedstaaten in den so genannten „Economic Surveys“. Der im März 2026 zu finalisierende und vorzustellende Bericht wurde im Berichtszeitraum vorbereitet, v.a. im Rahmen von Treffen von Expertinnen und Experten mit zuständigen österreichischen Institutionen im November.

Globale Beziehungen, Entwicklungspolitik

Die **OECD-Schlüsselpartnerländer** („Key Partners“) sind China, Brasilien, Indonesien, Südafrika und Indien. Daneben existieren **diverse Regionalprogramme**. Mit Thailand, Marokko, Ägypten und der Ukraine – und seit Neuestem auch mit Mauritius und Paraguay – gibt es **bilaterale Länderprogramme**. Weiters wurden strategische Rahmen für die Kooperation mit Indien sowie mit Lateinamerika und der Karibik beschlossen. Im Entwicklungsbereich widmete sich die OECD der Erarbeitung einer neuen Entwicklungsstrategie und einer Prüfung des **OECD-Entwicklungsausschusses (DAC)**.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Vor dem Hintergrund eines stabilisierten, aber schwachen Wirtschaftswachstums, empfahl die OECD ihren Mitgliedern ein vorsichtiges Anheben der Leitzinsen, eine Beschleunigung der fiskalischen Konsolidierung sowie die Lösung des Problems des strukturellen Arbeitskräftemangels. Österreich unterzeichnete am 19. September eine Unterstützungserklärung für das **Multilaterale Abkommen zur Erleichterung der Umsetzung der „Subject to Tax Rule“ (STTR MLI)**. Österreich begrüßt den im Rahmen des „OECD/G20 Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting“ (IF) erzielten Konsens.

Handel, Investitionspolitik, unternehmerische Verantwortung

Die OECD setzte ihre Arbeiten zu diversen Aspekten des internationalen Handels fort, unter anderem zu Resilienz und Risiken im weltweiten Handel mit Gütern und Dienstleistungen. Die 2023 aktualisierten OECD-Leitsätze für unternehmerische Verantwortung in multinationalen Unternehmen wurden in Österreich bekanntgemacht. Die Gruppe der „Freunde der Klein- und Mittelunternehmen“ der OECD stand weiter unter österreichisch-kolumbianischem Ko-Vorsitz.

Arbeit und Soziales

Sitzungen des LEED-Komitees (Local Employment and Economic Development) wurden unter Vorsitz von Dr. Christine Juen (Bundesgeschäftsstelle AMS) fortgeführt. Auf Initiative Österreichs und anderer Länder wurde eine vergleichende Analyse der Arbeitskräftemobilität in Österreich mit politischen Lösungsvorschlägen vorgestellt.

Bildung und Kompetenzen

An Hand von OECD-Daten werden internationale Vergleiche zu Bildungs- und Kompetenzergebnissen wie PISA und PIAAC erstellt sowie nationale Kompetenzstrategien entwickelt. Die Auseinandersetzung mit Zukunftsfragen der Bildung prägt die Arbeit des Bildungsdirektorats. Eng damit verknüpft befasst sich das OECD Centre for Skills mit der Entwicklung von Kompetenzen – auch hier ist Österreich aktives Mitglied.

Wettbewerb

Die Diskussionen im Bereich Wettbewerb standen im Zusammenhang mit aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Die österreichische Juristin Natalie Harsdorf ist weiterhin Vorsitzende der Arbeitsgruppe Nr. 2 (Wettbewerb und Regulierung) des Competition Committee.

4.5 Amtssitz Österreich

Der Amtssitz Österreich, Multilateralismus und internationale Zusammenarbeit zählen zu den **Prioritäten der österreichischen Außenpolitik**. Die österreichische Bundesregierung formulierte in ihrem Regierungsprogramm 2025-2029 das Ziel, den internationalen Standort Wien zu sichern und zu stärken. Bereits kurz nach ihrem Amtsantritt besuchte Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger am 11. März den Sitz der VN in Wien. In den Arbeitsgesprächen mit der Leiterin des **Büros der VN in Wien (UNOV)** und Exekutivdirektorin des Büros der **UNODC**, Ghada Waly, sowie dem Exekutivsekretär der **Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO)**, Robert Floyd und dem Generaldirektor der **Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO),** Rafael Grossi, brachte Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger das klare Bekenntnis für den Amtssitz zum Ausdruck.

Seit dem Beitritt zu den VN im Jahr 1955 ist Österreich ein verlässlicher Verfechter der multilateralen Zusammenarbeit. Wien ist seit 1979 einer der vier offiziellen Sitze der VN. Anlässlich des **80-jährigen Bestehens der VN** und des **70-jährigen Jubiläums der österreichischen VN-Mitgliedschaft** besuchte Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger am 1. Oktober das **Vienna International Centre (VIC),** um die **Dauerausstellung „The United Nations in Vienna – Austria and the United Nations“** zu eröffnen. Die Ausstellung zeigt die wichtigsten Meilensteine des VN-Sitzes in Wien und die Beziehungen zwischen Österreich und den VN. Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern fand ein Austausch statt.

Die **angespannte VN-Liquiditätssituation** betrifft auch den Amtssitz Wien. Allerdings waren die Folgen am VN-Standort Wien bislang weniger weitreichend als in New York, Genf und Nairobi, und dadurch abgefedert, dass bis auf UNOV/UNODC alle Organisationen am Standort Wien über eigene Budgets verfügen und daher von den Einsparungen im Rahmen der VN in New York weniger betroffen sind. Das im Dezember von der VN-GV beschlossene Budget für UNOV/UNODC für 2026 sieht im Wesentlichen eine Kürzung von 15 % des Budgets und 20 % der Posten vor. Die von VN-GS Antonio Guterres vorgeschlagenen Verlegungen einzelner Posten an den VN-Standort Wien wurde von österreichischer Seite befürwortet.

Wien-Besuche hochrangiger Vertreterinnen und Vertreter aus dem New Yorker VN-Hauptquartier, u.a. der Stellvertretenden VN-GS Amina J. Mohammed am 2. Juli, erhöhten die Sichtbarkeit und Wahrnehmung der Bedeutung der am Wiener VN-Sitz befindlichen Organisationen.

Österreich stellte laufend unter Beweis, dass es als Amtssitz gerade in herausfordernden Zeiten eine besondere Verantwortung dafür trägt, internationale Dialogforen wie die **OSZE** zu unterstützen. So unterstützte Österreich auch die Ausrichtung des OSZE-Ministerrats unter finnischem Vorsitz, der vom 4.-5. Dezember in Wien stattfand.

Zur Koordinierung der österreichischen Amtssitzpolitik trat das durch das Amtssitzgesetz eingerichtete **Koordinierungsgremium** am 12. März und am 8. Oktober zusammen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien und Bundesländer erörterten unter dem Vorsitz des BMEIA Maßnahmen zur Stärkung des Amtssitzes. Zahlreiche Informationsveranstaltungen des BMEIA, insbesondere für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende, stärkten die öffentliche Wahrnehmung des Amtssitzes weiter.

Die auf der Grundlage des Amtssitzgesetzes erlassene **Verordnung des BMEIA zur Zuerkennung der Rechtsstellung einer Internationalen Nichtregierungsorganisation oder einer Quasi-Internationalen Organisation (INROV)** wurde überprüft. Die INROV-Änderungsverordnung vom 14. Juli (BGBl. II Nr. 160/2025) bestätigte, dass dreizehn Internationale Nichtregierungsorganisationen und elf Quasi-Internationale Organisationen die Voraussetzungen für ihren jeweiligen Status erfüllen. Neu als Quasi-Internationale Organisation hinzu kam das **Europäische Institut für Weltraumpolitik (ESPI)** in Wien.

Österreich ist Gastland von **mehr als 50 internationalen Organisationen und Einrichtungen**. Die meisten Organisationen haben ihren Sitz in Wien und machen die Stadt zu einem Zentrum multilateraler Diplomatie und internationaler Problemlösung. Auch außerhalb der Bundeshauptstadt haben Organisationen ihren Amtssitz: Die **Internationale Anti-Korruptionsakademie (IACA)** und das **Internationale Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA)** befinden sich in Laxenburg, das **Sekretariat der Alpenkonvention (PSAC)** in Innsbruck und das **Europäische Fremdsprachenzentrum des Europarates (ECML)** in Graz.

An die 20 Organisationen und VN-Einheiten sind in der „UNO-City" (VIC) untergebracht, allen voran die vier **Vienna-based Organizations (VBOs) UNOV/UNODC**, die **IAEO**, die **Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung (UNIDO)** und die **CTBTO**. Das **VN-Büro für Abrüstungsfragen (UNODA),** das **VN-Büro für Weltraumfragen (UNOOSA)** und die **Kommission für internationales Handelsrecht (UNCITRAL)** sind ebenfalls im VIC angesiedelt.

Zahlreiche weitere Organisationen sind in verschiedenen Stadtteilen Wiens untergebracht. Die im Jahr 1960 gegründete **Organisation erdölexportierender Länder (OPEC)** war eine der ersten internationalen Organisationen, die am Amtssitz Wien ihre Niederlassung begründeten. Im September jährte sich das Bestehen des Sekretariats der OPEC in Wien zum 60. Mal.

In der Wiener Hofburg wurden die Räumlichkeiten für die Tätigkeit der 2022 eröffneten Wiener Zweigstelle des **Ständigen Schiedshofs (PCA)** für die Abhaltung von Anhörungen in internationalen Schiedsverfahren adaptiert.

Das neu renovierte Wiener Dienstgebäude des **Europäischen Patentamts (EPA)** wurde für seine hohen Nachhaltigkeitsstandards ausgezeichnet. Das CO^2-neutrale Bauwerk ist damit ein Aushängeschild für Nachhaltigkeit in ganz Europa. Auch die in Wien angesiedelte **EU-Grundrechteagentur (GRA)** zeigte Interesse an dem modernen Bürogebäude als möglichen neuen Standort. Unter dem Vorsitz der GRA begingen die Leiter der EU-Agenturen für Justiz und Inneres (JI-Agenturen) am 4. und 5. Dezember in Wien den 25. Jahrestag der Proklamation der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Das Engagement gegen transnationale organisierte Kriminalität intensivierte die „Global Initiative against Transnational Organized Crime" durch den Ausbau ihrer Niederlassung in Wien zum Hauptstandort in der EU. Das **Büro des Hohen**

Kommissars der VN für Menschenrechte (OHCHR) setzte erste Schritte zur Etablierung des Regionalbüros für Europa und Zentralasien in Wien.

Die **IOM** bereitete den Umzug des IOM-Landesbüros für Österreich und des IOM Regionalbüros für Europa und Zentralasien an einen gemeinsamen Standort in Wien vor. Das in Wien **ansässige ICMPD** veranstaltete zum zehnten Mal seine jährliche **Wiener Migrationskonferenz (VMC)**, die am 21. und 22. Oktober im Palais Niederösterreich stattfand.

Ein starkes Engagement zeigten die in den Bereichen Energie und Nachhaltigkeit aktiven Organisationen, die ihre Synergien im Vienna Energy Club bündeln. Dazu zählen unter anderen das Sekretariat der **Energy Community**, das Büro der **Partnerschaft für Erneuerbare Energie und Energieeffizienz (REEEP)** sowie die Initiative **Nachhaltige Energie für Alle (SEforAll)**, deren Personalstand in das **VN-Büro für Projektdienste (UNOPS)** eingegliedert wurde.

Seit 1996 ist das **Wassenaar-Abkommen** in Wien angesiedelt, das sich mit dem Export konventioneller Waffen und doppelverwendungsfähiger Technologien befasst. Österreich fungiert zudem als zentrale Kontaktstelle für den **Haager Verhaltenskodex (HCOC)** zur Verhinderung der Verbreitung ballistischer Raketen. Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission zur Ukraine hat ihren Sitz ebenso in Wien wie die Expertengruppe zu Menschenrechtsverletzungen in Belarus.

Der Wiener Standort der Weltbankgruppe dient als regionaler Hub für Europa und Zentralasien. Der **Internationale Währungsfonds (IWF)** ist mit seinem Verbindungsbüro für den Westbalkan in Wien vertreten. Das **Joint Vienna Institute** ist als internationale Ausbildungseinrichtung von IWF, BMF und OeNB seit Jahren etabliert.

Wiens lange Tradition als Ort für Verhandlungen und Vermittlung trägt dazu bei, in einer zunehmend polarisierten Welt Dialogräume offen zu halten. Unter dem Motto „Internationales Wien – Zentrum für Dialog, Sicherheit und Nachhaltigkeit“ soll Wien dabei weiterhin eine globale Drehscheibe für Sicherheit, Energie und nachhaltige Entwicklung sein. Zu den thematischen Schwerpunkten zählt auch der Kampf gegen organisiertes Verbrechen, Drogenmissbrauch, Korruption und Terrorismus. Weitere Schwerpunkte liegen auf dem Gebiet der Abrüstung und Nichtverbreitung von Nuklearwaffen.

4.6 Menschenrechte

Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sind zentrale Anliegen der österreichischen Außenpolitik. Österreich engagiert sich aktiv in internationalen Foren, insbesondere bei den VN und in der EU, und setzt weltweit konkrete Initiativen zur Wahrung der Menschenrechte um.

4.6.1. Schwerpunkte

Abschaffung der Todesstrafe

Österreich setzt sich konsequent für die weltweite Ächtung und Abschaffung der Todesstrafe ein. Im Rahmen der **universellen Staatenprüfung (UPR)** des **VN-MRR** empfahl Österreich Ägypten, Iran, Kenia, Kuwait, den Malediven und Belarus die Abschaffung der Todesstrafe. Zudem spricht Österreich die Abschaffung der Todesstrafe regelmäßig in bilateralen Treffen an, beteiligt sich an Demarchen der Europäischen Union und unterstützt eine VN-Resolution für ein globales Moratorium.

Folter und unmenschliche Behandlung

Im März stattete das **Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe des Europarates (CPT)** Österreich einen *ad-hoc*-Besuch ab. Der Bericht des Besuches sowie die österreichische Stellungnahme wurden im November veröffentlicht. Österreich setzt sich im Rahmen von internationalen Gremien aktiv gegen Folter und unmenschliche oder erniedrigende Behandlung ein.

Frauenrechte

Als Mitglied der **VN-Frauenstatuskommission (CSW)** beteiligte sich Österreich an der 69. Sitzung im März mit einer hochrangigen Rahmenveranstaltung zum Thema „From Restrictive Masculinities to Positive Change: Tools and Strategies for Gender Equality“. Österreich organisierte und unterstützte darüber hinaus fünf weitere Rahmenveranstaltungen zu den Schwerpunktthemen „Frauen, Frieden, Sicherheit“, Frauen und grüne Innovationen, geschlechterbasierte Gewalt sowie zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit von Frauen und Mädchen. Zudem engagierte sich Österreich in der VN-GV, im VN-SR und im EU-

Rahmen für Frauenrechte und gegen deren Abschwächung. Österreich ist zudem ein Verfechter der Istanbul-Konvention und stellt mit Helmut Tichy ein Mitglied des Expertenkomitees GREVIO des Europarates. In der Entwicklungszusammenarbeit finanzierte Österreich Projekte zur Stärkung und Teilhabe von Frauen in Friedensprozessen sowie zur Unterstützung von Frauen in Afghanistan, der Ukraine, Brasilien, Libyen, Haiti und Kolumbien.

Kinderrechte

In internationalen Foren setzt sich Österreich aktiv für die Stärkung der Kinderrechte und den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten ein. Als Mitglied der Internationalen Koalition für die Rückkehr ukrainischer Kinder engagiert sich Österreich für deren Rückholung. Dazu nahm Österreich an der ersten Ministerkonferenz zur Beendigung von Gewalt gegen Kinder teil und unterstützte deren Handlungsaufruf. In den Vereinten Nationen brachte sich Österreich sowohl mit einer nationalen Stellungnahme als auch im Rahmen von Stellungnahmen der EU und von Freundesgruppen ein. Im Rahmen der Stellungnahmen wurde seitens Österreichs betont, dass die Prävention gestärkt und der zweckmäßige Einsatz der zur Verfügung stehenden Werkzeuge des CAAC-Mandats sichergestellt werden müssen. Österreich organisierte dazu einen gut besuchten Workshop und unterstützte das Liechtenstein Institute on Self-Determination der Princeton Universität bei der Präsentation einer Studie zu „Child-inclusive and gender-responsive reintegration programmes“.

Minderheitenschutz und Religionsfreiheit

Österreich setzt sich gegen Ausgrenzung und Verfolgung religiöser, sprachlicher und ethnischer Minderheiten ein. Es unterstützt das Mandat des VN-Sonderberichterstatters zu Minderheitenfragen und brachte eine Resolution zu Minderheitenschutz in der VN-GV ein, die am 18. Dezember angenommen wurde. Zudem förderte Österreich das 18. VN-Forum für Minderheitenfragen, welches vom 27.-28. November in Genf stattfand. Österreich engagiert sich auch im Europarat für den Minderheitenschutz und brachte eine Resolution zur Religionsfreiheit in die VN-GV ein, die am 18. Dezember angenommen wurde. Als Gründungsmitglied der Internationalen Allianz für Religionsfreiheit (IRFBA) organisierte Österreich im April ein Treffen zur Bedeutung des interreligiösen Dialogs.

Medienfreiheit und Schutz von Journalistinnen und Journalisten

Österreich fördert weiterhin die Medien- und Pressefreiheit als Vorsitzender im Rahmen relevanter Gruppen gleichgesinnter Staaten bei den VN in Genf, bei der UNESCO in Paris und als Mitglied entsprechender VN-Gruppen in New York, der OSZE und dem Europarat. Als Teil der Media Freedom Coalition setzte sich Österreich weiterhin für Maßnahmen zur Pressefreiheit und zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten ein und leistete einen finanziellen Beitrag zur Unterstützung afghanischer Journalistinnen durch UN Women. Gemeinsam mit dem **International Press Institute (IPI),** der OSZE und dem BMLV wurde ein einwöchiges Sicherheitstraining für Journalistinnen und Journalisten aus Zentralasien, der Kaukasusregion und dem Westbalkan durchgeführt.

Neue Technologien und Menschenrechte

Österreich engagiert sich für menschenrechtliche Standards bei der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien. Es unterstützte die VN-Resolutionen zu künstlicher Intelligenz und die Umsetzung des Global Digital Compact. Zudem beteiligt sich Österreich aktiv an der **Freedom Online Coalition (FOC)** und setzt sich in der EU und im Europarat für einen menschenrechtsbasierten Ansatz ein.

Menschenrechtsbildung

Vertreterinnen und Vertreter des Völkerrechtsbüros des BMEIA unterrichteten regelmäßig an Bildungsinstitutionen, hielten Vorträge und nahmen an Diskussionsveranstaltungen mit der interessierten Öffentlichkeit teil. Sie pflegten zudem den Austausch mit Schülerinnen und Schülern, Studierenden sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen, um Wissen und Information über Menschenrechte zu vermitteln und Verständnis dafür zu schaffen, dass Menschenrechte geachtet, geschützt und auch im eigenen Umfeld umgesetzt werden müssen.

4.6.2 Menschenrechte in den Vereinten Nationen

2025 lag der thematische Fokus Österreichs im VN-MRR und der VN-GV auf Minderheitenrechten, Menschenrechten im Einklang mit neuen Technologien und der Sicherheit von Journalistinnen und

Journalisten. Im Allgemeinen wurden die Debatten in beiden Gremien vom Nahostkonflikt und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine dominiert.

VN-Menschenrechtsrat (VN-MRR)

Bei der 58. Tagung des VN-MRR vom 24. Februar bis 4. April beteiligte sich Österreich besonders an Diskussionen über Minderheitenrechte und engagierte sich für Menschenrechte im Umgang mit neuen Technologien sowie für Menschenrechte in Zusammenhang mit Korruptionsbekämpfung. Der Schwerpunkt der Tagung lag auf der Verlängerung der unabhängigen Untersuchungskommission zur Ukraine und auf dem Nahostkonflikt.

Bei der 59. Tagung vom 16. Juni bis 8. Juli setzte sich Österreich v.a. für den Schutz von Journalistinnen und Journalisten ein und unterstützte die Mandatsverlängerung des VN-Sonderberichterstatters für Binnenvertriebene. Ein weiteres österreichisches Anliegen war die Schaffung klarer, im Einklang mit den Menschenrechten stehender, gesetzlicher Regeln für neue Technologien. Inhaltlich dominierte erneut die Lage im Nahen Osten die Tagung.

Bei der 60. Tagung vom 8. September bis 8. Oktober standen die Menschenrechtslage in Russland, der Ukraine, in Afghanistan sowie der Nahostkonflikt im Fokus. Österreich unterstützte die Mandatsverlängerung der Sonderberichterstatterin zur Menschenrechtslage in Russland.

Menschenrechte in der Generalversammlung der Vereinten Nationen

Die Sitzungsperiode des Dritten Komitees der 80. VN-GV zu sozialen Themen und Menschenrechten begann am 3. Oktober. Im Mittelpunkt standen die Situation im Nahen Osten, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und weltweite Menschenrechtsverletzungen.

Ein nationaler Schwerpunkt Österreichs lag auf Minderheitenrechten und der Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten. Die von Österreich eingebrachte Resolution zu den Rechten von Minderheiten wurde mit 165 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und vier Enthaltungen angenommen.

4.6.3 Menschenrechte in der Europäischen Union

Unter den Vorsitzen von Polen und Dänemark im Rat der Europäischen Union standen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Verteidigung und europäische Zusammenarbeit im Fokus. Angesichts schwerer Menschenrechtsverletzungen setzte die EU ihr globales Sanktionsregime ein. Österreich stimmte Sanktionen gegen mittlerweile 172 Akteure (135 Personen und 37 Entitäten) aus 15 verschiedenen Ländern (Russland, China, Nordkorea, Südsudan, Sudan, Eritrea, Libyen, Afghanistan, Myanmar, Iran, Syrien, Zentralafrikanische Republik, Israel, Libanon, Haiti) und dem Palästinensischen Gebiet zu. Gleichzeitig plädierte Österreich für humanitäre Ausnahmeregelungen, um negative Auswirkungen auf Zivilbevölkerungen zu minimieren.

Darüber hinaus beteiligte sich Österreich an EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Ecuador, Kosovo, den Philippinen, Bolivien, Malawi, Honduras und Guyana und trug so zur Stärkung demokratischer Prozesse weltweit bei.

4.6.4. Menschenrechte im Europarat

Mit Jahresende waren 98 Menschenrechtsbeschwerden gegen Österreich vor dem EGMR anhängig. Dieser hat bisher in 443 Fällen eine Menschenrechtsverletzung durch Österreich festgestellt; davon wurden 438 Entscheidungen vollständig umgesetzt. Österreich zählt dadurch mit einer **Umsetzungsrate von 99 %** zu den führenden Staaten im Europarat. 2025 konnten sechs Urteile abgeschlossen werden, während sich fünf weitere in Umsetzung befanden. Das im Juni 2024 eröffnete Verfahren des EGMR zur Klimabeschwerde „Müllner gegen Österreich“ wurde 2025 ohne Entscheidung fortgeführt.

4.7 Sicherheit

Cyberdiplomatie und Abwehr hybrider Bedrohungen

Geopolitische Spannungen äußern sich immer häufiger in und durch Cyberaktivitäten. Gemeinsam mit seinen EU-Partnern setzt sich Österreich für ein globales, freies, offenes, sicheres und stabiles Internet ein. Völkerrecht, Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen uneingeschränkt auch für Cyberaktivitäten gelten.

Die **EU Cyber Diplomacy Toolbox** ist ein Rahmenwerk für eine gemeinsame Antwort auf Bedrohungen Sicherheit der EU und ihrer Mitgliedstaaten aus dem Cyberraum. Sie umfasst präventive, kooperative, stabilisierende und restriktive Maßnahmen. Zu ihren Werkzeugen zählen beispielsweise öffentliche Erklärungen und Demarchen, Cyberdialoge, Beiträge zum Cyber-Kapazitätenaufbau in Partnerstaaten und Sanktionen. Die EU und EU-MS verurteilten am 28. Mai in einer gemeinsamen Erklärung eine Cyberspionagekampagne gegen das tschechische Außenministerium, die dem chinesischen Ministerium für Staatssicherheit zugeschrieben wurde. Am 27. Jänner wurden drei Personen für ihre Beteiligung an russischen Cyberangriffen auf Estland unter dem EU-Cybersanktionenregime gelistet. Insgesamt waren mit Ende des Berichtszeitraums 17 Personen und vier Entitäten von den restriktiven Maßnahmen erfasst.

In der **OSZE** gehen die Arbeiten zur Umsetzung der **16 vertrauensbildenden Maßnahmen (CBMs)** zur Cybersicherheit weiter. Österreich setzt im Rahmen der „Adopt a CBM"-Initiative einen Schwerpunkt auf die Kooperation zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor (PPP). In Zusammenarbeit mit dem OSZE-Sekretariat bereitet Österreich einen Workshop zum Thema PPP und kritische Infrastrukturen vor, der sich an die OSZE-Teilnehmerstaaten in Ost- und Südosteuropa – die Staaten des Westbalkans, Moldau, Ukraine und Türkei – richtet.

Im Mittelpunkt der **internationalen Bemühungen** zur Bekämpfung der Cyberkriminalität stand 2025 die **Cybercrimekonvention der VN,** die im Dezember 2024 von der VN-GV im Konsens angenommen wurde. In den dreijährigen Verhandlungen in Wien und New York hatte sich Österreich zusammen mit seinen internationalen Partnern erfolgreich für die Integration menschenrechtlicher Bestimmungen in die Konvention eingesetzt. Österreich unterzeichnete die Konvention als einer der ersten Staaten im Rahmen der Unterzeichnungskonferenz am 25. Oktober in Hanoi. Insgesamt haben 74 VN-Mitgliedstaaten die Konvention unterzeichnet, die 90 Tage nach der Ratifizierung durch den 40. Mitgliedstaat in Kraft tritt. Ab Herbst 2025 fanden informelle Vorgespräche statt, um die Verfahrensordnung der künftigen Vertragsstaatenkonferenz zu verhandeln. Österreich setzt sich dabei gemeinsam mit Gleichgesinnten für eine effektive -Beteiligung aller Interessengruppen ein und wird auch in der Umsetzung für einen effektiven, inklusiven und transparenten Mechanismus eintreten.

Ransomware ist weiterhin die größte Bedrohung im Bereich der Cyberkriminalität, der nur durch globale Zusammenarbeit begegnet werden kann. Daher ist Österreich engagiertes Mitglied der

International Counter Ransomware Initiative, in der mehr als 70 gleichgesinnte Mitglieder in den Bereichen Outreach und Kapazitätenaufbau, Policy und operative Zusammenarbeit kooperieren.

Eine ernsthafte Sicherheitsbedrohung stellt der Missbrauch und die Verbreitung von **kommerziellen Cyber Intrusion-Fähigkeiten (CCICs)** dar. Österreich brachte sich daher im Rahmen des von Frankreich und dem Vereinigten Königreich initiierten Pall-Mall-Prozesses aktiv in die Ausarbeitung eines Verhaltenskodex für Staaten zum Umgang mit CCICs ein. Als Katalog von Empfehlungen und freiwilligen Selbstverpflichtungen stellt dieser einen wertvollen Beitrag zur Bewusstseinsbildung und zum Austausch von guter Praxis dar.

Konflikte werden immer stärker als hybride Aktivitäten staatlicher und nichtstaatlicher Akteure ausgetragen, die das Ziel der Destabilisierung, Beeinflussung und Manipulation verfolgen. Österreich unterstützt die Nutzung der **EU Hybrid Toolbox** für eine koordinierte Reaktion auf hybride Bedrohungen. Darüber hinaus bringt sich Österreich aktiv in die Arbeit der Hybrid Fusion Cell des EAD zur Analyse hybrider Aktivitäten sowie des Europäischen Kompetenzzentrums zu hybriden Bedrohungen in Helsinki ein. Das Ausmaß und die Intensität der gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten gerichteten hybriden Aktivitäten hat mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine weiter zugenommen. Dazu zählen die Instrumentalisierung von Migration, Wahlbeeinflussung, Luftraumverletzungen, ausländische Einflussnahme auf Wissenschaft und Innovation, Sabotage und Angriffe auf kritische Infrastruktur.

Österreich unterstützt ein entschlossenes Vorgehen der EU gegen diese Bedrohungen, etwa in Form des **neuen EU-Sanktionenregimes** in Reaktion auf die von Russland ausgehende Destabilisierung. EU-weite und sektorenübergreifende Übungen tragen zur Stärkung der Resilienz gegen hybride Bedrohungen bei. Das BMEIA beteiligt sich aktiv an dem unter den EU-Außenministerien neu eingerichteten Hybrid Envoys-Netzwerk. Ein zielgerichteter Kapazitätenaufbau und die Unterstützung von Partnerländern bei der Bewältigung von hybriden Bedrohungen gehören als Fragen der europäischen Sicherheit zu den österreichischen Prioritäten. Die Abwehr von **FIMI** ist ein zentraler Bestandteil der externen Dimension des künftigen Europäischen Schutzschilds für Demokratie. Österreich wirkt an der Umsetzung des spezifischen EU-Instrumentariums zur Bewältigung von FIMI (**FIMI Toolbox**) aktiv mit und beteiligt sich im Rahmen des EU-Aktionsplanes gegen Desinformation am EU-Frühwarnsystem zu Desinformation.

Maßnahmen gegen Extremismus und Terrorismus

Vor dem Hintergrund der erhöhten Bedrohungslage legte die EU-Kommission im April eine **neue Europäische Strategie für die innere Sicherheit „ProtectEU“** vor. Ein Kernpunkt der Strategie sind Maßnahmen zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung. Diese umfassen einen verstärkten Informationsaustausch, verbesserte Grenzsicherheit, Bekämpfung und Prävention von Radikalisierung sowie die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und externen Partnern. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte in den Leitlinien für ihre zweite Amtszeit 2024-2029 außerdem die Ausarbeitung einer **neuen Agenda zur Terrorismusbekämpfung** an.

Österreich unterstützt die Bemühungen auf internationaler Ebene im Kampf gegen den Terrorismus und setzt sich dabei weiter für einen umfassenden, rechtsstaatlichen und menschenrechtsbasierten Ansatz ein. Mit einer Reihe von **Policy-Dialogen** in New York und Wien brachte Österreich im Jahr 2025 Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen zusammen. Ziel war es, im Einklang mit Rechtsstaatlichkeit, Friedensaufbau und Friedenserhaltung, internationale Partnerschaften zu stärken und gemeinsame Antworten auf Terrorismus und gewalttätigen Extremismus zu entwickeln. –. Die Veranstaltungsreihe war das Ergebnis einer Zusammenarbeit mit dem **Büro der Vereinten Nationen für Terrorismusbekämpfung (UNOCT)** und der **Hauptabteilung der Vereinten Nationen für Politische Angelegenheiten und Peacebuilding (UN DPPA).**

Österreich unterstützt die 90 Mitglieder zählende **Globale Koalition gegen den IS** und bringt sich aktiv in deren Arbeitsgruppen ein. 2025 markierte den Beginn einer neuen Phase der Koalition, die vom Übergang der militärischen Präsenz der Koalition im Nahen Osten zu bilateralen Sicherheitspartnerschaften und zivilen Ansätzen geprägt sein wird. Die Globale Koalition wird weiterhin zur Stärkung von Stabilität und Sicherheit im Irak und Syrien zusammenarbeiten. Der Beitritt von Syrien als 90. Mitglied der Koalition im November ist ein bedeutsamer Schritt für das künftige Engagement der Koalition zur Stabilisierung der Region.

Der Amtssitz Wien ist ein wichtiger Partner bei der Förderung von Frieden und Sicherheit sowie bei der Unterstützung in der Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung. **UNODC** und die **OSZE** haben dabei besondere Relevanz. Im Rahmen seines multilateralen Engagements setzt sich Österreich für die Bedeutung der Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie

für eine aktive Rolle der Zivilgesellschaft in der Prävention als wesentliche Bestandteile einer effektiven Terrorismusbekämpfung ein.

North Atlantic Treaty Organisation (NATO)

Österreich ist seit 1995 Mitglied der **Partnerschaft für den Frieden (PfP)** und bringt sich dabei in den Bereichen kooperative Sicherheit sowie Krisenprävention und Krisenmanagement ein. Ein **maßgeschneidertes Arbeitsprogramm (ITPP)** für 2025-2028 wurde 2025 ausgearbeitet und sieht eine Ausweitung der Kooperationsbereiche zwischen Österreich und der NATO vor. Neue Bereiche umfassen u.a. die militärische Mobilität, einen stärkeren Fokus auf hybride Bedrohungen, Abrüstung/Non-Proliferation und die WPS-Agenda. In Kooperation mit der NATO leistet Österreich einerseits Beiträge zur transatlantischen und europäischen Sicherheit. Andererseits erhält und stärkt das Bundesheer mit der Teilnahme an Ausbildungsaktivitäten und Übungen die Interoperabilität mit den NATO-Staaten. Zu den langjährigen Schwerpunkten des österreichischen Engagements gehört neben der Agenda der menschlichen Sicherheit die Rolle als verlässlicher und anerkannter Truppensteller für NATO-geführte Friedensoperationen. Vor dem Hintergrund des anhaltenden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und dem NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens vereinbarten die neutralen Staaten innerhalb der Gruppe der westeuropäischen Partner der NATO (Irland, Malta, Österreich und Schweiz) eine engere Abstimmung, um ihren Beiträgen zu Frieden und Sicherheit in Europa gemeinsam mehr Sichtbarkeit zu verschaffen.

Mit 167 Soldatinnen und Soldaten leistet Österreich weiterhin einen substanziellen Beitrag zum **Multinationalen Friedenseinsatz im Kosovo (KFOR)**. Gemeinsam mit der kosovarischen Polizei und der zivilen EU-Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX Kosovo trägt KFOR zu einem sicheren Umfeld und zur Bewegungsfreiheit aller Volksgruppen bei. Außerdem entsendet Österreich bis zu zehn Angehörige des Bundesheeres zur **NATO-Mission im Irak (NMI)** und bis zu 40 Angehörige des BMLV zur **NATO-Initiative in Jordanien (DCB-I)**, an dem sich Österreich von 2023-2025 mit einem jährlichen finanziellen Beitrag von 100.000 Euro beteiligt hat.

Das veränderte Sicherheitsumfeld führte auf EU-Ebene zu einer weiteren Vertiefung der EU-NATO-Zusammenarbeit. Die am 10. Jänner 2023 von den Spitzen der EU und der NATO angenommene dritte EU-NATO Erklärung umfasst die neuen Kooperationsbereiche Resilienz,

Schutz kritischer Infrastruktur, neue Technologien, Weltraum, Klimawandel und Sicherheit sowie ausländische Informationsmanipulation und Einflussnahme.

Migration

Migration ist ein komplexes und interdisziplinäres Thema, das zunehmend aus sicherheitspolitischer Perspektive betrachtet wird. In der Österreichischen Sicherheitsstrategie wird Migration als wichtiger Aspekt hervorgehoben und die Bedeutung eines robusten EU-Außengrenzschutzes, strategischer Partnerschaften und einer effektiven Migrationsdiplomatie betont. Österreich verfolgt einen gesamtstaatlichen Ansatz, der sich auf Grenzmanagement, die Bekämpfung des Schlepperwesens, die Stärkung der Aufnahmekapazitäten in Drittstaaten, Rückführungen sowie Reintegration konzentriert. Zudem spielt die Verbindung zur humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit eine zunehmend wichtige Rolle. Als sicherheitsrelevant gelten hybride Bedrohungen durch die politische Instrumentalisierung von Migration.

Österreich engagiert sich intensiv in multilateralen Foren und arbeitet mit internationalen Organisationen wie dem **Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der VN (UNHCR), IOM, UNODC, dem VN-Entwicklungsprogramm (UNDP), dem VN-Kinderhilfswerk (UNICEF) und dem Welternährungsprogramm (WFP)** zusammen. Die **Wiener Konferenz gegen Menschenhandel im Oktober** verdeutlicht Österreichs langjähriges Engagement in diesem Bereich. Mit Beiträgen von insgesamt rund 20,4 Millionen Euro im Jahr 2025 zählt Österreich zu den größten Gebern von UNHCR. Auch die enge Zusammenarbeit mit der IOM wurde weiter gestärkt.

Ein zentraler Partner ist das in Wien ansässige **ICMPD**, das sich mit legaler Migration, Asyl, Bekämpfung von Menschenhandel, Rückkehr und Reintegration befasst. Am 5. Juni wurde Bundesministerin a.D. Susanne Raab in Stockholm zur neuen Generaldirektorin des ICMPD gewählt. Österreich beteiligt sich an migrationspolitischen Dialogprozessen, etwa am **Budapest-Prozess** mit Staaten entlang der Seidenstraße, dem **Khartum-Prozess** mit afrikanischen Staaten, dem **Rabat-Prozess** mit westafrikanischen Ländern, dem **Prag-Prozess** mit Staaten des Westbalkans und Zentralasiens sowie an dem von Italien initiierten **Rom-Prozess.**

4.8 Abrüstung und Rüstungskontrolle

Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

Die Hauptaufgaben der in Wien ansässigen IAEO sind die weltweite Förderung der friedlichen Nutzung von Kernenergie, die Erhöhung der nuklearen Sicherheit sowie die Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen aus dem **Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT)**. Aktueller Generaldirektor der Organisation ist der Argentinier Rafael Mariano Grossi.

Auch 2025 blieb die Situation in der Ukraine ein zentrales Thema der Beratungen des IAEO-Gouverneursrats. Der Generaldirektor berichtete regelmäßig über die nukleare Sicherheit und Sicherung der ukrainischen Anlagen, während die IAEO ihre Monitoring- und Unterstützungsmissionen vor Ort fortsetzte.

Vorbereitende Kommission der Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO)

Die CTBTO ist seit 1997 in Wien ansässig. Der **Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT)** sieht ein Verbot aller nuklearen Explosionen vor. Bisher haben 187 Staaten den Vertrag unterzeichnet, 178 haben ihn ratifiziert. Durch sein globales Überwachungssystem soll der CTBT nach seinem Inkrafttreten die geheime Entwicklung von einsatzfähigen Atomwaffen unmöglich machen. Für das Inkrafttreten fehlen allerdings noch die Ratifikationen durch neun Schlüsselstaaten: Ägypten, China, Indien, Iran, Israel, Nordkorea, Pakistan, USA sowie Russland, das seine Ratifikation zurückgezogen hat.

Österreich nimmt an den Bemühungen zur Förderung der Vorbereitenden Kommission teil und setzt sich unter anderem für eine nachhaltige Finanzierung von CTBTO-Projekten im Rahmen der laufenden EU-Unterstützung ein.

Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen (TPNW)

Das Streben nach einer Welt frei von Atomwaffen ist ein **Schwerpunkt der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik**. Am 22. Jänner 2021 trat mit dem **TPNW** das völkerrechtliche Verbot von Nuklearwaffen in Kraft. Bisher haben den Vertrag 74 Staaten ratifiziert und weitere 25 unterzeichnet. Der TPNW ist das erste konkrete Ergebnis multilateraler nuklearer Abrüstungsverhandlungen mit federführender Beteiligung von Österreich. Der Vertrag stärkt und

ergänzt das bestehende internationale Regime zur nuklearen Abrüstung und Nichtweiterverbreitung. Er leistet einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des **NPT**.

Beim 2. Vertragsstaatentreffen von 27. November bis 1.Dezember 2023 in New York übernahm Österreich die Koordination des informellen TPNW-Prozesses zur Sicherheits- und Risikoperspektive der TPNW-Staaten und erstattete der 3. Vertragsstaatenkonferenz vom 3.-7. März in New York Bericht. Ziel dieses Prozesses war es, bestehende Paradigmen der nuklearen Abschreckung kritisch zu hinterfragen und die konkreten Sicherheitsbedenken im Hinblick auf Nuklearwaffen klarer darzustellen. Österreich übernahm in Folge den Ko-Vorsitz zur Universalisierung des TPNW.

Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT)

Der NPT stellt mit 191 Vertragsstaaten das völkerrechtliche Fundament des internationalen Nuklearregimes und einen Eckpfeiler der nuklearen Nichtweiterverbreitung dar. Die 3. Vorbereitungskommission (PrepCom) zur elften Überprüfungskonferenz tagte vom 28. April bis 9. Mai in New York. Die Ausgangslage blieb herausfordernd: Dazu trugen der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bei, begleitet von einer zunehmenden nuklearen Rhetorik Russlands aber auch der Stillstand bzw. Rückschritte im Hinblick auf Abrüstungsverpflichtungen und -zusagen, die fortgesetzte Entwicklung von Nuklearwaffen und ballistischen Raketensystemen der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK), strittige Fragen zur Nuklearenergienutzung sowie eine allgemein angespannte geopolitische Lage. Seit 2010 konnte keine Einigung zu einem Abschlussdokument im NPT-Prozess mehr erreicht werden.

Chemiewaffenkonvention (CWK)

Die Chemiewaffenkonvention mit 193 Vertragsstaaten umfasst ein absolutes Verbot von Chemiewaffen. 2023 konnte seitens der **Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)** die Vernichtung aller im Rahmen der Konvention deklarierten Chemiewaffenbestände vermeldet werden. Die 30. Vertragsstaatenkonferenz der OPCW fand vom 24.-28. November in Den Haag (Niederlande) statt. Die Aufarbeitung vergangener Chemiewaffeneinsätze in Syrien sowie die vollständige Aufklärung des syrischen Chemiewaffenprogramms bleiben zentrale Herausforderungen für die OPCW. Die Organisation setzt ihre Untersuchungen und Verifikationsmaßnahmen weiterhin mit Professionalität, Unparteilichkeit und Sorgfalt fort. Neue

Chemiewaffeneinsätze gefährden die Integrität der Konvention. Österreich verurteilt jeglichen Einsatz von Chemiewaffen und fordert Russland auf, die Anschuldigungen für den Einsatz solcher im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine vollständig aufzuklären. Die OPCW hat zudem damit begonnen, sich verstärkt mit den Auswirkungen von neuen Technologien einschließlich künstlicher Intelligenz auf die CWK zu befassen.

Biologie- und Toxinwaffenkonvention (BTWK)

Die BTWK umfasst ein umfassendes Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von biologischen Waffen und Toxinwaffen. Derzeit zählt sie 189 Vertragsstaaten sowie 193 Signatarstaaten. Österreich setzt sich zur Stärkung der BTWK für die Schaffung von Verifikationsmechanismen und den Aufbau von Kapazitäten in Wissenschaft und Technologie ein, um neuen Herausforderungen im Rahmen der Konvention effektiver begegnen zu können.

Antipersonenminenkonvention (APMBC)

Die Antipersonenminenkonvention umfasst 161 Vertragsstaaten und ist ein großer Erfolg der humanitären Abrüstungsdiplomatie durch die kategorische Ächtung von Anti-Personenminen. Österreich war einer der Wegbereiter der 1997 in Kraft getretenen Konvention und übernahm 2025 die Rolle als Vorsitz für Opferschutz.

Vom 1.-5. Dezember fand in Genf das 22. Vertragsstaatentreffen unter dem Vorsitz Japans statt. Die Erfolge und Bemühungen um die Schaffung einer minenfreien Welt wurden durch die Ankündigungen von fünf Staaten über ihren Austritt aus der Konvention getrübt. Österreich setzte sich vor diesem Hintergrund nachdrücklich für eine Stärkung der Normen der Konvention ein.

Streumunitionskonvention (CCM)

Das Übereinkommen über das Verbot von Streumunition (Oslo-Konvention) trat 2010 in Kraft, Österreich hatte sich aktiv in den Verhandlungen für die erfolgreiche Aufnahme einer Vertragsverpflichtung zur Opferhilfe eingesetzt. Nach Inkrafttreten des Austritts Litauens aus der Oslo-Konvention, verlieben 111 Vertragsstaaten und 12 Unterzeichnerstaaten. Das 12. Vertragsstaatentreffen fand vom 16.-19. September in Genf unter philippinischem Vorsitz statt. Österreich agierte 2025 als Ko-Vorsitz für den allgemeinen Status der Konvention.

Einsatz von Explosivwaffen in besiedelten Gebieten (EWIPA)

Im November 2022 wurde die Politische Erklärung zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten vor den humanitären Auswirkungen von Explosivwaffen in Dublin (Irland) verabschiedet und von mittlerweile 90 Staaten unterzeichnet. Ziel ist es, die humanitären Auswirkungen von EWIPA auf die Zivilbevölkerung in Einklang mit humanitärem Völkerrecht zu vermeiden oder einzudämmen. Österreich fungierte dabei als Wegbereiter und setzt sich kontinuierlich für die Universalisierung und vollständige Umsetzung dieser Politischen Erklärung ein, unter anderem auch bei der zweiten internationalen Konferenz zur Umsetzung der Politischen Erklärung zu EWIPA, die vom 19.-20. November in Costa Rica stattfand.

Autonome Waffensysteme (AWS)

Die Integration künstlicher Intelligenz in die Kriegsführung durch AWS birgt besondere **rechtliche, ethische und sicherheitspolitische Herausforderungen**. Nach Aktivierung können sie Ziele ohne weiteres menschliches Zutun erfassen und treffen. Daraus ergeben sich schwerwiegende Bedenken in Bezug auf die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten, die Verhältnismäßigkeit bei der Gewaltanwendung, die Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen sowie die menschliche Verantwortlichkeit. Sicherheitspolitische Risiken von AWS umfassen zudem Fehleranfälligkeit, Fehlkalkulation und Eskalation sowie die Weiterverbreitung an nichtstaatliche Akteure.

Österreich nimmt diese Bedenken sehr ernst und ist Themenführer in einer großen, überregionalen Staatengruppe, die sich gemeinsam mit dem VN-GS António Guterres und der IKRK-Präsidentin Mirjana Spoljaric Egger für ein globales Rechtsinstrument zur Regulierung von AWS einsetzt. Ziel ist es, eine ausreichende menschliche Kontrolle über AWS sicherzustellen und jene Systeme zu verbieten, die nicht mit rechtlichen und ethischen Grundsätzen vereinbar sind.

Nach über zehn Jahren Diskussion in einer VN-Expertengruppe in Genf gibt es mittlerweile ein vertieftes Verständnis über AWS und die notwendigen Elemente für deren Regulierung. Auf den Beginn von Verhandlungen konnte man sich bislang jedoch nicht einigen, obwohl sich das Zeitfenster für präventive Regulierung von AWS rasch schließt.

2023 wurde daher **auf Initiative Österreichs die erste Resolution zu AWS in der VN-GV** vorgelegt und von 164 Staaten verabschiedet. Die Resolution wies auf umfassende Bedenken hinsichtlich AWS hin, zeigte die Dringlichkeit der Regulierung auf und beauftragte einen Bericht des VN-GS. Auf dieser Grundlage wurde 2024 und 2025 eine Folgeresolution verabschiedet. 2025 fanden weitere informelle Konsultationen über AWS im Rahmen der VN in New York statt.

Ballistische Raketen

Der **Haager Verhaltenskodex zur Verhinderung der Verbreitung ballistischer Raketen (HCoC)** ist das Resultat verstärkter Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, ballistische Raketen als potenzielle Trägersysteme für Massenvernichtungswaffen international zu regeln. Ziel ist es, vertrauensbildende Maßnahmen durch Informationsaustausch, etwa Benachrichtigungen über bevorstehende Raketenstarts (pre-launch notifications), zwischen den 145 teilnehmenden Staaten zu ermöglichen. Das 24. jährliche Staatentreffen fand vom 31. Mai bis 1. Juni in Wien unter dem Vorsitz von Uruguay statt.

Österreich ist seit 2002 mit der Funktion der Zentralen Kontaktstelle (Exekutivsekretariat) betraut und fungiert somit als Schnittstelle für den gesamten Informationsaustausch im Rahmen des HCoC. Auch 2025 beteiligte sich Österreich führend an Bemühungen zur Universalisierung, Erweiterung und Stärkung des Kodex.

Exportkontrollregime

Österreich gehört allen **fünf existierenden Kontrollregimen** (Gruppe der Nuklearlieferländer (NSG); Australien-Gruppe; Raketentechnologiekontrollregime (MTCR); Wassenaar-Abkommen; Waffenhandelsvertrag (ATT)) an. Ziel ist es, durch Koordination nationaler Exportkontrollen sicherzustellen, dass sensible Güter, Technologien und Know-how nur unter Einhaltung strikter Standards und im Einklang mit geltendem Völkerrecht international weitergegeben werden. Die innerstaatliche Umsetzung der entsprechenden Regeln erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Außenwirtschaftsgesetzes sowie des Kriegsmaterialgesetzes.

In Wien bestehen das 39 Mitglieder umfassende Zangger-Komitee und die 48 Mitglieder umfassende **Gruppe der nuklearen Lieferländer (NSG)**. Diese führen Kontrolllisten sensibler

nuklearer Güter und Ausrüstungen mit dem Ziel, Urananreicherung und Plutoniumverarbeitung für nichtfriedliche Zwecke zu verhindern.

Vom 3.-4. Dezember fand das 29. Vertragsstaatentreffen des 42 Mitglieder umfassenden **Wassenaar-Abkommens** in Wien statt. Ziel des Abkommens ist es, durch koordinierte Exportkontrollen und mehr Transparenz die destabilisierende Anhäufung von konventionellen Waffen sowie von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck („dual-use“) zu verhindern.

Nationale Exportkontrolle

Das Außenwirtschaftsgesetz (Federführung: BMWET) und das Kriegsmaterialgesetz (Federführung: BMI) bilden in Österreich die Rechtsgrundlage für die Ausfuhr von Waffen, Verteidigungsgütern und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck. Das BMEIA sowie das BMLV sind in das Bewilligungsverfahren eingebunden.

4.9 Klimaschutz und Umwelt

Bei der Eindämmung des Klimawandels und der Biodiversitätskrise hat die EU eine globale Führungsposition inne. Eine kohärente und ambitionierte europäische Klima- und Umweltpolitik mit klaren Zielen ist dabei für Österreich von zentraler Bedeutung. Österreich setzte sich daher im bi- und multilateralen Bereich nachdrücklich für die Umsetzung des **Klimarahmenüberkommens der Vereinten Nationen (UNFCCC),** des **Pariser Klimaabkommens** sowie für die konkrete **Umsetzung der Klima- und Umweltziele der EU** ein. Ergänzend zu seinem Engagement innerhalb der EU verfolgte Österreich eine aktive Klimaaußenpolitik, u.a. durch die Teilnahme von Mitgliedern der Bundesregierung an multilateralen Konferenzen. Klima-, Umwelt- sowie Biodiversitätsschutz erfordert globale Kooperation, v.a. durch die aktive Einbindung von Entwicklungsländern, Inselstaaten und Schwellenländern.

Auch bei der **30. VN-Klimakonferenz (COP30)** vom 10.-21. November in Belém setzte sich die österreichische Delegation, angeführt von Bundesminister Norbert Totschnig, für ein ambitioniertes Ergebnis ein. Nach einer ernüchternden COP29 in Baku 2024, bei der sich die Staaten weder auf die Abkehr von fossilen Energieträgern noch auf weitere Schritte im Bereich der Emissionsverminderung einigen konnten, gestalteten sich die Verhandlungen der COP30

ebenso herausfordernd. Trotz intensiver Bemühungen der EU, eine ambitionierte Abschlusserklärung zu erzielen, endete die COP30 mit gemischten Ergebnissen. Ungeachtet der Rekordemissionen und der höchsten je gemessenen globalen Durchschnittstemperatur im Jahr 2024 konnten sich die Vertragsstaaten nicht dazu entschließen, die Hauptursache des Klimawandels – die Verbrennung fossiler Energieträger – klar zu benennen. Gleichzeitig scheiterte ein verbindlicher Ausstiegsplan für fossile Energien. Als positiv sind jedoch Fortschritte beim Waldschutz, Finanzierungszusagen für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel und eine Erhöhung der nationalen Klimaziele hervorzuheben.

Neben der internationalen Klimapolitik widmete sich Österreich auf europäischer und internationaler Ebene Maßnahmen zur Stärkung des Umweltschutzes und zur Wiederherstellung natürlicher Lebensräume. Die VN-Umweltversammlung beschloss im März 2022, bis Ende 2024 ein rechtsverbindliches Abkommen gegen **Plastikverschmutzung** zu erarbeiten. Die Verhandlungen gestalteten sich jedoch äußerst schwierig. Nach drei Jahren Gesprächen endete die sechste Verhandlungsrunde in Genf am 15. August ohne Einigung auf einen verbindlichen Vertragstext.

Weiters setzte sich Österreich bei der internationalen Schifffahrt im Rahmen der EU für den Abschluss des **Net-Zero Rahmenwerks** der **Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO)** ein. Ziel dieser Initiative ist es, die Treibhausgasemissionen in der Seeschifffahrt, die etwa 3 % des globalen CO2-Ausstoßes ausmachen, bis spätestens 2050 auf netto-null zu senken. Das Vorhaben verfolgt das Ziel, technische Vorschriften mit wirtschaftlichen Anreizen zu verbinden, um den Übergang zu nachhaltigen Kraftstoffen zu beschleunigen. Obwohl das Abkommen breite Unterstützung innerhalb der EU erhielt, konnte kein internationaler Konsens erreicht werden. Die für Oktober geplante offizielle Annahme des Abkommens wurde auf Oktober 2026 verschoben.

Österreich arbeitete weiter intensiv an der praktischen Umsetzung der nationalen und internationalen Klima- und Umweltziele. Um die Umsetzung dieser ambitionierten Ziele sicherzustellen, widmete Österreich beispielsweise 56 % der nationalen Next Generation EU-Mittel der Erreichung der Klimaschutzziele. Zudem sieht Österreich die Initiative REPowerEU als Chance, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern schneller zu reduzieren. Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien soll so vorangetrieben werden. Die Mittel flossen unter anderem in den Ausbau emissionsfreier Busse, die Errichtung von Ladesäulen, den Ausbau der Koralmbahn

sowie in die Initiative „Raus aus Öl und Gas“, die den Austausch von Öl- und Gasheizungen durch umweltfreundlichere Alternativen fördert.

Bei der **dritten VN-Ozeankonferenz (UNOC3)** in Nizza vom 9.-13. Juni sprach sich Österreich nachdrücklich für ein rascheres Vorankommen beim Schutz der Meere aus. Auch für ein Binnenland wie Österreich hat der Erhalt der Ozeane große Bedeutung, da sie eine Schlüsselrolle für das globale Klima, die biologische Vielfalt und das Wohlergehen zukünftiger Generationen spielen. Die Konferenz endete mit der Verabschiedung des „Nice Ocean Action Plan“ und setzte ein deutliches politisches Signal zur beschleunigten Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz der Meere.

Nachhaltige und sichere Energiesysteme

Angesichts der fortschreitenden Klimakrise stehen Staaten vor der Herausforderung, ihre Energiesysteme zu dekarbonisieren und zugleich die Versorgungssicherheit sowie nationale Sicherheitsinteressen zu gewährleisten. Daher gestaltete Österreich im Rahmen der EU aktiv den Umbau der gemeinsamen Energiemärkte sowie jene der (potenziellen) Beitrittskandidaten mit. Darüber hinaus engagierte sich Österreich international für den Ausbau nachhaltiger Energiesysteme, beispielsweise durch seine Mitgliedschaft in internationalen Energieorganisationen.

Die Verringerung der energiepolitischen Abhängigkeiten blieb ein zentrales politisches Ziel in Europa. Im Mai präsentierte die Europäische Kommission ihre **Roadmap zum Ausstieg aus russischen Energieträgern** als Teil der REPowerEU-Initiative. Ziel der Europäischen Kommission ist es, sämtliche Energieimporte aus Russland bis Ende 2027 zu unterbinden, ohne die Versorgungssicherheit bzw. Preisstabilität zu beeinträchtigen. Österreich setzte sich dezidiert dafür ein, die russischen Einnahmen zur Finanzierung des Angriffskriegs gegen die Ukraine zu minimieren.

Die Sicherheit der Gasversorgung blieb ein Schwerpunktthema der EU-Energiepolitik. Die ergriffenen Maßnahmen zur Diversifizierung und Reduktion des Gasverbrauchs zeigten positive Ergebnisse. Insbesondere der Ausbau der Importinfrastruktur für **verflüssigtes Erdgas (LNG)** erlaubte es, die Bezugsquellen zu diversifizieren, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Preise weitgehend zu stabilisieren. Mit **1. Jänner stellte Österreich den Gasbezug aus**

Russland völlig ein, nachdem die Lieferung von russischem Öl bereits 2021 beendet wurde. Die Umstellung auf Alternativlieferanten verlief reibungslos.

Im Dezember legte die Europäischen Kommission im Zuge der Dekarbonisierungsbemühungen das **EU Grids Package** vor. Ziel ist es, die physische Netzinfrastruktur an die Anforderungen der Klimaneutralität anzupassen. Der Ausbau der Stromnetze ist notwendig, um erneuerbare Energiequellen wie Wind- und Solarenergie effizienter zu integrieren. Ein Beispiel für diese Bemühungen ist die Etablierung eines Südlichen Wasserstoffkorridors, der Nordafrika über Italien und Österreich mit Europa verbindet, um grünen Wasserstoff zu importieren.

Einige EU-Mitgliedstaaten setzen bei der Energiewende weiterhin stark auf Atomenergie. Österreich lehnt deren Nutzung ab, respektiert jedoch die Entscheidung anderer Staaten, Atomenergie als Teil ihres Energiemix einzusetzen – jedoch ohne EU-Fördermittel. Auf internationaler Ebene, insbesondere in der IAEO und im bilateralen Austausch mit Nachbarländern, setzte sich Österreich weiterhin konsequent für die höchsten Sicherheitsstandards bei der Nutzung von Atomenergie ein. Auf Grundlage bilateraler Abkommen führten österreichische Expertinnen und Experten verschiedener Institutionen wie des **BMLUK**, des Umweltbundesamts und des BMEIA Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Nachbarländer (mit Ausnahme Italiens und Liechtensteins) sowie mit Polen, um Aspekte der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes zu beleuchten.

Neben der Koordinierung innereuropäischer Maßnahmen verfolgt die EU gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten auch eine aktive **Energiediplomatie** gegenüber Drittstaaten. Im Rahmen der Energy Diplomacy Group trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission regelmäßig, um aktuelle Fragen der EU-Energiediplomatie zu erörtern; Österreich brachte sich dabei aktiv mit eigenen Positionen in die Arbeiten der Gruppe ein. Die **Energy Community** mit Sitz in Wien hat zum Ziel, die Energiemärkte (potenzieller) EU-Beitrittskandidaten schrittweise an den EU-Energiemarkt heranzuführen. Dadurch sollen verlässliche und harmonisierte Rahmenbedingungen für die Marktentwicklung geschaffen und langfristig die Versorgungssicherheit gestärkt werden. Mitglieder sind die EU sowie Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und die Ukraine. Österreich setzt sich im Rahmen der Energiegemeinschaft besonders für eine beschleunigte Integration der Westbalkan-Staaten ein.

Österreich ist überzeugt, dass die Energiewende nur in enger Partnerschaft mit internationalen Akteuren erfolgreich umgesetzt werden kann. Entsprechend arbeitete Österreich aktiv mit Organisationen wie der **IEA** und der **Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)** zusammen. Wien ist zudem Sitz zahlreicher internationaler Organisationen im Energiebereich, darunter der **Vienna Energy Club**, der den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen relevanten Akteuren fördert. Zu den beteiligten Organisationen gehören unter anderem die **Energy Community, IAEO, OPEC** und **Sustainable Energy for All (SEforALL)**.

4.10 Neue Technologien, Digitalisierung und Innovation

Künstliche Intelligenz, Quanten- sowie 6G-Technologien und der Prozess der Digitalisierung gewannen aufgrund ihrer disruptiven und transformativen Wirkungen auf Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in den internationalen Beziehungen weiterhin an Bedeutung. Zudem hat der Wettbewerb zwischen den USA und China um die technologische Vorherrschaft wesentliche Auswirkungen auf die EU und Österreich.

Vor diesem Hintergrund verstärkte das BMEIA den Aufbau von Kapazitäten für ein strategisches Verständnis digitaler und anderer Technologien. Digitale und Technologie-Diplomatie (**TechDiplomacy**) sind wichtige Instrumente zur Umsetzung außenpolitischer Ziele. An der Schnittstelle von Außenpolitik, Technologie und Innovation soll Technologie-Diplomatie einen Mehrwert schaffen und Österreich als verlässlichen Partner für andere Staaten, Wirtschaft und Wissenschaft positionieren. Österreichs TechDiplomacy baut auf traditionellen außenpolitischen Prioritäten auf. Dazu zählen der Vorrang des Völkerrechts – insbesondere des humanitären Völkerrechts – sowie die Menschenrechte. Geleitet vom Konzept des **Digitalen Humanismus** verfolgt Österreich einen ganzheitlichen und vorausschauenden Ansatz im Umgang mit Technologien. Ziel ist es, einen internationalen Regulierungsrahmen zu schaffen, der die Erreichung der Agenda 2030 und der **VN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)** unterstützt. Österreich engagiert sich aktiv in den globalen aktuellen Normsetzungsprozessen.

So unterstützte Österreich etwa die Bemühungen zur Stärkung der digitalen Souveränität Europas und der strategischen Ausrichtung der **EU-Digitaldiplomatie.** Diese wird als integraler Bestandteil der GASP verstanden. Der Rat verabschiedete am 20. November Schlussfolgerungen zur Weiterentwicklung der internationalen Digitalstrategie der EU. Strategische Partnerschaften sollen ausgebaut, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Tech-Industrie gestärkt und eine

sichere, vertrauenswürdige und menschenzentrierte digitale Transformation weltweit gefördert werden. Darüber hinaus strebt die EU eine führende Rolle in der globalen Digital Governance an. Dazu zählen unter anderem digitale Partnerschaften, entsprechende Handelsabkommen, verstärkte Zusammenarbeit bei Cybersicherheit und resiliente Lieferketten.

Österreich unterstützte **VN-Resolutionen zu Künstlicher Intelligenz** sowie die **Umsetzung des Global Digital Compact**. Zudem beteiligte sich Österreich aktiv an der **Freedom Online Coalition (FOC)** und setzte sich auf internationaler und europäischer Ebene für einen menschenrechtsbasierten Ansatz ein. Österreich arbeitete in der **VN-Kommission für Wissenschaft und Technologie im Dienst der Entwicklung (CSTD)** an globalen Prinzipien für grenzüberschreitende Datenflüsse und Datenbewirtschaftung mit.

Ein zentraler Prozess im Jahr 2025 war die Überprüfung der Ergebnisse des **Weltgipfels über die Informationsgesellschaft (WSIS+20)**. Österreich forderte in diesem Rahmen ein offenes, freies, sicheres und zugängliches Internet unter Einbindung aller relevanten Akteure. Dem **Internet Governance Forum (IGF)** wurde in diesem Zusammenhang ein permanentes Mandat erteilt. Es bleibt die wichtigste globale Plattform für den Austausch zwischen Regierungen, Zivilgesellschaft, Privatsektor, Wissenschaft und technischer Community zu Themen wie Künstlicher Intelligenz, Plattformregulierung, Datenwirtschaft und Cybersicherheit.

Die OEZA unterstützet 17 Digitalisierungsprojekte in Partnerländern mit insgesamt 11,46 Millionen Euro.

Digitalisierung und Digitaler Humanismus sind auch Schwerpunkte der österreichischen **Auslandskultur- und Wissenschaftspolitik**. Beispiele dafür sind die abgehaltene Ausstellung „Imagine AI for Dignity – Feminine Visions for Regeneration“ und eine Digital Humanism Summer School, die in Kigali stattfand.

Zusätzlich fanden zahlreiche TechDiplomacyTalks in Wien und an österreichischen Vertretungsbehörden statt, etwa zu Künstlicher Intelligenz sowie zu Neuro- und Quantentechnologien.

5. Österreichische Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten

Die österreichische Entwicklungspolitik ist integraler Bestandteil der Außen- und Sicherheitspolitik. In einem zunehmend komplexen internationalen Umfeld kommt ihr eine wichtige Rolle bei der Förderung von Stabilität, nachhaltiger Entwicklung und langfristigen Partnerschaften zu. Um auch unter veränderten Rahmenbedingungen wirksam zu bleiben, muss sie zielgerichtet, kohärent und zukunftsorientiert ausgerichtet sein.

Geopolitische Krisenherde und **Budgetkürzungen** auf nationaler und internationaler Ebenestellten die Entwicklungszusammenarbeit vor große budgetäre Herausforderungen. Für Österreich bedeuten die budgetären Herausforderungen, dass es nur mit innovativen Ansätzen gelingen kann, die Qualität als verlässlicher, bewährter Partner beizubehalten und auszubauen. 2025 beliefen sich die ODA-Leistungen auf **1.625,1 Millionen Euro bzw. 0,33 % des Bruttonationaleinkommens**.

5.1 Strategische Weiterentwicklung der österreichischen Entwicklungspolitik

Das **Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2025-2027 (3JP)** wurde unter Federführung des BMEIA und BMF koordiniert und am 25. Juni vom Ministerrat angenommen. Das Dreijahresprogramm ist das Ergebnis eines umfassenden gesamtstaatlichen Konsultationsprozesses, in den alle relevanten Akteure und Stakeholder auf Bundesebene wie Bundesministerien und Parlament, aber auch Bundesländer, Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingebunden wurden. Erstmals wurden auch von Beginn an Schwerpunkt- und Partnerländer aktiv einbezogen.

Das Dreijahresprogramm hat für alle Ressorts und nachgeordnete Behörden auf Bundesebene Gültigkeit. Es legt Prinzipien, Zielsetzungen und Prioritäten fest und bildet die Dachstrategie der österreichischen Entwicklungspolitik (OEZA). Die thematischen Schwerpunkte liegen auf der Bewältigung humanitärer Krisen, Förderung nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, Sicherung des Friedens, Klimaschutz, und Unterstützung von Bildung und Wissenschaft.

Im Rahmen des Dreijahresprogramms wurde die **Dachmarke „International Partnerships Austria“** entwickelt. Sie sorgt für eine klare, gemeinsame Kommunikation und stärkt die kohärente und werteorientierte Öffentlichkeitsarbeit aller ODA-Akteure. Zugleich schärft sie das Profil Österreichs im Ausland und unterstützt einen glaubwürdigen Auftritt gegenüber Partnern.

Vor diesem Hintergrund koordiniert das BMEIA die Entwicklungspolitik und legt die strategische Ausrichtung fest, während die **Austrian Development Agency (ADA)** für die Implementierung von Programmen und Projekten in den Schwerpunktländern und -regionen verantwortlich ist. **Zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs)** sind dabei unverzichtbare Partnerinnen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

5.2 Förderung unternehmerischen Engagements

Für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Partnerländern ist die **Stärkung des lokalen Privatsektors** äußerst wichtig. Dazu bedarf es ausländischer Direktinvestitionen sowie der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen.

Wirtschaftspartnerschaften verbinden Entwicklungszusammenarbeit mit aktiver Standortpolitik. Sie liegen auch im Interesse Österreichs, müssen aber klar an den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit ausgerichtet sein, d.h. Armut verringern, menschenwürdige Arbeit schaffen und lokale Wertschöpfung stärken.

2025 wurden **49 von der ADA geförderte Kooperationen im Bereich Wirtschaft** & Entwicklung umgesetzt. Darunter befanden sich 27 Wirtschaftspartnerschaften mit einer Vertragssumme von insgesamt 17 Millionen Euro.

Im Dezember veröffentlichte die ADA die nächste Einreichrunde für Unternehmensprojekte - die **Business Partnership Challenge 2026.** Firmen aus dem EWR und der Schweiz – insbesondere österreichische Betriebe – sind eingeladen, Förderanträge einzureichen. Insgesamt 5 Millionen Euro stehen zur Verfügung, pro Vorhaben zwischen 500.000 Euro und 1 Million Euro.

Um ein förderliches Umfeld für Wirtschaftspartnerschaften zu schaffen und um österreichische Unternehmen besser als bisher zu erreichen, wurde das Förderinstrument **„Initiativen in Österreich“ (IÖ)** strategisch neu ausgerichtet. Das Internationalisierungs-Center Steiermark (ICS)

stellte eine gemeinsam mit der Fachhochschule Joanneum und der TPA European & Technology Consultants GmbH entwickelte Initiative vor. Unter dem Titel „Fit 4 Global Projects“ wurde ein praxisorientiertes Ausbildungs- und Begleitprogramm entworfen, das österreichische Unternehmen dabei begleiten wird, Investitionsvorhaben in Schwellen- und Entwicklungsländern professionell zu konzipieren und erfolgreich umzusetzen. Besonderer Wert wird auf die enge Zusammenarbeit mit Akteuren der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit sowie auf die frühzeitige und systematische Verankerung der SDGs in der Projekt- und Investitionsplanung gelegt.

5.3 Thematische Schwerpunkte

Geschlechtergleichstellung und die **Ermächtigung von Frauen und Mädchen** sind zentrale Anliegen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, da sie als wirksamer Hebel für nachhaltige Entwicklung, Armutsbekämpfung und globale Gerechtigkeit gelten. Österreich orientiert sich dabei am EU-Aktionsplan für Gender und Entwicklung III. Die Umsetzung der aktualisierten Leitlinie mit dem Schwerpunkt Frauen, Frieden und Sicherheit sowie des österreichischen Nationalen Aktionsplans zu VN-SR-Resolution 1325 wird insbesondere durch die Förderung lokaler Frauenrechtsorganisationen unterstützt, u.a. über den Women Peace and Humanitarian Fund der VN.

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums von VN-SR-Resolution 1325 wurden im Rahmen einer vom Global Network of Women Peacebuilders in Wien organisierten globalen Konferenz am 9. und 10. Februar gemeinsam mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern aus Georgien, Moldau, Aserbaidschan, Armenien und Uganda Empfehlungen zur stärkeren Verankerung der Agenda im Nexus Humanitäre Hilfe–Entwicklung–Frieden erarbeitet.

Im Bereich **Wasser und Siedlungshygiene** engagiert sich Österreich weiterhin in Moldau, Albanien, Mosambik, Uganda und dem palästinensischen Gebiet. In Moldau beteiligt sich Österreich an einem Programm der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zur Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung in benachteiligten Regionen. Darüber hinaus unterstützt die ADA das Projekt „LOCOMO – EU4Moldova“, das den Ausbau der Wasser- und Abwassersysteme sowie die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur vorantreibt. In Mosambik arbeitet sie mit der Provinz Sofala zusammen, um den Zugang zu sauberem Wasser für die ländliche Bevölkerung

zu verbessern. Ein beträchtlicher Anteil der humanitären Hilfe der ADA fließt in Notmaßnahmen für die Wasser- und Sanitärversorgung von Flüchtlingen in Ostafrika und im Nahen Osten.

Die Förderung **nachhaltiger Energie** ist ein weiterer Schwerpunkt. Zuverlässige und nachhaltige Energiesysteme ermöglichen es den Menschen in den Partnerländern, Armut zu überwinden, und tragen somit zu inklusiver Entwicklung sowie zur Sicherung von Frieden und Stabilität bei. Österreich unterstützt daher gemeinsam mit der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) den Aufbau von Regionalzentren für erneuerbare Energie und Energieeffizienz in Afrika und in kleinen Inselentwicklungsländern in der Karibik und im Pazifik. Besonders die Einbeziehung von Frauen und jungen Menschen ist ein wichtiger Faktor für das Gelingen einer fairen und nachhaltigen Transformation im Zuge der industriellen Dekarbonisierung und des grünen Wandels. Ergänzend dazu leistet Österreich einen Beitrag zum Treuhandfonds der Energie- und Umweltpartnerschaft EEP Africa, der innovative Projekte für erneuerbare Energien und Energieeffizienz im südlichen und östlichen Afrika fördert. Weiters gibt es ein Mentoring- und Trainingsprogramm für Frauen im südlichen Afrika, das ihre Partizipation und berufliche Entwicklung im Energiesektor fördert. Im Rahmen der Team Europe-Initiative engagiert sich Österreich im Programm „GET.pro“ für die Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Energiewende im südlichen Afrika und die Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte erneuerbarer Energien.

Die Förderung einer **nachhaltigen ländlichen Entwicklung** und die Stärkung der **Ernährungssicherheit** sind zentrale Ziele, da sie die Grundlage für menschliche Entwicklung, Stabilität und Armutsbekämpfung bilden. Österreich unterstützt Projekte, die die Resilienz und Ernährungssicherheit von Haushalten und Gemeinden stärken und zugleich eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume fördern. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Unterstützung kleinbäuerlicher Familienbetriebe, die durch ökologisches, nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaften ihre Lebensgrundlagen sichern und besseren Zugang zu lokalen und regionalen Märkten erhalten sollen. Die Zusammenarbeit umfasst unter anderem Projekte in den Schwerpunktländern Äthiopien und Mosambik sowie in Armenien und Georgien.

Ein zentraler Erfolgsfaktor ist die Bereitstellung und der Zugang zu klimaresilientem Saatgut, unter anderem durch die Förderung lokaler Saatgutproduktion sowie die Einhaltung von Qualitätsstandards und Zertifizierungen. Besonderes Augenmerk gilt der sozialen Inklusion benachteiligter und schutzbedürftiger Gruppen, um ihre gleichberechtigte Teilhabe

sicherzustellen und langfristig zu stärken. Der Fokus in Armenien und Georgien liegt auf der Förderung nachhaltiger Landwirtschaft und inklusiver ländlicher Entwicklung. Einige dieser Projekte werden mit Finanzierung der Europäischen Kommission umgesetzt. Sie konzentrieren sich einerseits auf die Förderung ökologischer Landwirtschaft bzw. „Green Agriculture“ im Rahmen des EU-GAIA-Projekts. Andererseits fördern sie beispielsweise im Rahmen von EU-Lead4Shirak die Regionalentwicklung, insbesondere durch die Unterstützung von Local Action Groups sowie die partizipative Erarbeitung lokaler Strategien und Pläne für eine inklusive soziale und wirtschaftliche Entwicklung.

Die Förderung von demokratischen Prozessen und der Aufbau menschenrechtsbasierter Rechtsstaatlichkeit sind zentrale Pfeiler der Entwicklungszusammenarbeit, da sie als Fundament für nachhaltige Entwicklung, wirtschaftliches Wachstum und die Wahrung von Menschenrechten dienen. Sie helfen, kurzfristige Projekte in langfristig wirksame Strukturen umzuwandeln. 2025 lag der Fokus auf dem Zugang zu gerechten justiziellen Dienstleistungen und Mediation sowie auf freien und fairen Wahlen und partizipativen lokalen Regierungsmodellen. Projekte wurden u.a. in Uganda, Äthiopien, im südlichen Afrika, in Südosteuropa sowie in Armenien und Georgien umgesetzt. Österreich war Ko-Vorsitz im Europäischen Netzwerk des „Team Europe Democracy" mit Schwerpunkt auf Medien und Digitales und erstmals Vizepräsident im **OECD Governance Network (GOVNET)**.

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der **Inklusion schutzbedürftiger Gruppen**, insbesondere von Menschen mit Behinderungen. Dazu wurden zwei Arbeitskreise mit Selbsthilfeorganisationen unter Leitung des BMEIA abgehalten. Im Bereich **Migration** sollen verbesserte soziökonomische Rahmenbedingungen in den Partnerländern die Ursachen für irreguläre Migration reduzieren.

Angesichts der weltweiten Zunahme von staatlicher Fragilität und bewaffneten Konflikten, einschließlich in Schwerpunktländern, kommt der **Förderung von menschlicher Sicherheit, Konfliktprävention und Frieden** als einem der drei Hauptziele der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit besondere Bedeutung zu. Kapazitätsentwicklung und Stärkung regionaler, nationaler und zivilgesellschaftlicher Institutionen für die Konflikt- und Gewaltprävention sind hier ein wichtiger Schwerpunkt.

Krisen erzeugen meist gleichzeitig akuten humanitären Bedarf, strukturelle Entwicklungshemmnisse und konfliktbezogene Herausforderungen. Diese Dimensionen lassen

sich in der Praxis nicht strikt voneinander trennen, weshalb insbesondere in Afrika südlich der Sahara gezielt Projekte gefördert werden, die einen integrierten Ansatz **„Nexus Humanitäre Hilfe-Entwicklung-Frieden" (HDP Nexus)** verfolgen, um wirksame, nachhaltige und kontextsensitive Lösungen zu ermöglichen. Da eine enge Verknüpfung von Klimawandel, Sicherheitsrisiken und geschlechtsspezifischer Ungleichheit belegt ist, unterstützt die ADA zudem Projekte, die einen geschlechtersensiblen Ansatz zur Klimawandelanpassung und Konfliktprävention verfolgen, um so zur Förderung von Geschlechtergleichstellung, Klimawandel-Resilienz und nachhaltigem Frieden beizutragen.

Am 28. November fand in diesem Kontext die **3C-Konferenz (**Koordiniert, komplementär und kohärent Handeln in fragilen Situationen) auf Burg Schlaining statt, eine gesamtstaatliche Tagung, die dem Dialog zwischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik dient. Der Fokus lag auf der Frage, wie Österreich in einem zunehmend fragilen internationalen Umfeld Kohärenz im gesamtstaatlichen Handeln sicherstellen kann. Nach einem Informationsaustausch zur Umsetzung von relevanten Regierungsstrategien wie der Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS), dem Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik, der Afrikastrategie sowie zum Politikfeld Migration erarbeiteten die Teilnehmenden eine gemeinsame Perspektive auf Risiken im Umfeld der EU, insbesondere in Osteuropa, Moldau/Südkaukasus und Westbalkan sowie der globalen Herausforderungen im Nahen Osten, Zentralasien und Iran/Türkei. Den Abschluss bildete eine Diskussion des neuen Bundes-Krisensicherheitsgesetzes und zur gesamtstaatlichen Resilienz.

Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und zählt daher auch zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen der VN. Mit dem Hochschulkooperationsprogramm APPEAR werden mehrjährige Partnerschaften zwischen Universitäten in den Schwerpunktländern gefördert. Ergänzend dazu unterstützt Österreich die Westbalkanländer bei ihrer Annäherung an den Europäischen Hochschul- und Forschungsraum. Im Bereich der Berufsbildung werden u.a. Kosovo, Albanien, Moldau und Burkina Faso bei Reformen unterstützt, die auf eine arbeitsmarktorientierte Ausbildung besonders für schutzbedürftige Gruppen wie Frauen und junge Mütter abzielen.

Klimaschutz und Klimawandelanpassung werden als Querschnittsthemen in alle Programme integriert. Ressourceneffizienz, Klimaschutz und -anpassung, Katastrophenrisikovorsorge und der Schutz von Ökosystemen und biologischer Vielfalt sind dabei zentrale Aspekte. **Umwelt- und**

Klimaschutz sowie Anpassung an den Klimawandel sind thematische Schwerpunkte der ADA-Regionalstrategie für den Westbalkan. Nachhaltige ländliche Entwicklung mit besonderem Fokus auf Wassermanagement, Umweltschutz sowie Anpassung an den Klimawandel und dessen Eindämmung ist zudem ein thematischer Fokus in Moldau gemäß der Rahmenstrategie für die Schwerpunktländer der Östlichen Partnerschaft.

Österreich fördert zudem gezielt Projekte, die Frauen den Zugang zu Land, ökonomischer Entwicklung und Übernahme von Führung im Kampf gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels ermöglichen. Ein von Österreich langjährig unterstütztes Leuchtturmprojekt ist die Great Green Wall Initiative, die bis 2030 rund 100 Millionen Hektar degradiertes Land in der Sahelzone wiederherstellen, 250 Millionen Tonnen Kohlenstoff binden und 10 Millionen grüne Arbeitsplätze schaffen soll. In dieses Projekt sind Frauen als Akteurinnen des Wandels besonders stark eingebunden.

5.4 Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Geografische Schwerpunkte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit

Die OEZA verfolgt die Ziele, Armut zu bekämpfen, Frieden zu fördern und Umwelt zu schützen und konzentriert sich v.a. auf ausgewählte Schwerpunktländer- und Regionen. Die **geographischen Schwerpunkte** umfassen Länder in Subsahara-Afrika (**Burkina Faso, Äthiopien, Uganda** und **Mosambik**), **das palästinensische Gebiet** sowie, im Rahmen der Östlichen Partnerschaft, **Armenien, Georgien und Moldau**. Zusätzliche **Schwerpunktregionen** sind der **Westbalkan**, insbesondere **Kosovo**, **Ostafrika** und das **südliche Afrika.**

Am wenigsten entwickelte Länder (Least Developed Countries, LDCs)

Bei der Unterstützung der ärmsten Länder fokussiert sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf Länder und Regionen in Subsahara-Afrika. Der regionale Ansatz für den Zeitraum 2020–2030 konzentriert sich auf Frieden und menschliche Sicherheit sowie auf ein integriertes, grenzüberschreitendes Wasserressourcenmanagement. Die Landesstrategien für die vier Schwerpunktländer **Äthiopien, Burkina Faso, Uganda** und **Mosambik** bilden dabei die Grundlage für die Arbeit vor Ort.

Der erfolgreiche Entwicklungspfad **Äthiopiens** wurde insbesondere durch den Konflikt in Tigray und weitere Unruhen im Norden des Landes unterbrochen, sodass sich manche Entwicklungsindikatoren wieder verschlechtern. Landesweit waren mit Ende 2025 4,7 Millionen Menschen intern vertrieben bzw. nach einer Binnenvertreibung zurückgekehrt und – laut den letzten offiziellen verfügbaren Zahlen aus 2024 – mehr als 21 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die schwierige Situation vor Ort macht Äthiopien zu einem potentiellen Herkunftsland für Flüchtlinge. Daher steht die Stärkung der Resilienz und der guten Regierungsführung im Mittelpunkt. Die Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich weiterhin auf die Region Amhara, mit besonderem Augenmerk auf den Kapazitätsaufbau und die Stärkung lokaler Einrichtungen und Organisationen.

In **Burkina Faso** liegt der Schwerpunkt auf nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung, Resilienz im ländlichen Raum sowie auf technischer und beruflicher Aus- und Weiterbildung. Burkina Faso machte in den letzten 20 Jahren große Fortschritte, erlebte aber in jüngerer Zeit eine Destabilisierung durch islamistische Terrorgruppen und nichtdemokratische Regimewechsel. Fast die Hälfte der über 20 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner lebt unter der Armutsgrenze. Da der gesamte Sahelraum Ausgangspunkt für irreguläre Migrationsbewegungen nach Europa ist, bleibt die Schaffung von Perspektiven vor Ort ein wichtiger Faktor, um Fluchtursachen zu bekämpfen. Aufgrund der schwierigen Sicherheitslage musste das **Koordinationsbüro in Ougadougou** mit 30. Juni geschlossen werden.

Als eines der wichtigsten Aufnahmeländer weltweit beherbergt **Uganda** rund 1,9 Millionen Flüchtlinge, weshalb ein besonderer Fokus auf die Flüchtlinge und ihre Aufnahmegesellschaften gelegt wird. Im Rahmen ihrer Uganda-Reise besuchte Außenministerin Beate Meinl-Reisinger am 16. Oktober das UNHCR Access Centre nahe Kampala. Das österreichische Engagement deckt 65 % des Bedarfs des UNHCR an Wasserversorgungs-, Sanitär- und Hygienemaßnahmen in den Flüchtlingssiedlungen Ugandas ab.

Mosambik leidet an den Folgen des Klimawandels und kämpft im muslimisch geprägten Norden (Provinz Cabo Delgado) gegen islamistische Terroristen, was über 600.000 Binnenvertriebene zur Folge hat. Der geografische Schwerpunkt der OEZA liegt in der Provinz Sofala, wo sich das Engagement auf nachhaltige Landwirtschaft, Ernährungssicherheit sowie auf die ländliche Wasserversorgung und Siedlungshygiene konzentriert. Ein von der ADA umgesetztes und von der EU finanziertes Projekt zur Verbesserung der Lebensbedingungen in von Konflikten betroffenen

ländlichen Gemeinden erzielte substanzielle Wirkungen in Friedensförderung, klimaresilienter Landwirtschaft, lokaler Infrastruktur und sozialer Inklusion und erreichte über 280.000 Menschen, mehrheitlich Frauen.

Neben der Arbeit in den Schwerpunktländern unterstützt die OEZA in **Subsahara-Afrika** auch regionale Einrichtungen. Zu den wichtigsten Partnern zählen neben der Afrikanischen Union die Regionalorganisationen, die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC), die Intergovernmental Authority on Development (IGAD) am Horn von Afrika und die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC).

Länder in Südosteuropa und dem Südkaukasus

Die Schwerpunktregion **Westbalkan** mit dem Schwerpunktland **Kosovo** sowie die Schwerpunktländer **Armenien**, **Georgien** und **Moldau** im Rahmen der **Östlichen Partnerschaft** werden bei der wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Beschäftigung, Berufs- und Hochschulbildung, Regierungsführung, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Institutionenaufbau sowie Umwelt und Klima. Die Armutsbekämpfung wird stets als zentrales Ziel berücksichtigt. Die Regionalstrategie für den Westbalkan unterstützt die Heranführung der Westbalkanstaaten an die EU noch gezielter.

Vor dem Hintergrund der steigenden Auswanderungsrate stehen im **Kosovo** Bildung – mit Fokus auf Hochschulbildung – sowie die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere im ländlichen Raum, im Mittelpunkt. In **Albanien** liegt der Schwerpunkt auf Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, arbeitsmarktorientierter Berufsbildung und Beschäftigungsfähigkeit sowie auf integriertem Wasserressourcenmanagement.

Die 2022 beschlossene Rahmenstrategie für die Schwerpunktländer in der **Östlichen Partnerschaft** wurde bis 2028 verlängert. In enger Abstimmung mit **Moldau** wurde die Rahmenstrategie für Entwicklung und EU-Assoziierung der Republik weiterentwickelt. Ein EU-finanziertes Projekt der ADA in Moldau unterstützt die bessere Ausrichtung der Berufsbildung am Arbeitsmarkt sowie die Verbesserung der Trinkwasserversorgung und der Siedlungshygiene in ländlichen Regionen.

Das österreichische Engagement im Südkaukasus unterstützt die beiden Schwerpunktländer **Georgien** und **Armenien** in den Bereichen nachhaltige ländliche Entwicklung sowie inklusive lokale Entwicklung und effektive Institutionen. In Georgien verfolgt die OEZA das Prinzip der Unterstützung einer Annäherung an die EU. Trotz bestehender politischer Herausforderungen bleibt Georgien Schwerpunktpunktland, jedoch mit Anpassungen an aktuelle Gegebenheiten. Während daher in einigen Teilbereichen ein schrittweiser Rückzug stattfindet, wird das Engagement im Bereich ländliche Entwicklung beibehalten. In Armenien ist über ein Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, obwohl nach dem Zerfall der Sowjetunion wichtige Absatzmärkte verloren gingen und durch die Zerschlagung der Großbetriebe sowohl technisches Wissen als auch Maschinen fehlen, was wiederum zu einer verstärkten Migration führt. In diesem Zusammenhang ist das von der EU und ADA finanzierte Projekt „Local Empowerment of Actors for Development (LEAD4Shirak)“ hervorzuheben. Dieses Programm stärkt das inklusive Wachstum in der Region Shirak durch die Förderung gemeindebasierter Entwicklungs- und Partnerschaftsinitiativen. Darüber hinaus unterstützt Österreich den Aufbau moderner und effizienter Verwaltungsstrukturen, um die notwendigen Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Engagement zu schaffen.

5.5. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungspolitische Prioritäten der Vereinten Nationen

Die österreichische Entwicklungspolitik in den VN war von sinkenden entwicklungsrelevanten Budgets sowie vom durch VN-GS António Guterres lancierten VN-Reformprozesses geprägt.

Die wichtige Arbeit der in Wien ansässigen **UNIDO** wird von Österreich weiterhin im Wege des Industrial Development Fund unterstützt. Dabei wählt Österreich v.a. Projekte in Partnerländern aus, die lokale Wertschöpfung stärken, wirtschaftliche Perspektiven vor Ort verbessern, mit der Global Gateway-Strategie der EU korrespondieren und wechselseitigen wirtschaftlichen Interessen entsprechen. So unterstützt Österreich im Rahmen von Global Gateway eine von Italien lancierte und von UNIDO umgesetzte Initiative für klimaresilienten Kaffeeanbau in Afrika. Gemeinsam mit der Universität für Bodenkultur werden in Uganda und Äthiopien gezielte Maßnahmen gesetzt, um die ökologische Resilienz im Kaffeeanbau zu stärken und dabei auch wirtschaftliche Perspektiven vor Ort zu schaffen, v.a. für Frauen und Mädchen.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss der VN-GV behandelte wie üblich ein breites Themenfeld an makroökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten nachhaltiger Entwicklung und arbeitete dazu in einem zunehmend kontroversen Umfeld über 40 Resolutionen aus. Österreich brachte sich konstruktiv in die Verhandlungen ein und fungierte u.a. als EU-Verhandler für die Resolutionen zur internationalen Finanzarchitektur bzw. zur nachhaltigen Entwicklung von Bergregionen sowie als Kofazilitator für die Resolution zu **Binnenentwicklungsländern (LLDCs)**. Das Engagement für LLDCs unterstrich Österreich zudem als Ko-Vorsitz des Vorbereitungskomitees der **3. internationalen Konferenz für LLDCs** vom 3.-5. August in Awaza (Turkmenistan), wo Österreich durch eine Delegation unter der Leitung von Staatssekretär Sepp Schellhorn hochrangig vertreten war. Die Konferenz gipfelte in der Annahme des Awaza Programmes of Action für LLDCs.

Österreich war zudem an der **4. Internationalen Konferenz für Entwicklungsfinanzierung (FfD4)** von 30. Juni bis 3. Juli in Sevilla vertreten. Die Konferenz beschäftigte sich mit allen Aspekten der Entwicklungsfinanzierung, von der Mobilisierung nationaler Finanzierungsquellen wie Steuern, Abgaben und Zöllen, über private Investitionen, Maßnahmen zur Reduktion der übermäßigen Verschuldung vieler Staatshaushalte, Rücküberweisungen und öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen zu Fragen des Welthandels und Technologietransfers. Im Zentrum der Diskussion standen insbesondere die Forderungen des Globalen Südens nach einer grundlegenden Reform der Internationalen Finanz- und Schuldenarchitektur. Die Konferenz gipfelte in der Annahme eines neuen 10-jährigen Aktionsprogramms, dem „Compromiso de Sevilla“. Das Aktionsprogramm setzt die politischen Leitlinien für die Weiterentwicklung der Entwicklungsfinanzierung in den nächsten zehn Jahren fest.

Bei der **21. UNIDO-Generalkonferenz** vom 23.-27. November in Riyadh wurde der ehemalige deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller für eine zweite Amtszeit als UNIDO-Generaldirektor wiederbestellt. Österreich unterstrich die Bedeutung der UNIDO mit hochrangiger Konferenzteilnahme durch Generalsekretär Nikolaus Marschik und legte seine inhaltlichen Schwerpunkte auf Afrika sowie **kleine Inselentwicklungsländer (SIDS)**.

Nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs)

2025 markierte das zehnjährige Bestehen der Agenda 2030 und ihrer **17 SDGs**. Österreich nutzte dieses Jubiläumsjahr, um sein Engagement für die Umsetzung der Agenda 2030 zu bekräftigen und zugleich frühzeitig auf veränderte internationale Rahmenbedingungen zu reagieren.

Zusätzlich setzte Österreich einen inhaltlichen Akzent zur Weiterverfolgung nachhaltiger Entwicklung nach 2030. Die Verhandlungen über einen globalen Rahmen für nachhaltige Entwicklung nach der Agenda 2030 sollen auf VN-Ebene mit dem SDG-Gipfel im September 2027 formell beginnen. In diesem Zusammenhang nutzte Österreich das jährlich stattfindende **SDG-Dialogforum** am 23. Oktober, um auf Ebene der Bundesverwaltung und unter Einbindung relevanter Interessengruppen eine erste strukturierte Diskussion über die Umsetzung der SDGs bis 2030 und darüber hinaus anzustoßen.

Auf Initiative des BMEIA wurde dafür das European Centre for Development Policy Management (ECDPM) eingebunden, das anlässlich des Dialogforums erste Szenarien für einen globalen Rahmen nach 2030 vorstellte. Diese wurden in thematischen Arbeitsformaten mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Dialogforums weiter vertieft.

Die von Österreich angestoßenen Arbeiten des ECDPM zu möglichen Szenarien für eine Post-2030-Agenda fanden in weiterer Folge auch auf EU-Ebene Resonanz. Die Überlegungen wurden vom dänischen Ratsvorsitz aufgegriffen, im Rahmen einer Sitzung der zuständigen Ratsarbeitsgruppe präsentiert und von den EU-Mitgliedstaaten erörtert. Österreich setzte damit auch auf EU-Ebene einen frühen inhaltlichen Impuls für die Debatte über die Zeit nach 2030.

Zugleich machte das SDG-Dialogforum deutlich, dass auch die innerstaatliche Umsetzung weiter geschärft werden muss. So wurde unter anderem unterstrichen, dass der Multi-Stakeholder-Ansatz bei der Umsetzung der SDGs weiterentwickelt und wissenschaftliche Expertise noch systematischer in Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollte. Die Bundesverwaltung verständigte sich darauf, diese Themen in weiterer Folge gezielt weiterzuverfolgen.

Österreich erreichte – trotz weiterhin bestehender Herausforderungen – erneut internationale **Spitzenplatzierungen bei der SDG-Umsetzung**. Im Europe Sustainable Development Report 2025 belegt Österreich Platz 4 von 34, im globalen Sustainable Development Report 2025 Platz 6 von 166.

Sein Engagement für die SDGs unterstrich Österreich außerdem durch eine Teilnahme am „**High Level Political Forum" (HLPF)** vom 14.-23. Juli in New York mit einer aus Vertreterinnen und Vertretern des BKA, BMEIA, BMJ und des Parlaments bestehenden Delegation unter der Leitung von Peter Launsky, Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers. Zudem nahm Österreich am UNECE Regional Forum on Sustainable Development vom 2.-3. April in Genf mit einer Delegation aus Vertreterinnen und Vertretern des BMEIA, BKA und der Jugenddelegierten der UNESCO-Kommission teil. Bei beiden Foren stand insbesondere die Einbeziehung der Jugend im Vordergrund.

Internationale Partnerschaften der Europäischen Union

Als wichtigster entwicklungspolitischer Akteur auf Geberseite kommt der EU mit ihren Mitgliedstaaten entscheidende Bedeutung zu, um ökonomische und ökologische Herausforderungen in nachhaltiger Weise auf globaler Ebene zu bewältigen. Angesichts der Tatsache, dass sich Chancen wie die Diversifizierung wirtschaftlicher Zusammenarbeit nur gemeinsam nutzen und Herausforderungen wie der Klimawandel nur gemeinsam bewältigen lassen, bleibt die EU ein entschiedener Verfechter einer regelbasierten internationalen Ordnung mit den VN im Zentrum. Vor dem Hintergrund aktueller Machtverschiebungen in den internationalen Beziehungen arbeitet Österreich als mittelgroßer Mitgliedstaat aktiv an einer weiteren Stärkung der zentralen Rolle der EU im entwicklungspolitischen Kontext mit.

Die Weiterentwicklung der EU-Entwicklungszusammenarbeit zu internationalen Partnerschaften im wechselseitigen Interesse wird von Österreich voll unterstützt. Im Team Europe-Ansatz werden dazu die Kapazitäten der EU, ihrer Mitgliedstaaten, deren Entwicklungsfinanzierungsagenturen und Entwicklungsbanken, der **Europäischen Investitionsbank (EIB)** sowie der **Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)** wirksam gebündelt. Die österreichischen Mittel werden dabei durch die fortlaufende Abstimmung zwischen BMEIA, ADA und **Oesterreichische Entwicklungsbank (OeEB)** gezielt zur Geltung gebracht.

Österreich beteiligt sich im Rahmen von Team Europe aktiv im Rahmen der **Global Gateway-Strategie**, der Infrastruktur- und Investitionsoffensive der Europäischen Kommission**.** Global Gateway zielt darauf ab, Entwicklungspolitik, Außenwirtschaft und geopolitische Interessen der EU stärker zu verknüpfen und bis 2027 bis zu 400 Milliarden Euro zu mobilisieren. Die Infrastrukturinitiative Global Gateway soll Partnerschaften auf Augenhöhe ermöglichen, die

Armut verringern, lokale Wertschöpfung stärken und Menschenrechts- und Umweltstandards sichern. Österreich setzt sich dafür ein, dass Projekte am Bedarf der Partnerländer ausgerichtet sind, die Zivilgesellschaft und Parlamente einbezogen wird und Sorgfaltspflichten gelten. Im Mittelpunkt steht die Ausgestaltung von beidseitig nutzbringenden Partnerschaften mit Partnerländern. Global Gateway verfolgt einen 360°-Ansatz, der Infrastruktur, Wissen und Technologie ganzheitlich und wertebasiert verbindet. Beispiele dafür sind der Südliche Wasserstoffkorridor aus Nordafrika, der Lobito-Schienenverkehrskorridor im südlichen Afrika und der transkaspische Transportkorridor zwischen Europa und China. Im Dezember wurde zu diesem Zweck das „Team Austria“, bestehend aus BMEIA, BMF, BMWET, OeKB, OeEB, WKÖ und ADA, gegründet. Es bündelt nationale Ressourcen, um österreichische Positionen auf EU-Ebene einzubringen und die aktive Beteiligung österreichischer Akteurinnen und Akteure, insbesondere der Wirtschaft, gezielt zu stärken.

Im EU-Rahmen beteiligt sich Österreich aktiv an der Gestaltung nachhaltiger Entwicklungspolitik in fragilen Umfeldern. Besonders im Krisenbogen von Südosteuropa über den Südkaukasus und den Nahen Osten bis nach Subsahara-Afrika spielt die Verknüpfung von humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden eine entscheidende Rolle.

Österreich setzt sich für eine stärkere Kohärenz zwischen entwicklungs- und migrationspolitischen Ansätzen der EU ein. Dies betrifft insbesondere die Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration bei gleichzeitiger Förderung der Mobilität qualifizierter Arbeitskräfte. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Unterstützung technischer und beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie der Stärkung der Rolle von Frauen als Akteurinnen des Wandels für nachhaltige Entwicklung.

5.6 Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe

Österreich als solidarischer Partner

Das Büro der Vereinten Nationen für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) schätzte die 2025 **auf humanitäre Hilfe** angewiesen Menschen auf insgesamt über 305 Million. Aufgrund von Konflikten, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen waren über 120 Millionen Menschen zwangsvertrieben und rund 318 Millionen Menschen von akuter Ernährungsunsicherheit bedroht. Alleine in der Ukraine benötigten im vierten Jahr des russischen Angriffskrieges ein Drittel der Bevölkerung humanitäre Unterstützung. Im Nahen Osten hat sich

die bereits prekäre humanitäre Situation durch die Zuspitzung der Konflikte weiter verschlechtert. Der Konflikt im **Sudan** hat, gepaart mit Naturkatastrophen und einer Ernährungskrise, zur derzeit **größten humanitären Krise** weltweit und einer massiven Flüchtlingswelle in die Nachbarstaaten geführt.

In Reaktion auf diese dramatischen Entwicklungen beteiligt sich Österreich aktiv an der internationalen humanitären Hilfe. Die Mittel der österreichischen humanitären Hilfe beliefen sich **2025 insgesamt auf 87,19 Millionen** Euro, davon 50 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF), 15 Millionen Euro aus ADA-Mitteln, 2,5 Millionen Euro aus BMEIA-Mitteln sowie weitere Mittel aus dem BMI, BMLUK und dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMASGPK).

Die Mittel wurden in folgenden Regionen eingesetzt:

- **Ukraine**: 18,7 Millionen Euro;
- **Naher Osten**: 25,04 Millionen Euro;
- **Irak, Jemen**: 1 Million Euro;
- **Afghanistan**: 4 Millionen Euro;
- **Subsahara-Afrika**: 22 Millionen Euro;
- **Nordafrika**: 2,65 Millionen Euro;
- **Lateinamerika/Karibik**: 1,35 Millionen Euro;
- **Vanuatu**: 0,15 Millionen Euro;
- **Unterstützung für den Zentralen Nothilfefonds der VN und innovative Instrumente:** 12,3 Millionen Euro.

Indem Österreich Menschen in Krisenregionen hilft, trägt es dazu bei, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern, den Migrationsdruck zu verringern und einen wichtigen humanitären Beitrag zur nachhaltigen Stabilisierung der betroffenen Regionen zu leisten. Vulnerable Gruppen wie Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und Vertriebene stehen dabei im Mittelpunkt.

Ausgehend von der nationalen Strategie der humanitären Hilfe orientiert sich Österreich in seinem humanitären Engagement an den von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gebilligten humanitären Grundsätzen der Menschlichkeit, Unabhängigkeit, Neutralität und Unparteilichkeit. Es ist den Menschenrechten verpflichtet und folgt dem „Do no harm“-Ansatz, um unbeabsichtigte negative Auswirkungen zu vermeiden. Besonders berücksichtigt werden

Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Länder mit hohem Migrationspotenzial sowie die Ukraine, der Nahe Osten und der Sudan.

Unsere Partner

Die humanitäre Hilfe Österreichs wird mit professionellen Partnerorganisationen umgesetzt, darunter humanitäre Organisationen des Systems der Vereinten Nationen wie das **Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)** oder das **Welternährungsprogramm (WFP),** das **Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK),** die **Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung (IFRK)** oder österreichische humanitäre Nichtregierungsorganisationen. Ein zentraler Akteur ist zudem die **Generaldirektion für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO)**, die humanitäre Projekte weltweit unterstützt. Aufgrund seiner substanziellen finanziellen Beiträge ist Österreich in zahlreichen humanitären internationalen Organisationen und in Gremien der wichtigsten Geberstaaten vertreten, erhält dadurch privilegierten Zugang zu Informationen und kann die Aktivitäten der wichtigsten humanitären Partnerorganisationen mitgestalten.

Humanitäre Krisen in der Ukraine, dem Nahen Osten, Afghanistan und Subsahara-Afrika

Zur Unterstützung der humanitären Hilfe bedürfenden Bevölkerung in der Ukraine und ihren Nachbarländern wurden 18,7 Millionen Euro für humanitäre Entminung, Basisversorgung, Überwinterungsprogramme sowie Hilfsmaßnahmen für Vertriebene bereitgestellt. Über den **EU-Zivilschutzmechanismus (UCPM)** lieferte Österreich außerdem Hilfsgüter in die Ukraine und ihre Nachbarländer. Die Sachspenden umfassten Elektromotoren, Medikamente, Schutzhelme, Bestandteile für Kraftwerke und mobile Stromgeneratoren. Das BMI koordinierte Auslandseinsätze der Katastrophenhilfe mit Unterstützung durch weitere Ministerien.

Ein Fokus der österreichischen Unterstützung für UNICEF in der **Ukraine** (4 Millionen Euro) sind Einrichtung, Ausstattung und Schutz von Pflegeeinrichtungen für Kinder. So hat UNICEF z.B. seit Kriegsbeginn fast 200 Schutzräume für Schulen und Kindergärten in Stand gesetzt. Der städtische Kindergarten Nr. 686 in Kyjiw/Swetoschin wurde während eines intensiven russischen Angriffs am 31. Juli stark beschädigt und in der Folge von UNICEF für das Notfallwiederaufbauprojekt ausgewählt. Durch die von Österreich finanziell unterstützte Wiederherstellung insbesondere von

Fenstern und Türen und durch Nutzung des Schutzraumes konnten wieder 150 Kinder den Kindergarten besuchen.

Für den **Nahen Osten** und das **palästinensische Gebiet** setzte Österreich 25,04 Millionen Euro für Flüchtlingshilfe, Nahrungsmittelversorgung und Basisversorgung ein. Im **Libanon** leiden die Menschen, darunter – mit Stand Ende 2025 – 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge, seit Jahren unter schweren humanitären und sozioökonomischen Krisen und Konflikten. Das Rote Kreuz verbesserte beispielsweise mit einer österreichischen Unterstützung von 3,2 Millionen Euro den Zugang zu **Wasser-, Sanitär- und Hygienediensten (WASH)** für Geflüchtete und Aufnahmegemeinschaften. 6.000 Schüler und Schülerinnen in 11 Schulen profitierten von gender-sensiblen, inklusiven WASH-Einrichtungen, die in Krisenzeiten auch als Notunterkünfte dienen. Auch in Zeltsiedlungen wurden die Lebensbedingungen von rund 250 Haushalten syrischer Flüchtlinge verbessert. Weitere Schwerpunkte lagen auf Menstruationshygiene-Initiativen für ca. 2.000 Frauen und Mädchen, solarbetriebenen Wassersystemen und Notfall-WASH-Interventionen in Notunterkünften zur Deckung von Grundbedürfnissen.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen in **Afghanistan** flossen vier Millionen Euro in humanitäre Maßnahmen. Die österreichische Unterstützung orientiert sich dabei strikt an Bedarf und den humanitären Grundsätzen. Mit österreichischer Unterstützung in Höhe von 1 Million Euro 2025 betreibt z.B. UN Women unter anderem zwei Familienzentren in Nawa und Nad-e-Ali (Provinz Helmand), ein drittes befindet sich im Aufbau. In diesen Zentren werden Beratungen, kinderfreundliche Aktivitäten und Unterstützung für schutzbedürftige Frauen, Kinder und Familien angeboten. Über 3.200 Frauen und Mädchen erhielten durch die Beratungsangebote Unterstützung in psychosozialer Gesundheit, über 4.500 Kinder und Begleitpersonen nahmen an spielerischen Aktivitäten teil, um frühkindliche Entwicklung und psychische Widerstandsfähigkeit zu stärken.

Zur Bekämpfung von Hunger, zur Unterstützung von Flüchtlingen und zur Stabilisierung fragiler Gesundheitssysteme wurden 22 Millionen Euro für **Subsahara-Afrika** bereitgestellt. Zusätzlich wurde eine Million Euro für Maßnahmen zur Bewältigung von Flüchtlingsbewegungen in Libyen zur Verfügung gestellt.

Österreich stellte 2025 etwa 1 Million Euro für humanitäre Maßnahmen des UNHCR im **Südsudan** bereit. Durch die Hilfestellung erhielten rund 137.100 Vertriebene und Rückkehrende aus dem

Sudan essentielle Schutzleistungen, wie psychosoziale Hilfe, Rechtsberatung, Kinderschutz und Unterstützung für Überlebende geschlechtsbasierter Gewalt. Außerdem konnten über 23.200 Vertriebene und Rückkehrer mit Notunterkünften versorgt werden. Etwa 143.000 Personen erhielten Hilfsgüter wie z.B. Decken, Kochsets und Hygieneartikel.

Globale Ernährungssicherheit

Angesichts der anhaltenden Nahrungsmittelkrise in zahlreichen Regionen weltweit setzte Österreich seine Unterstützung für globale Ernährungssicherheit, mitunter im Rahmen der **Strategischen Partnerschaft mit dem Welternährungsprogramm (WFP)**, fort. Insgesamt beliefen sich die Mittel für Nahrungsmittelhilfe über das WFP auf **23 Millionen Euro** (davon 15 Millionen Euro aus Mitteln des BMLUK und der ADA für Regional- und Länderprogramme, 6 Millionen Euro für den Immediate Response Account sowie 2 Millionen Euro aus BMEIA-Mitteln für den Innovation Accelerator). Zudem unterstützte Österreich weiterhin die Initiative „Food from Ukraine“ – seit Kriegsbeginn mit insgesamt 11,6 Millionen Euro (aus AKF-, ADA- und BMLUK-Mitteln) – um Getreideexporte aus der Ukraine in von Hunger betroffene Regionen weltweit sicherzustellen.

Die mehrjährige Förderung des WFP Innovation Accelerator durch das BMEIA zielt darauf ab, innovative Ansätze zu identifizieren und wirkungsvolle, nachhaltige sowie kosteneffiziente Lösungen im Kampf gegen den Hunger zu unterstützen und weltweit zu skalieren. WFP entwickelte etwa gemeinsam mit Partnern aus dem Privatsektor das KI-Tool SKAI, das Künstliche Intelligenz und Satellitenbilder nutzt, um Gebäudeschäden und humanitäre Notlagen nach Katastrophen nahezu in Echtzeit zu bewerten. Studien zeigen, dass SKAI bis zu dreizehnmal schneller arbeitet und dabei 77 % kostengünstiger ist, wodurch der Bewertungszeitraum von zuvor mehreren Wochen auf unter 48 Stunden verkürzt werden kann. So bewertete SKAI Schäden an nahezu 500.000 Gebäuden nach dem Erdbeben in Myanmar im März und an mehr als 300.000 Gebäuden nach dem Zyklon in Sri Lanka im November. Diese Effizienzsteigerung ermöglicht eine frühe, datengestützte und zielgerichtete Bereitstellung humanitärer Hilfe.

6. Außenwirtschaft

6.1 Umfeld, Interessen, Ziele und Perspektiven

Für Österreich spielen der Außenhandel sowie gute handelspolitische Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle. 2025 war vom zunehmenden **Protektionismus der wirtschaftlichen Großmächte** geprägt, wobei verstärkt auf Zölle und Handelsbarrieren gesetzt wurde. Diese Entwicklungen führten zu einer Fragmentierung der Weltwirtschaft sowie **steigender wirtschaftlicher Instabilität.**

Die wirtschaftliche Sicherheit soll v.a. durch den Ausbau internationaler Partnerschaften sowie der Stärkung von Lieferketten resilienter gemacht werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Industrie, die in Österreich traditionell stark und mit innovativen und wettbewerbsfähigen Unternehmen weltweit aktiv ist. 2025 wurde mit der Erarbeitung einer **Industriestrategie** begonnen, die eine klare Richtung vorgeben sowie ein deutliches Bekenntnis zum Produktionsstandort Österreich und zur heimischen Industrie abgeben soll. So kann Österreich auch unter veränderten geopolitischen Bedingungen Resilienz durch faire und stabile Handelsbedingungen schaffen.

Das BMEIA und sein **globales Netzwerk aus Vertretungsbehörden** tragen zum Erfolg der Exportnation Österreich bei. Durch strategische Außenwirtschaftsbeziehungen, Serviceleistungen und gezielte Unterstützung für österreichische Unternehmen öffnet das BMEIA Türen, unterstützt bei Problemen und positioniert Österreich im Rahmen internationaler Großveranstaltungen, wie z.B. der EXPO 2025 in Osaka als innovativen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort. Jährlich setzt das BMEIA gemeinsam mit den Wirtschaftsvertretungen **über 2.500 Maßnahmen zur Förderung der österreichischen Wirtschaft** um. Dazu zählen **Behördengespräche**, die **Übergabe von Unternehmensmemoranda**, die **Bewerbung des österreichischen Wirtschafts- und Tourismusstandortes** sowie **Beratung, Informationsbeschaffung und Kontaktvermittlung**. Eine enge Zusammenarbeit mit den **AußenwirtschaftsCentern der WKÖ** bildet dabei das Fundament.

Ziele und Perspektiven

Außenwirtschaftlich wirkten sich die geopolitischen Entwicklungen besonders im Bereich der wirtschaftlichen **Versorgungssicherheit** aus. Im Bereich der Lieferketten wurde die Bedeutung einer resilienten Versorgung insbesondere von kritischen Rohstoffen deutlich. Außenwirtschaftsbeziehungen werden zunehmend als Druckmittel eingesetzt. Um dieser Praxis entgegenzuwirken, hat die EU unter anderem die **europäische wirtschaftliche Sicherheitsstrategie (EESS)** ins Leben gerufen. Die Strategie setzt auf einen umfassenden Ansatz, um wirtschaftliche Risikoszenarien frühzeitig zu erkennen und wirksam darauf zu reagieren. Auch Österreich beteiligt sich aktiv an der Strategie.

Im Zentrum des außenwirtschaftlichen Handels Österreichs steht zudem die **Welthandelsorganisation (WTO)**, die 2025 ihr 30-jähriges Bestehen gefeiert hat. Der Paradigmenwechsel vom freien Handel zu steigendem Protektionismus stellt auch die WTO zunehmend vor Herausforderungen. 2026 wird die 14. Ministerkonferenz in Jaunde stattfinden. Dabei sollen zentrale Reformvorhaben im Mittelpunkt stehen.

Die EU und Österreich setzen sich in diesem Zusammenhang aktiv für eine **dringende und tiefgreifende Reform der Organisation sowie ihres Streitbeilegungssystems** ein, um deren Bedeutung und Wirksamkeit auch in Zukunft zu sichern. Strategische Abhängigkeiten machen Zusammenarbeit unabdingbar: Die Erschließung neuer Märkte, v.a. in Regionen mit zunehmender Bedeutung für kritische Rohstoffe und Schlüsseltechnologien, sind ein zentrales Element für die österreichische Außenwirtschaft.

Im Hinblick auf die langfristige Sicherung und Stabilisierung strategisch wichtiger Lieferketten, besonders im Bereich der kritischen Rohstoffe, streben die USA danach, durch Einbeziehung der EU und weiterer Drittstaaten einen harmonisierten Prozess als Gegengewicht zu Chinas Monopolstellung einzurichten.

Aus diesen Entwicklungen ergeben sich klare Perspektiven für die Zukunft. Einerseits ist zu erwarten, dass die Rahmenbedingungen des Außenhandels durch die anstehende WTO-Reform in neue Form gebracht werden. Darüber hinaus wird erwartet, dass die EU ausstehende Verhandlungen zu Freihandelsabkommen vorantreiben wird.

6.2 Point of Contact Ukraine-Wiederaufbau (PoC)

Die Weltbank schätzt den **Wiederaufbaubedarf der Ukraine auf 588 Milliarden US-Dollar** über die nächsten zehn Jahre. Dies erfordert eine koordinierte internationale Anstrengung, die nicht allein durch staatliche Mittel bewältigt werden kann. Private Investitionen sind unerlässlich. Der Wiederaufbau richtet sich nach dem Bedarf der Ukraine, eröffnet aber gleichzeitig auch wirtschaftliche Chancen für die österreichische Wirtschaft. Die österreichische Bundesregierung setzt sich daher dafür ein, österreichische Unternehmen in ihrer Beteiligung am Wiederaufbau der Ukraine zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund wurde **Wolfgang Anzengruber** am 30. April zum **österreichischen Regierungskoordinator für den Ukraine-Wiederaufbau** bestellt. Der Regierungskoordinator ist im BMEIA angesiedelt, fungiert als Ansprechperson für unternehmensspezifische Anliegen und koordiniert die Bemühungen im Hinblick auf den Wiederaufbau zwischen den verschiedenen Stakeholdern in Österreich sowie den ukrainischen und europäischen Partnern. Er wird durch den seit Jänner 2024 bestehenden **Point of Contact für den Ukraine-Wiederaufbau im BMEIA** unterstützt. Die effektive Zusammenarbeit mit zahlreichen Partnern, darunter dem Bundeskanzleramt, den Bundesministerien, der OeKB, den Bundesländern sowie Städte- und Gemeindebund und Wirtschaftsverbänden steht dabei im Mittelpunkt. Der Austausch mit dem österreichischen Vertretungsnetz im Ausland, insbesondere mit der Botschaft und dem AußenwirtschaftsCenter in Kyjiw, ist dabei essenziell. Zudem besteht direkter Kontakt zum „Ukraine Service“ der Generaldirektion für Erweiterung und östliche Partnerschaft (**DG ENEST**) der Europäischen Kommission, der durch eine entsandte Mitarbeiterin des BMEIA in Brüssel unterstützt wird.

Vor Beginn des russischen Angriffskriegs war Österreich der **sechstgrößte ausländische Investor in der Ukraine**. Rund 1.000 österreichische Unternehmen sind dort aktiv, davon **200 mit eigenen Niederlassungen.** Trotz der aktuellen Unsicherheiten sind viele Betriebe weiterhin auf dem ukrainischen Markt präsent. Mit der **Konstituierung von vier branchenspezifischen Clustern** (Energie, Bau, Infrastruktur/Mobilität, Finanzinstitutionen und Versicherungen) und den geplanten konstituierenden Sitzungen der Cluster Land- und Forstwirtschaft sowie Gesundheit, konnte ein strukturierter Rahmen zur gezielten **Unterstützung der Aktivitäten von etwa 300 österreichischen Unternehmen** in der Ukraine geschaffen werden. Zudem hat Regierungskoordinator Wolfgang Anzengruber wesentliche Fortschritte bei der Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Ukraine erzielt. Österreich wurde etwa im September als **Beobachter in die Ukraine Donor**

Plattform aufgenommen, eine zentrale internationale Koordinierungsplattform des kurz- und mittelfristigen Wiederaufbaubedarfs.

Neben dem kontinuierlichen Ausbau von Strukturen und Netzwerken auf nationaler und internationaler Ebene begleitet der Regierungskoordinator **zahlreiche Veranstaltungen und Delegationsreisen in die Ukraine mit Bezug zum Wiederaufbau**. So nahm er etwa an der **Ukraine Recovery Conference (URC)** vom 10.-11. Juli in Rom oder bei der **ReBuild Ukraine** vom 13.-14. November in Warschau teil.

6.3 Das Unternehmensservice des Außenministeriums und ReFocus Austria

Die **Unterstützung österreichischer Unternehmen** bei der Wahrung ihrer Rechte und Interessen im Ausland ist neben der Unterstützung österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Ausland eine der Kernaufgaben des BMEIA und seiner Vertretungen. Die zentrale Anlaufstelle für die österreichische Wirtschaft und heimische Unternehmen im BMEIA ist das **Unternehmensservice**. Dieses arbeitet eng mit den österreichischen Botschaften und Konsulaten sowie den AußenwirtschaftsCentern der WKÖ zusammen.

Das Außenministerium agiert als **Türöffner, Vernetzer und Fürsprecher der Interessen Österreichs im Ausland.** So setzt sich das Außenministerium im Wege der Wirtschaftsdiplomatie z.B. für österreichische Unternehmen ein, wenn diese etwa durch Verstöße gegen die Regeln des europäischen Binnenmarktes benachteiligt werden. Dasselbe gilt für rechtsstaatlich bedenkliche Eingriffe, ungerechtfertigte Steuervorschreibungen, schlechte Zahlungsmoral ausländischer öffentlicher Auftraggeber oder eine Schlechterstellung österreichischer Investitionen. Die Vertretungsbehörden stehen österreichischen Unternehmen vor Ort in Form von Vorsprachen durch österreichische Diplomatinnen und Diplomaten – je nach Anlassfall im Alleingang oder gemeinsam mit anderen EU-Staaten – ebenso zur Seite wie durch die Vermittlung von Terminen bei hochrangigen Entscheidungstragenden. Auch durch strategische Besuchsdiplomatie, etwa im Zuge von politischen Reisen oder **Wirtschaftsmissionen**, unterstützt das BMEIA österreichische Unternehmen bei der Bewerbung des Know-hows „Made in Austria“ und der aktiven Positionierung in Zukunftsmärkten.

Darüber hinaus vertreten österreichische Diplomatinnen und Diplomaten die Interessen der heimischen Wirtschaft bei Verhandlungen in internationalen Foren wie den VN, der OECD oder

der EU. Weitere Unterstützung bietet das BMEIA Unternehmen durch Wirtschaftspartnerschaften im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, Beratungen zu Sanktionsfragen, wirtschaftspolitische Analysen, Hilfe bei Visafragen sowie Netzwerkveranstaltungen.

Mit der wirtschaftsdiplomatischen Initiative **ReFocus-Austria** verstärkt das BMEIA seine Bemühungen, Österreichs Krisenfestigkeit durch maßgeschneiderte Veranstaltungen und Aktivitäten im Ausland zu stärken und neue wirtschaftliche Chancen zu erschließen. ReFocus-Austria präsentiert Österreich als attraktiven Wirtschaftsstandort sowie als Tourismusdestination und bewirbt die Expertise heimischer Spitzenunternehmen. Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt dabei auf sieben Zukunftsbereichen: **erneuerbare Energien, E-Mobilität, Nachhaltigkeit, digitale Transformation, Infrastruktur, Urban Technology und Tourismus**. Mit der weltweiten Vermarktung der Marke „Made in Austria“, die für ausgezeichnete Qualität, Zuverlässigkeit und hohe Ingenieurs- bzw. Handwerkskunst bürgt, sollen Arbeitsplätze gesichert und Investitionen in Österreich weiter ausgebaut werden.

Das Regierungsprogramm 2025-2029 sieht zur Stärkung internationaler Partnerschaften und Kooperationen eine Weiterentwicklung der Initiative ReFocus-Austria vor. Gemäß dem Motto Global.Connected.Success hat das BMEIA gemeinsam mit den „Team Austria“-Partnern – dem BMWET und weiteren Bundesministerien, der WKÖ und Austria Tourism – bis Ende des Jahres **rund 880 Projekte und Veranstaltungen in über 90 Ländern** realisiert. Mehr als 5.100 österreichische Unternehmen konnten davon profitieren. Zudem trugen 130 hochrangige politische Besuche dazu bei, Österreich im Ausland sichtbarer zu machen, Spitzentechnologien zu bewerben und Unternehmen bei ihrem Markteintritt zu unterstützen.

Das Unternehmensservice führt das internationale Besuchsprogramm **Austrian Leadership Programs (ALPS)** durch. Regelmäßig lädt das BMEIA dabei 20 bis 25 internationale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien und Kultur nach Österreich ein. Ziel ist es, Österreich als modernen Wirtschafts- und Innovationsstandort sowie als wichtigen Akteur in Zentraleuropa zu präsentieren. ALPS bietet österreichischen Unternehmen die Möglichkeit, sich potenziellen internationalen Partnern vorzustellen. 2025 fanden zwei Durchgänge statt. Das weltweite ALPS-Alumni-Netzwerk ist mittlerweile auf über 400 Alumni angewachsen.

Durch die Veranstaltungsreihe **„Business Location Austria“** informiert das Unternehmensservice das diplomatische Corps in Wien über den Wirtschaftsstandort Österreich. Gleichzeitig bietet das Format „Meet the Ambassadors“ heimischen Unternehmen die Möglichkeit, während der Botschafterinnen- und Botschafterkonferenz mit den österreichischen Vertretungen weltweit in Kontakt zu treten, ohne selbst reisen zu müssen.

Gemeinsam mit der WKÖ betreibt das BMEIA das **Tech-Diplomatie-Büro OPEN AUSTRIA im Silicon Valley.** Diese Initiative verbindet Innovation, Technologie und Wirtschaft und dient als Schnittstelle für österreichische Startups und Unternehmen in der US-Technologie-Branche. Seit 2025 besteht darüber hinaus eine Präsenz dieser Erfolgspartnerschaft auch an der US-Ostküste mit Standorten in Washington D.C. und Boston. **OPEN AUSTRIA East Coast** ist dort Brückenbauer für österreichische Unternehmen und Forschende mit den inhaltlichen Schwerpunkten Life Sciences und Startups in Boston sowie Digitalpolitik und Wissenschaft in Washington D.C.

7. Konsularisches

Arbeitsfelder der Konsularsektion

Die Konsularsektion des BMEIA und die österreichischen Vertretungsbehörden bieten umfassende Serviceleistungen für im Ausland lebende sowie reisende Österreicherinnen und Österreicher. Sie reichen von der Ausstellung eines Notpasses bis hin zur Unterstützung bei Krisensituationen, einschließlich Evakuierungen.

7.1 Bürgerservice und Krisenmanagement im Ausland

Erfolgreiche Evakuierungen aus Krisengebieten

Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Iran im Juni konfrontierten das Bürgerservice mit großen Herausforderungen. So gelang es dem BMEIA in einer gemeinsamen Anstrengung mit den österreichischen Vertretungsbehörden in Ankara, Amman, Jerewan, Kairo, Teheran, Tel Aviv sowie Tiflis, 72 österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus dem Iran und 119 aus Israel zu evakuieren**.** Neben den rund 200 österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern wurden weitere 160 Personen, darunter v.a. Familienangehörige und in Not geratene EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, bei der Ausreise aus den Krisengebieten unterstützt. Die durch das BMEIA ermöglichten Evakuierungen erfolgten über den Landweg mit Bussen sowie über den Luftweg mit einem Charterflugzeug der Austrian Airlines.

Wie sicher ist mein Urlaubsland?

Um diese wichtige Frage noch klarer und anschaulicher zu beantworten und Österreicherinnen und Österreichern eine bestmögliche Entscheidungsgrundlage für sichere Auslandsreisen bereitzustellen, wurde das System der Reisesicherheitsstufen neugestaltet**.** Mit 1. Oktober führte das Außenministerium eine **Vereinfachung der Sicherheitsstufen im Rahmen der Reiseinformationen** auf seiner Website ein. Durch dieses neue Ampelsystem gibt es nur mehr vier statt der bisherigen sechs Sicherheitsstufen, die farblich klar gekennzeichnet sind. Auf der Landkarte der Reiseinformationen werden Länder bzw. Regionen, für die eine Reisewarnung durch das BMEIA ausgesprochen wurde, in Rot dargestellt. Länder bzw. Regionen mit der Sicherheitsstufe 3 (hohes Sicherheitsrisiko) werden in Orange gekennzeichnet, jene mit der

Sicherheitsstufe 2 (Sicherheitsrisiko) in Gelb und jene mit der Sicherheitsstufe 1 (guter Sicherheitsstandard) in Grün.

Die höchste Stufe bleibt die Reisewarnung**,** die der Sicherheitsstufe 4 entspricht. Reisewarnungen werden in der Regel nur in besonderen Krisensituationen ausgesprochen, z.B. bei kriegs- oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen in einem Land, wenn eine generelle Gefährdung für Leib und Leben besteht. Die Einstufung der Sicherheitssituation in den jeweiligen Ländern wird aufgrund umfangreicher Informationen von österreichischen und europäischen Vertretungsbehörden vorgenommen und regelmäßig aktualisiert.

Darüber hinaus werden Reisende seit 1. Oktober per Roaming-SMS nach dem Grenzübertritt auf die zuständige österreichische Vertretungsbehörde und deren Erreichbarkeit hingewiesen.

Weltweit an Ihrer Seite, wenns drauf ankommt – prämiert durch den Verwaltungspreis 2025

Die steigende Reiselust und Mobilität von Österreicherinnen und Österreichern, eine höhere Konnektivität durch Flugverbindungen und erschwinglichere Preise für Transportmittel ermöglichen gemeinsam mit Online-Buchungsplattformen und Reise-Apps eine weithin unkomplizierte Planung und Organisation von Reisen. Digitale Tools wie Übersetzungs-Apps, Navigationsprogramme usw. unterstützen bei der Überwindung von Barrieren im Ausland.

Das BMEIA bietet mit der Auslandsservice-App eine innovative und benutzerfreundliche digitale Lösung für die Betreuung von österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern im Ausland. Sicherheit, Kommunikation und Service bilden die drei Säulen der Auslandsservice-App und stellen das Herzstück einer effizienten Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern dar.

Die Auslandsservice-App des BMEIA liefert aktuelle Länderinformationen, Reisehinweise und Reisewarnungen zu rund 200 Ländern. Darüber hinaus stellt die **Auslandsservice-Registrierung** sicher, dass das BMEIA sowie die Vertretungsbehörden im Ernstfall rasch mit den registrierten Reisenden sowie Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreichern in Kontakt treten können.

2025 waren rund 115.000 Reisende und 200.000 Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher beim BMEIA registriert**.** Registrierte Personen wurden vor potentiell bedrohlichen Ereignissen gewarnt, wie etwa vor Wirbelstürmen oder politischen Konflikten.

Registrierte, die sich in einem Krisen- oder Katastrophengebiet aufhielten, wurden mittels Kriseninformationen über bestehende Unterstützungsmöglichkeiten informiert.

Die Auslandsservice-App des BMEIA konnte als innovative digitale Lösung das **Community Voting des Österreichischen Verwaltungspreises 2025** für sich entscheiden. Besonders hervorgehoben wurde die Möglichkeit zur Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern im Bedarfsfall durch Warnungen und Verständigungen. Der Verwaltungspreis wird seit 2008 alle zwei Jahre vergeben. Er zielt darauf ab, Projekte auszuzeichnen sowie Erfahrungsaustausch und Vernetzung zu fördern. Benutzerfreundliche und innovative Lösungen werden so für andere Projekte und Organisationen nutzbar. Für den Verwaltungspreis 2025 gab es insgesamt 149 gültige Projekt-Einreichungen in sechs unterschiedlichen Kategorien sowie zwei Sonderkategorien.

Auslandsservice in Zahlen

Täglich aktualisierte Inhalte der **Website des BMEIA** – etwa länderspezifische Reiseinformationen, Sicherheitshinweise, Einreisebestimmungen, Betreuung bei Notfällen im Ausland, Pass und Visum bei Reisen sowie Reisewarnungen – wurden 2025 **über 5 Millionen Mal** abgerufen**.** Das Bürgerservice beantwortete **über 2.200 Anfragen** per E-Mail. **Rund 1.200 Österreicherinnen und Österreichern** konnte das BMEIA bei Erkrankungen und Unfällen im Ausland sowie bei politischen Unruhen Hilfe leisten.

Die **24/7 -Notfallhotline** des Bürgerservice nahm im Jahr 2025 **insgesamt 18.823 Anrufe** entgegen. Das sind im Durchschnitt 50 Anrufe pro Tag bei einer Gesamtgesprächsdauer von 850 Stunden.

7.2 Visum und Aufenthalt

Mit Stichtag 31. Dezember konnten österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit einem gewöhnlichen Reisepass in **165 Staaten visumfrei einreisen**, in 41 davon mit einem Personalausweis. In vier Staaten war vor der Einreise eine elektronische Registrierung erforderlich. Für Staatsangehörige von 106 Staaten besteht eine Visumpflicht für die Einreise nach Österreich. Visa für Österreich können nicht nur bei österreichischen Vertretungsbehörden, sondern in bestimmten Ländern auch bei Botschaften anderer Schengen-Staaten oder in Visazentren eines externen Dienstleisters beantragt werden. Insgesamt gibt es weltweit rund 300 Standorte, an denen ein Visumantrag gestellt werden kann.

Die österreichischen Vertretungsbehörden bearbeiteten 2025 **rund 300.000 Visaanträge**. Auch in diesem Jahr wurde das Antragsniveau aus dem Jahr 2019 – dem letzten Jahr vor der COVID-19-Pandemie – nicht erreicht. 87 % der Anträge wurden positiv erledigt, davon entfielen 83 % auf Schengenvisa und 17 % auf nationale Visa für Aufenthalte von mehr als 90 Tagen. Im Rahmen der **Vertretung für andere Schengen-Staaten** bearbeiteten die österreichischen Vertretungsbehörden knapp 11.500 Visaanträge. Dies entspricht rund 4 % des Gesamtaufkommens.

In **Niederlassungs- und Aufenthaltsverfahren** nehmen die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland Anträge entgegen, prüfen diese auf Vollständigkeit und übermitteln sie an die zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden in Österreich. 2025 wurden rund 16.900 Anträge auf Aufenthalt nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) eingereicht.

Die meisten Anträge wurden für Studienaufenthalte in Österreich (8.224) sowie für Familienzusammenführungen (3.718) gestellt. Die elektronische Übermittlung von Niederlassungs- und Aufenthaltsanträgen erfolgt über das System AnNA direkt an die zuständige Inlandsbehörde.

7.3 Asyl und externe Aspekte der Migration

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nach Angaben des UNHCR die größte Vertreibung von Menschen seit Jahrzehnten ausgelöst. Österreich leistet umfassende Hilfe für Vertriebene aus der Ukraine, die ins Land gekommen sind. Diese Personen erhalten ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht in Österreich. Etwa 29.900 Personen befanden sich 2025 in der Grundversorgung. Die erstmals und ausschließlich für Vertriebene aus der Ukraine angewandte EU-Massenzustrom-Richtlinie (Richtlinie 2001/55/EG) ermöglicht eine koordinierte Unterstützung durch die EU-Mitgliedstaaten.

Die Bewältigung gemischter Migrationsbewegungen – bestehend aus Vertriebenen, Flüchtlingen, irregulären Migrantinnen und Migranten sowie Opfern des Menschenhandels – stellte weiterhin eine große Herausforderung dar. 2025 wurden **rund 16.300 Asylanträge** in Österreich gestellt, was im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um ca. 36 % bedeutet.

Die Mehrheit irregulärer Migrantinnen und Migranten gelangt weiterhin über das Mittelmeer in die südlichen EU-Mitgliedstaaten, wobei die Ankünfte im Vergleich zu 2024 um 23 % zurückgegangen sind. In Österreich werden die meisten Asylanträge von Personen gestellt, die über die sogenannte Balkanroute einreisen. Durch die trilaterale Zusammenarbeit **mit Ungarn und Serbien** konnte jedoch die Zahl der Asylanträge in Österreich weiter gesenkt werden.

Ein wesentlicher Bestandteil einer glaubwürdigen Migrationspolitik ist die Rückführung von Personen, die in Österreich kein Aufenthaltsrecht haben. Zur Verbesserung von Rückführungen schloss Österreich 2025 **Rückführungsabkommen bzw. -vereinbarungen mit Kasachstan, der Mongolei, Südafrika, Togo und Kolumbien** ab. Gleichzeitig bietet Österreich mit der **Rot-Weiß-Rot-Karte** qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland eine Möglichkeit zur regulären Einwanderung mit Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Darüber hinaus setzt sich Österreich auch in der EU für den Abschluss von Vereinbarungen bzw. Partnerschaften im Rückkehr- und Migrationsbereich ein, so etwa mit Jordanien.

2025 stand weiters im Zeichen der **Vorbereitungen für den Anwendungsbeginn des neuen EU-Asyl- und Migrationspakets**. Zentrale Elemente des Pakets sind die Vereinheitlichung von Asylverfahren und Anspruchsgrundlagen, die Erfassung und Überprüfung von Asylsuchenden, der verstärkte Außengrenzschutz sowie effizientere Rückführungsverfahren.

Neben der internationalen Zusammenarbeit in der EU und innerhalb der VN (besonders im Rahmen von UNHCR, IOM, UNODC, UNDP, UNICEF und WFP) spielt das in Wien ansässige **International Centre for Migration Policy Development (ICMPD)** eine bedeutende Rolle. Das ICMPD setzt Schwerpunkte in den Bereichen legale Migration, Schutz und Asyl, Bekämpfung von Menschenhandel, Rückkehr und Reintegration. Darüber hinaus koordiniert das ICMPD regionale Dialogprozesse über Migration, darunter den Khartum-Prozess für die Migrationsroute zwischen dem Horn von Afrika und Europa sowie den Prag-Prozess für Südosteuropa und Zentralasien.

7.4 Bekämpfung des Menschenhandels

Österreich ist sowohl Transit- als auch Zielland für Menschenhandel. Die meisten Fälle betreffen sexuelle Ausbeutung, jedoch gibt es auch Fälle von ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und Kinderhandel.

Die vom BMEIA geleitete **Task Force Menschenhandel** koordiniert Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels. Der **aktuelle Nationale Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels (NAP) 2024-2027** beinhaltet Maßnahmen zur nationalen Koordination, Prävention, zum Opferschutz, zur Strafverfolgung und zur internationalen Zusammenarbeit. Im Sinne des NAP entwickelt eine neu eingerichtete Perspektivarbeitsgruppe einen **Nationalen Verweisungsmechanismus (NRM)**, der dazu beitragen soll, Betroffene frühzeitig als Opfer von Menschenhandel zu identifizieren und ihnen rasch den notwendigen Schutz zu bieten.

Am 16. Oktober fand die Wiener Konferenz gegen den Menschenhandel in der Diplomatischen Akademie Wien unter dem Titel „Gemeinsam Resilient: Prävention von Menschenhandel in Krisenzeiten“ statt. Die Konferenz verzeichnete eine Rekordteilnahme von insgesamt rund 650 Gästen vor Ort und online.

Österreich ist Vertragspartei des Zusatzprotokolls zur VN-Konvention gegen transnationale organisierte Kriminalität, des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie des Protokolls der **Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)** über Zwangsarbeit.

Auf Projektebene unterstützt Österreich UNODC-Programme zur Prävention von Menschenhandel sowie zum Opferschutz, insbesondere in Herkunfts- und Transitregionen wie Südosteuropa und Nordafrika. Österreich, insbesondere Wien, hat sich als international anerkannter „**Hub of Expertise**“ bei der Bekämpfung des Menschenhandels etabliert und profitiert dabei von der engen Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie dem Europarat, UNODC, der OSZE und ICMPD.

Die Europäische Kommission kündigte 2025 an, mit Sanktionen gegen Schlepper und Menschenhändler vorgehen zu wollen. Dabei soll – in Ergänzung zur bereits bestehenden Kriminalitätsbekämpfung im Wege der polizeilichen Zusammenarbeit – ein neues Instrument zur Eindämmung der Sicherheitsbedrohung für die EU, ihre Mitgliedstaaten und Drittstaaten geschaffen werden. Im Rat der Europäischen Union haben dazu Diskussionen begonnen. Aktuell soll ein breiterer Anwendungsbereich für ein Sanktionsregime verfolgt werden, das neben Menschenhandel auch andere Arten der organisierten Kriminalität umfasst.

Für 2026 plant die Europäische Kommission eine neue EU-Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels, die auf dem bisherigen strategischen Rahmen 2021–2025 aufbaut. Die Strategie soll einen gesamtgesellschaftlichen Zugang verfolgen soll, an dem insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen und der Privatsektor beteiligt sind.

7.5 Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher

Die Betreuung und Unterstützung der geschätzt 639.700 im Ausland lebenden Österreicherinnen und Österreicher (AÖ) zählt zu den Kernaufgaben der österreichischen Botschaften und (General-)Konsulate. Die meisten AÖ leben in **Deutschland** (255.000), der **Schweiz** (71.000), **Großbritannien** (45.000), den **USA** (40.000), **Israel** (26.400), **Australien** (22.500), **Brasilien** (12.500), **Spanien** (12.000), **Argentinien** (11.100) und **Griechenland** (10.000).

Registrierung der Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher

Rund **200.000 Österreicherinnen und Österreicher** im Ausland haben sich bei den österreichischen Botschaften und (General-)Konsulaten registriert. Diese Online-Registrierung ist auf der BMEIA-Website über auslandsregistrierung.bmeia.gv.at oder über die Auslandsservice-App möglich. Als modernes und weltweit einheitliches Erfassungssystem ermöglicht sie den österreichischen Botschaften und (General-)Konsulaten, bei Bedarf rasch und situationsgerecht mit den registrierten Landsleuten per E-Mail oder SMS in Kontakt zu treten. Speziell in Krisen- und Katastrophenfällen erleichtert eine Registrierung effiziente Hilfsmaßnahmen.

Serviceleistungen des BMEIA

Die österreichischen Botschaften und (General-)Konsulate stellten 2025 insgesamt **39.348 Reisepässe** aus, darunter 37.525 gewöhnliche Reisepässe und 1.823 Notpässe. Zusätzlich stellten sie **11.030 Personalausweise**, **3.992 Personenstandsurkunden** sowie **8.201 Staatsbürgerschaftsnachweise** aus und führten **4.424 ID-Austria-Registrierungen** durch. Während das BMEIA-Büro für Konsularbeglaubigungen in Wien **11.307 Beglaubigungen** und **5.431 Apostillen** (davon 642 E-Apostillen) ausstellte, führten die österreichischen Botschaften und (General-)Konsulate insgesamt **53.311 Beglaubigungen** durch und stellten **1.430 Apostillen** aus.

Ein langfristiges Ziel ist es, das im Inland verfügbare digitale Bürgerservice auch für AÖ so weit wie möglich zugänglich zu machen. Der digitale Identitätsnachweis (ID Austria), der es ermöglicht, sich sicher online zu identifizieren und damit digitale Services zu nutzen, ist dafür ein entscheidendes Hilfsmittel. Eine Registrierung für die ID Austria ist an allen österreichischen Botschaften und (General-)Konsulaten möglich.

Organisation und Anliegen der Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher

Österreichische Vereine im Ausland pflegen den Kontakt zur Heimat, zunehmend auch über soziale Medien. Weltweit bestehen AÖ-Vereinigungen in über 60 Ländern**.** Der **Weltbund Österreich** (vormals Auslandsösterreicher-Weltbund) mit Sitz in Wien dient als Dachverband, Interessensvertretung und Serviceorganisation für nahezu 170 dieser Vereinigungen. Die jährliche und jeweils in einem anderen Bundesland organisierte Weltbundtagung fand vom 4.-7. September in St. Pölten statt. Das BMEIA unterstützt den Weltbund Österreich auch finanziell.

Der **Auslandsösterreicher-Fonds** kann AÖ, die sich in vorübergehender oder dauernder materieller Not befinden, situationsbezogen und nach Einzelfallprüfung finanzielle Unterstützung zusprechen. 2025 gewährte der zu gleichen Teilen vom BMEIA und den Bundesländern dotierte Fonds 397 hilfsbedürftigen AÖ in 60 Ländern finanzielle Unterstützung.

Im Rahmen der Weihnachtsaktion des BMEIA wurden Gelder und Sachspenden an 338 bedürftige AÖ in 58 Ländern bereitgestellt. Pflegebedürftige oder schwer erkrankte AÖ, die nicht mehr für sich selbst sorgen oder von Angehörigen betreut werden können, unterstützt das BMEIA nach den ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bei ihrer Rückkehr nach Österreich.

Staatsbürgerschaft für Verfolgte des Nationalsozialismus und deren direkte Nachkommen

Seit September 2020 können Nachkommen von NS-Verfolgten durch Anzeige die österreichische Staatsbürgerschaft erwerben. In der Folge wurden an den österreichischen Botschaften und (General-)Konsulaten bis Ende 2025 rund 39.000 Online-Fragebögen eingereicht; 40.700 Personen haben eine entsprechende Anzeige gelegt. Über die österreichischen Botschaften und (General-)Konsulate konnten seit Bestehen dieser Novellierung des österreichischen Staatsbürgerschaftsgesetzes **insgesamt 40.690 positive Bescheide** übergeben werden.

Politische Teilhabe der Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher

AÖ, die in der (Europa-)Wählerevidenz eingetragen sind, können an **Nationalrats- und Bundespräsidentenwahlen sowie an Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen** teilnehmen.

Die **Briefwahl** ermöglicht es AÖ, ihre Stimme von überall aus abzugeben. Wahlberechtigte können ihre Wahlkarte bei der jeweils zuständigen Gemeinde oder via ID Austria bestellen. Bei Abschluss eines 10-Jahres-Abos werden die Wahlkarten automatisch für alle bundesweiten Wahlen an die jeweils angegebene Adresse zugestellt.

Working-Holiday-Programme

Working-Holiday-Programme (WHP) ermöglichen jungen Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren einen sechs- bis zwölfmonatigen Aufenthalt in einem Partnerland mit erleichtertem Zugang zum Arbeitsmarkt**.** Neben praktischer Berufserfahrung können die Teilnehmenden auch Bildungsangebote nutzen und so wertvolle interkulturelle Kompetenzen erwerben. Österreich hat bislang mit **Argentinien, Australien, Chile, Taiwan, Hongkong, Indien, Israel, Japan, Kanada, Neuseeland, Südkorea** und den **USA** Vereinbarungen für WHP getroffen.

7.6 Allgemeine Konsular- und Rechtsfragen

Mit Stichtag 31. Dezember befanden sich nach Kenntnisstand des BMEIA **184 Personen** mit österreichischer Staatsbürgerschaft in **Haftanstalten** im Ausland**;** die meisten davon in Deutschland (31), der Türkei (19), Serbien (16) und Großbritannien (14). Das bedeutet gegenüber 2024 einen Anstieg um sieben Personen oder 4 %. Die häufigsten ihnen zur Last gelegten Vergehen fallen in die folgenden Kategorien: Delikte gegen die öffentliche Sicherheit (93 Fälle), Suchtmitteldelikte (78 Fälle), Delikte gegen Leib und Leben (73 Fälle) sowie Vermögensdelikte (75 Fälle).

2025 führten die österreichischen Vertretungsbehörden **210 Haftbesuche** durch. Dabei wird in regelmäßigen Abständen sowie in Verdachtsfällen überprüft, ob die Haftbedingungen den jeweiligen Landesvorschriften sowie den internationalen Mindeststandards entsprechen und ob österreichische Häftlinge die ihnen zustehenden Rechte wahrnehmen können. Ein wichtiger Teil

der Betreuung ist die Weiterleitung von Haftpaketen und kleineren Geldbeträgen (Haftdepots) von Angehörigen im Inland.

Kindesentziehungen und internationale Rechtshilfe

Bei **grenzüberschreitenden Entziehungen von Kindern,** die nicht älter als 16 Jahre sind, innerhalb der Vertragsstaaten des Haager Kindesentführungsübereinkommens erfolgt die Zusammenarbeit direkt zwischen den nationalen Zentralbehörden der Justiz. Zudem leisten die Vertretungsbehörden betroffenen österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern im Rahmen der konsularischen Möglichkeiten Unterstützung vor Ort.

Bei Ländern, die keine Vertragsparteien des HKÜ sind, unterstützen das BMEIA und die österreichischen Vertretungsbehörden den zur Obsorge berechtigten Elternteil und die betroffenen Kinder im Rahmen der konsularischen Möglichkeiten bei der Rechtsdurchsetzung im Ausland. Insgesamt wurden 2025 **mehr als 40 Fälle** von Kindesentziehungen betreut.

Das BMEIA bearbeitete **mehr als 3.000 Rechts- und Amtshilfeersuchen inländischer sowie ausländischer Behörden** (Zustellersuchen oder Amtshilfeersuchen in Zivil-, Straf- oder Verwaltungsverfahren).

Im Bereich des **Rechtsschutzes** leisteten die Konsularsektion des BMEIA und die österreichischen Vertretungsbehörden weltweit Hilfe in **knapp 600 Fällen**, z.B. durch Vermittlung von Vertrauensanwältinnen und -anwälten oder durch Prozessbeobachtung. Die Gesamtzahl der konsularischen Amtshandlungen der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland wird in der Konsularstatistik des BMEIA erfasst.

Internationale Rechtshilfe und Zusammenarbeit

Das BMEIA leitet die Verhandlungen und koordiniert die österreichischen Positionen zu bi- und multilateralen Abkommen in den Bereichen Rechtshilfe, Auslieferung und Überstellung von verurteilten Personen sowie polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit**.** Dabei wird eng mit den inhaltlich zuständigen Bundesministerien und den österreichischen Vertretungsbehörden in den betroffenen Ländern zusammengearbeitet.

Das Übereinkommen zwischen den Parteien der Konvention über die polizeiliche Zusammenarbeit in Südosteuropa betreffend den automatisierten Austausch von DNA-, daktyloskopischen und Fahrzeugregisterdaten (BGBl. III Nr. 148/2025) trat am 19. Oktober in Kraft. Am selben Tag trat auch das dazugehörige Protokoll in Kraft (BGBl. III Nr. 150/2025). Zwei weitere Abkommen standen im Ratifikationsprozess.

8. Internationale Kulturangelegenheiten

Primäre Ziele der internationalen Kulturarbeit des BMEIA sind die **Präsentation, Vermittlung und Vernetzung österreichischer Kunst- und Kulturschaffender** sowie **wissenschaftlicher Leistungen im Ausland.** In einer Welt voller geopolitischer Herausforderungen trägt die Kulturdiplomatie Österreichs dazu bei, über Grenzen hinweg Brücken zu bauen, interkulturelles Verständnis zu fördern und friedliches Zusammenleben zu ermöglichen.

„Kulturelle Vernetzung und künstlerisches Engagement in Zeiten des Umbruchs“ war auch das Motto der **Auslandskulturtagung** vom 1.-3. September in Wien. Leiterinnen und Leiter der österreichischen Kulturforen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Botschaften diskutierten gemeinsam mit Kunst- und Kulturschaffenden, wie Kulturdiplomatie gerade in geopolitisch herausfordernden Zeiten Räume für Dialog und interkulturelle Verständigung schaffen kann. Ergänzt wurde die Tagung durch den in Zusammenarbeit mit dem MuseumsQuartier Wien organisierten „Zukunftssalon“ sowie eine Kultur- und Netzwerkveranstaltung in der Ankerbrotfabrik Wien.

Die **österreichische Auslandskultur** ist durch **32 Kulturforen**, ein **Kooperationsbüro** in Lemberg, **94 Botschaften und Generalkonsulate**, **65 Österreich-Bibliotheken** sowie **zehn Österreich-Institute** weltweit aktiv. Am 31. Jänner wurde das **32. Kulturforum in Sofia (Bulgarien) eröffnet**.

Im Jahr 2025 wurden **5.668 Veranstaltungen** an 2.364 Orten abgehalten, in Zusammenarbeit mit 5.354 Partnerinnen und Partnern, und unter Beteiligung von 10.080 Künstlerinnen, Künstlern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Der Frauenanteil lag bei 49,15 %.

8.1 Schwerpunkte und Projekte

Das Grundlagendokument „**Die kulturellen Auslandsbeziehungen des BMEIA. Grundlagen, Schwerpunkte und Programme**“ definiert globale Herausforderungen, wie Stärkung der Demokratie, Klimawandel oder die Gerechtigkeit der Geschlechter, als zentrale Themen der Auslandskulturarbeit. Die Zielsetzungen der Auslandskultur werden durch Schwerpunktprogramme in sämtlichen Kunst- und Kultursparten umgesetzt.

Im **Musikbereich** setzt Österreichs Auslandskultur darauf, das Musikland Österreich als weltoffen, innovativ und dialogorientiert zu präsentieren. Ein besonderes Augenmerk liegt auf jungen Musikerinnen und Musiker, die im Rahmen des biennalen Nachwuchsprogramms **„The New Austrian Sound of Music" (NASOM)** unterstützt werden. Mit Unterstützung der Kulturforen und Botschaften konnten 2025 rund 290 NASOM-Auftritte im Ausland realisiert werden. Erstmals fand zudem eine „Dialog-Residenz" im Musikbereich statt, in deren Rahmen jeweils ein Musiker aus Österreich und Ghana zusammenarbeiteten und gemeinsame Projekte entwickelten. Insgesamt finden jährlich rund 800 Veranstaltungen im Bereich Musik statt. Darüber hinaus liegt ein Schwerpunkt auf der Förderung neuer Kompositionen aus Österreich.

Im Bereich der **bildenden Kunst** setzte das BMEIA verschiedene Ausstellungsprojekte um, die sich mit Themen wie der Stärkung demokratischer Rechte, der Gleichstellung der Geschlechter sowie Nachhaltigkeit und Ökologie befassen. In Kooperation mit den Bundesländern wurden Residency-Programme organisiert, bei denen Expertinnen, Experten, Kuratorinnen und Kuratoren gemeinsam mit den österreichischen Kulturforen Ausstellungen und Projekte entwickeln.

Im Bereich der Digitalisierung gewinnt der „**Digitale Humanismus**" an Bedeutung – ein Ansatz, bei dem der Wert des Menschen die Entwicklung von Technologie bestimmen soll und nicht umgekehrt. Die Auslandskultur leistet wichtige Beiträge zu dieser Debatte und bringt das Thema verstärkt in zwischenstaatliche Foren ein, wie z.B. die EU, die VN und insbesondere die UNESCO sowie die OSZE.

In Zusammenarbeit mit Ars Electronica Linz wurde zum fünften Mal der vom BMEIA gestiftete **„Digital Humanity Award"** vergeben, der kreative Projekte im Bereich digitaler Medien auszeichnet. Zudem förderte das BMEIA verstärkt Künstlerinnen und Künstler, die sich mit dem Konzept des „Digitalen Humanismus" auseinandersetzen. Unter dem Titel „Imagine AI for Dignity – Feminine Visions for Regeneration" wurde im Februar in Südafrika eine Ausstellung über Künstliche Intelligenz präsentiert, die künftig auch in anderen Ländern des globalen Südens gezeigt werden soll.

Die Unterstützung **ukrainischer Künstlerinnen und Künstler** war weiterhin ein Schwerpunkt. 2025 wurden verstärkt gemeinsame Projekte, die vom BMEIA und dem Ukrainian Institute entwickelt wurden, in Drittstaaten – etwa in Indien – umgesetzt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine Auswirkungen auf Kunstschaffende wurden zudem in den Ausstellungen

„elsewhereland. Contemporary Ukrainian Perspectives from Shifting Ground“, sowie „Design in Wartime“ weltweit gezeigt. Die Ausstellungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport (BMWKMS), dem OeAD-Kooperationsbüro in Lemberg und dem Office Ukraine erarbeitet. Letzteres fördert den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch zwischen Österreich und der Ukraine und betreut ukrainische Kunstschaffende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nach Österreich gekommen sind.

Das vom BMEIA initiierte **„Artists Solidarity Program Europe“ (ASoP Europe)** bietet Kunstschaffenden aus der Ukraine, Belarus, Georgien und Russland, die von Krieg oder Repression betroffen sind, die Möglichkeit, für bis zu drei Monate an renommierten österreichischen Kunsteinrichtungen zu arbeiten. 2025 wurden elf Stipendien vergeben.

Im Bereich **Film** kooperiert das BMEIA mit mehreren österreichischen Institutionen, um österreichisches Filmschaffen international sichtbar zu machen. Gemeinsam mit der Akademie des Österreichischen Films wird die **„Österreichische Kurzfilmschau“** erstellt, die es Kulturforen und Botschaften ermöglicht, die besten Kurzfilme, die im Vorjahr für den Österreichischen Filmpreis nominiert wurden, lizenzfrei zu zeigen. Mit dem Kurzfilmprogramm des **Filmfestivals „Tricky Women/Tricky Realities“** wird den Arbeiten weiblicher Animationsfilmschaffender verstärkte internationale Sichtbarkeit geboten. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung der Teilnahme österreichischer Filmschaffender an internationalen Filmfestivals. Kulturforen und Botschaften organisieren österreichische Filmfestivals oder beteiligen sich an deutschsprachigen Filmfestivals, häufig in Kooperation mit Kulturinstituten anderer EU-Mitgliedstaaten oder im Rahmen von EU-Filmfestivals.

Im Bereich **Literatur** wurde die Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Literatur weiter ausgebaut. So war das BMEIA erneut mit einem eigenen Messestand auf der **Buch Wien** vertreten, um verschiedene literarische Projekte mit Lesungen und Podiumsdiskussionen zu präsentieren. Unter anderem wurde die neue, gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Literatur veröffentlichte Anthologie „Der Stoff, aus dem die Sätze sind“ präsentiert. Darin berichten österreichische Autorinnen und Autoren über ihre Begegnungen, Erlebnisse und Erfahrungen im Rahmen von Lesereisen rund um den Globus. Das **„Writer-in-Residence“-Programm** in Kooperation mit dem MuseumsQuartier Wien (MQ) wurde ebenso weitergeführt. Lesungen der Gastautorinnen und -autoren aus dem deutschsprachigen Raum fanden unter

anderem auf der MQ-Sommerbühne, beim Literaturfest Salzburg sowie auf der Buch Wien statt. Darüber hinaus engagierte sich das BMEIA weiterhin im Übersetzungs- und Vernetzungsprogramm **„Traduki“,** das die Übersetzung von Literatur aus Südosteuropa ins Deutsche sowie in die anderen Sprachen der Region unterstützt.

Das in Kooperation mit dem Frauenmuseum Hittisau umgesetzte **Frauenförderungsprojekt „Calliope. Join the Dots“** (www.calliope.at) wurde 2025 weiterentwickelt. Diese digitale Plattform verfolgt das Ziel, bedeutende Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen und Expertinnen aus Österreich international sichtbar zu machen und zu vernetzen. Zahlreiche Veranstaltungen wurden gemeinsam mit österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland umgesetzt.

8.2 Wissenschaft, Bildung und Sprache

Die österreichische **Wissenschaftsdiplomatie** hat sich über die Jahre als stabilisierendes und verbindendes Element der internationalen Zusammenarbeit etabliert. Sie schlägt Brücken zwischen Gesellschaft, Wissenschaft und Politik, um Vorurteile abzubauen, Vertrauen zwischen Staaten zu stärken und den Austausch zwischen Forschung und politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern zu fördern. Angesichts rasanter technologischer Entwicklungen gewinnt die Zusammenarbeit zwischen Diplomatie und Wissenschaft zunehmend an Bedeutung, um geeignete Rahmenbedingungen für eine menschenzentrierte Forschung und Innovation zu schaffen. Wissenschaftsdiplomatie ist daher ein zentrales Arbeitsfeld des BMEIA und wird in enger Kooperation mit Fachministerien sowie mit wissenschaftlichen Einrichtungen gestaltet. Ziel ist es, Allianzen zwischen Wissenschaft und Politik zu stärken und damit zur Weiterentwicklung internationaler Beziehungen beizutragen.

Das Wissenschaftskonzept der Auslandskultur analysiert bestehende Erfahrungen und definiert den strategischen Rahmen, in dem die österreichische Kulturdiplomatie im Wissenschaftsbereich agiert. Am 4. November fand – gemeinsam initiiert und organisiert vom Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF) und dem BMEIA – der **erste österreichische Science Diplomacy Roundtable** unter dem Motto „Brücken bauen mit Wissenschaft“ statt. Rund 40 Vertreterinnen und Vertreter zentraler österreichischer Stakeholder-Institutionen (darunter Universitäten, OeAD, IIASA, AIT, Diplomatische Akademie Wien, Österreichische Akademie der Wissenschaften und das Europäische Forum Alpbach) nahmen an dieser Veranstaltung teil. Ein

zentrales Anliegen der Wissenschaftsdiplomatie ist die internationale Vernetzung sowie der Diskurs über Zukunftsthemen.

Die Einbindung wissenschaftlicher Erkenntnisse in politische Entscheidungsprozesse gewinnt weltweit an Bedeutung. Österreich ist Mitglied im internationalen **Netzwerk der Foreign Ministry Science and Technology Advisers (FMSTAN),** das sich für einen stärkeren Dialog zwischen Wissenschaft und Politik einsetzt. Darüber hinaus beteiligt sich das BMEIA an der informellen EU-weiten Gruppe der „Science Advisors / Science Diplomacy Coordinators in Ministries of Foreign Affairs in EU Member States". Im Frühjahr stellte die Europäische Kommission die 2024 erarbeiteten Empfehlungen für ein „EU-Rahmenwerk zur Wissenschaftsdiplomatie" der Öffentlichkeit vor. Auch Expertinnen und Experten aus dem BMEIA, der Diplomatischen Akademie Wien sowie dem BMBWF beteiligten sich aktiv an der Erarbeitung. Das 1972 als Plattform für die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West gegründete **International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA)** in Laxenburg setzt weiterhin wichtige Impulse in der globalen Wissenschaftsdiplomatie. Am 28. und 29. Oktober fand mit Unterstützung des BMEIA ein Workshop unter dem Titel „Together for Water" zum Thema Wassermanagement in der MENA-Region statt.

Die **Agentur für Bildung und Internationalisierung** (OeAD-GmbH) ist ein zentraler Partner der österreichischen Kultur- und Wissenschaftsdiplomatie. Sie unterstützt die Internationalisierung von Bildungseinrichtungen durch Mobilitäts- und Projektförderungen. Im Auftrag des BMFWF betreut sie Stipendiatinnen und Stipendiaten und verwaltet Programme wie Erasmus+ sowie bilaterale Bildungs- und Stipendienprogramme, darunter auch Programme der OEZA. Damit trägt die OeAD-GmbH zur Weiterentwicklung des österreichischen Bildungs- und Hochschulsystems sowie zur Umsetzung nationaler und europäischer Strategien bei.

Ein besonderes erfolgreiches Beispiel für internationale Kooperation ist das vom BMFWF finanzierte und von der OeAD-GmbH verwaltete österreichisch-afrikanische Forschungsnetzwerk Africa-UniNet. Dies bildet eine stabile Grundlage für den Ausbau der Kooperationen zwischen österreichischen und afrikanischen Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen und wird von der Universität für Bodenkultur Wien koordiniert. Mittlerweile gehören diesem Netzwerk 86 Institutionen an. Das global ausgerichtete Programm **„Kooperation Entwicklungsforschung" (KoEF)** fördert praxisnahe Forschungsprojekte österreichischer Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Entwicklungsländern weltweit. Ziel ist es, durch

gemeinsame Forschung mit Partnerinstitutionen im globalen Süden konkrete lokale Herausforderungen zu adressieren und so zur Umsetzung der SDGs beizutragen. Besonders enge Kooperationen bestehen mit Äthiopien, Kenia, Nigeria, Uganda und Südafrika, die sich sowohl im Africa-UniNet als auch im KoEF-Programm als besonders aktive Partnerländer etabliert haben.

Darüber hinaus betreibt die OeAD-GmbH **sechs Kooperationsbüros im Ausland**. Die Büros in **Lemberg** und **Shanghai** unterstützen die wissenschaftliche Zusammenarbeit, während die Regionalbüros in **Sarajewo, Tirana, Chisinau** und **Odesa** (derzeit vorübergehend nach Uschhorod verlegt) einen Schwerpunkt auf berufliche Bildung im voruniversitären Bereich legen. Die Büros für Wissenschaftskooperation fördern den akademischen Austausch, den Aufbau von Hochschulkooperationen sowie die Positionierung Österreichs als internationaler Wissenschaftsstandort. Darüber hinaus unterstützen sie Messeauftritte, Studien- und Stipendienberatungen, Alumni-Netzwerke sowie die Zusammenarbeit mit Forschenden vor Ort.

Die vier OeAD-Kooperationsbüros mit Bildungsschwerpunkt fördern durch gezielte Projekte nachhaltige Reformen der Bildungssysteme in den Partnerländern und orientieren sich dabei sowohl an nationalen Bildungsstrategien als auch an den Prioritäten der Europäischen Union. Im Auftrag des BMFWF und des BMB fördert die OeAD-GmbH außerdem die Vermittlung von Deutsch als Fremdsprache sowie ein zeitgemäßes Österreichbild im Ausland. Dies erfolgt unter anderem durch das Auslandslektoratsprogramm mit rund 100 Lektorinnen und Lektoren in 30 Ländern, das Sprachassistenzprogramm mit etwa 200 Sprachassistentinnen und -assistenten in vierzehn Ländern sowie durch das Programm „Kultur und Sprache“. Dieses umfasst ein internationales Partnernetzwerk, physische und virtuelle Fortbildungsangebote für Deutschlehrkräfte sowie die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien mit Österreichbezug über eine OER-Plattform.

Derzeit gibt es **acht Österreichische Auslandsschulen (ÖAS)**: zwei in Budapest sowie jeweils eine in Prag, Istanbul, Guatemala City, Shkodra (Albanien), Querétaro (Mexiko) und seit September in Chişinău (Moldau). Darüber hinaus bestehen Kooperationen mit einer Schule in Triesen (Liechtenstein) sowie mit dem Edu Campus Concordia in Ploieşti (Rumänien). Die ÖAS unterrichten nach dem österreichischen Lehrplan, kombiniert mit Anpassungen an die jeweiligen nationalen Bildungssysteme. Absolventinnen und Absolventen erwerben neben dem nationalen Schulabschluss auch die österreichische Reife- und Diplomprüfung.

Die **Österreich Institut GmbH** leistet mit der Durchführung von Deutschkursen ebenso einen wichtigen Beitrag zur interkulturellen Vernetzung. Ihr Kernauftrag besteht darin, die deutsche Sprache in ihrer österreichischen Ausprägung zu vermitteln und damit ein zeitgemäßes Bild Österreichs zu fördern. Die Sprachkurse werden sowohl digital als auch in Präsenz an **zehn Standorten** angeboten. Darüber hinaus fungieren die Österreich Institute als Prüfungszentren für das **Österreichische Sprachdiplom Deutsch (ÖSD)** und arbeiten mit weiteren Partnerinstitutionen in den jeweiligen Ländern zusammen. Österreich unterhält zudem Lehrstühle und Studienzentren an Universitäten in den USA, Kanada, Europa und Israel. Diese Einrichtungen tragen dazu bei, österreich- und europabezogene Themen in den akademischen Diskurs der Gastländer einzubringen. Sie regen wissenschaftliche Kooperationen, Forschungsarbeiten und Publikationen an und stärken durch die enge Zusammenarbeit mit Botschaften, Generalkonsulaten und Kulturforen die internationale Vernetzung.

8.3 Interkultureller und Interreligiöser Dialog

Die **Task Force „Dialog der Kulturen“** vernetzt österreichische Institutionen, Religionsgemeinschaften, NGOs und Expertinnen und Experten mit Partnerinnen und Partnern im In- und Ausland und unterstützt Kulturforen, Botschaften und Generalkonsulate bei der Konzeption und Umsetzung von Dialogprojekten. Im Zentrum steht die Förderung von interkulturellem Verständnis, die Stärkung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Auf multilateraler Ebene engagiert sich die Task Force unter anderem bei den VN, der OSZE, der EU und dem Europarat.

Die Task Force „Dialog der Kulturen“ koordinierte auch im Jahr 2025 den regelmäßigen informellen Austausch mit ausgewählten EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der „Wiener Gruppe zu Religion und Diplomatie“, einer Plattform für den Austausch zu religionspolitischen Themen. Erstmals wurde in diesem Rahmen vom 5.-7. Mai ein gemeinsamer Besuch in Kairo durchgeführt, um die wichtigsten religiösen und zivilgesellschaftlichen Akteure kennenzulernen und Kooperationspotentiale zu identifizieren.

Das Instrument der **Dialog-Residenzen** ermöglicht Künstlerinnen und Künstlern einen bis zu dreimonatigen Aufenthalt mit interkulturellem Schwerpunkt. 2025 fanden Residenzen in Äthiopien, Indonesien, Israel und Pakistan statt. Vom 12.-19. November wurde in Kooperation mit Indonesien das „Indonesia Interfaith Scholarship“ organisiert, das persönliche Treffen und

Besuche von Institutionen in Jakarta, Semarang, Yogyakarta und Bali für zivilgesellschaftliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Österreich ermöglichte.

Österreich engagiert sich konsequent für den Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit. So ist Österreich Mitglied der **International Contact Group on Freedom of Religion or Belief (ICG-FoRB)** sowie Gründungsmitglied der **International Religious Freedom or Belief Alliance (IRFBA)**, der mittlerweile 38 Staaten angehören. Vom 12.-13. November nahm Österreich in Prag an der jährlichen International Ministerial Conference on Freedom of Religion or Belief teil, die heuer unter dem Leitthema „Religions- und Glaubensfreiheit als Quelle von Resilienz und religiösem Engagement" stand.

Am 24. November wurde zum zwölften Mal der **Intercultural Achievement Award (IAA)** verliehen. Prämiert wurden zivilgesellschaftliche Projekte aus Kroatien, Israel, Kasachstan, Uganda, Nordmazedonien und Peru. Zum zweiten Mal wurde ein Preis zur internationalen Religionsfreiheit vergeben. Der IAA ist ein Schlüsselprojekt der Task Force und erfreut sich wachsender Beliebtheit, wie die 315 eingereichten interreligiösen und interkulturellen Projekte im Jahr 2025 zeigen. Auf der Website www.intercultural-achievement.com werden die herausragenden Best-Practice-Projekte präsentiert.

Vom 7.-10. April fand in den Städten Rabat und Fes die dritte **interkulturelle und interreligiöse Dialogrunde mit Marokko** statt. Darüber hinaus fanden zwei Runden des **„US-Österreichischen Bürgerdialogs zu Globalen Herausforderungen"** am 4. Juni an der Universität Wien zum Thema „Menschen und Maschinen? Die Zukunft der Arbeit im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz" und am 16. Dezember an der Technischen Universität Wien zum Thema „Meinungsfreiheit in einer polarisierten Zeit" statt.

8.4 Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft

Österreich hat **mit 33 Staaten Kulturabkommen** abgeschlossen, die neben kulturellen Belangen auch die Bereiche Bildung und Wissenschaft umfassen. In einigen Fällen erstrecken sich diese Abkommen zusätzlich auf Sport, Jugend und Frauenangelegenheiten. Sie regeln die bilaterale Zusammenarbeit in der Sprach- und Bildungsarbeit, die Vergabe von Stipendien, den Austausch von Lektorinnen und Lektoren sowie die Vernetzung von Forschenden. Darüber hinaus fördern sie den künstlerischen und kulturellen Austausch.

Ein zentrales Instrument der Kulturabkommen ist die Einrichtung sogenannter gemischter Kommissionen, die in regelmäßigen Abständen zusammentreten, um gemeinsame Arbeitsprogramme zu erarbeiten und zu beschließen. Diese erfolgen unter der Federführung des BMEIA in enger Abstimmung mit den zuständigen Fachministerien, insbesondere dem BMWKMS, dem Bundesministerium für Bildung (BMB) und dem Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF). Am 15. Jänner wurde das erste Arbeitsprogramm mit der Ukraine zur bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft unterzeichnet. Es basiert auf einem seit 2019 bestehenden Abkommen und schafft konkrete Rahmenbedingungen für gemeinsame Projekte in diesen Bereichen.

Darüber hinaus bestehen **mit 19 Staaten Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (WTZ-Abkommen)**. Diese erleichtern den Austausch über wissenschaftliche Schwerpunktsetzungen und fördern die Mobilität von Forschenden im Rahmen gemeinsamer Projekte mit Partnerinstitutionen in den Vertragsstaaten. 2025 wurden auf Grundlage dieser WTZ-Abkommen in Zusammenarbeit mit dem BMFWF neue Arbeitsprogramme mit Bulgarien, China, Indien und Kroatien verabschiedet.

8.5 Auslandskulturarbeit im Rahmen der Europäischen Union und der UNESCO sowie der EXPO 2025 in Osaka

Die Zusammenarbeit der **Nationalen Kulturinstitute der EU (EUNIC)** sowie anderer kultureller Vertretungen und Außenministerien der EU-Mitgliedstaaten spielt eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Strategie der EU für internationale Kulturbeziehungen (EU-Kulturstrategie). Diese Strategie bietet den EU-Mitgliedstaaten und Institutionen wie der Europäischen Kommission und dem EAD einen Rahmen für die Gestaltung kultureller Projekte in und mit Drittstaaten. Österreich engagiert sich als Mitbegründer von EUNIC seit 2006 aktiv im Netzwerk. Durch seine langjährige Erfahrung in der bilateralen Kulturarbeit bringt sich Österreich auch bei gemeinsamen EU-Kulturprojekten und strategischen Initiativen ein.

EUNIC zählt derzeit 39 europäische Kulturinstitute und Ministerien aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten sowie assoziierten Staaten zu seinen Mitgliedern. Weltweit existieren in 109 Ländern insgesamt 143 sogenannte EUNIC-Cluster, die als Kooperationsnetzwerke der lokalen EU-

Kulturinstitute fungieren. Österreich ist mit seinen Vertretungen und teilweise auch mit dem Österreich Institut in 71 dieser Cluster aktiv. 2025 hatte Österreich in knapp zehn Clustern den Vorsitz. Zudem ist das BMEIA als Mitglied des EUNIC Austria-Clusters an der Organisation und Förderung zahlreicher kultureller Veranstaltungen in Wien beteiligt, darunter das EUNIC Musik-, Literatur- und Filmfestival. Ebenso engagiert sich das BMEIA auf EU-Ebene in Zusammenarbeit mit dem BMWKMS, die kulturelle Dimension in den Außenbeziehungen der EU zu stärken.

Die **Plattform Kultur-Mitteleuropa** ist eine weitere Initiative zur Förderung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern Österreich, Tschechien, Ungarn und der Slowakei und damit ein wichtiger Baustein der mitteleuropäischen Kulturkooperation.

Österreich war bis November Mitglied im Exekutivrat der **UNESCO** für den Zeitraum von 2021 bis 2025 und damit seit seinem Beitritt im Jahr 1948 zum vierten Mal in diesem bedeutenden Lenkungsgremium vertreten. Österreich nahm zudem mit einer von Staatssekretär Sepp Schellhorn geleiteten und aus Vertreterinnen und Vertretern der Fachressorts sowie der Österreichischen UNESCO-Kommission und Expertinnen und Experten bestehenden Delegation von 31. Oktober bis 2. November an der 43. Generalkonferenz der UNESCO in Samarkand teil. Höhepunkt der Konferenz war die Wahl des ägyptischen Kandidaten Professor Khaled El-Enany zum neuen Generaldirektor.

Von 2023 bis 2025 nahm Österreich auch an drei weiteren zwischenstaatlichen UNESCO-Gremien teil: dem Rat zur Medienförderung, dem Koordinierungsrat des Programms für Biodiversität und dem Rat des Internationalen Hydrologischen Programms. Für Letzteren wurde Österreichs Vertreter, Prof. Helmut Habersack von der Universität für Bodenkultur Wien, zum Vorsitzenden für die Periode 2023 bis 2025 gewählt. In diesem Zusammenhang wurde bei der 43. Generalkonferenz der UNESCO beschlossen, in Wien ein Internationales **Zentrum für integrierte Flussforschung und -management (IC-RIVERS)** als Kategorie 2-Zentrum zu etablieren. Kategorie 2-Zentren sind Einrichtungen, die unter Schirmherrschaft der UNESCO stehen und zu den Zielen der Organisation beitragen, aber nicht Teil der UNESCO selbst sind, sondern von den Mitgliedstaaten errichtet werden. Somit werden in Österreich künftig zwei Kategorie 2-Zentren existieren. Im Februar organisierte das bereits bestehende Grazer UNESCO Kategorie-2-Zentrum für Menschenrechte die vierte „Winterakademie zu Menschenrechten auf lokaler und regionaler Ebene“ unter dem Titel „Human Rights Go Local: What Works“.

Österreich setzte im UNESCO-Exekutivrat inhaltliche Schwerpunkte in den Bereichen Menschenrechte und Menschenrechtsbildung, Schutz des Welterbes, Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten, Gleichstellung der Geschlechter, Antidiskriminierung, Bildung als Präventionsmaßnahme gegen gewalttätigen Extremismus, „Futures Literacy," immaterielles Kulturerbe, Biodiversität sowie Wasser- und Flussmanagement. Neben der Koordination innerhalb der EU engagiert sich Österreich zudem für eine aktive Zusammenarbeit mit weiteren Regionalgruppen, insbesondere mit Afrika. Österreich setzt sich darüber hinaus für gute Regierungsführung, Effizienz und Transparenz ein und fördert einen Multi-Stakeholder-Ansatz unter Einbindung der Zivilgesellschaft. Im Kulturbereich liegt der Fokus auf der Förderung österreichischer Eintragungen in die UNESCO-Listen des materiellen und immateriellen Weltkulturerbes. 2025 wurden weitere gesellschaftliche Praktiken in das Nationale Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen, darunter etwa der Gamser Thomasnikolo in der Steiermark oder das Georgijagen in Kärnten.

Die Kultursektion des BMEIA koordinierte gemeinsam mit dem EXPO-Büro der Wirtschaftskammer Österreich die künstlerische und kulturelle Präsentation Österreichs auf der Weltausstellung (EXPO 2025) in Osaka, die vom 13. April bis 13. Oktober unter dem offiziellen Generalthema „Designing Future Society for Our Lives" stattfand. An der Weltausstellung beteiligten sich rund 160 Staaten. Insgesamt wurden knapp 25 Millionen Besucherinnen und Besucher gezählt, davon rund 1,2 Millionen im Österreich-Pavillon.

Der österreichische Nationentag am 23. Mai in Anwesenheit des Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen und einer hochrangigen Delegation aus Wirtschaft und Kultur war ein besonderer Höhepunkt im österreichischen EXPO-Kalender. Österreich präsentierte sich mit einem hochkarätigen Kulturprogramm, das unter anderem einen Auftritt der Wiener Sängerknaben umfasste. Ein Schlüsselprojekt zu einem Kernthema der EXPO 2025 war die im Nakanoshima-Museum in Osaka gezeigte Architektur-Ausstellung zum Baumaterial Holz „verywood – Austrian Architecture Today", die Themen wie Waldwirtschaft/Forstwirtschaft, Holz als ökologisches Baumaterial und Architektur beleuchtete. „In Search of a New Balance", ein Multimediaprojekt zum Thema Disruption und deren Folgen, konnte in Kooperation zwischen Austria@EXPO 2025 Osaka und dem BMEIA prominent im Österreich-Pavillon gezeigt werden. Zahlreiche weitere Projekte im EXPO-Kontext wurden im Wege des Kulturforums Tokio in Osaka und Tokio realisiert.

8.6 Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Österreich fördert die multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowohl innerhalb Europas als auch auf globaler Ebene. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Beteiligung an internationalen Forschungs- und Technologieprogrammen, insbesondere bei der **Europäischen Weltraumorganisation (ESA),** der **Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT)** und der **Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN).** Derzeit sind rund 90 österreichische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in CERN-Programme eingebunden und etwa 60 österreichische Angestellte direkt am CERN tätig. Zudem engagiert sich Österreich bei der **Europäischen Südsternwarte (ESO)** und ist damit an der führenden **Einrichtung für bodengestützte radioastronomische Forschung (ALMA)** beteiligt.

Österreich ist in der **Europäischen Konferenz für Molekularbiologie (EMBC)** sowie beim **Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL)** in Heidelberg, beim **Europäischen Zentrum für Mittelfristige Wettervorhersage (ECMWF)** in Reading und beim **Europäischen Institut für Weltraumpolitik (ESPI)** in Wien vertreten.

GeoSphere Austria übernimmt die österreichische Vertretung in der **Weltorganisation für Meteorologie (WMO).** Standardisierungen von Messungen und die globale Verfügbarkeit von Erdsystemdaten sind für Österreich von hoher Bedeutung. Das **Global Basic Observation Network (GBON)** definiert ein globales Netzwerk von minimal notwendigen Beobachtungen, darunter Bodenstationen, Radiosonden und Schiffsbeobachtungen, die für die Verbesserung von Wettervorhersagen und Warnsystemen unerlässlich sind. Zur Unterstützung finanziell schwächerer Länder beim Aufbau dieses Netzes wurde die **Systematic Observation Funding Facility (SOFF)** eingerichtet. Österreich beteiligt sich an der Finanzierung der Initiative, und GeoSphere Austria unterstützt derzeit neun Länder in Asien, Afrika und Amerika bei der Umsetzung des Programms.

Die Initiative der Vereinten Nationen „Early Warnings for All“ hat das Ziel, innerhalb von fünf Jahren weltweit Frühwarnsysteme für gefährliche Wetter-, Wasser- oder Klimaereignisse zu etablieren. Das dazugehörige **Global Multihazard Alert System (GMAS)** basiert auf dem europäischen MeteoAlarm-System, das von GeoSphere Austria im Rahmen des **European Meteorological Network (EUMETNET)** geleitet wird. EUMETNET ist ein Netzwerk von 33 europäischen nationalen meteorologischen und hydrologischen Diensten. GMAS bietet konkrete

und quantifizierbare Zielsetzungen für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit. GeoSphere Austria vertritt Österreich zudem in der EUMETSAT sowie beim ECMWF.

8.7 Österreich-Bibliotheken

Die Österreich-Bibliotheken im Ausland (www.oesterreich-bibliotheken.at) sind eine partnerschaftliche Initiative des BMEIA in Kooperation mit lokalen Trägerinstitutionen, meist Universitäten und Universitätsbibliotheken. Das Netzwerk umfasst **65 Standorte in 28 Ländern**. An 37 Bibliotheken unterstützen OeAD-Auslandslektorinnen und -lektoren die Betreuung und Programmgestaltung.

Die Bibliotheken bieten aktuelle Neuerscheinungen österreichischer Literatur, fungieren als Wissensarchive zur Geschichte und Gegenwart Österreichs und sind wichtige Anlaufstellen für Deutschlernende und -lehrende. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – in der Regel aus den jeweiligen Gastländern – übersetzen österreichische Literatur, veröffentlichen literaturwissenschaftliche Beiträge und geben Anthologien zeitgenössischer österreichischer Literatur heraus.

Neben eigenständigen Publikationen erscheinen Forschungsergebnisse, etwa Bände zu literaturwissenschaftlichen, historischen und interdisziplinären Themen mit Österreich-Bezug, auf der Plattform „Transkulturelle Forschungen an den Österreich-Bibliotheken im Ausland“. Auch 2025 wurden diese Publikationen auf der Buch Wien präsentiert und im Rahmen von Buchvorstellungen im In- und Ausland vorgestellt.

Darüber hinaus fungieren die Österreich-Bibliotheken als Veranstaltungszentren für österreichische Gegenwartskultur und setzen die Schwerpunkte der Auslandskulturarbeit in ihren jeweiligen Ländern um. Insgesamt fanden 2025 1.077 Veranstaltungen statt, davon 67 online. Dabei wurden 72.296 Besucherinnen und Besucher registriert.

Trotz schwieriger Bedingungen setzten die Österreich-Bibliotheken in der Ukraine ihre Arbeit fort. Die Bibliothek in Charkiv wurde 2022 bei einem Angriff schwer beschädigt und ist seither wiederholt außer Betrieb. Die übrigen Standorte bemühten sich weiterhin, Veranstaltungen durchzuführen und den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Zum Jahresende umfasste die Datenbank des Webportals der Österreich-Bibliotheken 19.354 Einträge zu Auslands-Austriaca. Ergänzt wird das Netzwerk durch 62 weitere Bibliotheken mit Österreich-Bezug.

8.8 Der historische Dienst im Außenministerium

Das Historische Referat hat die Aufgabe, Informationen zu bilateralen Beziehungen und historischen Zusammenhängen zu sammeln, aufzubereiten und bereitzustellen. Österreich ist über das Historische Referat in der Gruppe der **Diplomatischen Archive der EU (EUDiA)** vertreten. Darüber hinaus koordiniert das Referat Publikationen und Forschungsprojekte zur Geschichte der österreichischen Außenpolitik sowie zur Geschichte des BMEIA.

Dazu zählt das **Projekt „1938 bis 1945 und danach: Die Angehörigen des österreichischen Auswärtigen Dienstes – Dokumentation und Aufarbeitung“.** Das Forschungsvorhaben wird von externen Forscherinnen und Forschern durchgeführt und von einem unabhängigen Beirat begleitet. Ziel ist eine auch für die Öffentlichkeit zugängliche wissenschaftliche Aufarbeitung. Erste Ergebnisse wurden am 16. April, dem 80. Jahrestag der Wiedererrichtung des österreichischen Auswärtigen Dienstes, im Rahmen eines Symposiums präsentiert.

Ein weiteres laufendes Projekt ist das gemeinsame **österreichisch-slowakische Geschichtsbuch** mit dem Arbeitstitel „Die Ferne der Nähe: Österreichisch-Slowakische Beziehungen 1526 bis heute“. Ziel des bilateralen Publikationsprojekts ist es, die gemeinsame – bislang wenig rezipierte – Geschichte beider Länder wissenschaftlich aufzuarbeiten und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Buch wird von einer Arbeitsgruppe österreichischer und slowakischer Historikerinnen und Historiker erarbeitet und soll 2026 erscheinen.

2025 erschien zudem die **Publikation „Traumberuf Diplomatin? Lebensrealitäten zwischen Klischees und Verklärung“**, die neben einem historischen Überblick Erfahrungen österreichischer Diplomatinnen, statistische Auswertungen sowie Informationen zu Berufsbild und Karrierewegen im diplomatischen Dienst zusammenführt.

Ende 2025 wurde außerdem eine **Kooperation mit dem Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus** zur Umsetzung des **Projekts „Erinnerung im Dialog“** vereinbart. Im Rahmen von Erinnerungsdialog-Residenzen sollen die Lebensgeschichten der

„Wiederösterreicherinnen und Wiederösterreicher“ nach § 58c Staatsbürgerschaftsgesetz stärker in den Fokus von Forschung und Kulturarbeit gerückt werden.

8.9 International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), Fragen der NS-Vergangenheit und Zukunftsfonds

Die 1998 auf schwedische Initiative gegründete **International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)** ist eine zwischenstaatliche Institution mit Ständigem Sekretariat in Berlin. Sie umfasst 35 Mitgliedstaaten und 7 Beobachterstaaten. 2025 hatte Israel den jährlich wechselnden Vorsitz inne. Ziel der IHRA ist es, Bildung und Forschung zum Holocaust sowie das Gedenken daran auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern.

Österreich zählt zu den zentralen Akteuren innerhalb der Allianz. Die österreichische Delegationsleitung übernehmen das BMEIA und der **Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus** gemeinsam. In den ständigen Arbeitsgruppen und Ausschüssen engagieren sich sowohl Regierungsvertreterinnen und -vertreter als auch Expertinnen und Experten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien, des Mauthausen Memorial und des OeAD-Programms ERINNERN:AT. Österreichische Projekte im Bereich Bildung, Bewusstseinsbildung und Forschung zum Holocaust genießen innerhalb der IHRA hohes Ansehen.

Sowohl das – aufgrund der Sicherheitslage nur online abgehaltene –Frühjahrsplenum vom 23.-26. Juni wie auch das Herbstplenum in Jerusalem vom 2.-5. Dezember standen im Zeichen des dramatischen Anstiegs von Antisemitismus und der Herausforderungen durch Künstliche Intelligenz.

Die Aufgabe des 2005 errichteten **Zukunftsfonds der Republik Österreich** umfasst die Förderung von Projekten und Initiativen, die den Interessen und dem Gedenken der Opfer des nationalsozialistischen Regimes dienen. Ebenso unterstützt er Vorhaben, die zur Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft beitragen, die internationale Zusammenarbeit stärken und das europäische Bewusstsein sowie die Achtung der Menschenrechte und gegenseitige Toleranz fördern. Seit seiner Einrichtung hat der Zukunftsfonds über 4.580 Projekte unterstützt. Das BMEIA leistet dem Zukunftsfonds technische und administrative Unterstützung.

Bei zahlreichen vom Zukunftsfonds geförderten internationalen Projekten besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem BMEIA, insbesondere beim **IAA** und den 2024 lancierten „Dialogue

Residencies“. Beim bereits 50. in Kooperation mit der Diplomatischen Akademie Wien veranstalteten Werkstattgespräch präsentierten Gerald Netzl, Winfried Garscha und Norbert Kastelic die Tätigkeit der nach 1945 im „Geist der Lagerstraße“ gegründeten Opferverbände. Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des Zukunftsfonds gab Barbara Stelzl-Marx beim prominent besuchten 51. Werkstattgespräch eine Übersicht zu Aktivitäten und Bedeutung des Zukunftsfonds, gefolgt von Nadjeschda Stoffers Projektpräsentation „Vom NS-Regime verfolgte Österreicher:innen erzählen“.

9. Deregulierung und Entbürokratisierung

Der **Abbau administrativer Belastungen** und die **Beschleunigung von Verfahren** bilden zentrale Voraussetzungen für Investitionen, Innovation und die **Wettbewerbsfähigkeit** der österreichischen Wirtschaft. In einem zunehmend komplexen globalen Umfeld versteht Österreich Entbürokratisierung und Deregulierung nicht nur als effizienzsteigernd, sondern als strategisches Standortinstrument im europäischen und globalen Kontext.

Deregulierung und Entbürokratisierung in Österreich

Die jährlichen Bürokratiekosten in Österreich werden derzeit auf bis zu 20 Milliarden Euro geschätzt. Das Regierungsprogramm 2025–2029 bekennt sich klar zu einer „Bürokratiebremse", einer transparenten Darstellung der Bürokratiekosten sowie zu einem jährlichen Entbürokratisierungsbericht. Als konkrete Maßnahmen sind etwa die Reduktion unternehmerischer Berichts- und Meldepflichten sowie der Ausbau digitaler Verwaltungsangebote zu einem umfassenden „One-Stop-Shop" vorgesehen. Dies bedeutet, dass unterschiedliche Behördengänge über ein einziges Portal erledigt werden können. Daten sollen künftig nach dem „Once-Only"-Prinzip nur einmal gemeldet werden müssen, was den Ausbau digitaler Schnittstellen zwischen Behörden voraussetzt. Ebenso sollen Beschleunigungspotenziale in Genehmigungs- und Förderverfahren geprüft werden.

Zur Koordinierung dieser Agenda wurde im März im BMEIA ein eigenes **Staatssekretariat für Entbürokratisierung und Deregulierung** eingerichtet. Im September folgte die **Errichtung der Zentralen Stelle zur Entbürokratisierung (Abteilung III.10).** Diese fungiert als Koordinierungs- und Servicestelle und betreibt die **Online-Servicestelle für Entbürokratisierungs- und Deregulierungsanliegen (SEDA)**. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltung können über SEDA konkrete Vorschläge einbringen. Innerhalb von drei Monaten wurden über 4.500 Vorschläge verzeichnet. Auf Basis dieser Eingaben werden Maßnahmen erarbeitet und mit den zuständigen Ressorts im Rahmen eines interministeriellen Dialogs laufend abgestimmt.

Die Zentrale Stelle zur Entbürokratisierung übernimmt darüber hinaus die übergreifende Koordinierung von Entbürokratisierungs- und Deregulierungsreformen und forciert den internationalen Austausch, insbesondere mit der Abteilung der Regulierungspolitik der OECD, zur Abklärung potenzieller Kooperationen und zum Austausch bester Praktiken.

Ein zentrales Etappenziel wurde am 3. Dezember mit einem **Ministerrat unter dem Schwerpunkt Entbürokratisierung** erreicht. Bei diesem wurde ein **erstes Maßnahmenpaket** mit 113 konkreten Vorhaben beschlossen, mit deren Umsetzung die jeweils zuständigen Ressorts betraut sind. Der Fokus liegt auf der Reduktion von Melde- und Berichtspflichten für Unternehmen und Verwaltung, Verfahrensbeschleunigung und Digitalisierung sowie insgesamt auf der Beseitigung von offensichtlichen Doppelgleisigkeiten.

Vereinfachungsagenda auf europäischer Ebene

Auf europäischer Ebene verfolgt die Europäische Kommission im Anschluss an die Berichte von Mario Draghi und Enrico Letta eine umfassende **Simplifizierungsagenda**. Unter dem Leitmotiv „Ein einfacheres und schnelleres Europa" sollen die regulatorischen Belastungen für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltungen spürbar reduziert werden, ohne dabei politische oder soziale Standards abzusenken. In der Budapester Erklärung zum Neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit vom 8. November 2024 wurde durch den Europäischen Rat die Einleitung eines „revolutionären Vereinfachungsprozesses" gefordert.

Die Europäische Kommission strebt eine **Reduktion der administrativen Belastungen um mindestens 25 % insgesamt und 35 % für KMU** an. Damit sollen bis zum Ende der Legislaturperiode 2029 Verwaltungskosten von rund 37,5 Milliarden Euro eingespart werden.

Kerninstrumente dieser Agenda sind sogenannte **Omnibus-Pakete**, wobei bis Ende 2025 bereits zehn Vorschläge mit einem potenziellen Einsparvolumen von 11,9 Milliarden Euro vorgelegt wurden. Diese umfassen unter anderem gezielte Reduktionen von Berichts- und Nachweispflichten in den Bereichen Nachhaltigkeit, KMU, Chemikalien, Umwelt und Digitales.

Österreich begrüßt die europäische Vereinfachungsoffensive ausdrücklich. Die Reduktion bürokratischer Lasten, v.a. für kleine und mittlere Unternehmen gilt als entscheidender Hebel für die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig betont Österreich, dass Vereinfachung nicht zu einer Absenkung von Arbeits-, Konsumenten-, Umwelt- oder Sozialstandards führen darf. Aus österreichischer Sicht soll Vereinfachung vorrangig *ex ante*, also bereits im Gesetzgebungsprozess, ansetzen. Die Omnibus-Pakete werden als notwendiges, aber

ergänzendes Instrument betrachtet und sollen nicht den etablierten Gesetzgebungsprozess ersetzen.

Eine konsequente Vereinfachungsstrategie stärkt europäische Unternehmen indem die Resilienz des Binnenmarktes gegenüber geopolitischen und wirtschaftlichen Schocks erhöht wird. Effizientere wirtschaftliche Abläufe tragen dazu bei, dass die europäische Wirtschaft schneller und koordinierter auf geoökonomische Herausforderungen reagieren kann. Vereinfachte und verlässliche regulatorische Rahmenbedingungen stärken damit ihre Anpassungs- und Handlungsfähigkeit in einem dynamischen globalen Umfeld. Gleichzeitig kann so das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in staatliche und europäische Institutionen verbessert und die EU international als effizienter, innovationsfreundlicher und verlässlicher Wirtschaftsraum positioniert werden.

Insgesamt versteht sich Österreich als aktiver Gestalter einer strukturellen, aber standardwahrenden Entbürokratisierungs- und Deregulierungsagenda auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Ziel ist es, die **regulatorische Last für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltung spürbar zu senken**. Mit dem Staatssekretariat, der Zentralen Stelle zur Entbürokratisierung (SEDA) sowie einer wissenschaftlichen Begleitung wurden Strukturen geschaffen, um die Entbürokratisierung evidenzbasiert und kontinuierlich voranzutreiben. Entbürokratisierung wird dabei ausdrücklich nicht als Abbau von Rechten, sondern als Modernisierung, Vereinfachung und Effizienzsteigerung staatlichen Handelns zur Schaffung von Handelsspielräumen sowie zur **Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich** und letztlich der Wettbewerbsfähigkeit Europas verstanden.

10. Österreichischer Auswärtiger Dienst

Mit seinem **weltweiten Netzwerk an diplomatischen und konsularischen Vertretungen** setzt sich der **österreichische auswärtige Dienst** für die Interessen der Republik Österreich ein. **Er schützt und unterstützt** österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Ausland.

Die innerstaatlichen gesetzlichen Grundlagen sind das **Bundesgesetz über die Aufgaben und Organisation des Auswärtigen Dienstes – Statut** sowie das **Bundesgesetz über die Wahrnehmung konsularischer Aufgaben.**

10.1 Arbeitgeber Außenministerium

Der österreichische auswärtige Dienst bietet eine anspruchsvolle und abwechslungsreiche Karriere mit internationalen Perspektiven. Durch das **Rotationsprinzip** ist der regelmäßige Wechsel zwischen der **Zentrale in Wien** und den **Vertretungsbehörden im Ausland** ein wesentlicher Bestandteil des Berufslebens, was neben der Flexibilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Familien auch eine umfassende organisatorische und logistische Planung erfordert. Jedes Jahr werden im BMEIA mehrere Hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland versetzt. Ende **2025** betrug der **aktive Personalstand des BMEIA 1.141 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**. Davon waren **596 Personen** (52,2 %) in der Zentrale in **Wien** und 545 Personen (47,8 %) an den Vertretungsbehörden im **Ausland** tätig.

Tabelle 1: Personalstand des Außenministeriums zum 31.12.2025
(exkl. Karenzierungen, Außerdienststellungen, Dienstfreistellungen und Dienstzuteilungen):

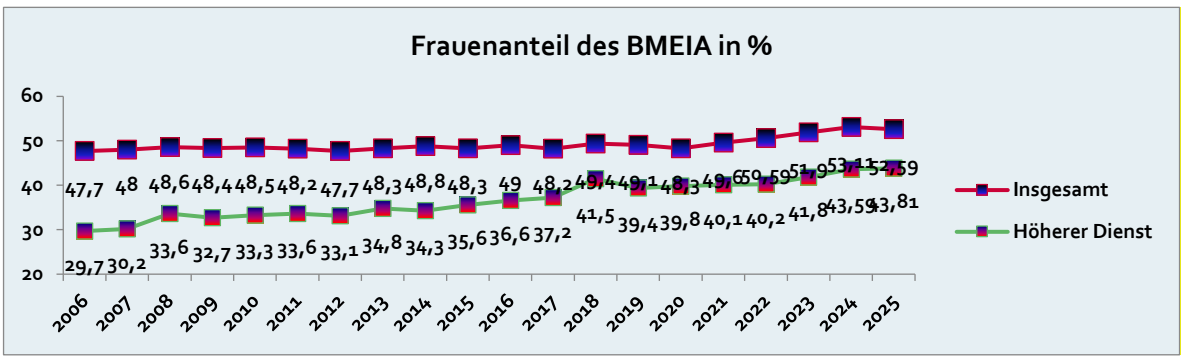
Verwendungsgruppe	Frauen		Männer		Summe	Frauenanteil (in %)
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
A1/v1, A/a (Höherer Dienst)	92	99	122	123	436	43,81
A2/v2, B/b (gehobener Dienst)	64	58	59	72	253	48,22

A3/v3, C/c, I/d (Fachdienst); A4/A5/v4/v5, E; H3 und H5	151	128	78	65	422	66,11
IT-Experten und Expertinnen (ADV-SV)	8	0	22	0	30	26,67
Summe	315	285	281	260	1141	52,59
Gesamt	600		541			

An den Vertretungsbehörden im Ausland arbeiten weltweit **908 Lokalangestellte** (zuzüglich 18 Ortskräfte Hauspersonal), die nach den arbeitsrechtlichen Bestimmungen des jeweiligen Gastlandes beschäftigt werden. Davon sind 572 (63 %) weiblich und 336 (37 %) männlich.

Mit Ende 2025 waren im BMEIA **38 Personen mit Behinderungen** beschäftigt.

Im höheren auswärtigen Dienst (A1/v1, A/a), aus dem sich die meisten Leitungsfunktionen rekrutieren, erreichte der **Frauenanteil 43,81 %.**



Grafik: Frauenanteil im BMEIA in %

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMEIA sind nicht nur im diplomatischen Dienst tätig, sondern unter anderem im EAD, in internationalen Organisationen, in der Präsidentschaftskanzlei, im Parlament, im Bundeskanzleramt oder in anderen Ressorts tätig.

In mehrstufigen **Auswahlverfahren** für den auswärtigen Dienst (sog. „**Préalables**“) wird die persönliche und fachliche Eignung der Bewerberinnen und Bewerber durch Auswahlkommissionen unter Beiziehung zusätzlicher Expertinnen und Experten überprüft.

Verwaltungspraktikantinnen und Verwaltungspraktikanten verstärken – maximal bis zu einem Jahr – den Personalstand des BMEIA. So absolvierten 190 Jungakademikerinnen und Jungakademiker, Studierende, Maturantinnen und Maturanten bzw. Absolventinnen und Absolventen einer Mittleren Schule oder eines Lehrberufs Verwaltungspraktika im In- und Ausland.

Darüber hinaus nutzten 17 Schülerinnen und Schüler, Maturantinnen und Maturanten bzw. auch Akademikerinnen und Akademiker die Möglichkeit eines einmonatigen Kurzpraktikums (Schnupperpraktikums), um die Aufgaben und Arbeitsweise des BMEIA kennenzulernen.

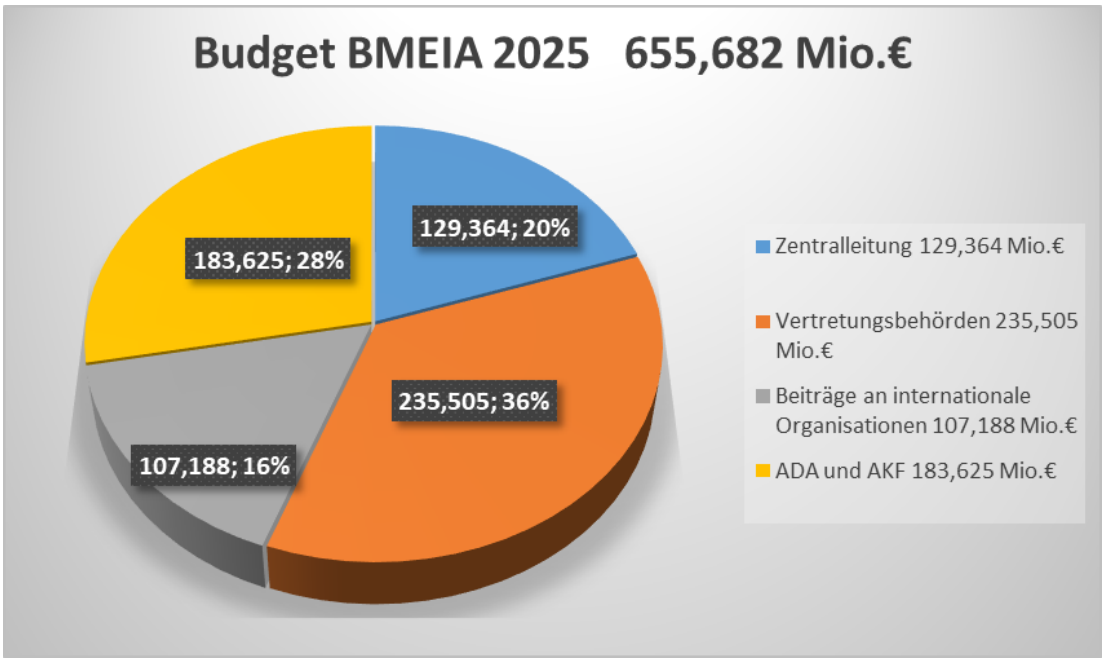
Seit 2009 bildet das BMEIA Lehrlinge zu Verwaltungsassistentinnen und Verwaltungsassistenten aus. Es befanden sich 25 Lehrlinge in einem solchen Ausbildungsverhältnis. Jene Lehrlinge, die ihre Lehrabschlussprüfung erfolgreich abschließen, werden zu einem internen Aufnahmeverfahren im BMEIA eingeladen.

Das Durchschnittsalter von Vertragsbediensteten im BMEIA, mit welchen eine einverständliche Auflösung des Dienstverhältnisses wegen Pensionierung erfolgte, lag bei 65,2 Jahren. Das Pensionsantrittsalter der Beamtinnen und Beamten des BMEIA betrug 64,7 Jahre und liegt damit deutlich über dem österreichischen Durchschnitt.

10.2 Budget Außenministerium

Der Bundesvoranschlag 2025 beläuft sich auf 655,682 Millionen Euro.
Davon wurden

- 129,364 Millionen Euro für die Zentralleitung (inkl. 5,350 Millionen Euro für internationale Konferenzen),
- 235,505 Millionen Euro für die Vertretungsbehörden (inkl. 5,660 Millionen Euro für kulturelle Vorhaben),
- 107,188 Millionen Euro für Beiträge an internationale Organisationen und
- 183,625 Millionen Euro für die ADA und den AKF budgetiert.



Grafik: Budget des BMEIA in Millionen Euro

Tabelle 2: Budget 2010-2025 in Millionen Euro

Jahr	Budget des BMEIA	Anteil des BMEIA-Budgets am Bundesbudget in %
2010	440,902	0,62 %
2011	427,100	0,61 %
2012	409,361	0,56 %
2013	402,654	0,54 %
2014	418,777	0,55 %
2015	409,141	0,55 %
2016	427,993	0,56 %
2017	551,914	0,71 %
2018	502,628	0,64 %
2019	508,417	0,64 %
2020	495,996	0,45 %
2021	549,910	0,53 %
2022	610,382	0,57 %
2023	635,464	0,55 %
2024	677,181	0,55 %
2025	655,682	0,53 %

10.3 Weltweite Infrastruktur und Digitalisierung

10.3.1 Infrastruktur

Das BMEIA-Immobilienportfolio umfasst **220 Liegenschaften** und **mehr als 300 Objekte**, die als Amtsräumlichkeiten für Botschaften, Generalkonsulate, Kulturforen und Vertretungen bei internationalen Organisationen sowie zu Wohn- und Repräsentationszwecken genutzt werden. Etwas mehr als die Hälfte dieser Objekte ist angemietet, die übrigen Immobilien stehen im Eigentum der Republik Österreich.

In der Facility Management-Strategie des BMEIA stehen die Grundsätze der Funktionalität, der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit im Vordergrund. V.a. bei Sanierungen und im gegebenen Fall von Neubauten wird der Energieeffizienz, dem Einsatz erneuerbarer Energie und ökologischen Aspekten großer Stellenwert eingeräumt.

Zur Erzielung von Synergieeffekten und zur besseren Auslastung der vorhandenen Flächen gibt es laufend Bemühungen, gemeinsame Unterbringungen sowohl mit anderen österreichischen Stellen als auch mit Vertretungen anderer europäischer Staaten und dem Europäischen Auswärtigen Dienst zu realisieren. So gibt es derzeit vier aktive Kollokationen; an 56 Standorten weltweit werden rund 110 österreichische Mitnutzer wie z.B. andere Ministerien, die WKO, das Österreich-Institut und ein OeAD-Kooperationsbüro beherbergt.

10.3.2 Digitalisierung

Maßnahmen zur weiteren Digitalisierung des BMEIA umfassten 2025 sowohl die technische Infrastruktur als auch Geschäfts- und Verwaltungsprozesse.

Die technische Infrastruktur des BMEIA wurde 2025 weitestgehend modernisiert. Das bestehende Rechenzentrum der BMEIA-Zentrale wurde erneuert. Begleitend erfolgte die Projektvorbereitung für die Optimierung und Angleichung der Infrastruktur der Vertretungsbehörden an jene der BMEIA-Zentrale bis 2027. Die 2025 erfolgreich umgesetzte weltweite Implementierung des **„ELAK im Bund“** an allen Vertretungsbehörden trägt zusätzlich zu einer Steigerung des Digitalisierungsgrads der BMEIA-Infrastruktur bei.

Weiterhin wird die Digitalisierung der BMEIA-Geschäftsprozesse insbesondere durch die neue Initiative **„Digitales Konsulat“** vorangerieben, das darauf abzielt, konsularische Dienstleistungen vollständig elektronisch anzubieten. Ziel ist es, die Effizienz und Benutzerfreundlichkeit für Bürgerinnen und Bürger bis 2028 durch digitale Prozessoptimierungen zu steigern.

Weitere Digitalisierungsmaßnahmen umfassen die Transformation des BMEIA-Intranets zu einer Wissensmanagement-Plattform, die Modernisierung der BMEIA-Website, die Einführung eines **Identity Management Systems** zur Automatisierung der Benutzerverwaltung sowie die Schaffung eines Architekturzielbildes für eine datenbasierten IT-Anwendungslandschaft im BMEIA.

Diese Projekte sollen die Effizienz und Nachhaltigkeit der IT-Systeme des BMEIA steigern und die digitale Souveränität des Ministeriums stärken. Besonders hervorzuheben ist das **Forschungsprojekt „Know How“**, das moderne KI-Methoden für Wissensmanagement und Wissensgenerierung untersucht.

Ein zentraler Aspekt der Digitalisierungsbemühungen im BMEIA liegt im Bereich der **Cyber-Sicherheit.** Ein umfassendes **Sicherheits- und Datenschutzmanagementsystem (ISMS/DSMS)**, das den Anforderungen der EU-Cybersicherheitsrichtlinien entspricht, wurde auf den Weg gebracht.

10.4 Vertretungsbehörden und Honorarkonsulate

Tabelle 3: Österreichische Vertretungsbehörden im Ausland

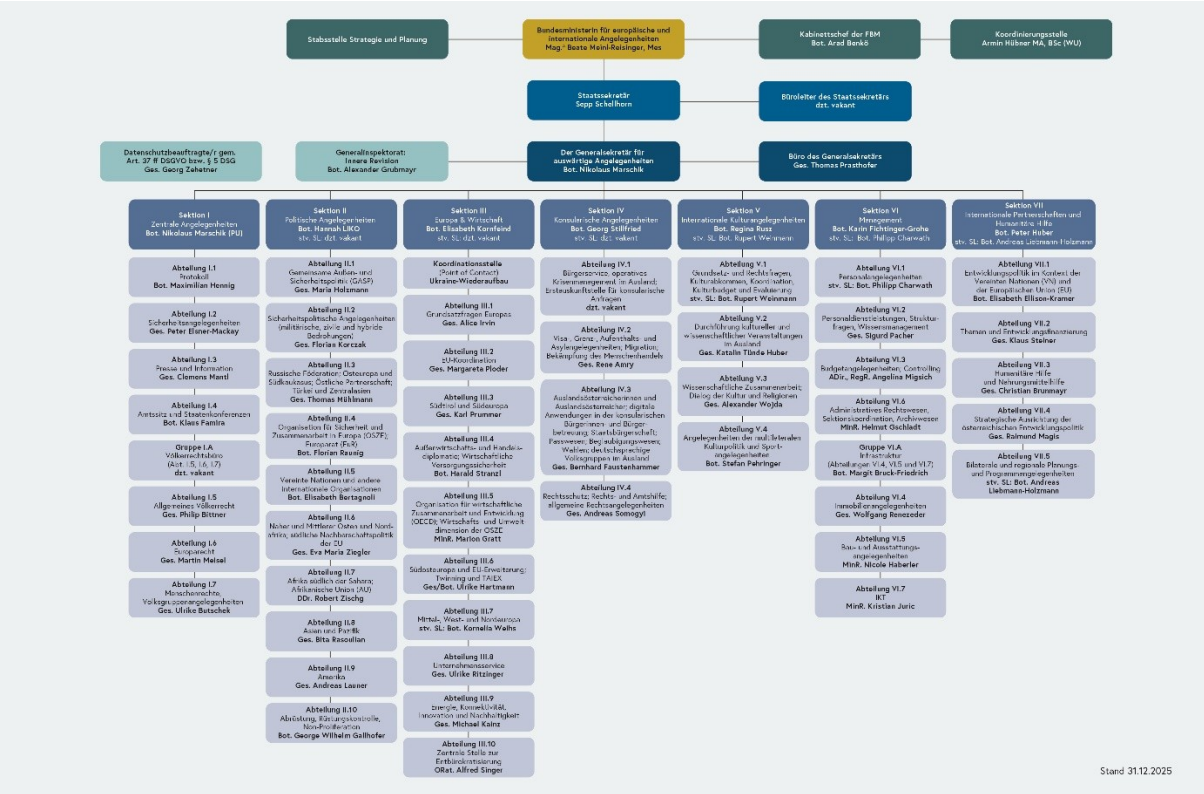
Dienststellen des BMEIA	**Stand 31.12.2025**
Bilaterale Botschaften	84
Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen	6
Generalkonsulate	10
Selbständige Kulturforen	1
Sonstige Vertretungsbehörden	2
Gesamt	**103**

Das BMEIA unterhält **103 Berufsvertretungsbehörden**. Hinzu kommen **neun Koordinationsbüros der ADA**, als Agentur der OEZA. Das Koordinationsbüro in Ouagadougou (Burkina Faso) wurde mit 30. Juni geschlossen.

Die Berufsvertretungsbehörden werden weltweit von **rund 330 Honorarkonsulaten** unterstützt. 2025 wurden Honorarkonsulate in Bissau (Guinea-Bissau), Monrovia (Liberia) und Ushuaia (Argentinien) neu eröffnet. Wiedereröffnet wurden die Honorarämter in Banjul (Gambia), Bitola

(Nordmazedonien), Boston (USA), Colombo (Sri Lanka), Karachi (Pakistan) und Marseille (Frankreich). Dauerhaft geschlossen wurden die Honorarkonsulate in Lüttich (Belgien), Tallinn (Estland) und Tampere (Finnland).

10.5 Organigramm



10.6 Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren Leiterinnen und Leiter

Tabelle 4a: Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren Leiterinnen und Leiter

ÄGYPTEN Eritrea, Sudan	ÖB Kairo*	Mag. Georg PÖSTINGER
ALBANIEN	ÖB Tirana	Mag.ª Monika ZACH, MA
ALGERIEN Niger	ÖB Algier	Mag. Dr. Wolfgang SPADINGER

ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	Mag. Gerhard MAYER
ASERBAIDSCHAN Turkmenistan	ÖB Baku	Mag. Thomas SCHULLER-GÖTZBURG
ÄTHIOPIEN Dschibuti, Kongo, Uganda, Südsudan	ÖB Addis Abeba	Dr.in Simone KNAPP
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Nauru, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Mag.a Elisabeth KÖGLER
BELARUS	ÖB Minsk	Dr. Ronald STURM
BELGIEN	ÖB Brüssel*	Mag. Jürgen MEINDL
BOSNIEN und HERZEGOWINA	ÖB Sarajewo*	Mag. Georg DIWALD
BRASILIEN Suriname	ÖB Brasilia GK Sao Paulo	Mag. Andreas STADLER Gerent Mag. Roland STADLBAUER
BULGARIEN	ÖB Sofia	Mag.a Andrea IKIC-BÖHM

CHILE	ÖB Santiago de Chile	Mag. Werner SENFTER
CHINA Mongolei	ÖB Peking* GK Hongkong GK Shanghai GK Chengdu Österreich Büro Taipei	Mag. Wolf Dietrich HEIM Mag. Dr. Gerhard ZETTL Helmut RAKOWITSCH Günther LAZELSBERGER Christian HELBIG
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Mag. Dr. Andreas RIECKEN
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin* GK München	Mag. Dr. Alexander MARSCHIK Adalbert BICSERDY
ESTLAND	ÖB Tallinn	Mag. Peter MIKL
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Herbert PICHLER
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris* GK Strassburg	Barbara KAUDEL-JENSEN, MA Mag. Andreas LINS
GEORGIEN Armenien	ÖB Tiflis	Dr. Robert GERSCHNER
GHANA Benin, Togo	ÖB Accra	Mag. Jürgen HEISSEL

GRIECHENLAND	ÖB Athen	Mag.ª Gerda VOGL
GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND Kanalinseln und Isle of Man	ÖB London*	Mag. Bernhard WRABETZ
HEILIGER STUHL San Marino, Malteser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Mag. Dr. Marcus BERGMANN, LL.M
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi*	Mag.ª Katharina WIESER
INDONESIEN Timor-Leste	ÖB Jakarta	Mag. Dr. Thomas LOIDL
IRAN	ÖB Teheran*	Dr. Friedrich STIFT, M.A.
IRAK	ÖB Bagdad	Mag. Dr. Andrea NASI
IRLAND	ÖB Dublin	Mag.ª Melitta SCHUBERT
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Mag. Nikolaus LUTTEROTTI
ITALIEN	ÖB Rom* GK Mailand*	Mag. Michael RENDI Mag. Wolfgang Lukas STROHMAYER

JAPAN Mikronesien	ÖB Tokio*	Mag. Sigrid BERKA
JORDANIEN	ÖB Amman	Dr.in Marieke ZIMBURG
KANADA Jamaika	ÖB Ottawa*	Mag. Andreas RENDL
KASACHSTAN Kirgisistan, Tadschikistan	ÖB Astana	MMag.a Andrea BACHER
KATAR	ÖB Doha	MMag.a Erika BERNHARD
KENIA Burundi, Komoren, DR Kongo, Ruanda, Seychellen, Somalia, Tansania, Sambia, Malawi	ÖB Nairobi	Mag. Dr. Christian FELLNER
KOLUMBIEN Barbados, Ecuador, Guyana, Panamá, Trinidad und Tobago, Venezuela	ÖB Bogotá	Mag. Gerold VOLLMER, M.A.
KOREA DVR Korea	ÖB Seoul	Mag.a Eva Marie RUSSEK
KOSOVO	ÖB Pristina	Mag. Georg SCHNETZER

KROATIEN	ÖB Agram*	Mag.[a] Yvonne TONCIC-SORINJ
KUBA Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Dominikanische Republik, Haiti	ÖB Havanna	Mag.[a] Gabriele MEON-TSCHÜRTZ
KUWAIT Bahrain	ÖB Kuwait	Mag. Ulrich FRANK
LIBANON	ÖB Beirut	Dr.[in] Franziska HONSOWITZ-FRIESSNIGG
LIBYEN	ÖB Tripolis	Mag.[a] Barbara GROSSE, E.MA
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Dr.[in] Karin PROIDL
MALAYSIA Brunei Darussalam	ÖB Kuala Lumpur	Mag. Gerhard EISL, M.A.
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr.[in] Anna JANKOVIC
MEXIKO Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua	ÖB Mexiko*	Dr.[in] Elisabeth KEHRER

MOLDAU	ÖB Chisinau	Mag.ª Stella AVALLONE
MONTENEGRO	ÖB Podgorica	Dr. Christian STEINER
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Mag. Engelbert THEUERMANN
NIGERIA Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Tschad, São Tomé und Príncipe, Zentralafrikanische Republik	ÖB Abuja	Mag. Peter GUSCHELBAUER
NORDMAZEDONIEN	ÖB Skopje	Mag. Martin PAMMER
NORWEGEN	ÖB Oslo	Geschäftsträger ad interim Mag. Johannes HÖGL
OMAN Jemen	ÖB Maskat	Mag. Christophe CESKA
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Mag. Wolfgang KUTSCHERA
PERU Bolivien	ÖB Lima	Mag.ª Renate KOBLER
PHILIPPINEN Palau	ÖB Manila	Dr. Johann BRIEGER, MBA

POLEN	ÖB Warschau* GK Krakau	Mag. Dr. Hannes SCHREIBER MMag. Martin GÄRTNER
PORTUGAL Cabo Verde	ÖB Lissabon	Mag. Christoph MERAN
RUMÄNIEN	ÖB Bukarest*	Mag.[a] Ulla KRAUSS-NUSSBAUMER
RUSSLAND	ÖB Moskau*	Mag. Dr. Gerhard SAILLER
SAUDI-ARABIEN	ÖB Riyadh	Dr. Oskar WÜSTINGER
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Mag.[a] Doris DANLER
SCHWEIZ	ÖB Bern*	Geschäftsträger ad interim Dr. Markus Josef WUKETICH
SENEGAL Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Sierra Leone	ÖB Dakar	Mag.[a] Ursula FAHRINGER
SERBIEN	ÖB Belgrad*	Mag. Christian EBNER
SINGAPUR	ÖB Singapur	Mag. Peter STORER
SLOWAKEI	ÖB Pressburg*	Mag. Johannes WIMMER
SLOWENIEN	ÖB Laibach*	Dr. Konrad BÜHLER

SPANIEN Andorra	ÖB Madrid*	Mag. Enno DROFENIK
SÜDAFRIKA Angola, Botsuana, Eswatini, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Mosambik, Namibia, Simbabwe	ÖB Pretoria	Mag.ª Romana KÖNIGSBRUN
SYRIEN	ÖB Damaskus	Mag.ª Isabel RAUSCHER
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Mag. Wilhelm DONKO
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag*	Dr.in Bettina KIRNBAUER
TUNESIEN	ÖB Tunis	Mag. Stephan VAVRIK
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul*	Mag.ª Gabriele JUEN, LL.M. Josef SAIGER, BA, MA
UKRAINE	ÖB Kyjiw*	Dr. Robert MÜLLER
UNGARN	ÖB Budapest*	Mag.ª Astrid HARZ
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Dr. Etienne BERCHTOLD, BSc MBA
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA	ÖB Washington*	MMag.ª DDr.in Petra SCHNEEBAUER

Bahamas	GK Los Angeles GK New York KF New York K San Francisco	Mag. Christine MOSER MMag. Thomas SCHLESINGER, MSc. Dr.in Susanne KEPPLER-SCHLESINGER Isabella TOMAS, MA
VIETNAM	ÖB Hanoi	Mag. Philipp AGATHONOS
ZYPERN	ÖB Nikosia	Dr.in Susanne BACHFISCHER
LIECHTENSTEIN (Sitz in Wien)	ÖB Liechtenstein	Mag. Maximilian HENNIG
LITAUEN (Sitz in Wien)	ÖB Litauen	Mag. Dr. Johannes AIGNER
LETTLAND (Sitz in Wien)	ÖB Lettland	Mag.a Bernadette KLÖSCH
MALTA (Sitz in Wien)	ÖB Malta	Mag. Martin HERMGES
USBEKISTAN (Sitz in Wien)	ÖB Usbekistan	Mag. Matthias RADOSZTICS

*) Vertretungen mit Kulturforen

Tabelle 4b: Ständige Vertretungen und deren Leiterinnen und Leiter

Ständige Vertretung bei den VN in New York	Mag. Gregor KÖSSLER
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf	Mag. Alexander KMENTT
Ständige Vertretung bei den VN, IAEO, UNIDO und	Mag.a Dr.in Gabriela SELLNER

CTBTO in Wien	
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel	Hon.-Prof. MMag. Gregor SCHUSTERSCHITZ
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel (Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee)	Mag. Martin HOJNI
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel	Mag. Jürgen MEINDL
Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg	Mag.[a] Aloisia WÖRGETTER
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris	Mag. Dr. Gerhard JANDL
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris	Barbara KAUDEL-JENSEN, MA
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag	Mag. Engelbert THEUERMANN
Ständige Vertretung bei der Donaukommission in Budapest	Mag.[a] Astrid HARZ
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid	Mag. Enno DROFENIK
Ständige Vertretung bei der WTO in Genf	untersteht dem BMWET
Ständige Vertretung bei der FAO in Rom	untersteht dem BMLUK

Stand: 31.12.2025

10.7 Diplomatische Akademie

Die 1754 unter Kaiserin Maria Theresia als Orientalische Akademie gegründete **Diplomatische**

Akademie Wien (DA) ist die weltweit älteste Schule ihrer Art. Sie wurde nach ihrer Schließung während des Zweiten Weltkriegs 1964 unter ihrem heutigen Namen als postgraduale Bildungseinrichtung wiedererrichtet und 1996 in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt.

Mit 1. August übernahm Botschafter **Martin Eichtinger** die **Position des Direktors** und folgte damit Botschafter Emil Brix.

Im Studienjahr **2024/25** waren **237 Studentinnen und Studenten aus mehr als 60 Ländern**, im Studienjahr **2025/26 243 Studentinnen und Studenten aus 65 Ländern** inskribiert. In beiden Jahren stammten die Studierenden aus allen Kontinenten. Das Studienangebot umfasst

- den einjährigen **Diplomlehrgang** (2025/26: 20 Studierende);
- das zweijährige **Master of Advanced International Studies (MAIS)-Programm** (gemeinsam mit der Universität Wien, 2025/26: 147 Studierende plus 9 Austauschstudierende);
- das zweijährige **Master of Environmental Technology and International Affairs (ETIA)-Programm** (gemeinsam mit der TU Wien, 2025/26: 44 Studierende);
- das zweijährige **Master of Digital International Affairs (DIA)-Programm** (gemeinsam mit der Universität Innsbruck, 2025/26: 20 Studierende);
- und das **PhD-Programm** (gemeinsam mit der Universität Wien, 2025/26: 7 Studierende).

Das akademische Jahr 2025/26 wurde im Rahmen der Inaugurationsfeier mit einer Festrede von Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger eröffnet.

Neben den **Kooperationsabkommen** mit der Johns Hopkins University–SAIS Europe und der Fletcher School of Law and Diplomacy werden im MAIS-Programm mehrmonatige Austauschprogramme angeboten: mit der Stanford University, Hebrew University of Jerusalem (HUJ), Korea University's Graduate School of International Studies (KUGSIS), Renmin University of China und der Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne.

Studienreisen fanden – mit inhaltlicher Unterstützung der jeweiligen österreichischen Botschaften – zu den EU-Institutionen nach Brüssel, zu den VN und anderen internationalen Organisationen nach Genf, in die Westbalkan-Staaten (Bosnien und Herzegowina, Serbien und Albanien), nach Estland und in die Autonome Region Kurdistan-Irak statt.

Besonders wichtig für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der DA sind **Stipendien**. So ermöglichten ADA-Stipendien das Studium für acht Studierende aus dem Kosovo, Uganda, Ghana, Armenien, Bosnien und Herzegowina und dem palästinensischen Gebiet. Weitere 61 Studierende erhielten finanzielle Unterstützung seitens der DA und Privatsponsoren. Ein Student aus den USA erhielt den „Fulbright-Diplomatic Academy Student Award".

Berufsbegleitende Aus- und Fortbildungsprogramme (Executive Training Programmes) fanden für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMEIA sowie der öffentlichen Verwaltung aus Südosteuropa, Schwarzmeerregion/Südkaukasus, sowie aus Saudi-Arabien und der Ukraine statt.

Darüber hinaus unterstützte die DA das BMEIA bei der Organisation und Durchführung der **Austrian Leadership Programs (ALPS)** und führte im Auftrag des BMEIA Besuchs- bzw. Informationsprogramme für Ständige Vertreterinnen und Ständige Vertreter aus New York und für Diplomatinnen und Diplomaten aus Afrika, Lateinamerika, Karibischen Inselstaaten und Asien durch. **Der Sommerkurs für deutsche Sprache und österreichische Kultur** wurde von 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 10 Ländern besucht. Zusätzlich wurden **zwei berufsbegleitende Online-Deutschkurse** und **zwei berufsbegleitende Online-EU-Crash-Kurse** – als Vorbereitung auf das EPSO-Auswahlverfahren – durchgeführt. Weiters wurden **Trainingsmodule** für das Sekretariat der Entwicklungsbank des Europarates in Straßburg und **Sommerschulen** für die Freie Universität Brüssel, die University of North Carolina und die China Foreign Affairs University organisiert. Zudem wurden Trainings für die Deniz Bank und die **EU Diplomatic Academy (EUDA)** durchgeführt.

2025 fanden an der DA rund **125 öffentliche Veranstaltungen** statt, bei denen zahlreiche internationale Vortragende über aktuelle außenpolitische Themen diskutierten. Zu den Rednerinnen und Rednern zählten u.a. der Generalsekretär des Europarats, Alain Berset, die Außenministerin des Fürstentums Andorra, Imma Tor Faus, sowie der Generalkhalif von Bambilor im Senegal, El Hadji Thierno Amadou Ba. Hervorzuheben sind die von der DA veranstalteten oder mitveranstalteten Konferenzen DASICON 2025 „Can Diplomacy Save the World?" am 9. Mai, die Konferenz gegen Menschenhandel „Gemeinsam resilient: Prävention von Menschenhandel in Krisenzeiten" am 16. Oktober und das 29. Europaforum Wien „Europe's New Responsibility" vom 7.-8. November. Weitergeführt wurden die Werkstattgespräche mit dem Zukunftsfonds der Republik Österreich.

Das jährliche Treffen des **International Forum on Diplomatic Training (IFDT)** fand vom 11.-14. November auf Einladung der Diplomatischen Akademie Perus „Javier Pérez de Cuéllar" in Urubamba-Cuzco statt. Das IFDT ist ein Netzwerk der Direktorinnen und Direktoren Diplomatischer Akademien

und ähnlicher Ausbildungsstätten unter dem Vorsitz der DA und der School of Foreign Service der Georgetown University. Die Tagung bot rund 75 Mitgliedern die Möglichkeit, aktuelle Trends in der diplomatischen Ausbildung zu diskutieren.

Die aktuellen außenpolitischen Prioritäten standen im Mittelpunkt von Forschung, Lehre und Vermittlung. Ein besonderer Schwerpunkt wurde dabei auf die österreichische und europäische Sicherheitspolitik gelegt.